

Thomas Piketty

und die
Verteilungsfrage

Analysen, Bewertungen
und wirtschaftspolitische
Implikationen für Deutschland



**Peter Bofinger, Gustav A. Horn,
Kai D. Schmid und Till van Treeck**

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Analysen, Bewertungen
und wirtschaftspolitische
Implikationen für Deutschland

Peter Bofinger, Gustav A. Horn,
Kai D. Schmid und Till van Treeck

Inhalt

Autoren	v
Vorwort	ix
Einleitung	1
Die Piketty-Rezeption in Deutschland Julian Bank	9
Make No Mistake, Thomas! Verteilungstheorie und Ungleichheitsdynamik bei Piketty Hagen Krämer	37
Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“ Till van Treeck	73

Das „Kapital“ im 21. Jahrhundert	101
Peter Bofinger und Philipp Scheuermeyer	
Kapital und Sparen bei Piketty: Einige saldenmechanische Anmerkungen	133
Johannes Schmidt	
Die statistische Erfassung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften in Deutschland	159
Charlotte Bartels und Timm Bönke	
Persönliche Vermögensteuern in Deutschland: Entwicklung und Perspektiven	193
Stefan Bach	
Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland	243
Kai Daniel Schmid und Dorothee Spannagel	
Einkommensungleichheit: Das vernachlässigte Problem der steigenden Lohnungleichheit	273
Ulrike Stein	
Piketty revisited: Vermögensungleichheit in Europa	295
Miriam Rehm und Matthias Schnetzer	

Autoren

Stefan Bach, geboren 1964, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin und Privatdozent an der Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät.

Julian Bank, geboren 1986, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozialökonomie an der Universität Duisburg-Essen und Herausgeber des Blogs [Verteilungsfrage.org](http://verteilungsfrage.org).

Charlotte Bartels, geboren 1984, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für öffentliche Finanzen an der Freien Universität Berlin und koordiniert das Promotionskolleg „Steuer- und Sozialpolitik bei wachsender Ungleichheit“.

Timm Bönke, geboren 1979, ist Juniorprofessor für öffentliche Finanzen an der Freien Universität Berlin.

Peter Bofinger, geboren 1954, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Würzburg und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Hagen Krämer, geboren 1963, ist Professor für Economics an der Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft.

Miriam Rehm, geboren 1982, ist Referentin für Verteilung und Makroökonomie in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien.

Philipp Scheuermeyer, geboren 1987, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Geldpolitik und internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Würzburg.

Kai Daniel Schmid, geboren 1980, ist Wissenschaftler am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung und leitet das Referat „Makroökonomie und Einkommensentwicklung“.

Johannes Schmidt, geboren 1967, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft.

Matthias Schnetzer, geboren 1983, ist Referent für Verteilungsfragen in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien sowie Lektor für Wirtschaftspolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Dorothee Spannagel, geboren 1980, ist Referatsleiterin für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Ulrike Stein, geboren 1973, ist Leiterin des Referats „Wirtschaftspolitische Beratung, Modellsimulation“ im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Till van Treeck, geboren 1980, ist Professor für Sozialökonomie an der Universität Duisburg-Essen.

Vorwort

Ökonomische Trends sind keine Gottesurteile. Dies gilt wohl kaum für etwas so sehr wie für die Entwicklung der ökonomischen Ungleichheit. Seit jeher wurden die heftigsten politischen Auseinandersetzungen um die Verteilung von Wohlstand und Ressourcen geführt. Die Frage der Verteilung von Einkommen und Vermögen ist demnach nicht neu. Dennoch hat die Veröffentlichung von Thomas Pikettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ neue, ökonomisch und historisch fundierte Grundlagen geschaffen, die in der Lage sind, akademisch und politisch große Wirkung zu entfalten.

Mindestens drei Fragen sind aus politischer Sicht von besonderer Bedeutung: Welche ökonomischen und politischen Triebkräfte verbergen sich hinter der Dynamik der Einkommens- und Vermögensverteilung? Welche Wirkung hat die Dynamik der Einkommens- und Vermögensverteilung auf unser politisches System? Und vor allem:

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Welche politischen Maßnahmen sind notwendig, wenn die Zunahme der Einkommens- und Vermögensungleichheit nicht die Ausnahme, sondern die Norm ist?

Während bis heute die unter anderem von Simon Kuznets unterstellte Annahme der ewigen – und einer inneren Logik der wirtschaftlichen Entwicklung folgenden – Konvergenz von Einkommen und Vermögen noch immer weit verbreitet ist, verweist die von Piketty zusammengetragene Empirie auf eine grundlegend andere Dynamik. Nichts lässt vermuten, dass die märchenhafte Konvergenz losgelöst von jedweder politischen Intervention jemals Wirklichkeit geworden ist. Im Gegenteil. Gerade dort, wo die Kapitalmärkte im Sinne der (neoklassischen) Ökonomen „perfekt“ funktionieren, scheint sich die fundamentale Ungleichheit $r > g$ am stärksten durchzusetzen.

Gleichzeitig ist die nachweisbare Verringerung der Ungleichheit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem auf originär politische Entwicklungen, wie beispielsweise auf die Kriegszerstörung sowie auf die sich hieraus ergebenden politischen Strategien, zurückzuführen. Steuer- und finanzpolitische Weichenstellungen sind dabei ebenso maßgebend für die Dynamik der Einkommens- und Vermögensverteilung wie die Bereitstellung von öffentlichen Gütern wie Bildung, Forschung oder einer sozialen Infrastruktur. Die keynesianisch inspirierte Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik einerseits sowie die sich daran anschließende Angebotsorientierung und neoliberale Wende, einschließlich ihrer steuerpolitischen Fehlanreize, andererseits sind sicherlich eindruckliche Belege hierfür.

Vieles spricht dafür, dass sich die zunehmende Dynamik der Einkommens- und Vermögensungleichheit ohne poli-

tisches Eingreifen weiter verschärft. Politisches Handeln ist also dringend geboten. Die öffentliche Debatte über Gerechtigkeit und Ungleichheit im Zuge der letzten Bundestagswahl hat allerdings unlängst auch gezeigt, wie sehr politisches Handeln eben nicht nur von den jeweiligen Vorstellungen der ökonomischen, politischen und sozialen Akteure abhängt, sondern vor allem von den tatsächlichen Kräfteverhältnissen zwischen ihnen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund sollte es Demokraten jeder politischen Couleure zu denken geben, wenn aufgrund der Einkommens- und Vermögenskonzentration ökonomische Macht zunehmend auch in politische Macht kanalisiert werden kann.

Die Geschichte der Einkommens- und Vermögensverteilung ist und bleibt – wie auch Piketty immer wieder betont – eine durch und durch politische, die sich nicht auf rein ökonomische Mechanismen reduzieren lässt. Daher ist es jenseits von jedem ökonomischen Determinismus so wichtig, die von Piketty dargelegten Ergebnisse kritisch zu hinterfragen, zu ergänzen und schließlich so präzise wie möglich für die politische Auseinandersetzung fruchtbar zu machen.

Dr. Carsten Sieling

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stellvertretender finanzpolitischer Sprecher der

SPD-Bundestagsfraktion

Einleitung

Thomas Pikettys Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ hat im Laufe des vergangenen Jahres großes Aufsehen erregt und mannigfaltige Diskussionen nicht nur unter Ökonomen, sondern auch in einer breiteren Öffentlichkeit entfacht. Pikettys Werk hat dadurch wesentlich dazu beigetragen, dass die Verteilung von Einkommen und Vermögen einen größeren Stellenwert auf der ökonomischen und politischen Agenda erhielt.

Ziel des vorliegenden Sammelbandes „Thomas Piketty und die Verteilungsfrage – Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland“ ist es, zentrale Bestandteile aus Pikettys Analyse mit Bezug auf Deutschland darzustellen. Dadurch soll die Debatte bereichert und die Verständlichkeit erhöht werden.

Zugleich möchte der Sammelband zur kritischen Auseinandersetzung mit Pikettys Ergebnissen, mit seinen daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen, aber auch mit seiner

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Rezeption in Deutschland anregen. Die einzelnen Beiträge stellen dabei durchaus kontroverse Ansichten zu einzelnen Aspekten der „Piketty-Debatte“ gegenüber.

Die in diesem Band gebündelten Beiträge setzen die im Folgenden beschriebenen Schwerpunkte:

Julian Bank zeichnet in seinem Aufsatz „Die Piketty-Rezeption in Deutschland“ wesentliche Facetten der frühen Auseinandersetzung deutscher Autoren mit Pikettys Werk nach. Bank stellt eine erhebliche Diskrepanz zwischen der breiten, wohlwollenden Rezeption unter englischsprachigen Ökonomen – und zwar weit über das linksliberale Spektrum hinaus – und der Heftigkeit fest, mit der Pikettys Buch bisher in Deutschland verrissen wurde. Diese, so Bank, erzähle mehr über die deutsche Ökonomenzunft und den deutschen Wirtschaftsjournalismus als über Thomas Piketty und sein Werk. Denn der Umgang mit Pikettys Buch offenbare, dass es unter deutschen Ökonomen bisher kaum Bereitschaft gibt, dem Thema der wachsenden Ungleichheit die Ernsthaftigkeit entgegenzubringen, die angemessen wäre.

Hagen Krämer diskutiert in „Make No Mistake, Thomas! Verteilungstheorie und Ungleichheitsdynamik bei Piketty“, unter welchen weiteren Bedingungen die zentrale $r > g$ -Bedingung Pikettys zu einem langfristigen Anstieg der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen führt. Der Autor zeigt auf, dass neben einer Spreizung der Sparquoten zwischen „reichen“ und „armen“ Haushalten auch die jeweiligen Anteile, die reiche und arme Haushalte an den gesamten Einkommen beziehungsweise am gesamten Vermögen halten, entscheidend sind. Je nach Konstellation dieser Größen, so Krämer, kann es tatsächlich zu einer

immer größeren Einkommens- und Vermögenskonzentration kommen.

Till van Treeck erläutert in „Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys ‚Kapital im 21. Jahrhundert‘“ die „fundamentalen Gesetze des Kapitalismus“, die Piketty in seinem Buch entwickelt. Ziel des Beitrags ist es, zunächst einige häufige Missverständnisse zu beleuchten, die die Bedeutung des r - g -Verhältnisses für die Entwicklung der Ungleichheit betreffen. Mit Hilfe von einfachen numerischen Illustrationen zeigt van Treeck, unter welchen zusätzlichen Annahmen $r > g$ in eine Spirale zunehmender Ungleichheit mündet. Zudem sei stets der gesamtwirtschaftliche Kontext zu betrachten, in dem ein Anstieg des r - g -Verhältnisses stattfindet. Wenn stark steigende Gewinne nachfrageseitig durch den kreditfinanzierten Konsum der unteren Einkommensgruppen realisiert werden (wie in den USA) oder durch steigende Exportüberschüsse und damit eine steigende Verschuldung des Auslands (wie in Deutschland), kann hiermit ein Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Instabilität verbunden sein.

Im Kapitel von Peter Bofinger und Philipp Scheuermeyer „Das ‚Kapital‘ im 21. Jahrhundert“ wird Pikettys Sicht auf die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus beschrieben und kritisch diskutiert. Dabei stelle sich das Problem, dass Piketty den Begriff „Kapital“ nicht eindeutig verwende. Eine fortwährende Akkumulation von Sachkapital sei jedoch angesichts eines durch die zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung hervorgerufenen chronischen Nachfragedefizits eher unwahrscheinlich. Der Trend zu einer steigenden Geldvermögensbildung dürfte sich aber in Zukunft fortsetzen. Bofinger und Scheuer-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

meyer argumentieren, dass die Zukunft des Kapitalismus entscheidend davon abhängen wird, ob das durch die Ungleichheit entstandene Nachfragedefizit weiterhin durch Staatsdefizite ausgeglichen werden kann. Die zentrale Rolle des Staates als Ausgleichsfaktor für fehlende private Nachfrage in einer Welt zunehmender Ungleichheit bleibe bei Piketty im Zuge seiner weitgehend neoklassisch ausgerichteten Analyse ausgeblendet.

Im nächsten Kapitel, „Kapital und Sparen bei Piketty: Einige saldenmechanische Anmerkungen“, untersucht Johannes Schmidt Pikettys Kapitalbegriff und seine Analyse des Sparens mit Hilfe des Instrumentariums der Saldenmechanik. Es lasse sich zeigen, so Schmidt, dass Piketty an einigen Stellen nicht ganz konsistent argumentiert und mehrere ganz unterschiedliche Bedeutungen des Sparbegriffes miteinander vermischt; hält man diese strikt auseinander, komme man zu etwas anderen Ergebnissen als Piketty. Allerdings schlussfolgert Schmidt, dass diese Pikettys wirtschaftspolitische Kernforderung, die stärkere Besteuerung von Kapital, sogar nachdrücklicher stützen als dessen eigene theoretische Überlegungen.

Charlotte Bartels und Timm Bönke diskutieren in „Die statistische Erfassung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften in Deutschland“ die wichtigsten zur Ungleichheitsmessung in Deutschland verwendeten Datenquellen und erörtern, inwiefern Trends in der Konzentration von Einkommen und Vermögen anhand dieser Daten statistisch erfassbar seien. Die Autoren beschreiben sowohl administrative Daten als auch Befragungsdaten und deren jeweilige Stärken und Schwächen. Für die langfristige Analyse von Einkommens- und Vermögenskonzentration sind die Steu-

erdaten, auf denen die von Piketty diskutierten Zeitreihen basieren, am besten geeignet. Befragungsdaten können dazu dienen, nicht nur die Konzentration von Einkommen, sondern die komplette Verteilung abzubilden und Maße für Ungleichheit zu berechnen. Da in Deutschland mit der Aussetzung der Vermögensteuer seit 1997 keine Steuerdaten für Vermögen mehr produziert werden, stellen Befragungsdaten die einzige Quelle zur Vermögensverteilung in Deutschland dar.

Stefan Bach untersucht in „Persönliche Vermögenssteuern in Deutschland: Entwicklung und Perspektiven“ die Möglichkeiten und Auswirkungen einer stärkeren Besteuerung hoher persönlicher Vermögen in Deutschland. Im Vordergrund stehen dabei die Wiedererhebung der Vermögensteuer, wie sie bis 1996 in Deutschland bestand, sowie die Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe. Der Autor betont einerseits, dass die Möglichkeiten zur Besteuerung hoher persönlicher Vermögen in den letzten Jahren unter anderem durch die Neuregelung erbschaftsteuerlicher Bewertungsverfahren für Grund- und Betriebsvermögen zugenommen hätten. Andererseits gingen mit einer Vermögensteuerbelastung von einem Prozent spürbare Zusatzbelastungen der Gewinne und Kapitalerträge einher, die auch in Verlustphasen anfielen. Deutlich niedrigere Steuersätze würden die Belastungen entsprechend reduzieren, aber auch das Aufkommen verringern und damit die Vermögenserfassung und -bewertung relativ verteuern. Bach argumentiert daher, dass die meisten Ziele einer laufenden Vermögensteuer besser über höhere Unternehmens- und Kapitaleinkommensteuern erreichbar seien.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Kai Daniel Schmid und Dorothee Spannagel verdeutlichen in „Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland“ die Rolle der Vermögenseinkommen für die Dynamik der Einkommensungleichheit in Deutschland. Die Autoren illustrieren, dass Veränderungen der Kapitaleinkommen den Verlauf des Gini-Koeffizienten während der 2000er-Jahre entscheidend beeinflusst haben. In diesem Zeitraum erweist sich der Erklärungsgehalt von Veränderungen der Erwerbseinkommen für den kurz- bis mittelfristigen Verlauf der Einkommensungleichheit als eher gering. Im Hinblick auf Pikettys Botschaft verdeutlichen die Ergebnisse, welche Bedeutung die Verteilung der Vermögen für die Ungleichverteilung der Einkommen haben kann.

Ulrike Stein beleuchtet in „Einkommensungleichheit: Das vernachlässigte Problem der steigenden Lohnungleichheit“ die Entwicklung der Erwerbseinkommen in Deutschland. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Schwächung tarifpolitischer Standards hätten zur Entstehung eines dualen Arbeitsmarktes geführt, so die Autorin. Dieser sei neben einem hohen Anteil an atypischen Beschäftigungsverhältnissen auch durch einen großen Niedriglohnsektor geprägt. Stein beschreibt, wie es in diesem Zusammenhang zu einem starken Anstieg der Ungleichheit kam. Eine zu groß werdende Ungleichheit und weiter auseinanderdriftende Lohneinkommen verursachten nicht nur hohe gesellschaftliche Kosten, sondern gefährdeten auch die makroökonomische Stabilität.

Schließlich zeigen Miriam Rehm und Matthias Schnetzer mit ihrem Aufsatz „Piketty revisited: Vermögensungleichheit in Europa“ verschiedene Facetten der

Vermögensungleichheit im internationalen Vergleich auf. Dabei gehen sie der Frage nach, ob die starke Konzentration der Vermögen – im Gegensatz zu den von Piketty präferierten administrativen Daten – auch in Erhebungsdaten des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) messbar sei. Erhebungsdaten böten einen Schatz an zusätzlichen, detaillierten Informationen, wie beispielsweise Informationen über die Zusammensetzung des Vermögens oder über den Vermögensaufbau, so Rehm und Schnetzer. Auf dieser Basis zeichnen die Autoren ein genaueres Bild der Vermögenssituation in Europa und zeigen, dass die empirischen Schlussfolgerungen Pikettys durch die Daten des HFCS gestützt werden: Die Vermögensverteilung ist viel ungleicher als die Einkommensverteilung und zugleich sind diese Verteilungen miteinander verbunden.

Der besondere Dank der Herausgeber gilt Fabian Lindner für die Unterstützung bei der Organisation des Sammelbandes und Hagen Krämer für seinen Vorschlag zum Titel des Bandes.

1

Die Piketty-Rezeption in Deutschland

Julian Bank

Wenn ein Buch ein solches Ereignis geworden ist wie *Capital in the Twenty-First Century* von Thomas Piketty, dann haben Rezensionen beinahe etwas Unangemessenes. Dann ist die Aufnahme, die das Buch erfährt, selbst schon mindestens so spannend wie das Buch selbst.

So schreibt Robert Misik im Auftakt zu einer Besprechung von Pikettys Buch.¹

Dieser Artikel hat sich ganz in diesem Sinne zum Ziel gesetzt, eine Art Rezension der Rezeption von Thomas Pikettys Buch in Deutschland vorzunehmen – wobei die Beiträge des vorliegenden Bandes unberücksichtigt bleiben.² Dabei kann das Vorhaben, einen *umfassenden* Überblick über

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

die Rezeption Pikettys allein im deutschsprachigen Raum (geschweige denn international) zu geben, nur zum Scheitern verurteilt sein. Es wird daher an dieser Stelle lediglich der Versuch unternommen, wenigstens in groben Zügen nachzuvollziehen, wie Pikettys Buch in der deutschen Debatte aufgenommen wurde und wie sich diese Rezeption möglicherweise von der internationalen Debatte unterscheidet.

Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“ erschien Ende 2013 in Frankreich und erfuhr dort bereits einige Aufmerksamkeit – kein Vergleich jedoch zu dem, was sich in den Folgemonaten im englischsprachigen Raum, insbesondere in den USA, entwickeln sollte.³ Nachdem das Buch im März 2014 bei Harvard University Press erschienen war, schnellte die Zahl der Besprechungen und der verkauften Exemplare sprunghaft nach oben – es entwickelte sich die mittlerweile viel zitierte „Pikettymania“ (Bloomberg Businessweek). Zahllose Blogartikel zu Piketty fluteten das Netz und bis heute fließt auf Twitter ein unaufhörlicher Strom von Kurznachrichten, die seinen Namen erwähnen. Piketty wurde als „Rockstar unter den Ökonomen“ (Financial Times) gefeiert und ein ‚Wirtschaftsnobelpreisträger‘ nach dem anderen äußerte sich voll des Lobes: Paul Krugman, Joseph Stiglitz, Bob Solow und Robert Shiller priesen das Buch. Der Ökonom Larry Summers schwärmte gar, Piketty selbst habe einen nobelpreiswürdigen Beitrag geleistet.

Allerdings ertete Piketty auch harte Kritik. Allen voran bezichtigte die Financial Times (FT) Piketty auf der Titelseite einer Wochenendausgabe Ende Mai 2014, er verwende fehlerhafte Daten.⁴ Am Ende stellte sich heraus, dass Piketty diese Kritik weitestgehend erfolgreich zurückweisen konnte und die FT in den meisten Punkten klein beigeben musste.

In den Worten von Justin Wolfers: „Accusation: Front page, Concession: Blog entry, Mea Culpa: Absent.“⁵ Und so blieb denn zumindest auch ein „fog of doubt“ um vermeintlich etablierte empirische Fakten zur Ungleichheit, von dem das von Paul Krugman beschriebene Phänomen des „inequality denial“ in der Ungleichheitsdebatte – ähnlich dem „climate change denial“ – lebte.⁶

Kurios war eine Umfrage unter US-Ökonomen, ob Pikettys Formel $r > g$ das Wachstum der US-Vermögensungleichheit der vergangenen Jahrzehnte erkläre – was eine Mehrheit der Befragten verneinte. Allerdings, so ein scharfer Beobachter der Washington Post, sei dies eine These, die Piketty selbst gar nicht vertrete. Piketty warne vor der Bedeutung von $r > g$ für die Zukunft, sehe diese Formel jedoch nicht als Erklärung der Vermögensungleichheit in den letzten Jahrzehnten.⁷ In Deutschland allerdings wurde die Umfrage – nicht jedoch deren Kritik – gleich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) aufgegriffen.⁸

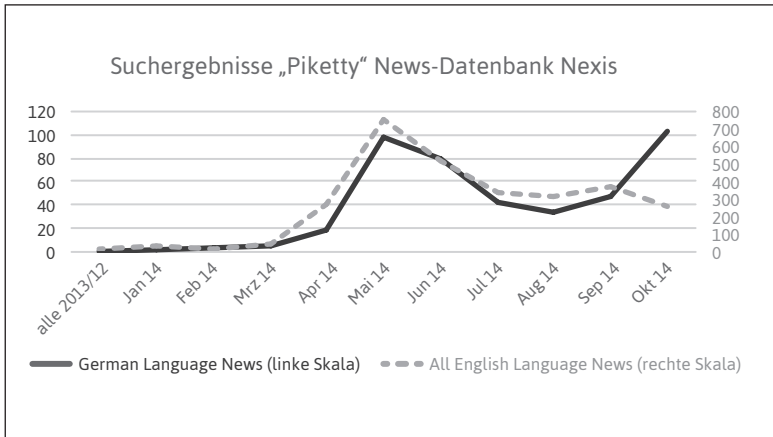
Insgesamt lässt sich im Hinblick auf die internationale Rezeption von Pikettys Buch vor allem zweierlei bemerken: die außergewöhnlich große mediale Aufmerksamkeit, die der Autor und sein Buch genossen, und die breite, wohlwollende Rezeption unter englischsprachigen Ökonomen – und zwar über die üblichen Verdächtigen im linksliberalen Spektrum hinaus.

Im Folgenden wird nun die deutsche Rezeption Pikettys näher in den Blick genommen. Sie lässt sich grob in zwei Wellen unterteilen: Eine erste Welle bestand aus den frühen Entdeckern Pikettys und denen, die die Debatte im englischsprachigen Raum in die deutschsprachige Medienlandschaft trugen. Gerade diese ‚Übersetzer‘ der

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

internationalen Debatte zeigten sich vor allem staunend über das Phänomen Piketty – ihre Berichte wurden jedoch auch überlagert von ersten inhaltlichen Auseinandersetzungen, die sich bis heute in die zweite Welle hineinziehen, deren Ursprung mit dem Erscheinen des Buchs auf Deutsch (7.10.2014) markiert ist (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Piketty-Berichterstattung in deutschen und englischen Medien.



Quelle: Nexis.

Und so können Pikettys Rezensenten in Deutschland in verschiedene Typen unterschieden werden. Zum einen lassen sie sich einteilen in die frühen Entdecker, die Beobachter/Stauner/Übersetzer der englischen Debatte und die Nachzügler, die nun zum Erscheinen des Buches auf Deutsch noch eine Besprechung verfasst haben. Darüber

hinaus unterscheiden sich die Autoren typischerweise in ihren Rollen: als Journalisten oder Ökonomen; und die Gruppe der Journalisten teilt sich wiederum auf in die Feuilletonisten und die Wirtschaftsredakteure.

Entsprechend unterschiedlich fallen auch die Beiträge zur Debatte aus: Auf der einen Seite stehen Artikel, die sich etwas zugespitzt als ‚Piketty-Storys‘ (über den „Rockstar-Ökonomen“) bezeichnen lassen, die eher auf einer Metaebene das Phänomen von Pikettys Erfolg diskutieren. Auf der anderen Seite stehen Artikel, die primär eine Auseinandersetzung mit den Inhalten des Buchs versuchen. Natürlich kommt dabei kaum eine inhaltliche Auseinandersetzung ohne Bezug auf die „Pikettymania“ aus, ebenso wie selbst die allgemeinsten ‚Piketty-Storys‘ zumindest versuchen, den Inhalt des Buchs auf eine bis wenige Kernthesen herunterzubrechen.

Übrigens lässt sich feststellen, dass es sich bei der deutschen Piketty-Debatte – recht typisch für ein Wirtschaftsthema – fast um eine reine Männerdebatte handelt. Unter den Autoren der betrachteten Rezensionen findet sich nur eine Frau: taz-Wirtschaftsredakteurin Ulrike Herrmann.

In der folgenden Besprechung der verschiedenen Besprechungen soll ausschließlich auf die inhaltliche Dimension der Diskussion Bezug genommen werden. Grob fünf Stränge der inhaltlichen Debatte lassen sich ausmachen. Erstens: eine Kritik an Pikettys Kapitalbegriff. Zweitens: die Diskussion um Pikettys sogenannte fundamentale Ungleichheitstriebkraft $r > g$. Drittens: die Debatte um Pikettys Daten. Viertens: die Kritik an Pikettys Methodik und seinem Argumentationsstil. Schließlich fünftens: die Diskussionen um Pikettys politische Forderungen.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

1. Kritik an Pikettys Kapitalbegriff

Eine in einigen Besprechungen Pikettys vorgetragene Kritik zielt auf den zu Grunde liegenden Kapital- beziehungsweise Vermögensbegriff. Piketty verwendet die beiden Begriffe synonym und unterscheidet beispielsweise nicht zwischen produktivem und nicht-produktivem Kapital. Dies diskutiert etwa Andreas Zielcke in der Süddeutschen Zeitung.⁹ Piketty habe zwar gute Gründe, eine weite Definition für Kapital zu verwenden – zum einen, weil dies seinen Datenquellen besser gerecht werde, und zum anderen, grundsätzlicher noch, weil sonst wichtige Quellen von Vermögenserträgen in seiner Verteilungsanalyse außen vor bleiben müssten. Damit jedoch setze er sich theoretischen Vorwürfen von links und rechts gleichermaßen aus.

Zielcke bringt an, dass es zwar nicht für die Ungleichheitsanalyse selbst, sehr wohl jedoch für die aus der Ungleichheit resultierenden demokratischen Probleme von Bedeutung sein könne, ob Vermögen aus Immobilienbesitz oder unternehmerischem Kapital bestünden. Die daraus folgenden Abhängigkeiten und gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten unterschieden sich je nach Kapitalform.

Doch auch aus einer engeren ökonomischen Sicht stoße Piketty damit auf Probleme und Unschärfen seiner Theorie: In seiner Analyse der „Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus“ müsse Piketty auf Erkenntnisse neoklassischer Modelle zurückgreifen – und damit auf einen engeren Kapitalbegriff. So kritisiert etwa der Ökonom Stefan Homburg, dass ein Großteil des von Piketty beschriebenen Anstiegs des Kapital-Einkommen-Verhältnisses (genannt *beta*) „keine Akkumulation zusätzlicher Maschinen usw., sondern eine

bloße Zunahme der Bodenpreise“ reflektiere. Dies stehe in „diametralem Gegensatz zu Pikettys Subtext, demzufolge ‚sophisticated robots‘ [...] die Arbeitnehmer ersetzen und sich die Kapitalisten immer größere Anteile des Volkseinkommens ‚aneignen‘“ würden.¹⁰

Auch neomarxistische und linke Kritiker fühlen sich durch Piketty, der mit seinem Titel offenkundig mit Marx kokettiert, wenig überraschend gerade hinsichtlich des Kapitalbegriffs provoziert. Ingo Stützle wirft Piketty Borniertheit vor: Piketty habe schlicht „keinen Begriff von Kapital“, da er Kapital und Vermögen gleichsetze. Die Wirtschaftsform, in der bestimmte Eigentumspositionen existierten, spiele für Piketty keine Rolle. Damit könne er vielleicht die Dynamik, nicht jedoch den Ursprung von Ungleichheit analysieren.¹¹

Ähnlich kritisiert Ulrike Herrmann, dass Piketty in eine typische Ökonomenfalle tappe:

Er setzt voraus, was er erklären müsste. Beim Kapitalismus ist die zentrale Frage: Wie entsteht Wachstum? Denn der Kapitalismus ist das allererste Sozialsystem der Menschheitsgeschichte, das dynamisch ist. Doch bei Piketty landet das Wachstum wie ein Ufo in der Welt und wird dann nur noch in Prozentzahlen gemessen.¹²

Auch Thomas Steinfeld äußert diese Kritik in der Süddeutschen Zeitung.¹³

2. $r > g$ – Pikettys „fundamentale Ungleichheitstriebkraft“

Im Mittelpunkt vieler Kritiken steht die Ungleichung $r > g$, die zunächst einmal besagt, dass die Kapitalrendite größer ist als die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate. Dies, so Piketty, sei historisch außer in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg immer so gewesen und es spreche viel dafür, dass dies auch in Zukunft so sein werde, wenn nicht etwa durch Besteuerung die Nachsteuerrendite wieder relevant gesenkt werde. Piketty bezeichnet dieses Verhältnis als „fundamentale Ungleichheitstriebkraft“ und als „zentralen Widerspruch des Kapitalismus“.

In vielen Kritiken wird diese „fundamentale Ungleichheitstriebkraft“ oder dieser „fundamentale Widerspruch“ zum „fundamentalen Gesetz“ umgetauft, obwohl Piketty den Begriff Gesetz eigentlich für zwei andere Zusammenhänge¹⁴ reserviert hat und regelmäßig betont, $r > g$ sei eine empirische Tendenz, aber keinesfalls determiniert. Dieser Verwechslung scheinen beispielsweise die Beiträge von Karl-Heinz Paqué („ehernes Gesetz des Kapitalismus“), Nikolaus Piper („Grundgesetz“, „ehernes Gesetz des Kapitalismus“) und Peter Jungen („dieses sogenannte unverrückbare Grundgesetz des Kapitalismus“) zu unterliegen.¹⁵

Jenseits dieser begrifflichen Frage bezieht sich die Diskussion um $r > g$ auf verschiedene Aspekte. (i) Erstens geht es um die Frage, ob $r > g$ tatsächlich eine Ungleichheitstriebkraft darstelle oder nicht, sowie (ii) darum, wofür r eigentlich genau stehe. Ferner wird (iii) diskutiert, ob $r > g$ aus theoretischer und normativer Sicht überhaupt fragwürdig sei. Schließlich wird in Frage gestellt, ob (iv) $r > g$ empirisch auf die Vergangenheit zutrefte und

ob es für die Zukunft eine plausible Annahme darstelle sowie ob $r > g$ empirisch tatsächlich die relative Bedeutung von Vermögen und damit die Ungleichheit anwachsen lasse. Die Kritik an $r > g$ als ‚Gesetz‘ ist zudem Thema in der Diskussion um Pikettys Methodik.

(i) Ist $r > g$ eine Ungleichheitstriebkraft?

Eine Reihe von Besprechungen stellt heraus, dass $r > g$ nur dann logisch eine steigende Ungleichheit der Vermögen impliziere, wenn die Kapitalerträge gänzlich reinvestiert würden und es keinen Konsum aus diesen Kapitalerträgen gebe. Dies stellt beispielsweise Stefan Homburg in seinen verschiedenen Kritiken heraus.¹⁶ Da jedoch in der Realität Vermögende auch aus ihren Kapitalerträgen Steuern zahlten, konsumierten, spendeten und politischen Einfluss nähmen, sei diese Annahme unrealistisch. Ähnlich äußerten sich Hans-Werner Sinn und Philipp Bagus in der FAZ.¹⁷

Etwas zurückhaltender formuliert Dirk Niepelt seine Kritik an den von Piketty herausgearbeiteten Folgen von $r > g$ für die relative Bedeutung der Vermögen:

[Q]uantitativ dürfte Piketty die Auswirkungen eines Rückgangs der Wachstumsrate auf das Verhältnis von Vermögen zu Einkommen überschätzen, weil er implizit – und kaum haltbar – unterstellt, dass die gesamtwirtschaftliche Sparquote mit steigender Kapitalintensität immer weiter zunimmt.¹⁸

Dagegen argumentiert Till van Treeck, Mitherausgeber dieses Bandes, dass gerade die Sparquoten eine entschei-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

dende Rolle spielten: Zentrale Ungleichheitsfeder sei die empirische Tatsache, dass Sparquoten bei reicheren Haushalten höher seien als bei ärmeren:

Weil die Reichen reich sind, können sie mehr sparen als arme Haushalte, und deswegen bilden sie höhere Vermögen, erzielen höhere Kapitaleinkommen, können noch mehr sparen und so weiter. Hinzu kommt, dass Reiche in der Regel höhere Renditen auf ihr Vermögen erzielen, weil sie ihr Portfolio besser diversifizieren und risikofreudiger sein können. Je höher außerdem die Rendite auf Vermögen, und je geringer das Wirtschaftswachstum, desto leichter fällt es den reichen Haushalten, ihre relative Vermögensposition weiter zu verbessern und zu vererben.¹⁹

Van Treeck sucht anhand einiger Simulationen mit realistischen Größenordnungen zu zeigen, dass $r > g$ nicht zwangsläufig in einen unendlichen Anstieg des Kapital-Einkommen-Verhältnisses und der Einkommens- und Vermögensungleichheit münden müsse. Jedoch könne schon ein Anstieg von β in ähnlicher Größenordnung wie der in den vergangenen Jahrzehnten von Piketty beschriebene, insbesondere bei unterschiedlichen Sparquoten zwischen den verschiedenen Positionen in der Verteilung, starke ungleichheitssteigernde Dynamiken mit sich bringen.²⁰

Auch Mark Schieritz verteidigt Piketty in der „Zeit“: Piketty behaupte nicht, dass die Vermögen immer und automatisch schneller wüchsen als die Einkommen, sondern nur in bestimmten historischen Konstellationen, die er in seinem Buch empirisch herausarbeite und deren Vorzeichen für die kommenden Jahre er analysiere.²¹

(ii) Vor- oder Nachsteuerrendite?

Stefan Homburgs oben erwähnter Bezug auf Steuerzahlungen auf Kapitalerträge verweist auf einen weiteren Diskussionsschauplatz um $r > g$: die Frage, ob mit r die Vor- oder Nachsteuerrendite bezeichnet sei. Homburg impliziert durch seinen Verweis auf Steuern bereits, dass für ihn Piketty im Argument, das $r > g$ als Ungleichheitstriebkraft beschreibt, die Vorsteuerrendite meine – denn sonst machte der Einwand, dass unter anderem Steuerzahlungen die Ungleichheitskraft von $r > g$ in Frage stellen, als solcher keinen Sinn.²²

Peter Bofinger, Mitherausgeber dieses Bandes, suggerierte dagegen in einem Interview im Spiegel, dass Piketty mit $r > g$ von der Nachsteuerrendite spreche: Damit, so Bofinger, stünden Pikettys Daten für die jüngsten Jahrzehnte seiner eigenen These einer zu erwartenden Ungleichheitszunahme wegen $r > g$ entgegen.²³ Ähnlich äußert sich Kolja Rudzio in seiner Besprechung in der „Zeit“: Schon die Römer hätten Steuern erhoben, was Piketty ignoriere. Ausgerechnet in der Zeit des modernen Kapitalismus gehe die Formel nicht auf.²⁴

Dagegen argumentiert wiederum Fabian Lindner, Piketty beziehe sich stets auf die Vorsteuerrendite, wenn er $r > g$ betrachte. Pikettys Implikationen für die Ungleichheitsentwicklung jedoch hingen dann immer von der Nachsteuerrendite ab, denn nur so würden auch seine ausführliche Erklärung der vorübergehenden Ungleichheitsabnahme im Verlauf des 20. Jahrhunderts und sein Beharren auf der Notwendigkeit umverteilender Politik durch Steuern erst nachvollziehbar.²⁵

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

(iii) $r > g$: Neoklassische Selbstverständlichkeit und kein normatives Problem

Ein weiterer Strang der Diskussion um $r > g$ bezieht sich auf die Rolle dieser Ungleichung bezüglich langfristiger Wachstumsprozesse. Wie Nikolaus Piper herausstellt, sei $r > g$ eine neoklassische Selbstverständlichkeit – nicht jedoch eine Formel, die ein langfristiges Auseinanderdriften von Kapital- und Arbeitseinkommen bedeute.²⁶ Hans-Werner Sinn führt aus, dass der neoklassischen Wachstumstheorie gemäß r langfristig gegen ein Niveau oberhalb von g strebe. Das Verhältnis zwischen r und g pendele sich so ein, dass sich Vermögen und Einkommen proportional zueinander entwickelten, weil ein Teil der Vermögenserträge nicht gespart werde.²⁷ Stefan Homburg begründet dies auch als normativ wünschenswert, da ein umgekehrtes Verhältnis, $r < g$, „dynamische Ineffizienz“ bedeute: Man könne eine Generation besserstellen, ohne dadurch andere schlechterzustellen.²⁸ Karl-Heinz Paqué erklärt, warum es aus Sicht der Neoklassik effizient sei, wenn $r > g$:

In der volkswirtschaftlichen Wachstumstheorie ist $r > g$ keine Zauberformel, sondern eine fast selbstverständliche Annahme: In einer Welt, in der Menschen ungeduldig sind und lieber heute als morgen die Früchte ihrer Leistung konsumieren statt zu sparen, müssen sie von Investoren für ihren Verzicht entschädigt werden, und zwar über die reine Zuwachsrate der Wertschöpfung hinaus.²⁹

Till van Treeck bezeichnet Pikettys Versuch, sein Argument in $r > g$ zu verdichten, daher auch als „Provo-

kation“ gegenüber der neoklassischen Orthodoxie. Der entscheidende Denkfehler der Neoklassiker bestehe, so van Treeck, jedoch darin, dass sie das Sparverhalten der Individuen allein aus deren Zeitpräferenzen zu erklären suchten und nicht auch aus relativen Einkommenspositionen.³⁰

Während die Mehrzahl der neoklassisch inspirierten Rezensenten von Piketty an $r > g$ zunächst keine Zweifel anmeldet, wird doch in manchen Beiträgen dieses theoretische Bekenntnis relativiert durch ein gegenläufiges Argument. Niepelt schreibt: „Üblicherweise würde man hingegen erwarten, dass eine steigende Kapitalintensität von fallenden Zinsen begleitet wird; demnach könnte der Kapitalanteil am Einkommen steigen, konstant bleiben oder sogar fallen.“³¹ Dabei sei angemerkt, dass Niepelt – wie viele andere Rezensenten – Zinsen und Kapitalerträge synonym verwendet, obwohl Piketty nicht Zinsen allein, sondern Erträge auf sämtliche Vermögensposten in den Fokus seiner Analyse rückt. Auch Karl-Heinz Paqué sieht Anzeichen für einen durch sich verändernde Knappheitsverhältnisse zustande kommenden „Trendbruch“ im gegenwärtigen Kapitalismus, bei dem die Kapitalerträge (ebenfalls synonym mit Zinsen verwendet) sinken würden.³²

Eine andere normative Kritik an Pikettys $r > g$ als Ungleichheitstriebfeder knüpft an die anfangs genannte Feststellung an, dass $r > g$ wegen der Sparquote unterhalb von 1 aus Kapitalerträgen keineswegs eine automatische Ungleichheitszunahme impliziere: Nur wenn die Kapitalerträge vollständig reinvestiert würden, sei dies zutreffend. Dann jedoch, so die spitzfindige Kritik, seien die Reichen nicht mehr zu beneiden:

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Ist es nicht eher die Ungleichheit des Konsums als die der Vermögen, die den gesellschaftlichen Gerechtigkeitsvorstellungen zuwiderläuft, und wie stark wächst diese Konsumungleichheit?

fragt Dirk Niepelt rhetorisch.³³ Und Stefan Homburg stellt fest:

Wenn sich Vermögensbesitzer als reine Akkumulationsmaschinen gerierten, die nichts konsumieren und sich auch politischer Einflussnahme enthalten – warum sollte man sie dann beneiden?³⁴

Dass es zwischen diesen rhetorisch geschickt gegenübergestellten Extrempositionen jedoch ausgerechnet jene oben genannten Szenarien mit empirisch sehr realistischen Größenordnungen gibt, bei denen Sparquoten aus Kapitalerträgen nicht 100 Prozent sind und dennoch gerade bei den Reichsten hoch genug für eine zunehmende Vermögensakkumulation, lassen sie unerwähnt.

(iv) $r > g$ und ein steigendes Kapital-Einkommen-Verhältnis aus empirischer Sicht

Kolja Rudzio meldet grundlegende Zweifel am Zeithorizont von Pikettys Vergleich zwischen Kapitalrendite und Wachstumsrate an: Einen Zeitraum von über zweitausend Jahren zu betrachten sei viel zu lang. In den letzten hundert Jahren hingegen, für welche die besten Daten zur Verfügung stünden, da sei das Verhältnis ausgerechnet

umgedreht, $r < g$ – gesetzt, man betrachtet die Nachsteuerrendite (vgl. (ii) oben). Er verweist auf Peter Bofinger im Spiegel: „Würde ich feststellen, dass meine Theorie und meine Zahlen dermaßen auseinandergehen, hätte ich schlaflose Nächte.“³⁵

Stefan Homburg stellt hingegen nicht Pikettys empirische Beobachtungen zu $r > g$ in Frage, sondern die These einer aus $r > g$ erwachsenden Zunahme des Kapital-Einkommen-Verhältnisses. Bezogen auf Nordamerika sei dieses Verhältnis Pikettys eigenen Daten zufolge über die vergangenen rund 200 Jahre recht konstant. In Europa sei es lediglich wieder auf einem ähnlichen Niveau wie 1800 oder auch 1900 angelangt.³⁶ Homburg unterschlägt allerdings, dass Piketty genau das europäische Niveau des Kapital-Einkommen-Verhältnisses im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch als problematisch erachtet. Unter diesen Verhältnissen liefen Demokratie und auch das meritokratische Prinzip, dass gesellschaftlich relevante Vermögen durch eigene Arbeit verdient werden könnten, Gefahr, untergraben zu werden. Zudem warnt Piketty, wie eingangs diskutiert, vor allem für die zukünftige Entwicklung vor der wachsenden relativen Bedeutung bereits akkumulierter Vermögen.

Geradezu kurios ist Peter Jungens empirische Kritik an $r > g$:

Dieses von [Piketty] sogenannte unverrückbare Grundgesetz des Kapitalismus ist weder von ihm [sic] über die Geschichte der Menschheit hinweg nachgewiesen noch für alle Länder. Die Zahlen für Europa beweisen das Gegenteil. Insbesondere hat hier auch die von der Financial Times vorgebrachte Kritik eine kontroverse Diskussion über Piketty ausgelöst.³⁷

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Bloß bezog sich die bereits erwähnte Kritik von Chris Giles in der FT gar nicht auf $r > g$, sondern auf die Entwicklung der Vermögensungleichheit in verschiedenen europäischen Ländern.

3. Die Debatte um Pikettys Daten

Insgesamt lässt sich für die deutsche Rezeption sagen, dass Pikettys Datenarbeit noch verhältnismäßig viel Wertschätzung erhielt, im Gegensatz zur theoretischen Rezeption (s. vorheriger Abschnitt) und der Debatte um Pikettys politische Schlussfolgerungen (s. Abschnitt 5). Dennoch äußerten sich auch viele Kritiker skeptisch und einige vernichtend über Pikettys Daten.

Vor allem die vom FT-Journalisten Chris Giles vorgebrachte Daten-Kritik wurde sehr breit rezipiert. Die scharfe Zurückweisung dieser Kritik durch Piketty und die kleintlauten Versuche der FT, zurückzurudern, fanden hingegen kaum Erwähnung – wodurch die FT-Kritik in vielen deutschen Medien als ‚letztes Wort‘ zu Pikettys Daten stehen blieb. Nikolaus Piper in der SZ brachte einen Artikel mit dem Titel „Entzaubert“.³⁸ In der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung erschien ein großer Beitrag „Piketty und die verdammten Zahlen“ mit einem Foto von Piketty, wie sich dieser grübelnd die Haare zurückstreicht.³⁹

Kolja Rudzio zählt allerlei Probleme auf, die mit Pikettys Daten bestünden. Er nimmt ebenfalls Bezug auf die FT-Kritik und urteilt scharf: Piketty mache es sich mit seiner Reaktion auf die Kritik zu leicht. „Denn tatsächlich verwandelt sich der von ihm gemessene kleine Anstieg

der Vermögenskonzentration in jüngerer Zeit schon durch geringfügige Änderungen in einen Rückgang – oder es ist überhaupt kein Trend mehr erkennbar.“ Dabei erwähnt Rudzio jedoch nicht, dass sich der FT-Journalist auf freiwillige Umfragedaten bezogen hatte, die – so Piketty – die Spitzenvermögen stark unterschätzten. Rudzio kritisiert insgesamt, wie oben bezüglich $r > g$ bereits dargestellt, dass Piketty die Steuern nicht ausreichend diskutiere. Auch bei den Einkommensdaten beachte er nicht Nachsteuereinkommen und fordere dann „neue, umverteilende Steuern. Das ist absurd.“⁴⁰

Stefan Homburg äußert neben der bereits erwähnten Kritik an Pikettys Dateninterpretation zum Kapital-Einkommen-Verhältnis zwei weitere Punkte, in denen Pikettys Daten seiner eigenen Erzählung entgegenstünden: Bezüglich der funktionalen Einkommensverteilung wirft Homburg Piketty vor, eine manipulative Auswahl des betrachteten Zeitraums vorgenommen zu haben, der den Anstieg der Gewinnquote größer aussehen lasse. Zudem stünden die empirischen Befunde bezüglich der Spitzeneinkommen in Deutschland, Frankreich und Japan Pikettys Thesen entgegen.⁴¹

Peter Jungen wirft Piketty vor, dass er wie viele andere in Vermögensanalysen „Anwartschaften und gesetzliche, tarifliche und private Altersvorsorge“ nicht berücksichtige. Zöge man diese in einer Betrachtung für Deutschland hinzu, so käme man zu einer deutlich gleicheren Vermögensverteilung.⁴²

Étienne Wasmer kritisiert, dass in Pikettys Daten Häuserpreise das Kapital-Einkommen-Verhältnis verzerren, da sie zu Marktpreisen eingerechnet seien, die zu hoch

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

seien. Man solle sich besser an Mieten als tatsächlichen zukünftigen Strom von Einkünften (oder gesparten Kosten für Eigentümer selbst genutzter Immobilien) orientieren.⁴³

Abgesehen vom häufigen, recht allgemeinen Lob über die „Fleißarbeit“ Pikettys (Ulrike Herrmann) gibt es aber erstaunlich wenig wertschätzende Äußerungen über den qualitativen Gewinn der langjährigen Ungleichheitsforschung Pikettys und seiner Kollegen: Durch ihren Fokus auf Steuerstatistiken haben sie erstmals überhaupt Informationen über die Verteilung am oberen Ende zugänglich gemacht, woran van Treeck in seinem Beitrag erinnert.⁴⁴

4. Pikettys Methode

Zwei Typen der Kritik in der deutschsprachigen Rezeption lassen sich unter der Überschrift ‚methodische Kritik‘ fassen. Zum einen äußerten Rezensenten Kritik an Pikettys Stil. Ferner nahm eine Reihe von Autoren Anstoß an Pikettys ‚Gesetzen‘ und ‚Prognosen‘.

Über den Stil von Piketty schimpft allen voran Stefan Homburg: Piketty habe ein „dialektisches Buch“⁴⁵ geschrieben, in dem er „so gut wie jede Aussage, die er irgendwo trifft, an anderer Stelle zurück[nimmt] oder [er] schränkt sie jedenfalls so weit ein, dass jede Kritik daran ins Leere läuft.“ Dies schließe eine „analytische Auseinandersetzung mit dem Stoff weitgehend aus“.⁴⁶ Oder, in Kolja Rudzios Worten, Piketty habe die „merkwürdige Neigung [...], immer auch das Gegenteil von dem zu behaupten, was er an anderer Stelle nahelegt“.⁴⁷

Auch Mark Schieritz, einer der wenigen Autoren, die

Piketty ansonsten sehr wohlwollend besprechen und ihn gegen andere Rezensenten in der deutschen Debatte verteidigen, äußert, Piketty sei nicht ganz unschuldig an seiner „Fehlrezeption“. Sein Buch sei eine „Zumutung“, weil eine klare Struktur fehle, Begriffe nicht immer eindeutig definiert seien und vor allem weil die Rolle bereits existierender staatlicher Umverteilung nicht klar genug herausgearbeitet werde.⁴⁸

Eine andere Kritik an Pikettys Methode im engeren Sinne äußert Karl-Heinz Paqué. In guter ordoliberalen Tradition greift er Piketty mit Karl Popper an. Piketty gehe „historizistisch“ vor: Er verkünde „eherne Gesetze“ des Kapitalismus und wage Prognosen bis in die ferne Zukunft. Das sei unwissenschaftlich, da es – mit Popper gesprochen – gelte, Hypothesen auf ihre Widerlegbarkeit zu untersuchen. Ähnlich wie Paqué, nur drastischer im Ton, versteigt sich Stefan Homburg zu der Behauptung, Piketty sei mit einem Meteorologen zu vergleichen, der zu langfristige Wettervorhersagen wagt: Eine Fortschreibung der Ungleichheitsentwicklung weit ins 21. Jahrhundert hinein sei „unseriös“ und „unnützlich“. Das habe „mit Wissenschaft nichts zu tun.“⁴⁹

In einem eigenen Beitrag setze ich dem kritisch entgegen, dass Piketty zum einen überhaupt keine „ehernen Gesetze“ verkünde und es sich hier generell um eine Begriffsverwechslung zwischen Pikettys mathematischen Definitionen („fundamental laws of capitalism“) und der von Piketty beschriebenen empirischen Tendenz $r > g$ („fundamental force of divergence“) handle. Darüber hinaus betone Piketty an jeder Stelle, dass er zu keiner Prognose für die Zukunft fähig sei. Vielmehr beschreibe er lediglich plausible Szenarien

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

und begründe, warum er diesen als einen von mehreren möglichen Entwicklungspfaden für am realistischsten halte. Wenn jemand sich auf „eherne Gesetze“ berufe, dann sei dies eher Paqué: Er argumentiere mit neoklassischen Knappheitsgesetzen und Gleichgewichtsannahmen, um zu begründen, warum er die von Piketty beschriebene empirische Tendenz und ihre Konsequenzen für unwahrscheinlich halte.⁵⁰ Und auch wenn es Stefan Homburg zu unanalytisch erscheinen mag: Eine wirtschaftshistorische Betrachtung muss, wenn sie der Geschichte gerecht werden will, mit mehr Wenn und Aber arbeiten als ein neoklassisches Wachstumsmodell mit repräsentativen Agenten.

5. Politikempfehlungen

Die Debatte um Pikettys Politikempfehlungen ist insgesamt weitgehend oberflächlich und diskutiert Pikettys Vorschläge nicht im Detail. Vielmehr wird generell eine in der deutschen Piketty-Rezeption dominante wirtschaftsliberale Sichtweise auf die Wirtschaftspolitik deutlich, am prägnantesten auf den Punkt gebracht von Philipp Bagus: „Während er mehr Staat, höhere Steuern und mehr Umverteilung fordert, sehen wir die Lösung in weniger Staat.“⁵¹ Karl-Heinz Paqué schreibt, Piketty überschätze die Macht der Politik.⁵² Für Gerald Braunberger ist Piketty ein „typischer französischer Utopist“.⁵³ Und Daniel Stelter schreibt, die Ungleichheit sei ein hinzunehmender Teil unserer Wirtschaftsordnung.⁵⁴

Stefan Homburg behauptet fälschlicherweise, Piketty sei Mitglied der Sozialistischen Partei.⁵⁵ Er habe Blaupausen für Frankreichs „verfehlte Politik“ geschrieben und „das

Land liegt darnieder“. Entsprechend sei Pikettys Buch unzeitgemäß.⁵⁶ Ähnlich verweist Lars Feld in seiner Kritik an Piketty auf die französische Wirtschaftspolitik. Piketty liefere die „nächste Entschuldigung für ‚mehr Staat‘“. Eine stärkere Progression in der Einkommensteuer treffe Personengesellschaften, eine Vermögensteuer belaste die Substanz von Unternehmen – nur in der Erbschaftsteuer sei man in Deutschland bislang zu großzügig.⁵⁷

Hans-Werner Sinn stimmt Piketty überraschend darin zu, dass „temporär“ Vermögen sehr viel schneller wachsen könnten als Einkommen und daher ein progressives Steuersystem Zuwächse der Nettoeinkommen im oberen Bereich begrenzen sollte. Allerdings sieht er in Europa keinen Handlungsbedarf. Die Progression habe ja „bereits erhebliche Ausmaße angenommen“. Piketty bediene wie Marx eine „Sehnsucht der Bevölkerung“.⁵⁸ Sollte wirklich die Gefahr einer wachsenden Ungleichheit bestehen, so sieht Sinn die Lösung in besseren Aufstiegschancen. Er schreibt dazu: „Je mehr Tellerwäscher Millionäre werden, desto kleiner ist das Verteilungsproblem.“ Und fügt auch noch hinzu: „Auch hilft es, wenn die Reichen mehr Kinder als die Armen haben, denn durch die Teilung der Erbschaften würde sich das Verteilungsproblem von ganz allein lösen.“⁵⁹

Als tieferer Grund, warum Pikettys politische Empfehlungen abgelehnt werden, wird regelmäßig angeführt, dass sie die wirtschaftliche Dynamik schwächten. So schreibt Nikolaus Piper, Pikettys Politikvorschläge „würden Wirtschaft und Gesellschaft ihrer Dynamik berauben und daher das Problem, das zu lösen ist, noch verschärfen.“⁶⁰ Fast wortgleich argumentiert Peter Jungen und fügt hinzu, nur Investitionen in Bildung seien eine richtige Forderung

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Pikettys.⁶¹

Unter den wenigen Rezensenten, die Positives zu Pikettys Politikvorschlägen äußern, bedauert Robert Misik, dass Piketty das planende und konstruktive Element der sozialreformerischen Politik von Roosevelt, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und progressiven Ökonomen der 1920er- bis 50er-Jahre angesichts gleichzeitiger historischer Katastrophen zu sehr unterschätze.⁶²

Jakob Kapeller lobt Pikettys Politikempfehlungen als „Meilenstein“ für die wirtschaftspolitische Debatte. Er unterstützt Pikettys Fokus auf Steuerpolitik und hebt hervor, dass dieser damit gerade nicht nur die Nachsteuer-Verteilung im Blick habe. Bei den Einkommen dienten hohe Spitzensteuersätze auch nicht in erster Linie der Generierung von Steueraufkommen. Vielmehr zielten sie direkt auf die Primärverteilung, weil sie – ähnlich wie Mindestlöhne im unteren Bereich – im obersten Einkommenssegment „wirksame Schranken“ einzögen.⁶³

6. Fazit

Unterm Strich lässt sich für die deutsche Piketty-Debatte bis jetzt feststellen, dass sie in einem bemerkenswerten Kontrast steht zu der Euphorie, mit der das Buch – bei aller Kritik im Detail – international, insbesondere in den USA, aufgenommen wurde. Es ist erstaunlich, wie viele Rezensenten das Forschungswerk eines noch jungen, talentierten, breit interessierten und interdisziplinär orientierten Ökonomen, der zugleich in den Top-Journalen der Ökonomenzunft reihenweise publiziert hat, mit einem Federstrich

verreißen. Zugleich findet diese harte Kritik kaum Widerworte. Gerade die FAZ fiel dadurch auf, dass sie der Piketty-Kritik ein großes Forum einräumte, während sie Gegenstimmen zu dieser Kritik oder späteren Relativierungen von Vorwürfen praktisch keinen Raum gab.

Wer Pikettys Buch gelesen hat und seine Biografie kennt, muss sich in Deutschland wirklich die Augen reiben. Man liest, dass „Pikettys Theorie nicht stimmt“ und dass er seinen Denkfehler „mit fesselnder Sprache“ „übertüncht“ (Hans-Werner Sinn).⁶⁴ „Als Theoretiker kann man Piketty abhaken“ (Ulrike Herrmann).⁶⁵ „[D]as ganze Gedankengebäude ist wackelig. Im neuen Marx steckt viel Murks“ – er wirke „vom Thema Ungleichheit besessen“ (Kolja Rudzio).⁶⁶ Man könne seine Forschung auch „Neidforschung nennen“ (Stefan Homburg).⁶⁷ Die Aufzählung ließe sich mühelos fortsetzen.

Es ist nicht so, dass es an Pikettys Buch nichts zu kritisieren gäbe. Erst Kritik und kritische Auseinandersetzung bringen in der ständigen Suche nach Erkenntnis voran – und wer bei einem ökonomischen 700-Seiten-Werk unterstellt, es sei unangreifbar, sollte sich Gedanken über seine Leichtgläubigkeit machen. Aber die Heftigkeit, mit der Pikettys Buch bisher in Deutschland verrissen wurde, erzählt mehr über die deutsche Ökonomenzunft und den deutschen Wirtschaftsjournalismus als über Thomas Piketty und sein Werk. Der Umgang mit Pikettys Buch offenbart, dass es in diesen Kreisen bislang keine Bereitschaft gibt, dem Thema der wachsenden Ungleichheit den Ernst entgegenzubringen, der angemessen wäre. Und das sollte uns zu denken geben.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Endnoten

- 1 Robert Misik, die tageszeitung, 17.5.2014, 27.
- 2 Vorarbeiten zu diesem Beitrag erschienen auf dem Blog verteilungsfrage.org, das ich herausgebe. Auf einer Sonderseite (verteilungsfrage.org/piketty) gibt es einen Überblick zu Piketty und der Piketty-Debatte. Zudem erscheint in dem Blog wöchentlich die Serie „Weekly Piketty“, in der einzelne Themen und Aspekte des Buchs aufgegriffen und diskutiert werden.
- 3 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 15.5.2014, 18.
- 4 Financial Times, 24.5.2014, 1.
- 5 Vgl. Justin Wolfers, Twitter-Status, 30.5.2014, <https://twitter.com/JustinWolfers/status/472359828514676737>.
- 6 Paul Krugman, New York Times, 2.6.2014, 21.
- 7 Matt O'Brien, Washington Post, 15.10.2014, wapo.st/1pnwDIQ.
- 8 FAZ, 20.10.2014, 19. Dies stimmt, je nachdem, wie großzügig man „FAZ“ definiert, nicht ganz: FAZ-Wirtschaftsredakteur Gerald Braunerberger verlinkte neben der Umfrage auch die Kritik an der Umfrage über die Kommentarfunktion unter einem seiner Blogbeiträge im Wirtschaftsblog „Fazit“ der faz.net-Seite.
- 9 Andreas Zielcke, Süddeutsche Zeitung, 8.10.2014, 15.
- 10 Stefan Homburg, Oekonomenstimme.org, 8.5.2014, bit.ly/1tAvwjv.
- 11 Ingo Stütze, ak analyse & kritik, Nr. 598, 14.10.2014, 29.
- 12 Ulrike Herrmann, die tageszeitung, 3.6.2014, 12.
- 13 Thomas Steinfeld, Süddeutsche Zeitung, 22.4.2014, 11.
- 14 Pikettys sogenannte zwei „fundamentalen Gesetze des Kapitalismus“ sind nichts weiter als eine Definitionsgleichung und ein arithmetisches Prinzip, die für sich genommen recht unumstritten sein dürften. Vgl. Till van Treeck, Capital.de, 7.10.2014, bit.ly/11Epd84.
- 15 Vgl. dazu auch Julian Bank, verteilungsfrage.org, 13.9.2014, bit.ly/1FGvU8A.

Die Piketty-Rezeption in Deutschland

- 16 Stefan Homburg, Welt am Sonntag, 18.5.2014, 33; ders., Oekonomenstimme.org, 8.5.2014, bit.ly/1tAvwjv; ders., FAZ, 15.5.2014, 18; ders., Hannover Economic Papers, Oktober 2014, bit.ly/1rGa56r.
- 17 Hans-Werner Sinn und Philipp Bagus, FAZ, 15.5.2014, 18.
- 18 Dirk Niepelt, Finanz und Wirtschaft, 14.6.2014, später auch auf Oekonomenstimme.org erschienen.
- 19 Till van Treeck, Capital.de, 7.10.2014, bit.ly/11Epd84.
- 20 Till van Treeck, Verteilungsfrage.org, 18.7.2014, bit.ly/1z43D7X; vgl. auch Jan Behringer, Thomas Theobald und Till van Treeck, IMK Report Nr. 99, Oktober 2014.
- 21 Mark Schieritz, Die Zeit, 18.6.2014, 24.
- 22 Allerdings ist der Verweis auf Steuerzahlungen aus Kapitalerträgen, der sich in allen drei Besprechungen von Homburg zunächst findet, interessanterweise in der überarbeiteten Version des Working Papers mittlerweile verschwunden, vgl. Stefan Homburg, Hannover Economic Papers, April 2014, überarbeitet: Oktober 2014, bit.ly/1rGa56r.
- 23 Peter Bofinger, Interview in: Der Spiegel, 2.6.2014, 73.
- 24 Kolja Rudzio, Die Zeit, 5.6.2014, 24.
- 25 Fabian Lindner, Herdentrieb, 5.6.2014, bit.ly/1tAvWpT.
- 26 Nikolaus Piper, Süddeutsche Zeitung, 17.5.2014, 19.
- 27 Hans-Werner Sinn, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 11.5.2014, 29.
- 28 Stefan Homburg, Hannover Economic Papers, Oktober 2014, bit.ly/1rGa56r, 5.
- 29 Karl-Heinz Paqué, FAZ, 12.9.2014, 18.
- 30 Till van Treeck, Capital.de, 7.10.2014, bit.ly/11Epd84.
- 31 Dirk Niepelt, Finanz und Wirtschaft, 14.6.2014, später auch auf Oekonomenstimme.org erschienen.
- 32 Karl-Heinz Paqué, FAZ, 12.9.2014, 18.
- 33 Dirk Niepelt, Finanz und Wirtschaft, 14.6.2014, später auch auf Oekonomenstimme.org erschienen.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

- 34 Stefan Homburg, Oekonomenstimme.org, 8.5.2014, bit.ly/1tAvwjv.
- 35 Kolja Rudzio, Die Zeit, 5.6.2014, 24, beziehungsweise Peter Bofinger, Interview in: Der Spiegel, 2.6.2014, 73.
- 36 Stefan Homburg, zum Beispiel: Welt am Sonntag, 18.5.2014, 33.
- 37 Peter Jungen, Kölner Stadtanzeiger, 21.8.2014, 4.
- 38 Nikolaus Piper, Süddeutsche Zeitung, 27.5.2014, 19; die Süddeutsche Zeitung brachte im Feuilleton immerhin einen Beitrag, der die missglückte Kritik von Chris Giles kurz nachbereitete: vgl. Thomas Meyer, Süddeutsche Zeitung, 10.6.2014, 17.
- 39 Winand von Petersdorff, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 25.5.2014, 18.
- 40 Kolja Rudzio, Die Zeit, 5.6.2014, 24.
- 41 Stefan Homburg, Welt am Sonntag, 18.5.2014, 33.
- 42 Peter Jungen, Kölner Stadtanzeiger, 21.8.2014, 4.
- 43 Étienne Wasmer, FAZ, 15.5.2014, 18.
- 44 Till van Treeck, Capital.de, 7.10.2014, bit.ly/11Epd84.
- 45 Stefan Homburg, FAZ, 15.5.2014, 18.
- 46 Stefan Homburg, Oekonomenstimme.org, 8.5.2014, bit.ly/1tAvwjv.
- 47 Kolja Rudzio, Die Zeit, 5.6.2014, 24.
- 48 Mark Schieritz, Die Zeit, 18.6.2014, 24.
- 49 Stefan Homburg, Welt am Sonntag, 18.5.2014, 33.
- 50 Julian Bank, verteilungsfrage.org, 13.9.2014.
- 51 Philipp Bagus, FAZ, 15.5.2014, 18.
- 52 Karl-Heinz Paqué, FAZ, 12.9.2014, 18.
- 53 Gerald Braunberger, FAZ, 13.1.2014, 18.
- 54 Daniel Stelter, Manager Magazin Online, 30.4.2014, bit.ly/11EpHem.
- 55 Stefan Homburg, Welt am Sonntag, 18.5.2014, 33.
- 56 Stefan Homburg, FAZ, 15.5.2014, 18.
- 57 Lars Feld, FAZ, 15.5.2014, 18.
- 58 Hans-Werner Sinn, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 11.5.2014, 29.

Die Piketty-Rezeption in Deutschland

59 Ebd.

60 Nikolaus Piper, Süddeutsche Zeitung, 17.5.2014, 19.

61 Peter Jungen, Kölner Stadtanzeiger, 21.8.2014, 4.

62 Robert Misik, die tageszeitung, 17.5.2014, 27.

63 Jakob Kapeller, Wirtschaft und Gesellschaft, 2014 (2), 341.

64 Hans-Werner Sinn, FAZ, 15.5.2014, 18.

65 Ulrike Herrmann, die tageszeitung, 3.6.2014, 12.

66 Kolja Rudzio, Die Zeit, 5.6.2014, 24.

67 Stefan Homburg, Welt am Sonntag, 18.5.2014, 33.

2

Make No Mistake, Thomas! Verteilungstheorie und Ungleichheitsdynamik bei Piketty

Hagen Krämer¹

1. Einleitung

„Make no mistake“ ist eine häufig wiederkehrende Formulierung in Thomas Pikettys „Das Kapital im 21. Jahrhundert“.² Damit möchte Piketty wohl auf einige aus seiner Sicht besonders klare Sachverhalte hinweisen. Zu einem aus meiner Sicht besonders klaren, gleichwohl problematischen Sachverhalt in Pikettys Buch gehört die Tatsache, dass er die zentrale (mathematische) Ungleichheit, die er als die entscheidende Bedingung für die Entwicklung der

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Ungleichheit (von Einkommen und Vermögen) identifiziert hat, nicht eindeutiger spezifiziert. Damit ist die mittlerweile recht berühmt gewordene *Piketty-Bedingung* $r > g$ gemeint, die ihm zufolge bewirkt, dass die Konzentration von Einkommen und Vermögen langfristig zunimmt, wenn die Kapitalrendite (r) größer als die Wachstumsrate der Wirtschaft (g) ist.

Im Buch ist an verschiedenen Stellen die Rede davon, die Bedingung für die Zunahme der Ungleichheit laute lediglich, dass r *deutlich* größer sein müsse als g . So schreibt Piketty beispielsweise: „[...] der entscheidende Punkt ist, dass [...] eine starke Ungleichheit $r-g$ automatisch zu einer extremen Vermögenskonzentration führt“ (Piketty 2014: 480). Verbunden wird dies mit dem Hinweis auf die empirische Tatsache, dass in allen Ländern die Vermögen in der Bevölkerung deutlich stärker konzentriert seien als die Einkommen und dass deshalb eine ausreichend große positive Differenz von r und g dafür verantwortlich sei, dass sich eine Ungleichheitsdynamik entwickle. Ein Grund für Pikettys Verweis auf die Notwendigkeit einer „starken Ungleichheit $r-g$ “ liegt darin, dass nicht alle Kapitaleinkommen reinvestiert werden. Berücksichtigt man die Tatsache, dass ein Teil der Kapitaleinkommen für den Konsum verwendet wird, modifiziert sich die Ungleichheit $r > g$ zu $s_k r > g$ (dabei stellt s_k die Sparquote aus Kapitaleinkommen dar). Dieser quasi selbstverständlichen Spezifikation ist sich Piketty voll bewusst, dies stellt er an mehreren Stellen in seinem Buch auch klar heraus (zum Beispiel Piketty 2014: 479).³

Wie im vorliegenden Beitrag verdeutlicht werden soll, müssen allerdings zusätzlich zu einer positiven Differenz

von r und g und der Berücksichtigung der Sparquote noch weitere Bedingungen erfüllt sein, damit es zu einer „automatisch“ zunehmenden Spreizung von Einkommen und Vermögen kommt. Viele Bemerkungen im Buch weisen darauf hin, dass Piketty sich über zusätzliche Bedingungen durchaus im Klaren ist. Überwiegend erwähnt er jedoch nur die verkürzte Ungleichheit $r > g$. Ein Grund dafür könnte sein, dass Thomas Piketty seine Botschaft von einem drohenden Gang in eine „patrimoniale Gesellschaft“, in der leistungslose Einkommen immer bedeutsamer werden und den sozialen und demokratischen Zusammenhalt gefährden, öffentlichkeitswirksam und in einer einprägsamen Weise vermitteln wollte. Dies ist ihm ganz offenkundig gelungen.

Es lässt sich aber noch ein anderer Grund dafür denken, dass er sowohl in seinem Buch als auch in seinen theoretischen Vorarbeiten die entscheidenden und konkreten Voraussetzungen für das Entstehen einer Ungleichheitsdynamik nicht im Einzelnen benennt. Eine zentrale Bedingung, die im Buch allenfalls angedeutet wird, ist, dass unterschiedliche Sparquoten für verschiedene Gruppen in der Bevölkerung existieren müssen, damit sich unter bestimmten weiteren Voraussetzungen eine zeitliche Dynamik der Ungleichheitsentwicklung bei Einkommen und Vermögen ergeben kann. Dass Piketty dies nicht weiter thematisiert, könnte schlicht auch damit zusammenhängen, dass er seine sogenannten fundamentalen Gesetze und seine zentrale Kraft der Divergenz vor dem theoretischen Hintergrund der neoklassischen Wachstums- und Verteilungstheorie präsentiert. In diesem Modell werden in der Regel einige Vereinfachungen vorgenommen, die

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

dazu führen, dass man beispielsweise nicht zwischen zwei verschiedenen Gruppen („die Reichen“ und „die Armen“) mit unterschiedlichen Sparquoten unterscheidet.⁴ Wie in Abschnitt 3 dieses Beitrags gezeigt werden soll, ist dies aber eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass eine Ungleichheitsdynamik entsteht. Darüber hinaus sind die Größenordnung der Sparquoten und der jeweilige Anteil, den die Gruppen an den gesamten Einkommen beziehungsweise am gesamten Vermögen haben, von entscheidender Bedeutung.

Der vorliegende Beitrag gliedert sich in zwei Hauptteile. Im anschließenden Abschnitt 2 wird dargestellt, wie Piketty seine Ungleichheitstheorie unter Bezugnahme auf die neoklassische Produktions-, Wachstums- und Verteilungstheorie begründet. Abschnitt 3 zeigt, dass die von Piketty „entdeckte“ Ungleichheitsdynamik auch ohne Rückgriff auf die neoklassische Theorie entwickelt werden kann. Je nach Konstellation bestimmter Parameter kann es tatsächlich zu einer immer größeren Einkommens- und Vermögenskonzentration kommen. Der Beitrag endet mit einer kritischen Würdigung von Pikettys Arbeit und einigen Überlegungen zu (wirtschafts-)politischen Maßnahmen. Es wird argumentiert, dass zur Verringerung der Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung neben den von Piketty fast ausschließlich empfohlenen Eingriffen in die Sekundärverteilung grundsätzlich auch Maßnahmen, die auf der Ebene der Primärverteilung ansetzen, sinnvolle Ergänzungen sein können.

2. Verteilungstheorie

Pikettys Erklärungsmodell der Bestimmung von Löhnen und Gewinnen in der Gesamtwirtschaft sowie sein Wachstumsmodell basieren auf den gängigen Grundprinzipien der neoklassischen Wachstums- und Verteilungstheorie. Trotz so mancher relativierenden Bemerkung und gelegentlicher Einwände gegenüber bestimmten Methoden und Konzepten, die er an verschiedenen Stellen in seinem Buch gegenüber dem Mainstream vorbringt, ist nicht zu bezweifeln, dass Piketty dem üblichen Modellrahmen der neoklassischen Theorie verhaftet bleibt (vgl. zum Beispiel Piketty 2014: 281–297). Das Studium des im Internet veröffentlichten technischen Anhangs zum Buch und seiner aktuellen wissenschaftlichen Publikationen, die er regelmäßig in den führenden Mainstream-Journals veröffentlicht, bestätigt dies in klarer Weise.⁵

Mit Ausnahme der Erklärung von Topmanager-Einkommen hält Piketty die neoklassische Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung bei der Erklärung von Löhnen und Gewinnen für „nützlich“ und „natürlich“ (Piketty 2014: 283 ff.). Diese Verteilungstheorie weist jedoch einige schwerwiegende logische Defizite und Unzulänglichkeiten auf, die sie als theoretische Erklärung für die Verteilung von Einkommen und Vermögen untauglich machen, wie im Folgenden kurz erläutert werden soll.

Die neoklassische Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung wird sowohl für die Erklärung auf der Mikro- als auch auf der Makroebene herangezogen. Bei der mikroökonomischen Version der Grenzproduktivitätstheorie steht die Einkommensverteilung nicht im Mittelpunkt, diese

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

wird gewissermaßen *en passant* erklärt.⁶ Es geht hier in erster Linie um eine Bestimmung der Nachfrage nach den einzelnen Produktionsfaktoren auf den jeweiligen Faktormärkten. Gleichzeitig mit der Bestimmung der Faktornachfrage werden auch die einzelnen Faktorpreise (Lohn, Kapitalzins, Grundrente) ermittelt. Das Grundprinzip der Faktorpreisbestimmung ist dabei für alle Produktionsfaktoren identisch. Unter der Verwendung diverser Annahmen – darunter insbesondere vollkommene Konkurrenz und konstante Skalenerträge – wird jeder Produktionsfaktor im Marktgleichgewicht gemäß dem Wertgrenzprodukt der letzten noch beschäftigten Einheit entlohnt. Die Theorie der Preisbildung auf einem Faktormarkt ist in diesem Modellrahmen gleichzeitig eine Theorie der Einkommensverteilung.

Die makroökonomische Version der Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung überträgt die auf der mikroökonomischen Ebene gewonnenen Gesetzmäßigkeiten auf die Gesamtwirtschaft. Die Einkommen der Produktionsfaktoren entsprechen auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ihren jeweiligen Faktorpreisen. Wird, wie allgemein üblich, eine *Cobb-Douglas-Produktionsfunktion* angenommen, verteilt sich das produzierte Einkommen komplett auf die beteiligten Produktionsfaktoren. Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote (Profitquote) wird mit der Produktionselastizität der Arbeit (des Kapitals) gleichgesetzt. Variationen von Lohnsatz oder Profitrate haben keinen Einfluss auf die quotale Einkommensverteilung, da diese eine entsprechend kompensierende Faktorsubstitution auslösen. Die Einkommensquoten ändern sich allenfalls, wenn die Produktionselastizitäten durch

(nicht-neutralen) technischen Fortschritt verändert werden. Wird eine CES-Produktionsfunktion mit einer Produktionselastizität ungleich eins verwendet, kann auch die Kapitalintensität einen Einfluss auf die Höhe der Einkommensquoten ausüben. Piketty, der empirisch einen Anstieg der Profitquote (α) und des Kapital-Einkommens-Verhältnisses (β) beobachtet, ist gewissermaßen gezwungen, eine CES-Produktionsfunktion mit einer Substitutionselastizität größer als eins anzunehmen, will er analytisch im neoklassischen Modellrahmen bleiben (vgl. Piketty 2014: 293 f.).

Wie im Rahmen der sogenannten kapitaltheoretischen Kontroverse deutlich geworden ist, erweisen sich allerdings die Annahme der Existenz einer gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion und die Vorgabe einer definierten „Menge an Kapital“ unabhängig von den Preisen der verschiedenen Kapitalgüter und damit der Profitrate aus bestimmten logischen Gründen als unhaltbar (vgl. Harcourt 1972). Hierbei tritt nämlich das Problem auf, dass die Preise der einzelnen, heterogenen Kapitalgüter vorab bekannt sein müssen, um diese zu einem gesamtwirtschaftlichen Kapitalstock aufaddieren zu können. Die Preise der einzelnen Kapitalgüter sind jedoch ohne Kenntnis des Kapitalzinses (der Profitrate) nicht bestimmbar (vgl. Kurz / Salvadori 1995). Wie Piero Sraffa bereits 1960 nachgewiesen hat, müssen die Preise der Kapitalgüter und die Profitrate simultan bestimmt werden (Sraffa 2014). Außerhalb eines Ein-Sektor-Modells kann man daher die verschiedenen Kapitalgüter nicht zu einer einzigen Größe „Kapital“ aggregieren. Paul Samuelson und andere Neoklassiker haben dies am Ende der langjährigen Auseinandersetzung zwischen den Kritikern der neoklassischen Produktions-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

und Kapitaltheorie aus Cambridge (England) und ihren Verteidigern aus Cambridge (USA), die von Piketty allerdings komplett missverstanden wird, auch zugestanden.⁷ Obwohl die Cambridge-Cambridge-Kontroverse eindeutig ergeben hat, dass die makroökonomische Version der Grenzproduktivitätstheorie auf einem Zirkelschluss basiert, der ihr theoretisches Fundament in Frage stellt, ist sie auch heute noch der zentrale Baustein für die neoklassische Verteilungsanalyse, auf dem auch Piketty aufsetzt.

Ein weiterer Kritikpunkt an der von Piketty herangezogenen Verteilungstheorie besteht darin, dass im Standardansatz der Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung kein Platz für Marktmacht, soziale Einflussfaktoren oder die Berücksichtigung von anderweitigen Verteilungskonflikten ist, wie sie in der Realität beständig auftreten. In einem solchen Modellrahmen wird die Einkommensverteilung, wie Piketty an einigen Stellen selbst schreibt, ausschließlich „technisch“ bestimmt. Auf Einflussfaktoren wie Macht und Verhandlungsstärke weist Piketty zwar gelegentlich hin, sie kommen bei ihm aber eindeutig zu kurz und werden von ihm als zweitrangig bezeichnet (vgl. zum Beispiel Piketty 2014: 296).

Jedoch lässt sich wohl schwerlich bestreiten, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht nur kurzfristig einen entscheidenden Einfluss auf die Verhandlungsstärke der Tarifvertragsparteien beim Ringen um die Einkommensverteilung hat. Erstaunlicherweise spielt die Arbeitslosigkeit aber in Pikettys Buch praktisch überhaupt keine Rolle. Die fast 700 Seiten umfassende englischsprachige Ausgabe enthält einen umfangreichen Sachindex, in dem das Stichwort *unemployment* gar nicht auftaucht.

Vollbeschäftigung ist in der Realität von Marktwirtschaften aber bislang immer die Ausnahme und nicht die Regel gewesen. Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland zeigt den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und funktionaler Einkommensverteilung relativ klar auf (vgl. Krämer 2014). Die Tiefstände der Profitquote finden sich (mit einem gewissen *time lag*) in den Zeiten der Vollbeschäftigung der 1960er- und 1970er-Jahre. Mit der Rückkehr der Arbeitslosigkeit Mitte der 1970er und zu Beginn der 1980er stieg diese Quote tendenziell immer weiter an. In anderen OECD-Ländern sieht die Entwicklung ganz ähnlich aus. Piketty kann als Empiriker diesen Faktor aus der Analyse der Einkommensverteilung auch nicht komplett ausblenden. Er weist sogar explizit darauf hin, wenn er schreibt:

Diese Entwicklung hin zu einem Anstieg [des Anteils des Kapitals am Nationaleinkommen, H. K.] ist nicht nur mit einer Substitutionselastizität von über eins verbunden, sondern hängt auch mit einer verbesserten Verhandlungsposition des Kapitals gegenüber der Arbeit zusammen, denn diese war von einer zunehmenden zwischenstaatlichen Konkurrenz um Investitionen und einer größeren Mobilität des Kapitals gekennzeichnet (Piketty 2014: 294).

Hier offenbart sich eine gewisse Widersprüchlichkeit, denn die neoklassische Produktionsfunktion und Konzepte wie die Substitutionselastizität haben – selbst wenn man die zuvor referierten Einwände nicht akzeptiert – streng genommen nur dann einen Sinn, wenn man Vollbeschäftigungssituationen analysiert, da die Produktionsfunktion auf der Idee der effizienten Ressourcenausnutzung basiert.⁸

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Auf der anderen Seite bietet Piketty damit aber auch (bewusst oder unbewusst) die Möglichkeit an, basierend auf seinen bedeutsamen empirischen Forschungsergebnissen die von ihm postulierte Ungleichheitsdynamik in einem anderen analytischen Rahmen abzuleiten.⁹ Letztlich ist die aggregierte Produktionsfunktion nämlich keine *conditio sine qua non* für das Zustandekommen von Pikettys langfristiger Ungleichheitsdynamik (vgl. Aspromourgos 2014: 10). Wie im nächsten Abschnitt gezeigt werden soll, können die zentralen Bedingungen für das Entstehen einer Ungleichheitsdynamik auch ohne Rückgriff auf die neoklassische Wachstums- und Verteilungstheorie entwickelt werden.

3. Ungleichheitsdynamik

3.1 Pikettys Ungleichheitsgesetze

In seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ stellt Thomas Piketty zwei sogenannte „fundamentale Gesetze des Kapitalismus“ vor. Außerdem identifiziert er eine „zentrale Kraft der Divergenz“ der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Beim „ersten fundamentalen Gesetz“ wird der Anteil der Kapitaleinkommen (P) am Nationaleinkommen (Y) mit α bezeichnet und definiert als das Produkt aus der Kapitalrendite (r) und der Relation aus gesamtwirtschaftlichem Nettovermögen (K) und dem Nettonationaleinkommen (Y). Piketty bezeichnet das sich daraus ergebende Kapital-Einkommens-Verhältnis mit β :

$$(1) \alpha = P/Y = r K/Y = r\beta$$

Piketty betrachtet die lange Frist. Hier geht es um gleichgewichtige *Steady-State-Wachstumspfade*, auf denen relevante Größen entweder konstant wachsen oder bestimmte Relationen dieser Größen untereinander gleich bleiben. Die Idee von Steady-State-Pfaden ist nicht auf neoklassische Modelle beschränkt. Insofern bindet die Verwendung eines solchen Konzeptes nicht automatisch an ein bestimmtes wirtschaftswissenschaftliches Paradigma. Die Unterschiede in den verschiedenen Theorien kommen vor allem deshalb zustande, weil die Ansichten darüber auseinandergehen, wie die Ursache-Wirkungs-Beziehungen zwischen den Modellgrößen sind. Eine zentrale Konfliktlinie zwischen Neoklassikern und Keynesianern besteht beispielsweise in der Wirkungsrichtung zwischen Sparen und Investieren (vgl. den Beitrag von Johannes Schmidt in diesem Band). Keynes ging davon aus, dass Investitionsentscheidungen autonom sind und dadurch die Höhe der Ersparnisse in einer Ökonomie bestimmt wird. Neoklassiker sehen dies umgekehrt.

Auch bei Piketty ist die Sparquote eine unabhängige Größe (vermutlich, wie üblich im neoklassischen Modellrahmen, bestimmt durch die autonomen Sparscheidungen der Haushalte). Das langfristige Wachstum der Volkswirtschaft wird bei ihm angebotsseitig durch das Wachstum der (Arbeits-)Bevölkerung und die autonome Rate des Wachstums der Arbeitsproduktivität bestimmt. Hieran passt sich langfristig das Kapital-Einkommens-Verhältnis an. Im langfristigen Gleichgewicht von Angebot

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

und Nachfrage (*Steady State*) konvergiert β gemäß dem „zweiten fundamentalen Gesetz“ gegen die Relation aus gesamtwirtschaftlicher Sparquote (s) und der nominalen Wachstumsrate des Nationaleinkommens (g):

$$(2) \beta = s/g$$

Piketty leitet aus seinen empirischen Daten ab, dass die Kapitalrendite (r) historisch fast immer größer war als die Wachstumsrate des Nationaleinkommens (g). Dies bedeutet, dass die Vermögen tendenziell schneller steigen als die Arbeitseinkommen, wenn die Vermögensbesitzer einen hinreichend großen Teil ihrer Einkommen sparen. Unter bestimmten Bedingungen kommt es zu einem steigenden Kapital-Einkommens-Verhältnis (β) und damit zu einem wachsenden Anteil der Kapitaleinkommen an den Nationaleinkommen (α), was zusammen mit weiteren Bedingungen schließlich eine größere Einkommensungleichheit impliziert. Von zentraler Bedeutung ist Pikettys Annahme, dass die Wachstumsrate (g) sich zukünftig verringern wird, während die Sparquote mehr oder weniger konstant bleiben wird. In der langen Frist konvergiert β dann gegen einen anderen Gleichgewichtswert in einem neuen *Steady State*.

Piketty hebt als Voraussetzung für eine entstehende Ungleichheitsdynamik fast ausschließlich die Bedingung $r > g$ hervor. Dies hat in der Auseinandersetzung mit seiner Theorie eine Reihe von kritischen Kommentaren hervorgerufen. Piketty selbst verweist jedoch an verschiedenen Stellen darauf, es sei eine unabdingbare Voraussetzung für den Anstieg der Vermögenskonzentration, dass die

Bezieher der Kapitaleinkommen einen größeren Teil ihrer Einkommen sparen, das heißt reinvestieren müssen.

Liegt die Kapitalrendite deutlich und dauerhaft über der Wachstumsrate, so trägt das [...] konstitutiv zu wachsender Vermögensungleichheit bei. Ist zum Beispiel $g = 1\%$ und $r = 5\%$, so genügt es, wenn Besitzer großer Vermögen sich entschließen, jedes Jahr mehr als ein Fünftel ihrer Kapitaleinkommen zu reinvestieren, damit diese Vermögen schneller zunehmen als das Durchschnittseinkommen in der betreffenden Gesellschaft (Piketty 2014: 479).

Bei einer solchen Differenz zwischen r und g , wie sie Piketty in seinem Beispiel aufführt, reicht bereits eine Sparquote der Vermögensbesitzer von etwas mehr als 20 Prozent aus, um die Kapitaleinkommen schneller als die Arbeitsinkommen wachsen zu lassen. Allerdings ergibt sich nur dann eine zunehmende Einkommens- und Vermögenskonzentration, wenn außerdem die Vermögen ungleichmäßig über alle Haushalte verteilt sind. Da Piketty dies realiter als gegeben sieht, reichen ihm allein diese beiden Voraussetzungen aus, um daraus die Tendenz zu einer wachsenden Ungleichheit abzuleiten.

Es lässt sich jedoch zeigen, dass eine positive Differenz zwischen r und g gar nicht die entscheidende Voraussetzung für eine wachsende Ungleichheit der Vermögen ist.¹⁰ Vielmehr ist relevant, dass die Bezieher hoher Einkommen und die Besitzer großer Vermögen über eine hinreichend höhere Sparquote verfügen als Personen mit geringen Einkommen und Vermögen. Darauf haben verschiedene Autoren bereits hingewiesen (vgl. u. a. Till

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

van Treeck in diesem Band). Wie im Folgenden gezeigt werden soll, ist es aber außerdem noch notwendig, das jeweilige Ausgangsniveau zu berücksichtigen, auf dem sich die Anteile der Wohlhabenden am Einkommen beziehungsweise am Vermögen befinden. Unter klar definierbaren Voraussetzungen kommt es dann tatsächlich zu einer sich weiter öffnenden Schere bei den Vermögen und bei den Einkommen. Entscheidend dafür ist die Höhe der Sparquote der Reichen. Nur wenn diese ausreichend sparen und akkumulieren, wird das Wachstum der Kapitaleinkommen höher sein als das Wachstum der Gesamteinkommen.

3.2 Eine spezifizierte Piketty-Bedingung für die Zunahme der Ungleichheit

Um dies zu zeigen, wird die prinzipielle Ungleichheitsdynamik nun in einem erweiterten Piketty-Modell dargestellt. Konkret wird im weiteren Verlauf der Frage nachgegangen, unter welchen Bedingungen es zu einer zunehmenden Vermögenskonzentration kommt. Dabei wird zunächst der Darstellung von Aspromourgos (2014) gefolgt, die eine relevante Spezifikation der Bedingungen zeigt, unter denen sich eine Tendenz zu einer zunehmenden Vermögensungleichheit ergibt. Zum einen werden Pikettys Überlegungen dahingehend ergänzt, dass von zwei Gruppen ausgegangen wird, die durch unterschiedliche Anteile am Gesamteinkommen sowie am Gesamtvermögen definiert sind. Mit Pasinetti (1962) ist in die Verteilungstheorie die Überlegung eingegangen, dass auch Arbeiter Kapitaleinkommen beziehen. Berücksichtigt

man außerdem, dass auch Kapitalisten Arbeitseinkommen erhalten können, erscheint es sinnvoller, zwei Gruppen zu bilden, die sich nicht durch ihre Funktion im Produktionsprozess definieren, sondern anhand ihrer Anteile am Einkommen beziehungsweise Vermögen.

Wir teilen die Gesamtbevölkerung daher in die kleinere Gruppe der „Reichen“ und die größere Gruppe der restlichen Bevölkerung auf, hier vereinfachend als „die Armen“ bezeichnet. Reich soll hier als vermögensreich definiert sein.¹¹ Abgesehen wird von Vermögensgewinnen durch relative Preissteigerungen von Vermögensanlagen (*capital gains*) sowie von der Möglichkeit, dass es durch Kriege oder Wirtschaftskrisen zur Vernichtung von Vermögen kommen kann. Außerdem wird – und das ist nicht unwichtig hervorzuheben – zunächst von einer Vermögens- oder Kapitaleinkommensbesteuerung abstrahiert.

Die Reichen und die Armen sparen einen unterschiedlich hohen Anteil ihres jeweiligen Einkommens. Es ist plausibel, davon auszugehen, und auch empirisch hinreichend belegt, dass die Sparquote der Reichen (s_R) über der Sparquote der Armen (s_A) liegt (vgl. für Deutschland zum Beispiel Brenke/Wagner 2013, Fichtner et al. 2012)¹². Der Anteil, den die Reichen zu Beginn der Betrachtungsperiode am Gesamteinkommen (Y_t), dem Arbeits- plus Kapitaleinkommen, haben, wird mit a bezeichnet. Der Anteil, den die Reichen zu Beginn der Betrachtungsperiode am Gesamtvermögen (K_t) haben, wird entsprechend mit b bezeichnet.¹³ Die Ersparnis der Reichen ist dann durch $s_R a Y_t$ gegeben. Das Wachstum des Vermögens der Reichen in der betrachteten Periode lässt sich beschreiben durch:

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

$$(3) s_R a Y_t / b K_t = s_R (a/b) / \beta_t$$

Das Wachstum des Vermögens der Armen ergibt sich dagegen durch:

$$(4) s_A (1-a) Y_t / (1-b) K_t = s_A [(1-a)/(1-b)] / \beta_t$$

Das Wachstum des Vermögens der Reichen ist dann größer als das Wachstum des Vermögens der Armen, wenn:

$$(5) s_R (a/b) / \beta_t > s_A [(1-a)/(1-b)] / \beta_t$$

beziehungsweise wenn:

$$(6) s_R / s_A > [b/(1-b)] * [(1-a)/a]$$

Dass $s_R > s_A$ ist, stellt eine empirisch gut belegte Tatsache dar. Eine ganze Reihe von unterschiedlichen Werten für a und b erfüllt dann Ungleichung (6).¹⁴ Setzt man nun Gleichung (1) in Gleichung (3) ein, so erhält man:

$$(7) s_R a Y_t / b K_t = s_R (a/b) r_t / \alpha_t$$

Im nächsten Schritt gelangt man schließlich zur entscheidenden *Ungleichung für die zunehmende Ungleichheit*. Das Vermögen der Reichen wächst schneller als das Gesamteinkommen, wenn:

$$(8) s_R (a/b) r_t / \alpha_t > g_t$$

Umformuliert nach der Sparquote der Reichen:

$$(9) s_R > \alpha_t * (b/a) * (g_t/r_t)$$

Ungleichung (9) definiert quasi den Schwellenwert für eine wachsende Ungleichheit. Dieser Schwellenwert ist dann überschritten, wenn die Sparquote der Reichen s_R größer ist als der Ausdruck $\alpha_t * (b/a) * (g_t/r_t)$.

Es gibt nun eine ganze Reihe von theoretischen Möglichkeiten, damit diese Ungleichung erfüllt ist. Wir gehen zunächst vereinfachend davon aus, dass $r_t = g_t$. Unter dieser Annahme vereinfacht sich Ungleichung (9) zu:

$$(10) s_R > \alpha_t / (a/b)$$

Der Schwellenwert für eine wachsende Ungleichheit ist nun dann überschritten, wenn die Sparquote der Reichen größer ist als der Ausdruck $\alpha_t / (a/b)$.¹⁵

3.3 Sparquote und Ungleichheitsdynamik – ein einfacher empirischer Abgleich

Anhand einer einfachen Plausibilitätsüberlegung, bei der die jeweiligen empirischen Werte für die Variablen in Ungleichung (9) und (10) zu einer Berechnung des Schwellenwerts der Sparquote der Reichen herangezogen werden, soll diese Bedingung nun weiter überprüft werden. Dabei wird – sofern vorhanden – auf die empirischen Werte zurückgegriffen, die Piketty selbst angibt.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Nimmt man für „die Reichen“ in einem ersten Schritt an, dass sie den wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte (Top-10-Prozent) entsprechen, dann fließen beispielsweise in Deutschland aktuell (Pikettys jüngste Werte beziehen sich jeweils auf das Jahr 2010) rund 36 Prozent der Gesamteinkommen an diese Gruppe (vgl. Piketty 2014: Grafik 9.7).¹⁶ Die Größe a hat demzufolge einen Wert von 0,36. Auf der anderen Seite besitzen die reichsten zehn Prozent der Haushalte in Deutschland etwa 66 Prozent des gesamten Vermögens (vgl. Grabka/Westermeier 2014). Die Variable b erhält also den Wert 0,66. Dementsprechend ist $b > a$, und die Relation a/b beträgt etwa 0,55.

Setzen wir die Werte aus dem empirischen Beispiel für Deutschland ein, um den Schwellenwert der Sparquote zu ermitteln, also $a = 0,36$, $b = 0,66$ und für die Profitquote $\alpha_t = 0,32$ (vgl. Piketty 2014: Abbildung 6.5), dann wachsen die Vermögen der Reichen schneller als die Gesamteinkommen, wenn die so definierte Gruppe der Reichen rund 59 Prozent ihres Einkommens spart. Eine solch hohe Sparquote findet sich jedoch allenfalls bei der obersten Spitze der Reichen und Vermögenden und nicht im Durchschnitt des obersten Dezils. Allerdings ist daran zu erinnern, dass dieser Wert für die Sparquote der Reichen unter der Annahme abgeleitet wurde, dass $r = g$. Je stärker nun die Wachstumsrate der Vermögen (r) die Wachstumsrate der Gesamteinkommen (g) übersteigt, desto kleiner ist die Sparquote, die notwendig ist, um einen überproportionalen Anstieg der Vermögen zu verursachen.

Um Pikettys Vermutung über die in Zukunft wieder zunehmende Vermögenskonzentration weiter zu untersuchen, verwenden wir die von ihm für den weiteren Verlauf

dieses Jahrhunderts prognostizierten Werte für r und g . Piketty unterteilt diesen Zeitraum in die beiden Unterperioden 2012 bis 2050 und 2050 bis 2100. Ist $r = 4,3$ Prozent und $g = 3,3$ Prozent, wie Piketty für die Periode 2012 bis 2050 annimmt (vgl. Piketty 2014: Abbildung 10.9), so beträgt die entsprechende Sparquote, die notwendig ist, um die Ungleichung (9) zu erfüllen, rund 45 Prozent, ist also immer noch recht groß.¹⁷

Tabelle 1 gibt zum Vergleich auch die entsprechenden Schwellenwerte für die Sparquoten in den USA sowie in Großbritannien an. Diese fallen niedriger aus als der Wert für Deutschland. Der wesentliche Grund hierfür ist, dass die Anteile, die die Top-10-Prozent in den USA und in Großbritannien am Gesamteinkommen (Arbeits- plus Kapitaleinkommen) haben, höher sind (USA: 47,9 Prozent, UK: 41,6 Prozent) als in Deutschland (36,1 Prozent).

Empirische Werte für Sparquoten nach Haushaltsgruppen in Deutschland liegen deutlich unter dem oben abgeleiteten Wert von 45 Prozent für s_R in Deutschland. So berechnen Brenke/Wagner (2013: 114) auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für das oberste Dezil eine durchschnittliche Sparquote von 17 Prozent.¹⁸

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Tabelle 1: Schwellenwerte für die Sparquote der Reichen (Top-10-Prozent).

	Deutschland		USA		Großbritannien	
	2012–2050	2050–2100	2012–2050	2050–2100	2012–2050	2050–2100
a	36,1	50,0*	47,9	60,0*	41,6	55,0*
b	66,0**	72,0*	71,5	80,0*	70,0	73,0*
α	32,0	38,0*	29,0	35,0*	27,0	33,0*
r	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3
g	3,3	1,5	3,3	1,5	3,3	1,5
s_R	44,9	19,1	33,2	16,3	34,9	15,3

Quelle: Die Parameterwerte (a, b, α , r und g) stammen – sofern vorhanden – aus Piketty (2014).

*Schätzung, **Grabka/Westermeier (2014). Alle Angaben in Prozent.

Im Zeitraum 2050 bis 2100 reicht in Deutschland gemäß den oben genannten Annahmen dagegen schon eine Sparquote in Höhe von etwas mehr als 19 Prozent aus, um die Ungleichung (9) zu erfüllen. Der wesentliche Grund dafür ist, dass nach Pikettys Mutmaßungen die Wachstumsrate der Wirtschaft von im Durchschnitt 3,3 Prozent in dieser Periode auf nur noch 1,5 Prozent zurückgehen wird, während die Kapitalverzinsung (r) unverändert bleiben wird. Unterstellt man, dass die Anteile a und b bis zum Beginn der Periode im Jahr 2050 auf einem höheren Niveau als aktuell liegen werden, ergibt sich für Deutschland ein Schwellenwert für die Sparquote der Top-10-Prozent von rund 19 Prozent. In den USA fällt der Schwellenwert

auf etwa 16 Prozent und in Großbritannien auf ungefähr 15 Prozent. Unterstellt man ähnliche Sparquoten für das oberste Dezil in allen Ländern, so ist die modifizierte Piketty-Bedingung für eine zunehmende Vermögenskonzentration zumindest auf Basis der bisher angestellten Überlegungen nicht eindeutig erfüllt.

Tabelle 2 gibt die sich aus Ungleichung (9) ergebenden Schwellenwerte für die Sparquote der Top-1-Prozent in den drei ausgewählten Ländern an. Klär/Slacalek (2006) ermitteln für die Top-1-Prozent in Deutschland eine Sparquote von 38 Prozent.¹⁹ Der Schwellenwert für die Sparquote der Top-1-Prozent liegt bei rund 54 Prozent und wird somit hier ebenfalls nicht erreicht. Für die USA und in Großbritannien liegen die entsprechenden Schwellenwerte mit etwa 38 bis 39 Prozent deutlich niedriger, aber auch nicht in der Nähe der Sparquote, die das oberste Perzentil in Deutschland im Jahr 2005 aufweist. Damit liegen die tatsächlichen Sparquoten in Deutschland unterhalb der jeweiligen Schwellenwerte, sodass der Vermögensanteil der Reichen (sowohl definiert als Top-10-Prozent als auch definiert als Top-1-Prozent) in Deutschland nicht ansteigen würde.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Tabelle 2: Schwellenwerte für die Sparquote der Reichen (Top-1-Prozent).

	2012–2050		
	Deutschland	USA	Großbritannien
a	11,2	19,8	14,7
b	24,4*	33,8	28,0
α	32,0	29,0	27,0
r	4,3	4,3	4,3
g	3,3	3,3	3,3
s_R	53,5	38,0	39,5

Quelle: Die Parameterwerte (a, b, α , r und g) stammen – sofern vorhanden – aus Piketty (2014).

*Schätzung (Durchschnitt für Europa). Alle Angaben in Prozent.

Die oben vorgestellten Berechnungen von Schwellenwerten für die notwendigen Sparquoten der Reichen legen die Schlussfolgerung nahe, dass die von Piketty behauptete Ungleichheitsdynamik realiter nur unter gegenwärtig wenig realistisch erscheinenden Voraussetzungen auftreten wird. Folgt man den Ergebnissen, würde zum einen die Ungleichheitsentwicklung eher in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts einsetzen, wenn die Wachstumsrate (g) deutlich zurückgegangen sein wird. Zum anderen würde vermutlich nur eine vergleichsweise eng definierte Gruppe von Reichen eine relative Zunahme ihres Vermögens gegenüber den Gesamteinkommen erfahren. Es erscheint wahrscheinlicher, dass eher die reichsten 0,1 Prozent der Haushalte eine so hohe Sparquote haben, dass diese über

dem entscheidenden Schwellenwert für eine Ungleichheitsdynamik liegt.²⁰

Andererseits ist das Überprüfen von theoretischen Modellen mit empirischen Werten generell mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass sich die jeweiligen Variablen in Theorie und Empirie nur selten entsprechen (sogenanntes Adäquationsproblem). Im vorliegenden Fall ist davon in besonderem Maße die Sparquote betroffen.²¹ Aspromourgos (2014) warnt explizit davor, Pikettys Sparquote mit einer empirischen Sparquote gleichzusetzen.²² Vergleicht man dennoch empirisch ermittelte Sparquoten mit denen aus Pikettys Modell, sind folgende Dinge zu berücksichtigen, die Pikettys Behauptung einer realiter möglichen Ungleichheitsdynamik tendenziell unterstützen:

1. Die Angaben über Ersparnisse im SOEP, aus dem die Angaben der zuvor verwendeten empirischen Sparquoten im Wesentlichen stammen, weisen einige systematische Verzerrungen auf. Zum einen werden hohe Einkommen und damit auch hohe Ersparnisse unzureichend erfasst. Es ist davon auszugehen, dass die durchschnittliche Sparquote der Top-10-Prozent und der Top-1-Prozent sowie die der noch höheren Einkommensquantile um einiges größer ausfallen, als es die existierenden Daten ausweisen.
2. Zum anderen wird die Vermögensbildung im SOEP nicht in vollem Umfang berücksichtigt. Dies ist in unserem Kontext insofern bedeutsam, da Pikettys Kapital- und Vermögensdefinition auch Immobilien beinhaltet, die rund die Hälfte des volkswirtschaftlichen Vermögens ausmachen. Aufgrund der besonderen Fragestellung, mit der im SOEP nach der Höhe der (monatlichen) Ersparnisse

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

gefragt wird, sehen die Haushalte Tilgungsleistungen für Immobilienkredite, die eine Finanzvermögensbildung darstellen, nicht als Ersparnis an.²³ Da etwas mehr als die Hälfte der Haushalte in Deutschland keine Immobilien besitzt, wird daher vor allem die Sparquote der reichen, Immobilien besitzenden Haushalte unterschätzt. Außerdem werden jährlich anfallende Kapitalerträge, wie etwa Dividendenausschüttungen, durch diese Art der Fragestellung nicht angemessen berücksichtigt. Hiervon profitieren die reichen Haushalte überproportional, weshalb auch aus diesem Grunde deren Ersparnis unterschätzt wird.²⁴

3. Wie Piketty an verschiedenen Stellen betont, erzielen die Reichen eine höhere Verzinsung auf ihr Vermögen als der Durchschnitt. Für die Kapitalverzinsung des Vermögens der Reichen wäre daher ein höherer als der von Piketty angegebene Durchschnittswert von 4,3 Prozent anzusetzen.²⁵ Geht man beispielsweise von einer Verzinsung des Vermögens der Top-10-Prozent von 6 Prozent aus, so verringert sich der Schwellenwert der Sparquote *ceteris paribus* von 45 Prozent auf etwa 32 Prozent. Für die Top-1-Prozent fällt er entsprechend von 54 Prozent auf circa 38 Prozent.
4. Piketty (2014: 233 f.) weist darauf hin, dass ein Teil der Ersparnisbildung in den Unternehmen stattfindet. Die einbehaltenen Gewinne der Unternehmen nehmen in einigen Ländern einen beachtlichen Umfang ein. In den USA steuerten die Unternehmen im Zeitraum 1970 bis 2010 immerhin 40 Prozent zur gesamten privaten Ersparnis bei, für Deutschland beträgt der Wert knapp ein Viertel (ebd.: Tabelle 5.2). Behringer/Theobald/van

Treeck (2014) schätzen Top-Einkommensquoten, die die einbehaltenen Gewinne der Unternehmen mit berücksichtigen und daher deutlich höher sind. Sie unterstellen, dass die Unternehmen überwiegend den reicheren Haushalten gehören. Lässt man sich auf diese Annahme ein, würden auch die Sparquoten der reichen Haushalte deutlich höher ausfallen als die Sparquoten, die auf Basis von SOEP-Daten berechnet werden können.

Nicht berücksichtigt wurde bislang außerdem, dass Piketty (2014: 501 f.) zufolge die Vermögenskonzentration durch größer werdende Erbschaften und verringerte Haushaltsgrößen in Zukunft verschärft werden wird. Des Weiteren wurde von Veräußerungsgewinnen (*capital gains*) abgesehen. Diese Einflussfaktoren konnten im vorhergehenden Modell nicht behandelt werden, obwohl sie den ansonsten engen Zusammenhang zwischen Ersparnis und Vermögensakkumulation zugunsten der reichen Haushalte tendenziell lockern.

Bei Berücksichtigung all dieser Faktoren ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die von Piketty postulierte Ungleichheitsdynamik in Gang setzt, deutlich größer. Ob sie sich wirklich ergibt, hängt von den genannten Parametern ab. Aber selbst wenn sie eintritt, stellt eine Ungleichheitsdynamik kein ehernes Gesetz dar, wie dies gelegentlich bezeichnet wird (vgl. zum Beispiel Paqué 2014). Entscheidend für die Kapitalakkumulation ist nämlich die Kapitalrendite *nach* Steuern, die wir bisher außen vor gelassen haben. Wenn t einen proportionalen Steuersatz auf das Kapitaleinkommen darstellt, kann Ungleichung (9) dahingehend ergänzt werden:

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

$$(11) s_R > \alpha_t * (b/a) * [g_t / (1 - t)r_t]$$

Je höher die Besteuerung, desto größer muss unter sonst gleichen Umständen die Sparquote sein, damit sich eine Ungleichheitsdynamik entwickelt. Um dies mit einem Beispiel anhand der Werte für Deutschland aus Tabelle 1 zu illustrieren: Setzt man den Steuersatz auf 25 Prozent, dann erhöht sich der Schwellenwert der Sparquote für den Zeitraum 2012 bis 2050 von 45 Prozent auf 60 Prozent und für den Zeitraum 2050 bis 2100 von 19 Prozent auf etwa 25 Prozent. Dies ist gerade der Kern von Pikettys Argument: Will man eine zunehmende Einkommens- und Vermögenskonzentration nicht zulassen, hat die Politik es in der Hand, dies durch eine entsprechende Besteuerung von Kapitaleinkommen und Vermögen zu verhindern.

4. Schlussfolgerungen

Lange Zeit wurde die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung kaum behandelt. Pikettys „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ ist ein Werk, das die Entwicklung der ökonomischen Ungleichheit in ihren vielen Facetten in einen historischen Rahmen stellt. Es behandelt die wichtigen makroökonomischen Fragen nach der langfristigen Dynamik des Wachstums und der langfristigen Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie nach deren wechselseitigem Zusammenhang in einem historischen Kontext. Zudem stellt Piketty an vielen Stellen seines Buches klar heraus, dass er der üblichen Fokussierung der

Mainstream-Ökonomie auf Fragen der Effizienz und deren gängigen Methoden äußerst kritisch gegenübersteht.

Pikettys großes Verdienst besteht unzweifelhaft darin, dass er auf Basis immenser eigener empirischer Arbeiten zeigen konnte, dass einige der sogenannten stilisierten Fakten der wirtschaftlichen Entwicklung, die über Jahrzehnte die Standardmodelle von Wachstum und gesamtwirtschaftlicher Einkommensverteilung geprägt haben, nicht (mehr) zutreffen. Weder der Kapitalkoeffizient noch die Gewinnquote sind langfristig konstant, wie dies Nicholas Kaldor Anfang der 1960er-Jahre in einem einflussreichen Artikel unterstellt hatte. Piketty untermauert dies mit soliden Daten, die realitätsbezogene Modelle zukünftig nicht mehr ignorieren können.

Die historisch-empirischen Arbeiten von Piketty dokumentieren außerdem nachdrücklich, wie groß die ökonomische Ungleichheit vor rund 100 Jahren war, wie sie in den 1920er- bis 1940er-Jahren (aufgrund von Krisen und Kriegen) zurückgegangen ist und dass sie in vielen entwickelten Ländern seit einigen Jahrzehnten wieder zunimmt. Dass Piketty eine systematische, transparent aufbereitete und viele Länder umfassende Datensammlung für die Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung geschaffen hat, ist sein großes Verdienst. Er hat dadurch auch die Verteilungsfrage wieder auf die Agenda gesetzt.

Kritisch muss hinterfragt werden, mit welchen wirtschaftspolitischen Maßnahmen man aus Pikettys Sicht im Fall einer zunehmenden Ungleichheitsentwicklung reagieren sollte. Piketty setzt ganz (neo-)klassisch auf Umverteilung, um die Ungleichheiten abzumildern, die der Marktprozess schafft. Er spricht sich damit praktisch

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

ausschließlich dafür aus, dass nur die Sekundärverteilung die Zielgröße von wirtschaftspolitischen Maßnahmen sein sollte. Angesichts so mancher relativierenden Bemerkung ist nicht ganz klar, ob man ihm unrecht tut, wenn man feststellt, dass die Primäreinkommensverteilung aus seiner Sicht vor allem durch Marktkräfte bestimmt wird, die man wirken lassen muss. Dies würde zur traditionellen ökonomischen Vorstellung passen, dass Eingriffe in funktionstüchtige Märkte zu unterbleiben haben, um die Allokationsfähigkeit der Märkte nicht zu beeinträchtigen. Dass aber auch die Entstehung der Primäreinkommen beeinflusst werden kann, um Ungleichheiten zu reduzieren, erwähnt Piketty zwar teilweise am Rande, es scheint für ihn aber eine unterlegene Alternative zu sein (vgl. zum Beispiel Piketty 2014: 335 f.). Wie weiter oben argumentiert wurde, spricht jedoch viel dafür, dass das Ende der Vollbeschäftigungsphase, das in den 1970er-Jahren in zahlreichen Industrieländern einsetzte, die Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der Arbeitnehmer beeinflusst hat. Der Rückgang der Lohnquote, der um diese Zeit in den entsprechenden Ländern begann, ist eben auch ein Indikator dafür, dass die Verteilung der Markteinkommen durch historische und politische Faktoren beeinflusst wird. Daneben machten arbeitssparender technischer Fortschritt, Globalisierung und Liberalisierungen es den Arbeitnehmern zusätzlich schwerer, Lohnzuwächse in Einklang mit dem Produktivitätsfortschritt zu erzielen. Auf dieser Ebene lassen sich aber durchaus auch Rahmenbedingungen durch die (Wirtschafts-)Politik derart gestalten, dass die Verteilung der Markteinkommen nicht immer ungleicher wird, wie dies in der Vergangenheit in Deutschland und in vielen anderen Ländern geschehen ist.

Make No Mistake, Thomas! **Verteilungstheorie und Ungleichheitsdynamik bei Piketty**

Die Zunahme der Ungleichheit lässt sich nicht monokausal erklären. Pikettys Formel $r > g$ sollte daher auch nicht als alleinige Bedingung für eine wachsende Konzentration von Einkommen und Vermögen interpretiert werden. Deren Spreizung ist in der jüngeren Vergangenheit vor allem (nicht nur, aber insbesondere in den USA) durch die enormen Zuwächse der Arbeitseinkommen am oberen Rand entstanden (Topmanager-Einkommen). Die positive $r-g$ -Differenz ist eine prinzipielle Triebkraft für die Ungleichheit der Vermögens- und Einkommensverteilung, die Piketty zufolge vor längerer Zeit schon einmal relevant war und die droht, in Zukunft wieder bestimmend zu werden. Allerdings ist $r > g$ von Piketty mit Sicherheit nie als „Weltformel“ gedacht gewesen. Er weist immer wieder darauf hin, dass bei der Bestimmung der Einkommensverteilung kein Determinismus existiere, sondern dass diese auch durch politische Faktoren entscheidend beeinflusst werde. Damit bietet sein in vielerlei Hinsicht bedeutsames Buch interessante Möglichkeiten für eine Verknüpfung mit alternativen Ansätzen zur Erklärung von Ungleichheit. Gerade weil Thomas Piketty im Mainstream groß geworden ist und er mit dem neoklassischen Apparatus fachkundig hantiert, ist er einerseits anschlussfähig an die gegenwärtig dominierende ökonomische Theorie – und stellt gleichzeitig für diese eine besondere Herausforderung dar.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Endnoten

- 1 Ich danke Christina Anselmann, Tony Aspromourgos und Johannes Schmidt für wertvolle Hinweise und Anmerkungen.
- 2 In der deutschen Übersetzung verliert die Formulierung „make no mistake“ mit „man darf sich nicht täuschen“ (zum Beispiel Piketty 2014: 342) beziehungsweise mit „man sollte sich keine Illusionen machen“ (ebd., S. 421) etwas an Prägnanz.
- 3 Insoweit laufen die Einwände von Sinn (2014) und Homburg (2014) ins Leere, die insinuierten, dass Piketty diese Bedingung offenkundig vergessen habe und seine Behauptung einer steigenden Ungleichheit allein deshalb schon nicht zutreffen könne.
- 4 Bei Saez/Zucman (2014) werden jedoch unterschiedliche Sparquoten von reichen und armen Haushalten als Bestimmungsfaktor der Vermögensakkumulation berücksichtigt.
- 5 Vgl. aktuell zum Beispiel Piketty/Zucman (2014) und Piketty/Zucman (2015).
- 6 Vgl. zum Folgenden auch Krämer (2013).
- 7 Piketty (2014: 305 ff.) irrt, wenn er die Ansicht vertritt, dass es bei der Cambridge-Kontroverse wesentlich um die Frage nach der Konstanz des Kapitalkoeffizienten ging. Leider ist er mit dieser wichtigen Thematik offensichtlich nicht näher vertraut.
- 8 Dass Piketty dem Einfluss von Macht und Auseinandersetzung in Verteilungsfragen durchaus eine hohe Bedeutung einräumt, verdeutlicht auch seine Aussage in einer E-Mail-Antwort an den Verfasser dieses Beitrags vom 14.7.2014: „I do believe that bargaining power and political conflict are very important not only to determine redistribution but also to set primary distribution between labor and capital, and also within labor income [...]. Each different category of assets (real estate, business capital, public debt, financial assets, land, international investment, slave capital, etc.) has its own history of conflicts between capital owners and workers“.

Make No Mistake, Thomas!

Verteilungstheorie und Ungleichheitsdynamik bei Piketty

- 9 Einen Versuch aus post-keynesischer Sicht präsentieren Bernardo et al. (2014).
- 10 Ray (2014: 5) bringt es auf den Punkt: „Piketty’s Third Law has been known to economic theorists for at least 50 years, and no economic theorist has ever suggested that it ‚explains‘ rising inequality. Because it doesn’t. [...] You need something else to get at rising inequality.“
- 11 Diese Definition wurde so gewählt, weil das Vermögen und die Vermögenden bei Piketty im Mittelpunkt stehen. Der Deckungsgrad der Gruppe der Vermögensreichen mit der der Einkommensreichen liegt bei weitem nicht bei 100 Prozent, aber er ist hoch und vergrößert sich. Atkinson (2014: 31 f.) gibt an, dass im Jahr 2000 in den USA ungefähr die Hälfte der Personen, die zu den Top-1-Prozent-Einkommensbeziehern gehörten, auch zu den Top-5-Prozent der Bezieher von Kapitaleinkommen zählten, und stellt vergleichend fest: „The degree of association increased between 1980 and 2000“ (ebd.). Vgl. dazu auch Piketty (2014: 321 und 334).
- 12 Es werden die Sparquoten für Haushaltsklassen angegeben, die in Bezug auf das Einkommen (nicht auf das Vermögen) als arm beziehungsweise reich zu bezeichnen sind. Angaben über Sparquoten in Abhängigkeit von Vermögensklassen liegen nicht vor.
- 13 Es sei darauf hingewiesen, dass sich die Anteile a und b im Laufe der Zeit selbstverständlich ändern können.
- 14 Aspromourgos (2014) geht davon aus, dass $a > b$ ist, was bedeuten würde, dass der Einkommensanteil der Reichen typischerweise größer ist als ihr Vermögensanteil. Dies ist aber in der Realität normalerweise nicht der Fall, da die Vermögen in der Regel noch stärker konzentriert sind als die Einkommen. In Aspromourgos (2015) ist diese Annahme korrigiert, das heißt, es wird richtigerweise von $b > a$ ausgegangen. Dies entspricht auch Pikettys Feststellungen (vgl. Piketty 2014: 322).

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

- 15 Bei Taylor (2014) ist die Bedingung für eine zunehmende Vermögenskonzentration lediglich, dass die (gesamtwirtschaftliche) Sparquote größer ist als die Profitquote. Da im vorliegenden Ansatz jedoch nach den Bedingungen für das stärkere Vermögenswachstum der Gruppe der Reichen gefragt wird, ist das Verhältnis von a zu b zusätzlich von Bedeutung. Für den Fall, dass a kleiner ist als b , ist der Schwellenwert der Sparquote, ab dem die Ungleichung (10) erfüllt ist, entsprechend größer.
- 16 Die einzelnen Werte, die den Abbildungen zu Grunde liegen, wurden jeweils dem technischen Appendix zu Piketty (2014) entnommen: <http://piketty.pse.ens.fr/files/capital21c/en/xls>.
- 17 Diese Werte für r und g entsprechen laut Piketty dem globalen Durchschnitt. Für eine entwickelte Volkswirtschaft wie Deutschland müssten beide Werte vermutlich niedriger angesetzt werden. Da Piketty hierüber keine näheren Angaben macht und vor allem die Differenz zwischen r und g entscheidend ist, wurden Pikettys Werte unverändert übernommen.
- 18 Es kann davon ausgegangen werden, dass die Sparquote der Bezieher von Spitzeneinkommen innerhalb des zehnten Dezils um einiges höher ausfällt. Empirische Angaben über Medianwerte für das oberste Dezil liegen nicht vor. Jedoch ist es unplausibel, davon auszugehen, dass selbst diese Sparquote über 45 Prozent liegt.
- 19 Berechnet auf Datenbasis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) für das Jahr 2005. Sehr hohe Einkommen werden in der EVS grundsätzlich nicht erfasst.
- 20 In Deutschland entsprechen 0,1 Prozent ungefähr 39.900 Haushalten.
- 21 Piketty definiert seine Sparquote als Nettosparquote, das heißt nach Abzug der Kapitalentwertung (vgl. zum Beispiel Piketty 2014: 235). Abschreibungen machten in Deutschland im Zeitraum 1970 bis 2010 durchschnittlich mehr als die Hälfte der Bruttoersparnis aus.

Make No Mistake, Thomas!

Verteilungstheorie und Ungleichheitsdynamik bei Piketty

- 22 „[...] to employ this β , together with measures of g , to infer an empirical saving ratio is strictly invalid. Piketty's s , at best, will be an aggregate measure of saving plus capital gains, relative to income.“ (Aspromourgos 2014: 4)
- 23 Die entsprechende Frage lautet: „Bleibt Ihnen in der Regel monatlich ein gewisser Betrag übrig, den Sie sparen oder zurücklegen können, etwa für größere Anschaffungen, für Notlagen oder zur Vermögensbildung? Wenn ja, welcher Betrag etwa?“ (Fichtner et al. 2012: Fußnote 7)
- 24 Vergleiche des DIW haben allerdings ergeben, dass die Sparquote des SOEP von der Sparquote der VGR im langfristigen Mittel nicht sehr stark nach unten abweicht (vgl. Fichtner et al. 2012: 5 f.).
- 25 Piketty (2014: 574 ff.) hält durchschnittliche Zinssätze von 6 bis 7 Prozent für realistisch. Allerdings gilt dies offenbar nur für extrem große Vermögen. Er führt die Verzinsung von Vermögen des reichsten Hundertmillionstel beziehungsweise Zwanzigmillionstel der Bevölkerung an. Letzteres wären heute weltweit rund 225 Erwachsene.

Literatur

- Aspromourgos, T. (2014): Thomas Piketty, the future of capitalism and the theory of distribution: a review essay. *Centro Sraffa Working Papers* 7, Oktober, <http://www.centrosraffa.org/public/bbc90001-bb13-4313-955c-fd9e0ea2df62.pdf>
- Aspromourgos, T. (2015): Thomas Piketty, the future of capitalism and the theory of distribution: a review essay. *Metroeconomica* 66(2) (im Erscheinen).
- Atkinson, A. B. (2014): Public economics in an age of austerity. The Graz Schumpeter lectures Nr.11. Abingdon/New York: Routledge.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

- Behringer, J./Theobald, T./van Treeck, T. (2014): Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht. *IMK Report* 99.
- Bernardo, J. L./ Martínez, F. L. /Stockhammer, E. (2014): A Post-Keynesian Response to Piketty's „Fundamental Contradiction of Capitalism“. Post Keynesian Economics Study Group, *Working Papers* 1411, Oktober, <http://www.postkeynesian.net/downloads/wpaper/PKWP1411.pdf>
- Brenke, K./Wagner, G. G. (2013): Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum. *Wirtschaftsdienst* 93(2), 110–116.
- Fichtner, F./Junker, S./Schwäbe, C. (2012): Die Einkommensverteilung: Eine wichtige Größe für die Konjunkturprognose. *DIW Wochenbericht*, DIW Berlin, 79(22), 3–10.
- Grabka, M./Westermeier, C. (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. *DIW Wochenbericht*, DIW Berlin, 81(9), 151–164.
- Harcourt, G. (1972): *Some Cambridge Controversies in the Theory of Capital*. Cambridge MA: Cambridge University Press.
- Homburg, S. (2014): Critical Remarks on Piketty's 'Capital in the 21st Century'. *Discussion Paper* 530, Universität Hannover.
- Klär, E./Slacalek, J. (2006): Entwicklung der Sparquote in Deutschland: Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage. *DIW Wochenbericht*, DIW Berlin, 73(40), 537–543.
- Krämer, H. (2013): Verteilungstheorie. In: *Gabler Wirtschaftslexikon*. 18. Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 3420–3425, <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/55256/verteilungstheorie-v4.html>
- Krämer, H. (2014): Arbeit und Kapital in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“. *Herdentrieb. ZEIT-Online*, 14.7.14, http://blog.zeit.de/herdentrieb/2014/07/14/piketty-das-kapital-und-die-arbeit-ein-gastbeitrag-von-hagen-kraemer_7575
- Kurz, H. D./Salvadori, N. (1995): *Theory of Production: a Long-Period Analysis*. Cambridge MA: Cambridge University Press.

Make No Mistake, Thomas!

Verteilungstheorie und Ungleichheitsdynamik bei Piketty

- Paqué, K.-H. (2014): Der Historizismus des Jakobiners. Anmerkungen zu dem Buch „Capital in the Twenty-First Century“ von Thomas Piketty. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 15(3), 271–287.
- Pasinetti, L. L. (1962): Rate of Profit and Income Distribution in Relation to the Rate of Economic Growth. *The Review of Economic Studies* 29(4), 267–279.
- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H. Beck.
- Piketty, T./Zucman, G. (2014): Capital is back: wealth-income ratios in rich countries 1700–2010. *Quarterly journal of economics* 129(3), 1155–1210.
- Piketty, T./Zucman, G. (2015): Wealth and Inheritance in the Long Run. In: Atkinson, A./Bourguignon, F. (Eds.): *Handbook of Income Distribution*, Vol. 2 (im Erscheinen), <http://piketty.pse.ens.fr/files/PikettyZucman2014HID.pdf>
- Ray, D. (2014): Nit-Piketty: A comment on Thomas Piketty's Capital in the Twenty-first Century. *Discussion Paper*, New York University, <http://www.econ.nyu.edu/user/debraj/Papers/Piketty.pdf>
- Saez, E./Zucman, G. (2014): Wealth Inequality in the United States since 1913: Evidence from Capitalized Income Tax Data, CEPR Discussion Paper 10227, Oktober.
- Sinn, H.-W. (2014): Thomas Pikettys Weltformel. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 11.5.2014, Nr. 19, 29.
- Sraffa, P. (2014 [1960]): Warenproduktion mittels Waren. Einleitung zu einer Kritik der ökonomischen Theorie. Marburg: Metropolis.
- Taylor, L. (2014): The Triumph of the Rentier? Thomas Piketty vs. Luigi Pasinetti and John Maynard Keynes. Institute for New Economic Thinking, The Institute Blog, <http://ineteconomics.org/sites/inet.civicaactions.net/files/Lance%20Taylor-Piketty%20Paper.pdf>

3

Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“

Till van Treeck

1. Einleitung

Der wichtigste Beitrag Thomas Pikettys zur internationalen Ungleichheitsdebatte besteht zweifellos darin, dass er zusammen mit seinen Koautoren über eineinhalb Jahrzehnte hinweg neue Kennziffern zur Bedeutung hoher und sehr hoher Einkommen und Vermögen entwickelt hat. Diese basieren im Gegensatz zu früherer Forschung nicht auf freiwilligen Haushaltsbefragungen – an denen reiche Personen kaum teilnehmen –, sondern auf den

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

amtlichen Einkommen- und Vermögensteuerstatistiken. Auf Grundlage dieser Messungen wird deutlich, dass die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen am oberen Ende der Verteilung viel größer ist und in vielen Ländern deutlich stärker zugenommen hat als bisher angenommen.

In seinem Bestseller „Capital in the Twenty-First Century“ hat Thomas Piketty neben diesen bahnbrechenden empirischen Ergebnissen auch ein kleines makroökonomisches Modell präsentiert, das zu intensiven Debatten über die Entwicklung von Vermögens- und Einkommensungleichheit geführt hat.

Ein besonders wichtiger Streitpunkt in der aktuellen Piketty-Debatte liegt in den Implikationen des Verhältnisses von r (Kapitalrendite) und g (Wirtschaftswachstum) für die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in Pikettys Modell. Eine übliche Interpretation von Piketty besagt, dass das Verhältnis von privaten Vermögen zum jährlichen Nationaleinkommen (genannt *beta*) sowie die Vermögens- und Einkommensungleichheit immer dann zunehmen, wenn $r > g$ gilt (vgl. den Beitrag von Julian Bank in diesem Band).

Allerdings ist bei der Interpretation Vorsicht geboten, und die bisherige Rezeption von „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ ist in dieser Hinsicht vielfach von Verwirrung geprägt. Hierfür ist Piketty zum Teil selbst verantwortlich, weil er den grundlegenden Mechanismus, der sich hinter $r > g$ verbirgt, in seinem Buch nicht ganz eindeutig beschreibt.

Auf der ersten Seite der Einleitung seines Buches schreibt Piketty (2014: 13–14):

Wenn die Kapitalrendite dauerhaft höher ist als die Wachstumsrate von Produktion und Einkommen, was bis zum

Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“

19. Jahrhundert der Fall war und im 21. Jahrhundert wieder zur Regel zu werden droht, erzeugt der Kapitalismus automatisch inakzeptable und willkürliche Ungleichheiten.

Natürlich weiß Piketty, dass $r > g$ streng genommen nur dann steigende Ungleichheit notwendig impliziert, wenn die Sparquote aus Kapitaleinkommen bei 100 Prozent liegt. Nur wenn alle Kapitalerträge gespart werden, ist die Kapitalrendite gleich dem Wachstum der Vermögen (unter Vernachlässigung von Kursgewinnen auf bestehendes Vermögen), sodass $r > g$ streng logisch impliziert, dass die Vermögen stärker steigen als die Einkommen. Anders formuliert: Je größer der Anteil der Kapitaleinkommen, der nicht gespart, sondern für Konsum verausgabt wird, desto deutlicher muss r oberhalb von g liegen, damit die beschriebene Ungleichheitsdynamik Platz greift. Bereits wenige Seiten später korrigiert Piketty (2014: 46, Hervorhebungen hinzugefügt, TvT) diesen flüchtigen Formulierungsfehler zu Beginn des Buches:

Wenn die Kapitalrendite [...] dauerhaft *deutlich* über der Wachstumsrate liegt [...] dann bedeutet das automatisch, dass sich die ererbten Vermögen schneller vergrößern als Produktion und Einkommen. Die Erben müssen also *nur einen kleinen Teil* ihrer Kapitaleinkommen sparen, damit ihr Kapital schneller wächst als die Gesamtwirtschaft.

Doch angesichts Pikettys zum Teil etwas flapsiger Formulierungen und der Flut an Piketty-Interpretationen in Wissenschaft und Medien ist die Debatte um die Bedeutung des r - g -Verhältnisses manchmal schwer nachzuvollziehen

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

und besonders für Nicht-Spezialisten womöglich bisweilen frustrierend.

Ziel dieses Artikels¹ ist es daher, zunächst einige häufige Missverständnisse zu beleuchten, die die Bedeutung des r - g -Verhältnisses für die Entwicklung der Ungleichheit betreffen (Abschnitt 2). Danach wird Pikettys makroökonomisches Modell kurz dargestellt (Abschnitt 3) und für einige einfache numerische Illustrationen verwendet, die die grundlegenden Dynamiken in Pikettys Modell veranschaulichen (Abschnitt 4). Daraufhin wird erörtert, inwieweit ein Anstieg des r - g -Verhältnisses mit gesamtwirtschaftlicher Instabilität verbunden sein kann (Abschnitt 5). Es folgen einige abschließende Bemerkungen (Abschnitt 6).

2. Häufige Missverständnisse: Was bedeutet $r > g$?

Diskussionen um Pikettys Buch folgen gerade in Deutschland häufig folgendem Muster (vgl. den Beitrag von Julian Bank in diesem Band): Zunächst wird betont, wie beeindruckend Pikettys Datenarbeit und wie anregend seine Theorie seien. Anschließend wird auf der Formel $r > g$ herumgeritten: So einfach könne es doch nicht sein – und am Versuch, die Weltformel herauszufinden, hätten sich schon ganz andere die Finger verbrannt. Im Übrigen werden bei dieser Gelegenheit auch gleich Pikettys Forderungen nach höheren Spitzensteuersätzen in der Einkommen- und Erbschaftsteuer und nach einer progressiven Vermögenssteuer als zu weit gehend oder unrealistisch abgetan.

Stefan Homburg (2014) veröffentlichte kurz nach Erscheinen der englischen Übersetzung von Piketty (2014)

Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“

im April 2014 einen kurzen, aber viel zitierten Artikel, in dem er Pikettys Analyse kurzerhand als logisch fehlerhaft verwarf: Laut Homburg beruhen Pikettys Ausführungen zur Bedeutung von $r > g$ auf der impliziten und gänzlich unrealistischen Annahme, dass aus Vermögenseinkommen nie konsumiert werde. Andere Autoren behaupteten sogar, dass steigende Ungleichheit gar nichts mit dem Verhältnis von r zu g zu tun habe (vgl. die Diskussion in Wolfers 2014).

Ein bemerkenswertes Beispiel für die Oberflächlichkeit der Piketty-Debatte in Deutschland ist das zuletzt erschienene Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) mit dem erstaunlichen Titel „Mehr Vertrauen in Marktprozesse“. Dort wird behauptet, Piketty formuliere das „Postulat einer quasi-naturnotwendigen Entwicklung der Einkommensverteilung“, welches aber, so der Sachverständigenrat weiter, „aus ökonomischer Sicht nicht haltbar“ sei (SVR 2014: Ziffer 518).

Es erscheint daher notwendig, einige grundlegende Zusammenhänge zur Bedeutung des r - g -Verhältnisses zu beleuchten, die in der Debatte immer wieder verdreht werden:

Zunächst einmal ist $r > g$ keineswegs eine gewagte Einzelmeinung von Thomas Piketty. Vielmehr handelt es sich um eine weitverbreitete Standardannahme auch in neoklassischen Modellen (vgl. Homburg 2014, Paqué 2014). Allerdings begründet Piketty anders als die Neoklassiker $r > g$ gerade nicht aus einer Gleichgewichtstheorie heraus, sondern er argumentiert empirisch, warum er es für die Zukunft für wahrscheinlich hält, dass die Kapitalrendite (vor und nach Steuern) die Wachstumsrate übersteigt.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Pikettys Provokation besteht gerade darin, dass er eine weitverbreitete Annahme aufgreift und dann zeigt, dass unter Hinzunahme weiterer Bedingungen ein langfristiger Anstieg der Ungleichheit folgt (van Treeck 2014b).

Allein aus einer durchschnittlichen Vermögensrendite, die oberhalb der durchschnittlichen Wachstumsrate der Einkommen liegt, folgt nämlich keineswegs eine immer weiter steigende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen.² Hierzu ist es erstens notwendig, dass die hohen Einkommensgruppen einen hinreichend größeren Anteil ihrer Einkommen sparen als untere Einkommensgruppen. Nur dann vermehren sich die Vermögen und Einkommen der Reichen schneller als jene der Mittelschicht. Der Anteil der Ersparnis muss jedoch nicht 100 Prozent betragen (s. hierzu ausführlich Abschnitt 4).

Zweitens zeigt Piketty, dass reiche Sparer in der Regel höhere Renditen auf ihr Vermögen erzielen als weniger reiche, weil sie ihr Portfolio besser diversifizieren und größere Risiken eingehen können.

Piketty weist in seinem Buch zudem ausführlich darauf hin, dass die Vermögensrenditen vor und nach Steuern sich vor allem im 20. Jahrhundert stark unterschieden haben. So lagen etwa die Spitzensteuersätze der Einkommen- und Erbschaftsteuer in den USA und Großbritannien streckenweise sogar um die 80 bis 90 Prozent. Mit Hilfe der Steuerpolitik kann der Staat aber auch soziale Normen bei der Vergütung etwa von Spitzenmanagern beeinflussen und somit auf die Verteilung der Vorsteuereinkommen einwirken. Weder Vor- noch Nachsteuerrenditen folgen ehernen Gesetzen, sondern sind in hohem Maße gesellschaftlich beeinflussbar.

Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“

Der deutsche Sachverständigenrat spielt die Gefahr zunehmender Vermögenskonzentration herunter:

Außerdem wird Kapital im Produktionsprozess eingesetzt und dabei verbraucht. Vermögen und das damit erwirtschaftete Einkommen dienen zudem letztlich ebenfalls dem Konsum. (SVR 2014: Ziffer 518)

Diese Sichtweise ist jedoch weltfremd. Denn ein Großteil der angehäuften Vermögen wird von Generation zu Generation vererbt und dient damit dem Aufbau und der Verstetigung von leistungslosen Reichtumsdynamien. So ist nach Zahlen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) das durchschnittliche Nettovermögen in der Altersgruppe der über 81-Jährigen nicht signifikant niedriger als in der Altersgruppe der 65-Jährigen. Ein Aufbrauchen des angesparten Vermögens durch Konsum ist somit nicht erkennbar, und Vererbungsmotive scheinen eine wesentliche Rolle zu spielen. Zudem weisen Haushalte mit hohem Einkommen systematisch höhere Sparquoten auf als weniger einkommensstarke Haushalte. Einkommensstarke Haushalte verfügen somit in Relation zu ihrem Einkommen über höhere Vermögen als weniger einkommensstarke Haushalte (Behringer et al. 2014).

Insgesamt kann festgehalten werden: Piketty sieht in $r > g$ kein ehernes Gesetz. Vielmehr bezeichnet er diesen Zusammenhang lediglich als „fundamentale Kraft der Divergenz“. Relevant ist dabei die Kapitalrendite nach Steuern, die durch die Steuerpolitik erheblich beeinflusst werden kann. Verstärkt wird diese Kraft der Divergenz dadurch, dass vermögende Personen typischerweise in

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

der Lage sind, höhere Renditen zu erzielen als durchschnittliche Sparer. Je mehr dies der Fall ist, desto weniger aussagekräftig ist das Verhältnis von durchschnittlicher Kapitalrendite zur Wachstumsrate der Einkommen. Und desto weniger wichtig wird die Annahme, dass die reichen Haushalte fast ihre gesamten Einkommen sparen.

3. Pikettys Modell

Im Folgenden wird Pikettys Modell formal dargestellt. Piketty spricht von „fundamentalen Gesetzen des Kapitalismus“, tatsächlich besteht das Modell lediglich aus einer Identitätsgleichung (Gleichung 1) und einem einfachen arithmetischen Prinzip (Gleichung 2). Gerade deswegen besitzt das Modell jenseits theoretischer Grundkonflikte (zum Beispiel keynesianische versus neoklassische Makroökonomik) Gültigkeit, sofern man ein langfristiges Gleichgewichtskonzept (*Steady State*) anwendet.

Im „ersten fundamentalen Gesetz“ wird der Anteil der Kapitaleinkommen (P) an den Nationaleinkommen (Y) mit α bezeichnet und definiert als das Produkt aus der Kapitalrendite (r) und der Relation aus gesamtwirtschaftlichen Nettovermögen (W) und dem Nationaleinkommen (Y), die mit β bezeichnet wird:

$$(1) \alpha = P/Y = r * \beta = rW/Y$$

Im langfristigen Gleichgewicht konvergiert β gemäß dem „zweiten fundamentalen Gesetz“ gegen die Relation aus

Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“

gesamtwirtschaftlicher Sparquote (s) und der nominalen Wachstumsrate des Nationaleinkommens (g):

$$(2) \beta = s/g$$

Diese Zusammenhänge gewinnen durch zwei empirische Beobachtungen an Bedeutung für die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung:

Erstens sparen Personen mit hohem Einkommen einen größeren Anteil ihres Einkommens und vererben relativ zu ihrem Einkommen mehr als Personen mit geringem Einkommen. Dies trägt entscheidend dazu bei, dass Vermögen ungleicher verteilt sind als Einkommen und dass Erbschaften im Laufe der Zeit gegenüber den Arbeitseinkommen an Bedeutung gewinnen.

Zweitens lag nach Piketty die Kapitalrendite (r) historisch oftmals oberhalb der Wachstumsrate des Nationaleinkommens (g). Dies bedeutet, dass, wenn die Vermögensbesitzer einen hinreichend großen Teil ihrer Einkommen sparen, die Vermögen tendenziell schneller steigen als die Arbeitseinkommen. Übersteigt die Ersparnis aus Kapitaleinkommen die Wachstumsrate des Nationaleinkommens, so steigt die Vermögen-Einkommen-Relation (β) kontinuierlich an. Dies führt zu einem immer größeren Anteil der Kapitaleinkommen an den Nationaleinkommen (∞), was schließlich eine immer größere Einkommensungleichheit impliziert.³

Die verteilungspolitische Brisanz eines großen r - g -Verhältnisses ergibt sich erst aus den unterschiedlichen Sparquoten verschiedener Einkommensgruppen. Wenn die Sparquoten unabhängig vom Einkommen

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

wären, dann wäre auch das Verhältnis von Vermögen zu Einkommen für die einzelnen Haushalte unabhängig von deren Einkommen. Bei einheitlichen Sparquoten wäre zudem die Vermögens- und Einkommensverteilung langfristig identisch mit der Lohnverteilung, und das Verhältnis von r und g wäre irrelevant für die Verteilungsentwicklung.

4. r und g in Aktion: ein paar einfache Illustrationen

Um ein besseres Verständnis für die Interaktion zwischen Einkommens- und Vermögensungleichheit zu gewinnen, mag es hilfreich sein, die Logik von Pikettys Modell anhand einiger konkreter Zahlenbeispiele zu veranschaulichen.⁴ Aufgrund der Einfachheit des Modells und notwendiger vereinfachender Annahmen haben die nachfolgenden Simulationen in erster Linie illustrativen Charakter. Die darin erkennbaren Dynamiken sind nicht notwendigerweise quantitativ, wohl aber in der Tendenz realistisch.

Im Modell sind die Haushalte in drei Gruppen unterteilt (T: Top, M: Mitte, U: Unten), wobei vereinfachend angenommen wird, dass die relativen Einkommens- und Vermögenspositionen zusammenfallen und über die Zeit stabil bleiben.⁵ Außerdem wird vereinfachend von einer einheitlichen Kapitalrendite für alle Haushalte ausgegangen.⁶ Da es im Modell keinen Unternehmenssektor gibt, repräsentieren die Top-Haushalte sowohl die reichen Haushalte als auch die Unternehmen. Weil der Staat ebenfalls unberücksichtigt bleibt, fallen Brutto- und Nettoeinkommen und Vorsteuer- und Nachsteuerrendite zusammen.

Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“

In Tabellen 1 bis 3 stehen jeweils in der Spalte ganz links die Perioden (0–1000), für die die Dynamik des Modells gezeigt wird. Spalte 2 zeigt die Entwicklung des Anteils der Kapitaleinkommen am Nationaleinkommen. Spalten 3 bis 5 zeigen die Verteilung der Lohneinkommen. Die Kapitalrendite und das Wachstum des Nationaleinkommens stehen in Spalten 6 und 7. Spalte 8 beinhaltet die durchschnittliche Sparquote der Haushalte, und Spalten 9 bis 11 zeigen die Sparquoten der verschiedenen Einkommensgruppen. In Spalte 12 wird der Gleichgewichtswert der Vermögen-Einkommen-Relation als Verhältnis der durchschnittlichen Sparquote zum Wachstum des Nationaleinkommens berechnet. Spalten 13 bis 16 hingegen beinhalten die Entwicklung der tatsächlichen Vermögen-Einkommen-Relation. Die Vermögensverteilung wird in Spalten 17 bis 19 zusammengefasst und die Einkommensverteilung in Spalten 20 bis 22.

In Tabelle 1 wurde das Modell so „kalibriert“, dass einige zentrale Relationen und Parameter des Modells in Periode 0 in Grundzügen der Situation in Deutschland zu Beginn der 2000er-Jahre entsprechen. Hierzu werden Informationen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), dem SOEP und der von Thomas Piketty und anderen entwickelten *World Top Incomes Database* (WTID) miteinander kombiniert (vgl. Behringer et al. 2014). Die Zahlen sind mit einiger Unsicherheit behaftet. Laut Gesamtwirtschaftlicher Finanzierungsrechnung lag das Reinvermögen der privaten Haushalte zu Beginn der 2000er bei etwa 360 Prozent des Nationaleinkommens (vgl. auch Piketty 2014: 244). Der Anteil der Kapitaleinkommen am Nationaleinkommen in Deutschland wird von Piketty (2014: 294) mit etwa 25 Prozent ausge-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

wiesen. Hieraus ergibt sich eine Kapitalrendite von etwa 7 Prozent. Die in der AMECO-Datenbank der EU-Kommission ausgewiesene (bereinigte) Gewinnquote liegt noch deutlich darüber. Auf Basis von Zahlen des Statistischen Bundesamtes kann ein Anteil der Kapitaleinkommen am Volkseinkommen von knapp unter 30 Prozent bestimmt werden (Behringer et al. 2014: 4). Piketty (2014: 272) unterscheidet zudem zwischen der beobachteten Kapitalrendite und der reinen Kapitalrendite. Die reine Kapitalrendite ist niedriger als die beobachtete, weil sie um den geschätzten Wert der indirekten Arbeit bereinigt ist, die bei der Vermögensverwaltung anfällt. Insbesondere bei Familienunternehmen und sonstigen kleineren Unternehmen, die in Deutschland eine besonders große Rolle spielen, ist zudem die Unterscheidung zwischen Gewinneinkommen und Unternehmerlöhnen nicht eindeutig. In dem Maße, wie Einkommen aus Unternehmertätigkeit als Gewinneinkommen verbucht werden, steigt automatisch auch die „Kapitalrendite“, auch wenn es sich hierbei nicht im selben Maße um arbeitslose Einkommen handelt wie etwa bei Zins- oder Dividendeneinkünften. Bei der „Kalibrierung“ des Modells wurde zunächst eine Kapitalrendite von 7,5 Prozent gewählt, wodurch sich bei einer Vermögen-Einkommen-Relation von 360 Prozent ein Anteil der Kapitaleinkommen am Gesamteinkommen von 27 Prozent ergibt.

Wichtiger als die konkreten Zahlen sind aber die qualitativen Tendenzen in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Je nach Land können sich hinter diesen unterschiedliche makroökonomische Entwicklungen verbergen (vgl. Abschnitt 5).

In Periode 0 befindet sich das Modell im *Steady State*, das heißt, ohne weitere Veränderung der Modellpara-

Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“

meter bleiben die Relationen α ($= P/Y$) und β ($= W/Y$) konstant sowie die Verteilung des Einkommens (Y) und des Vermögens (W) unverändert. Die Sparquoten der drei Einkommensgruppen steigen mit dem Einkommen an und sind so gewählt, dass das gesamtwirtschaftliche und die individuellen β s gerade konstant bleiben:⁷ Die Vermögen wachsen im Gleichschritt mit den Einkommen. Die Ausgangssituation zeigt deutlich, dass aus $r > g$ – anders als häufig behauptet – keineswegs notwendigerweise ein unendlicher Anstieg von β und der Ungleichheit folgen muss. So würden bei gegebener Verteilung der Lohneinkommen und bei gegebenem r - g -Verhältnis die Einkommens- und Vermögensungleichheit ebenso wie die Vermögen-Einkommen-Relation aus Periode 0 dauerhaft konstant bleiben.

In Tabelle 1 wird nun aber in Periode 1 die Verteilung der Lohneinkommen zu Gunsten der Spitzenverdiener verändert (Spalten 3 bis 5) und gleichzeitig die Kapitalrendite (Spalte 6) erhöht. Im Ergebnis steigt der Anteil der Top-Einkommen unmittelbar von 25 Prozent auf 35 Prozent an (Spalte 20). Dies entspricht in etwa der empirischen Veränderung der Einkommensverteilung in Deutschland im Jahrzehnt vor der Finanzkrise 2007 ff., wenn die einbehaltenen Unternehmensgewinne zu den Top-Haushaltseinkommen hinzugerechnet werden (vgl. Behringer et al. 2014). Der Anteil der Kapitaleinkommen am Nationaleinkommen (β) steigt von 27 Prozent auf 32 Prozent (Spalte 2), was näherungsweise die empirische Entwicklung widerspiegelt. Interessant ist die Dynamik in den nachfolgenden Perioden: Die Vermögensungleichheit (Spalten 17 bis 19) bleibt zwar zunächst weitgehend unberührt vom Anstieg

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

der Lohn- und Einkommensungleichheit. Weil aber die oberen Einkommensgruppen einen relativ großen Anteil ihrer gestiegenen Einkommen sparen, steigt nach und nach auch die Vermögensungleichheit, was wiederum einen verstärkenden Effekt auf die Einkommensungleichheit hat.⁸ Nach 15 Perioden ist der Anteil der Top-Vermögen von 60 Prozent auf 64 Prozent angestiegen, nach 30 Perioden auf 67 Prozent, nach 50 Perioden auf 70 Prozent, und im neuen langfristigen Gleichgewicht steigt der Anteil der Top-Vermögen auf 81 Prozent (Spalte 17). Aus diesem Grund steigt langfristig der Anteil der Top-Einkommen an den gesamten Einkommen auf 51 Prozent (Spalte 20), obwohl der Anteil der Top-Löhne weiterhin bei nur 23 Prozent liegt (Spalte 3). Diese Entwicklung macht deutlich, wie sich anfängliche Unterschiede in der Lohn- und Vermögensverteilung wegen der unterschiedlichen Sparquoten der Einkommensgruppen über die Zeit verstärken. Allerdings zeichnet sich in Tabelle 1 keine Explosion der Ungleichheit (Spalten 17 bis 22) und der Vermögen-Einkommen-Relation (Spalte 12) ab. Weil Lohnungleichheit und Kapitalrendite steigen, kommt es zwar zu einem Anstieg der Ungleichheit, dieser geht aber nicht ins Unendliche.

Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“

Tabelle 1: Zur Bedeutung des r-g-Verhältnisses und unterschiedlicher Sparquoten: einige einfache Simulationen – Erhöhung der Top-Lohneinkommen und Kapitalrendite.

t	alpha (=PY)	Anteile am Lohneinkommen (L)			r	g	Sparquoten			s/g	Gesamt			beta (=W/Y)			Anteile am Vermögen (W)			Anteile am Nationaleinkommen (Y)		
		T	M	U			Gesamt	T	M		U	T	M	U	T	M	U	T	M	U	T	M
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	(15)	(16)	(17)	(18)	(19)	(20)	(21)	(22)	
0	0.27	0.13	0.45	0.43	0.075	0.03	0.11	0.26	0.09	0.02	3.6	3.6	8.53	2.98	0.56	0.6	0.35	0.05	0.25	0.42	0.32	
1	0.32	0.23	0.45	0.32	0.09	0.03	0.13	0.26	0.09	0.02	4.36	3.6	6.17	3.02	0.77	0.6	0.35	0.05	0.35	0.42	0.23	
2	0.33	0.23	0.45	0.32	0.09	0.03	0.13	0.26	0.09	0.02	4.37	3.62	6.21	3.02	0.77	0.6	0.35	0.05	0.35	0.42	0.23	
3	0.33	0.23	0.45	0.32	0.09	0.03	0.13	0.26	0.09	0.02	4.38	3.64	6.25	3.03	0.77	0.61	0.35	0.05	0.35	0.42	0.23	
4	0.33	0.23	0.45	0.32	0.09	0.03	0.13	0.26	0.09	0.02	4.39	3.67	6.29	3.03	0.76	0.61	0.34	0.05	0.35	0.41	0.23	
5	0.33	0.23	0.45	0.32	0.09	0.03	0.13	0.26	0.09	0.02	4.4	3.69	6.32	3.04	0.76	0.61	0.34	0.05	0.36	0.41	0.23	
10	0.34	0.23	0.45	0.32	0.09	0.03	0.13	0.26	0.09	0.02	4.45	3.79	6.49	3.06	0.74	0.62	0.33	0.04	0.36	0.41	0.23	
15	0.35	0.23	0.45	0.32	0.09	0.03	0.14	0.26	0.09	0.02	4.5	3.88	6.64	3.08	0.73	0.64	0.32	0.04	0.37	0.41	0.22	
30	0.37	0.23	0.45	0.32	0.09	0.03	0.14	0.26	0.09	0.02	4.64	4.13	7.02	3.12	0.69	0.67	0.3	0.04	0.39	0.39	0.21	
50	0.4	0.23	0.45	0.32	0.09	0.03	0.14	0.26	0.09	0.02	4.78	4.39	7.39	3.14	0.65	0.7	0.27	0.03	0.42	0.38	0.21	
80	0.42	0.23	0.45	0.32	0.09	0.03	0.15	0.26	0.09	0.02	4.95	4.68	7.76	3.14	0.61	0.73	0.24	0.03	0.44	0.36	0.2	
100	0.43	0.23	0.45	0.32	0.09	0.03	0.15	0.26	0.09	0.02	5.04	4.82	7.93	3.12	0.6	0.75	0.23	0.02	0.45	0.35	0.19	
1000	0.48	0.23	0.45	0.32	0.09	0.03	0.16	0.26	0.09	0.02	5.39	5.39	8.53	2.98	0.56	0.81	0.18	0.02	0.51	0.32	0.17	

L = Lohneinkommen, P = Gewinne, Y = Nationaleinkommen, W = Vermögen, T = Top-Einkommenshaushalte, M = Mittlere Einkommensgruppen, r = Kapitalrendite, g = Wachstumsrate des Nationaleinkommens, s = Sparquote

Quelle: Behringer et al. (2014).

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

In Tabelle 2 wird zusätzlich die Wachstumsrate des gesamtwirtschaftlichen Einkommens (g) von 3 Prozent in Periode 0 auf 1 Prozent ab Periode 1 herabgesetzt (Spalte 7). In der Tendenz entspricht der hier angenommene Rückgang des nominalen Einkommenswachstums den Prognosen Pikettys und vieler anderer Wirtschaftswissenschaftler und Demografen, die für die nächsten Jahrzehnte ein schwächeres Bevölkerungswachstum – und damit ein geringeres Einkommenswachstum – beziehungsweise sogar eine „säkulare Stagnation“ (Summers 2014) vorhersagen. Während in Tabelle 2 die anfängliche Entwicklung nahezu unverändert gegenüber der Simulation in Tabelle 1 bleibt, entfaltet sich längerfristig eine sehr viel krassere Dynamik in Richtung steigender Ungleichheit. Der Grund hierfür liegt in dem gestiegenen r - g -Verhältnis bei gleichbleibenden Sparquoten. Dadurch kommt es zu einem deutlich stärkeren Anstieg der Vermögen – und damit der Kapitaleinkommen – im Verhältnis zum Nationaleinkommen. Bereits nach 50 Perioden beläuft sich der Anteil der Top-Einkommen auf 60 Prozent, und langfristig steigen α , β und die Einkommens- und Vermögensungleichheit ins Unendliche.

Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“

Tabelle 2: Zur Bedeutung des r-g-Verhältnisses und unterschiedlicher Sparquoten: einige einfache Simulationen – zusätzliche Senkung der Wachstumsrate.

t (1)	alpha (=p/Y) (2)		Anteile am Lohneinkommen (L) (3)			r (6)			Sparquoten (8)			s/g (12)			beta (=w/Y) (13)			Anteile am Vermögen (W) (17)			Anteile am Nationaleinkommen (Y) (20)					
	T	M	T	M	U	T	M	U	Gesamt	T	M	U	Gesamt	T	M	U	T	M	U	T	M	U	T	M	U	
0	0.27	0.13	0.45	0.43	0.43	0.075	0.03	0.11	0.26	0.09	0.02	3.6	3.6	8.53	2.98	0.56	0.6	0.35	0.05	0.25	0.42	0.32	0.25	0.42	0.32	
1	0.32	0.23	0.45	0.32	0.09	0.09	0.01	0.13	0.26	0.09	0.02	13.07	13.07	6.17	3.02	0.77	0.6	0.35	0.05	0.35	0.42	0.23	0.35	0.42	0.23	
2	0.33	0.23	0.45	0.32	0.09	0.09	0.01	0.13	0.26	0.09	0.02	13.16	13.16	6.29	3.09	0.79	0.6	0.35	0.05	0.35	0.42	0.23	0.35	0.42	0.23	
3	0.34	0.23	0.45	0.32	0.09	0.09	0.01	0.13	0.26	0.09	0.02	13.25	13.25	6.41	3.16	0.81	0.61	0.35	0.05	0.36	0.41	0.23	0.36	0.41	0.23	
4	0.35	0.23	0.45	0.32	0.09	0.09	0.01	0.13	0.26	0.09	0.02	13.33	13.33	6.52	3.23	0.83	0.61	0.34	0.05	0.36	0.41	0.22	0.36	0.41	0.22	
5	0.36	0.23	0.45	0.32	0.09	0.09	0.01	0.13	0.26	0.09	0.02	13.42	13.42	6.63	3.3	0.84	0.61	0.34	0.05	0.37	0.41	0.22	0.37	0.41	0.22	
10	0.4	0.23	0.45	0.32	0.09	0.09	0.01	0.14	0.26	0.09	0.02	13.88	13.88	7.16	3.65	0.94	0.63	0.33	0.04	0.39	0.4	0.21	0.39	0.4	0.21	
15	0.44	0.23	0.45	0.32	0.09	0.09	0.01	0.14	0.26	0.09	0.02	14.34	14.34	7.64	4	1.03	0.64	0.32	0.04	0.41	0.39	0.2	0.41	0.39	0.2	
30	0.57	0.23	0.45	0.32	0.09	0.09	0.01	0.16	0.26	0.09	0.02	15.86	15.86	8.84	5.08	1.37	0.68	0.29	0.03	0.48	0.36	0.16	0.48	0.36	0.16	
50	0.74	0.23	0.45	0.32	0.09	0.09	0.01	0.18	0.26	0.09	0.02	18.18	18.18	10.01	6.78	2.12	0.73	0.25	0.03	0.6	0.3	0.1	0.6	0.3	0.1	
80	1.02	0.23	0.45	0.32	0.09	0.09	0.01	0.22	0.26	0.09	0.02	22.42	22.42	11.34	11.18	11.69	0.8	0.18	0.01	0.81	0.18	0.01	0.81	0.18	0.01	
100	1.23	0.23	0.45	0.32	0.09	0.09	0.01	0.26	0.26	0.09	0.02	25.9	25.9	13.64	11.7	28.07	-2.42	0.85	0.14	0.01	0.99	0.07	-0.06	0.99	0.07	-0.06
1000	3113.02	0.23	0.45	0.32	0.09	0.09	0.01	661.18	0.26	0.09	0.02	66118	66118	34589.1	13.38	4.67	0.87	1.35	-0.33	-0.03	3489.5	-2417	-1081	3489.5	-2417	-1081

L = Lohneinkommen, P = Gewinne, Y = Nationaleinkommen, W = Vermögen, T = Top-Einkommenshaushalte, M = Mittlere Einkommensgruppen, r = Kapitalrendite, g = Wachstumsrate des Nationaleinkommens, s = Sparquote

Quelle: Behringer et al. (2014).

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

In Tabelle 3 erhöht sich außerdem noch die Diskrepanz zwischen den Sparquoten der Bezieher hoher und mittlerer Einkommen (Spalten 9 bis 10). In Deutschland ist diese Entwicklung seit einigen Jahren im Zuge steigender Unternehmensersparnis und der Tendenz nach auch aus den Haushaltssparquoten im SOEP erkennbar. Hierdurch wird die Dynamik der Ungleichheit noch einmal forciert. In Periode 50 entfallen auf die Top-Haushalte nun bereits 82 Prozent des gesamten Vermögens (statt 73 Prozent in Tabelle 2) und 71 Prozent der gesamten Einkommen (statt 60 Prozent in Tabelle 2).

Tabelle 3: Zur Bedeutung des r-g-Verhältnisses und unterschiedlicher Sparquoten: einige einfache Simulationen – zusätzliche Spreizung der Sparquoten.

t	alpha (=P/Y)	Anteile am Lohneinkommen (L)			r	g	Sparquoten			s/g	Gesamt			beta (=W/Y)			Anteile am Vermögen (W)			Anteile am Nationaleinkommen (Y)		
		T	M	U			Gesamt	T	M		U	T	M	U	T	M	U	T	M	U	T	M
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)	(14)	(15)	(16)	(17)	(18)	(19)	(20)	(21)	(22)	
0	0.27	0.13	0.45	0.43	0.075	0.03	0.11	0.26	0.09	0.02	3.6	3.6	8.53	2.98	0.56	0.6	0.35	0.05	0.25	0.42	0.32	
1	0.32	0.23	0.45	0.32	0.09	0.01	0.13	0.3	0.05	0.02	12.97	3.6	6.17	3.02	0.77	0.6	0.35	0.05	0.35	0.42	0.23	
2	0.33	0.23	0.45	0.32	0.09	0.01	0.13	0.3	0.05	0.02	13.12	3.69	6.31	3.06	0.79	0.61	0.34	0.05	0.36	0.41	0.23	
3	0.34	0.23	0.45	0.32	0.09	0.01	0.13	0.3	0.05	0.02	13.27	3.79	6.44	3.1	0.81	0.61	0.34	0.05	0.36	0.41	0.23	
4	0.35	0.23	0.45	0.32	0.09	0.01	0.13	0.3	0.05	0.02	13.42	3.88	6.57	3.14	0.83	0.62	0.33	0.05	0.37	0.41	0.22	
5	0.36	0.23	0.45	0.32	0.09	0.01	0.14	0.3	0.05	0.02	13.57	3.97	6.7	3.19	0.84	0.63	0.32	0.05	0.37	0.41	0.22	
10	0.4	0.23	0.45	0.32	0.09	0.01	0.14	0.3	0.05	0.02	14.35	4.46	7.3	3.41	0.94	0.66	0.3	0.04	0.4	0.39	0.21	
15	0.45	0.23	0.45	0.32	0.09	0.01	0.15	0.3	0.05	0.02	15.17	4.95	7.84	3.65	1.04	0.69	0.27	0.04	0.43	0.37	0.2	
30	0.59	0.23	0.45	0.32	0.09	0.01	0.18	0.3	0.05	0.02	17.95	6.55	9.16	4.51	1.43	0.75	0.21	0.03	0.54	0.31	0.15	
50	0.81	0.23	0.45	0.32	0.09	0.01	0.22	0.3	0.05	0.02	22.45	8.99	10.42	6.58	2.64	0.82	0.15	0.02	0.71	0.21	0.08	
80	1.22	0.23	0.45	0.32	0.09	0.01	0.31	0.3	0.05	0.02	31.44	13.58	11.65	195.40	-2.9	0.9	0.09	0.01	1.05	0.01	-0.06	
100	1.57	0.23	0.45	0.32	0.09	0.01	0.39	0.3	0.05	0.02	39.38	17.48	12.19	-5.02	-0.57	0.94	0.05	0.01	1.35	-0.18	-0.17	
1000	45748.41	0.23	0.45	0.32	0.09	0.01	10961.9	0.3	0.05	0.02	1E+06	508316	13.91	2.32	0.77	1.14	-0.12	-0.02	41750	-26015	-15734	

L = Lohneinkommen, P = Gewinne, Y = Nationaleinkommen, W = Vermögen, T = Top-Einkommenshaushalte, M = Mittlere Einkommensgruppen, r = Kapitalrendite, g = Wachstumsrate des Nationaleinkommens, s = Sparquote

Quelle: Behringer et al. (2014).

5. Das r-g-Verhältnis im makroökonomischen Kreislaufzusammenhang

Pikettys „fundamentale Gesetze“ sind zwar weitgehend theorielos. Im hinteren Teil seines Buches begibt sich Piketty jedoch zumindest implizit auf neoklassisches Terrain, indem er seine Überlegungen zum r-g-Verhältnis auf das Konzept einer aggregierten Produktionsfunktion stützt, in dem die gesamtwirtschaftliche Produktion (Output) mit Hilfe von Inputs (Arbeit, Kapital) hergestellt wird. Hiernach ergibt sich die Kapitalrendite r technisch aus dem Grenzprodukt des Kapitals. Die Frage ist dann, ob bei steigendem β die Kapitalrendite r immer weiter abnimmt, weil Kapital in immer größerem Überfluss vorhanden ist und daher im Sinne neoklassischer Standardannahmen das Grenzprodukt abnimmt. Piketty bezweifelt diese Tendenz zu einer fallenden Kapitalrendite mit dem Hinweis, dass menschliche Arbeit in vielen Produktionsvorgängen durch den Einsatz von Kapital ersetzt werden kann. Der Produktionsfunktionsansatz bringt aber eine Reihe von grundsätzlichen Problemen mit sich.

Zum einen können die für die gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion relevanten Variablen nur als aggregierte monetäre Größen erfasst werden. Eine echte Produktionsfunktion stellt aber physische Inputs (einzelne Arbeitsstunden unterschiedlicher Personen, verschiedene Maschinen usw.) einem physischen Output (verschiedene Güter) gegenüber. Durch die monetäre Aggregation hängt der in Geldeinheiten ausgedrückte Wert der Kapitalgüter unter anderem von den Kapitalkosten ab. Damit kann aber das „Grenzprodukt“ des so gemessenen „Kapitals“

Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“

nicht mehr technisch die Kapitalrendite bestimmen. Dieses Zirkelproblem war eines der Themen der heute weitgehend in Vergessenheit geratenen Kapitalkontroversen (Harcourt 1972), an die Piketty in seinem Buch erinnert.

Zudem umfasst Pikettys Kapitalbegriff explizit nicht nur das Sachvermögen, sondern „die Gesamtheit der nicht-humanen Aktiva [...], die auf einem Markt besessen und ausgetauscht werden können.“ (Piketty 2014: 70) Diese Definition umfasst sowohl Sach- als auch Geldvermögen. Letzteres kann erst recht nicht als Grundlage für eine technisch bestimmte Kapitalrendite herhalten.

Das gesamtwirtschaftliche r - g -Verhältnis lässt sich aber auch auf Grundlage von weniger starken Annahmen beleuchten: nämlich mit Hilfe von elementaren Kreislaufzusammenhängen. Die Nachfrageseite des BIP kann geschrieben werden als

$$(3) Y = C_L + C_P + I + G + (X - M)$$

wobei C_L den Konsum aus Lohneinkommen und C_P den Konsum aus Kapitaleinkommen bezeichnet, I für die privaten Investitionen steht, G für die staatliche Endnachfrage und $(X - M)$ für die Nettoexporte. Gleichzeitig können die gesamtwirtschaftlichen Einkommen geschrieben werden als

$$(4) Y = L^{netto} + \Pi^{netto} + T$$

wobei L^{netto} , Π^{netto} und T für die Lohneinkommen nach Steuern, die Kapitaleinkommen nach Steuern und die Steuereinkommen des Staates stehen. Wenn vereinfachend

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

von internationalen Einkommensströmen abstrahiert wird (Nettoexporte = Leistungsbilanz), sind die Definitionen (3) und (4) äquivalent, sodass folgt:

$$(5) \Pi^{netto} = C_p + I + (C_L - L^{netto}) + (G - T) + (X - M)$$

Wenn nun längerfristig der Kapitalstock mit der gleichen Rate wächst wie das BIP, folgt aus Gleichung (5), dass die gesamtwirtschaftliche Kapitalrendite ($r = \Pi^{netto}/K$) größer ist als die Wachstumsrate ($g = I/K$), wenn die Summe aus Konsum aus Kapitaleinkommen (C_p), staatlichem Defizit ($G - T$) und Exportüberschuss ($X - M$) größer ist als die Ersparnis aus Lohneinkommen ($L^{netto} - C_L$). Gleichung (5) ist das Kernstück von postkeynesianischen Wachstums- und Verteilungsmodellen (vgl. Kalecki 1973). Wenn alle Größen in Bezug auf den Kapitalstock geschrieben werden, folgt:

$$(6) r - g = C_p/K - (L^{netto} - C_L)/K + (G - T)/K + (X - M)/K$$

Gleichung (6) deutet auch an, welche gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen zu einem Anstieg des r - g -Verhältnisses führen können, wie er in den einfachen Simulationen in Abschnitt 4 angenommen wurde. Bei konstanter oder fallender Wachstumsrate des Kapitalstocks ($g = I/K$) kann es zu einem Anstieg der Kapitalrendite $r = P/Y$ kommen, wenn (a) der Konsum aus Kapitaleinkommen steigt, (b) die Ersparnis aus Arbeitseinkommen fällt, (c) das staatliche Haushaltsdefizit steigt oder (d) die Nettoexporte steigen (jeweils in Relation zum Kapitalstock).

Vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge lassen sich auch wichtige makroökonomische Trends der vergan-

Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“

genen Jahrzehnte beleuchten. In den USA ist in den vergangenen drei Jahrzehnten bis zur Krise 2007 ff. vor allem die Sparquote der Einkommensgruppen unterhalb des obersten Prozents aller Haushalte stark gefallen (Saez/Zucman 2014). Hierdurch konnten trotz schwacher Einkommensentwicklung für die breite Masse der Bevölkerung die Konsumnachfrage und damit auch die Gewinne hochgehalten werden. Der zunehmenden Verschuldung der unteren Einkommensgruppen standen eine höhere Geldvermögensbildung der reichen Haushalte und Leistungsbilanzdefizite gegenüber. In Deutschland konnten die stark steigenden Gewinne in den letzten knapp eineinhalb Jahrzehnten gesamtwirtschaftlich insbesondere im Zuge höherer Nettoexporte realisiert werden. Dabei kam es zu einem starken Anstieg der Geldvermögensbildung des Unternehmenssektors.

In beiden Ländern zeigte sich somit bis zur Krise nicht nur ein Anstieg der Einkommensungleichheit, sondern auch eine zunehmende Spreizung der Sparquoten von einkommensstarken und weniger einkommensstarken Haushalten. Dies wirkt mittelfristig verstärkend auf die Vermögensungleichheit und somit auch auf die Einkommensungleichheit zurück (Abschnitt 4). Darüber hinaus erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Instabilität: in den USA wegen der steigenden Verschuldung der unteren Einkommensgruppen; in Deutschland wegen der hohen Leistungsbilanzüberschüsse und der damit verbundenen Verschuldung der internationalen Handelspartner. In der Literatur wird der Anstieg der Ungleichheit daher zunehmend als eine strukturelle Ursache der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise angesehen (Rajan 2010,

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Kumhof et al. 2013, van Treeck 2014a, Behringer et al. 2014).

In Pikettys einfachem Modell bleiben diese gesamtwirtschaftlichen Kreislaufzusammenhänge unberücksichtigt, weil er bei der Betrachtung der Ersparnisbildung der Kapitaleinkommensbezieher beziehungsweise der reichen Haushalte nicht zwischen Sachvermögen (Investitionen) und Geldvermögen (Kredite an einkommensschwache Haushalte, Ausland) unterscheidet (vgl. hierzu auch den Beitrag von Johannes Schmidt in diesem Band). Dennoch zeigen die vorangegangenen Überlegungen, dass Pikettys Ausführungen zu $r > g$ sowohl im neoklassischen als auch im (post)keynesianischen Rahmen interpretiert werden können. Die definitorischen beziehungsweise arithmetischen Zusammenhänge zwischen Einkommens- und Vermögensungleichheit in Pikettys einfachem Modell bleiben hiervon unberührt.

6. Abschließende Bemerkungen

Wenn r größer ist als g und reiche Haushalte deutlich mehr im Verhältnis zu ihrem Einkommen sparen als weniger reiche Haushalte, steigen die Vermögen schneller als die Einkommen und die Einkommens- und Vermögensungleichheit verstärken sich nach und nach. In Deutschland ist die Ungleichheit der Einkommen seit den frühen 2000er-Jahren deutlich gestiegen (vgl. Behringer et al. 2014): Die hohen Haushalts-Nettoeinkommen sind stärker gestiegen als die niedrigeren Haushalts-Nettoeinkommen, und die (einbehaltenen) Unternehmensgewinne sind stärker gestiegen als die Haushaltseinkommen. Allerdings

Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“

haben die Haushaltsbefragungen des SOEP ergeben, dass die Ungleichheit der Vermögen zwischen 2002 und 2012 nicht signifikant zugenommen hat. An diesem Befund sind aus empirischer Sicht Zweifel angebracht, weil das SOEP wie alle freiwilligen Haushaltsbefragungen reiche Personen nicht gut erfasst. Leider wird die Anwendung der Piketty-Methode, die auf der Auswertung amtlicher Steuerstatistiken basiert, in Deutschland dadurch erschwert, dass hierzulande keine Vermögensteuer erhoben wird und Kapitalerträge seit 2009 über die Abgeltungsteuer anonym versteuert werden.

Aber auch aus konzeptuellen Gründen ist davon auszugehen, dass ein Anstieg der Einkommensungleichheit mittelfristig durch einen Anstieg der Vermögensungleichheit in Deutschland begleitet werden dürfte. Wie die einfachen Simulationen in Abschnitt 4 gezeigt haben, reagiert die Vermögensungleichheit anfangs naturgemäß träge auf Veränderungen in der Einkommensverteilung, weil sie auf einem deutlich höheren Niveau startet und die Akkumulation von Vermögen über Ersparnisbildung Zeit braucht. Langfristig dürfte sich die Vermögens- und Einkommensungleichheit in Zukunft jedoch weiter verschärfen, wenn nicht geeignete wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Hierfür sprechen auch die zunehmende Spreizung der Sparquoten zwischen den Einkommensgruppen und die dauerhaft hohen Finanzierungsüberschüsse des Unternehmenssektors.

Schließlich ist stets der gesamtwirtschaftliche Kontext zu betrachten, in dem ein Anstieg des r - g -Verhältnisses stattfindet. Wenn stark steigende Gewinne nachfrageseitig durch den kreditfinanzierten Konsum der unteren Einkom-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

mensgruppen realisiert werden (wie in den USA) oder durch steigende Exportüberschüsse und damit eine steigende Verschuldung des Auslands (wie in Deutschland), kann hiermit ein Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Instabilität verbunden sein. Mit der aktuellen Krise der nationalen Wachstumsmodelle, die auf hoher privater Haushaltsverschuldung beziehungsweise hohen Exportüberschüssen basierten, stellt sich zudem die Frage, ob respektive wie eine dauerhaft hohe Diskrepanz zwischen hoher Kapitalrendite und geringer Wachstumsrate nachfrageeitig aufrechterhalten werden kann.

Endnoten

- 1 Dieser Beitrag basiert zum Teil auf van Treeck (2014a, 2014b) und Behringer et al. (2014).
- 2 Es folgt hieraus auch nicht, wie Stelter (2014) behauptet, dass die Gewinnquote auf 100 Prozent des BIP steigen muss.
- 3 Formal steigt β genau dann unendlich an, wenn $s_p r > g$, wobei s_p die Sparquote aus Kapitaleinkommen ist.
- 4 Die den Simulationen zu Grunde liegende Excel-Datei ist auch online verfügbar (van Treeck 2014a).
- 5 Empirisch kann eine Zunahme der Einkommensungleichheit entweder durch eine gestiegene transitorische oder durch eine gestiegene permanente Varianz der Einkommen oder durch eine Kombination aus beidem begründet sein (Bartels/Bönke 2013). Die Berücksichtigung von Mobilität zwischen den Einkommens- und Vermögensquantilen würde die Entwicklung der Ungleichheit verlangsamen.
- 6 Tatsächlich können Haushalte, die über große Vermögen verfügen,

Zur Bedeutung von $r > g$ in Pikettys „Kapital im 21. Jahrhundert“

typischerweise eine höhere Kapitalrendite erzielen, weil ein großes Vermögensportfolio besser diversifiziert werden und einen größeren Anteil an riskanteren – und damit renditekräftigeren – Anlagen besser verkraften kann. Überdies sind vermögende Haushalte zumeist besser über rentable Anlagemöglichkeiten informiert. Die Berücksichtigung von einkommensabhängigen Renditen würde die Entwicklung der Ungleichheit beschleunigen. Vgl. Abschnitt 2.

- 7 Zum Beispiel: $\beta = s/g = 0.108/0.03 = 3.6$; $\beta_M = s_M/g = 0,0897/0,03 = 2,99$.
- 8 Je stärker die Spreizung der Sparquoten zwischen einkommensschwachen und reichen Haushalten, desto stärker fällt diese Dynamik aus.

Literatur

- Bartels, C./Bönke, T. (2013): Can households and welfare states mitigate rising earnings instability? *Review of Income and Wealth*, Bd. 59, H. 2, 250–282.
- Behringer, J./Theobald, T./van Treeck, T. (2014): Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht. *IMK Report 99*, http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_99_2014.pdf
- Harcourt, G. (1972): *Some Cambridge Controversies in the Theory of Capital*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Homburg, S. (2014): Critical Remarks on Piketty's ‚Capital in the 21st Century‘. *Discussion Paper 530*, Universität Hannover.
- Kumhof, M./Rancière, R./Winant, P. (2013): Inequality, Leverage and Crises: The Case of Endogenous Default. *IMF Working Paper 13/249* und *American Economic Review* (im Erscheinen).
- Paqué, K.-H. (2014): Gibt es doch Gesetze des Kapitalismus? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.9.2014, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/>

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

wirtschaftspolitik/gastbeitrag-von-karl-heinz-paque-gibt-es-doch-gesetze-des-kapitalismus-13148312.html

Piketty, T. (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H. Beck.

Rajan, R. (2010): *Fault Lines. How Hidden Fractures Still Threaten The World Economy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2014): *Mehr Vertrauen in Marktprozesse. Jahresgutachten 2014/15*. Wiesbaden.

Saez, E./Zucman, G. (2014): *Wealth inequality in the United States since 1913. NBER Working Paper 20625*.

Stelter, D. (2014): *Besuch des Umverteilers. Manager Magazin*, 7.11.2014, <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/pikettys-theorie-der-umverteilung-nutzt-sigmar-gabriel-a-1001710.html>

Summers, L. (2014): *U.S. Economic Prospects: Secular Stagnation, Hysteresis, and the Zero Lower Bound. Business Economics*, Bd. 49, H. 2, 65–73.

van Treeck, T. (2014a): *Zur Bedeutung unterschiedlicher Sparquoten für Pikettys „Gesetze des Kapitalismus“*. Einige einfache Simulationen, <http://verteilungsfrage.org/2014/07/zur-bedeutung-unterschiedlicher-sparquoten-fuer-piketty/>

van Treeck, T. (2014b): *Ungleichheit – das neue Mega-Thema. Capital*, 7.10.2014, <http://www.capital.de/meinungen/ungleichheit-das-neue-mega-thema-2273.html>

Wolfers, J. (2014): *Inequality and Growth*, users.nber.org/~jwolfers/papers/Comments/Piketty.pdf

4

Das „Kapital“ im 21. Jahrhundert

Peter Bofinger und Philipp Scheuermeyer

Man kann das Werk von Piketty aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten. Man kann es als ein engagiertes Manifest für eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen sehen, dem es gelungen ist, ein überraschend großes öffentliches Interesse für diese Thematik zu wecken. Man kann das Buch als eine riesige Datenbank verwenden, die unglaublich viele Facetten der Einkommens- und Vermögensverteilung von Christi Geburt bis zum Jahr 2200 abbildet. In erster Linie ist „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ jedoch ein Versuch, langfristige und grundlegende Gesetze des Kapitalismus aufzudecken.

Im folgenden Beitrag soll es in erster Linie darum gehen, diese Mechanismen zu beschreiben und kritisch zu diskutieren. Dabei stellt sich das Problem, dass Piketty mehrere Gesetzmäßigkeiten beschreibt, ohne dass dabei eindeutig

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

deutlich wird, in welchem Verhältnis sie zueinander stehen. Die hier präsentierte Struktur ist deshalb nur eine Interpretation der theoretischen Zusammenhänge, die sich aus der Argumentationsfolge in Pikettys Werk ergibt.¹

1. $r > g$ als entscheidende Triebkraft des Kapitalismus

Die entscheidende Determinante für die Entwicklung des Kapitalismus sieht Piketty darin, dass die reale Rendite des Kapitals, die er als Nachsteuerrendite versteht, höher ist als das reale Wirtschaftswachstum. In der Ungleichung $r > g$ lasse sich die gesamte Argumentation des Buchs zusammenfassen (Piketty 2014a: 46). Aus diesem für Piketty weniger eine „absolute logische Notwendigkeit“ als eine „historische Realität“ (474–478) darstellenden Zusammenhang leitet er zweierlei ab.² Zum einen komme es zu einer immer stärkeren Vermögenskonzentration: „Liegt die Kapitalrendite deutlich und dauerhaft über der Wachstumsrate, so trägt das [...] konstitutiv zu wachsender Vermögensungleichheit bei.“ (Piketty 2014a: 479)

Zum anderen resultiere daraus ein im Vergleich zum Volkseinkommen (Y) überproportionales Wachstum des Kapitalstocks (K), sodass das Verhältnis des Kapitalstocks zum Volkseinkommen (K/Y) im Zeitablauf steige. „The inequality $r > g$ implies that wealth accumulated in the past grows more rapidly than output and wages“ (Piketty 2014b: 571).³

Insgesamt sieht Piketty in der Ungleichung $r > g$ die „mächtigste destabilisierende Kraft“ (Piketty 2014a: 785) für den Kapitalismus:

Wenn die Kapitalrendite dauerhaft höher ist als die Wachstumsrate von Produktion und Einkommen, was bis zum 19. Jahrhundert die Regel war und im 21. Jahrhundert wieder zur Regel zu werden droht, erzeugt der Kapitalismus automatisch inakzeptable und willkürliche Ungleichheiten, die das Leistungsprinzip, auf dem unsere demokratischen Gesellschaften basieren, radikal infrage stellen. (Piketty 2014a: 15 f.)

2. s/g bestimmt das Verhältnis K/Y

Piketty zeigt, dass für die Entwicklung des Kapitalstocks zum Bruttoinlandsprodukt jedoch nicht primär das Verhältnis von r zu g entscheidend ist, sondern die Relation der Sparquote (s) zum realen Wachstum (g). Dies ist der zweite fundamentale Zusammenhang für Pikettys Kapitalismustheorie. Im Gegensatz zu $r > g$ handelt es sich dabei jedoch nicht um eine empirische Beobachtung, sondern um eine rein mathematische Beziehung. Es lässt sich einfach zeigen, dass das Verhältnis von s zu g langfristig die Relation von K/Y bestimmt. Bei einer gesamtwirtschaftlichen Sparquote von 10 Prozent und einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 2 Prozent ergibt sich in einer geschlossenen Volkswirtschaft also ein Verhältnis des Kapitalstocks zum Volkseinkommen von 5:1.

Um für die Zukunft einen überproportionalen Anstieg des Kapitalstocks im Verhältnis zum Volkseinkommen ableiten zu können, prognostiziert Piketty eine abnehmende reale Wachstumsrate bei einer als konstant angenommenen Sparquote:

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Wir haben [...] Wachstumsprognosen verwendet, wonach das Wachstum der weltweiten Produktion von mehr als 3 % jährlich in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts schrittweise auf 1,5 % sinken könnte. Wir haben auch angenommen, dass sich die Sparquote langfristig bei 10 % einpendelt. Unter diesen Bedingungen würde das weltweite Kapital-Einkommensverhältnis gemäß dem Gesetz $\beta=s/g$ weiterhin steigen und könnte im Laufe des 21. Jahrhunderts 700 % erreichen [...].

Bei einer Wachstumsrate von einem Prozent hält Piketty sogar eine Relation von 1000 Prozent für möglich (Piketty 2014a: 259 und 308).

Es ist dabei bemerkenswert, dass Piketty trotz einer im Trend sinkenden Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von einer konstanten Sparquote ausgeht.

3. Substitutionselastizität größer eins: Der steigende Kapitaleinsatz geht mit einem zunehmenden Anteil der Kapitaleinkommen am Volkseinkommen einher

Wer sich mit fundamentaler Mikroökonomie befasst hat, würde zwischen diesen beiden grundlegenden Entwicklungstendenzen zunächst einen Widerspruch vermuten. Wenn das Kapital-Einkommens-Verhältnis, das man auch als Kapitalintensität beschreiben kann, immer weiter steigt, müsste man gemäß der Theorie abnehmender Grenzerträge erwarten, dass sich der zunehmende Kapitaleinsatz nachteilig auf die Kapitalrendite und damit auch auf das Einkommen der Kapitaleigentümer auswirkt. Bei der in der Mikroökonomie häufig verwendeten *Cobb-Douglas-Produkt-*

tionsfunktion würde bei steigender Kapitalintensität K/Y die Kapitalrendite k/K im gleichen Maße sinken. Man spricht in diesem Fall von einer Substitutionselastizität gleich eins. Der Anteil des Kapitaleinkommens am Volkseinkommen k/Y müsste dann gemäß der folgenden Formel gerade konstant bleiben:

$$\frac{k}{Y} = \frac{k}{K} \cdot \frac{K}{Y}$$

Oder in der Notation von Piketty, wenn man $\frac{K}{Y}$ gleich β setzt, $\frac{k}{K}$ gleich r und $\frac{k}{Y}$ gleich α :

$$\alpha = r \cdot \beta$$

Piketty beobachtet jedoch eine Substitutionselastizität von größer eins. Das bedeutet, dass die höhere Kapitalintensität zwar zu einem Rückgang der Kapitalrendite führt. Dieser ist aber geringer als der Anstieg der Kapitalintensität, sodass der Anteil des Faktors Kapital am Volkseinkommen steigt.

Es muss auf jeden Fall betont werden, dass kein wirtschaftlicher Autokorrekturmechanismus von selbst verhindert, dass ein anhaltender Anstieg des Kapitaleinkommensverhältnisses β mit einer kontinuierlichen Erhöhung des Anteils des Kapitals am Nationaleinkommen α einhergeht. (Piketty 2014a: 295)⁴

4. Pikettys Prognose für den Kapitalismus

Wenn sich die Zukunft des Kapitalismus also nach Pikettys Bewegungsgesetzen entwickeln würde, müsste man mit einer Verelendung der breiten Massen rechnen und mit einer zunehmenden Konzentration von Einkommen und Vermögen in den Händen einer kleinen Gruppe sehr reicher Menschen. Piketty hat das am prägnantesten in einer Präsentation seiner Ergebnisse zusammengefasst, die im Internet verfügbar ist:

But with $g > 0$ & small, this steady-state can be rather gloomy: it can involve a very large capital-income ratio β and capital share α , as well as extreme wealth concentration due to high $r-g$. (Piketty 2014c: 46)

Dabei würde es zu einem im Verhältnis zum Volkseinkommen stark steigenden Kapitalstock kommen („Capital is back because low growth is back.“ Piketty/Saez 2014: 840). Dementsprechend plädiert Piketty für eine progressive internationale Vermögensteuer, um diesen Akkumulationsprozess zu stoppen.

Die von Piketty prognostizierte Entwicklung lässt sich an einem einfachen Zahlenbeispiel verdeutlichen (Tabelle 1). Es wird dazu unterstellt, dass es bei einer konstanten Sparquote von 10 Prozent und einer konstanten Kapitalrendite von 5 Prozent zu einem sukzessiven Rückgang des realen Wachstums kommt. Es tritt dann in der Tat eine Zunahme des Verhältnisses von K/Y ein und der Anteil des Kapitaleinkommens am Volkseinkommen steigt. Die Simulation verdeutlicht das fundamentale Problem einer solchen

Entwicklung. Bei einem gegen Null konvergierenden Wachstum steigt s/g (also β) stark an und damit auch k/Y ($= \alpha$), das sich aus $s/g \cdot r$ ergibt. Man gerät dann relativ leicht in eine Situation, in der das gesamte Volkseinkommen an den Faktor Kapital geht. Rein rechnerisch sind sogar Relationen von k/Y von über 100 Prozent möglich.⁵

Tabelle 1: Szenarien mit sinkenden Zuwachsraten des realen Wachstums bei konstanter Sparquote.

Szenario	1	2	3	4	5	6
g	4 %	2 %	1 %	0,5 %	0,25 %	0,125 %
s	10 %	10 %	10 %	10 %	10 %	10 %
r	5 %	5 %	5 %	5 %	5 %	5 %
$s/g = K/Y$	2,5	5	10	20	40	80
$\frac{k}{Y} = r * \frac{s}{g}$	12,5 %	25 %	50 %	100 %	200 %	400 %

Quelle: Eigene Darstellung.

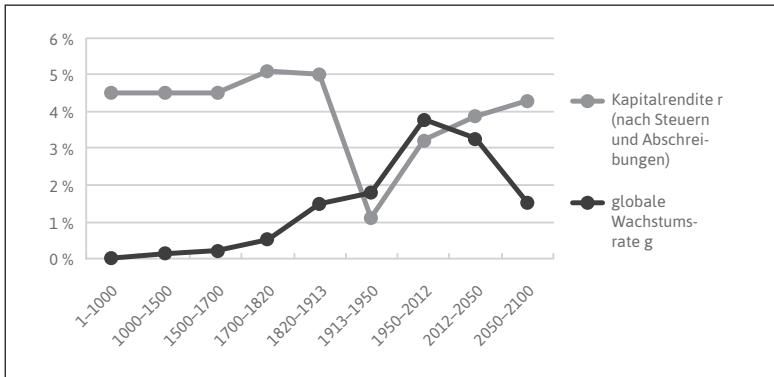
5. Stimmt der empirische Befund?

Das wohl erstaunlichste Erlebnis bei der Lektüre von Pikettys Buch hat der Leser auf Seite 472, wo er auf das Schaubild 10.10 stößt (Abbildung 1). Es beschreibt den empirischen Zusammenhang von r und g für den langen Zeitraum seit Christi Geburt bis zum Jahr 2200. Auf den ersten Blick findet man hier den empirischen Befund für Pikettys fundamentales Gesetz, wonach r größer ist als g . Auf den zweiten

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Blick wundert man sich dann doch, dass ausgerechnet für die Phase von 1913 bis 2012 genau das Gegenteil der Fall ist: g ist größer als r . Jetzt könnte man bei einer Betrachtung über einen Zeitraum von mehr als zwei Millennien eine temporäre Abweichung für eine Phase von 100 Jahren als Ausnahme von der Regel betrachten. Aber das fällt nicht leicht, wenn man sich dabei der Tatsache bewusst wird, dass für diese Phase nicht nur die verlässlichsten Daten vorliegen, sondern es sich zugleich auch um die Periode handelt, die durch einen modernen Kapitalismus geprägt wurde.

Abbildung 1: Globale Kapitalrendite r und Wachstumsrate g im Zeitverlauf.



Quelle: Piketty (2014b), Data Appendix Table TS10.3.

Etwas überspitzt ließe sich formulieren, dass Piketty wohl einer der wenigen Autoren ist, die einen fundamentalen Zusammenhang postulieren, den man mit seinen eigenen Daten widerlegen kann. Nur mit einem sehr

genauen Blick auf die von Piketty in seinem Online-Appendix bereitgestellten Daten und mit der Bereitschaft, selbst nachzurechnen, kann man erkennen, dass bei einer detaillierteren Periodenabgrenzung seit den 1980er-Jahren in einigen Ländern doch wieder $r > g$ zu gelten scheint.⁶ Erstaunlicherweise ist der im Buch dargestellte Befund $r < g$ für die Phase 1913 bis 2012 im Medienhype um Piketty nahezu unbeachtet geblieben – was dafür spricht, dass es nur wenige Leser bis Seite 472 geschafft haben. Ebenso wenig wurde darüber diskutiert, dass für die Prognose von $r > g$ im 21. Jahrhundert die sehr düstere Annahme eines schrittweisen Wegfalls aller Kapitalertragssteuern nicht unerheblich ist.⁷ Erstaunlich ist ebenfalls, dass sich niemand daran zu stören scheint, dass die Daten für die reale Kapitalrendite, die in Pikettys Grafiken als „weltweit“ präsentiert werden, offensichtlich für den Zeitraum von 1700 bis 2012 lediglich aus Frankreich stammen.⁸

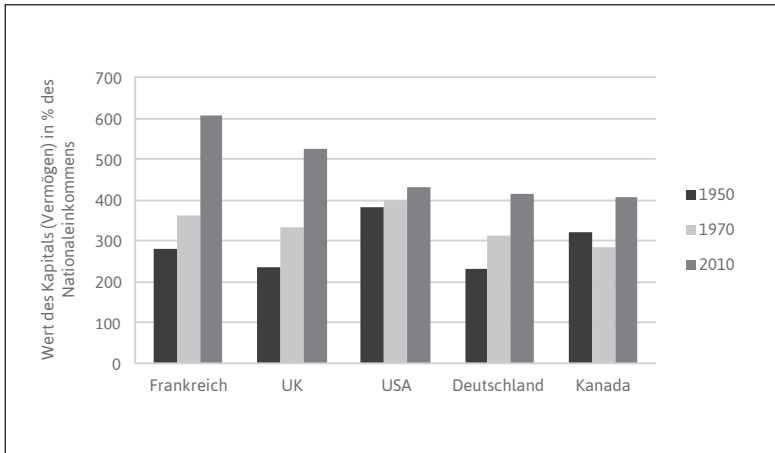
Aus dem empirischen Befund, dass die reale Kapitalrendite in der Phase von 1913 bis 2012 geringer gewesen ist als das reale Wachstum, müsste man gemäß den theoretischen Ableitungen von Piketty erwarten, dass das Kapital-Einkommens-Verhältnis nicht gestiegen ist und dass auch die Vermögenskonzentration nicht zugenommen hat. Insbesondere wäre es damit nicht möglich, das seit Jahrzehnten evidente Problem der gestiegenen Ungleichheit von Einkommen und Vermögen zu erklären.

Bei der Entwicklung des Kapital-Einkommens-Verhältnisses lässt sich für die von Kriegen nicht beeinflusste Phase von 1950 bis 2010 ein Anstieg erkennen. Dieser steht im Widerspruch zur in der gleichen Phase diagnostizierten Ungleichheit $g > r$. Ein mit $r < g$ kompatibler Rückgang der

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Kapitalintensität findet sich demgegenüber für die meisten OECD-Länder in den Daten von Kamps (2004), die den Zeitraum von 1960 bis 2001 abdecken.

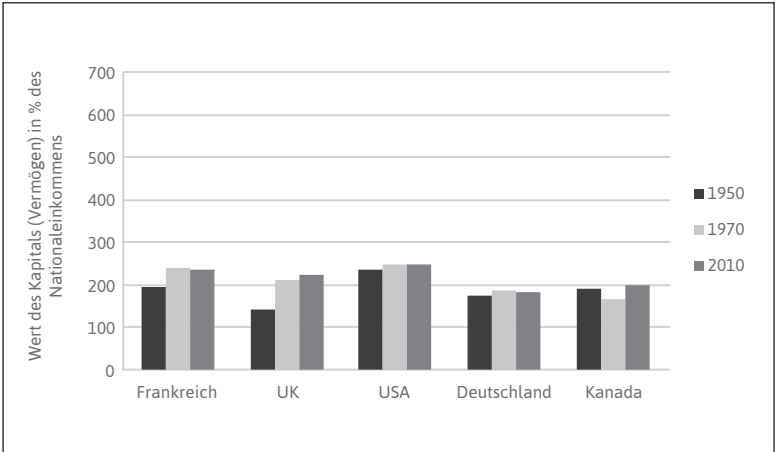
Abbildung 2: Das Kapital-Einkommens-Verhältnis (K/Y) von 1950 bis 2010.



Notiz: Das nationale Kapital beinhaltet Nettoauslandskapital, Immobilienbestand, Agrarflächen und „sonstiges Inlandskapital“.

Quelle: Piketty (2014b), Data Appendix Tables 3.1, 3.2, 4.1, 4.2 und 4.3.

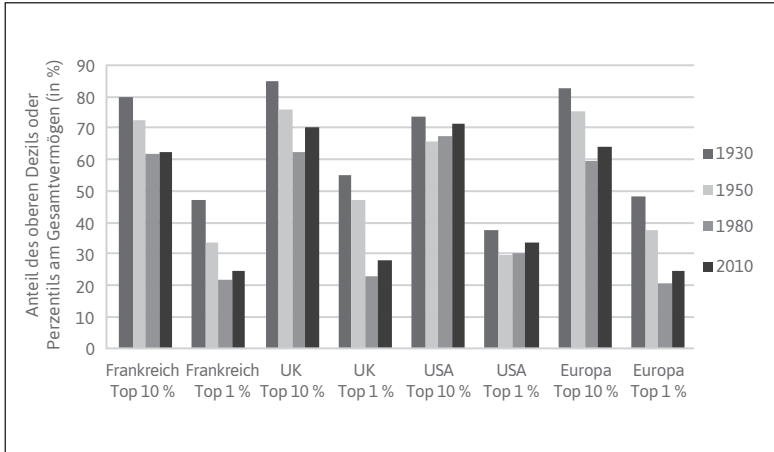
Abbildung 3: Das Kapital-Einkommens-Verhältnis (K/Y) ohne Immobilienvermögen.



Quelle: Piketty (2014b), Data Appendix Tables 3.1, 3.2, 4.1, 4.2 und 4.3.

Einen mit $r < g$ konsistenten Befund bieten Pikettys Daten zur Entwicklung der *Vermögenskonzentration* im Zeitraum von 1930 bis 2010 (Abbildung 4). Für Frankreich, das Vereinigte Königreich und Europa wird für das Jahr 2010 eine teilweise deutlich geringere Vermögenskonzentration ausgewiesen als für das Jahr 1930. Allerdings ist für den Teilzeitraum von 1980 bis 2010 in allen Regionen ein leichter Anstieg der Vermögenskonzentration zu erkennen. Dies deckt sich mit dem bereits genannten Befund, dass für diese Phase die Ungleichheit $r > g$ zu konstatieren ist, was aber nur über einige Mühen mit den von Piketty bereitgestellten Excel-Tabellen nachgerechnet werden kann.

Abbildung 4: Entwicklung der Vermögensungleichheit/-konzentration von 1930 bis 2010.



Quelle: Piketty (2014b), Data Appendix Table TS10.1.

Insgesamt zeigt sich hierbei ein grundsätzliches Problem mit der von Piketty in seinem Buch überwiegend gewählten *Periodenabgrenzung*. Der Zeitraum 1950 bis 2010 besteht aus zwei disparaten Teilperioden: In der unmittelbaren Nachkriegszeit erlebten die führenden Volkswirtschaften zunächst ein Wachstum, das Ludwig Erhards Modell des „Wohlstands für alle“ entsprach. Die Reallöhne der Arbeitnehmer stiegen deutlich an und es kam zu einem merklichen Rückgang der Einkommensdisparitäten. Dies änderte sich fundamental zu Beginn der 1980er-Jahre. Bedingt durch die steigende Arbeitslosigkeit und eine abnehmende Verhandlungsmacht der Gewerkschaften setzte eine lange Phase stagnierender Reallöhne, deutlich steigender Einkommensdisparitäten und eines sinkenden Anteils der Arbeitseinkommen am Volksein-

kommen ein. Der von Piketty häufig verwendete Indikator des Anteils der zehn Prozent am besten Verdienenden am Volkseinkommen verdeutlicht die divergierenden Entwicklungen in den beiden Teilperioden der Phase 1950 bis 2010.

Abbildung 5: Einkommensungleichheit in den USA von 1910 bis 2010.



Quelle: Piketty (2014b), Data Appendix Table SL1.

6. Wird es zu einem starken Anstieg der Kapitalintensität kommen?

Aus theoretischer Sicht besteht das größte Defizit von Pikettys Theoriegebäude darin, dass er nicht konsequent definiert, was er unter „Kapital“ im jeweiligen Kontext seines Buches versteht. Deshalb soll hier zunächst eine kurze Taxonomie vorgenommen werden.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

6.1 Was ist „Kapital“?

Vereinfacht kann man Kapital als *Reinvermögen* (RV) definieren, was bei einem Unternehmen dem Eigenkapital entspricht. Das Reinvermögen setzt sich zusammen aus dem (Netto-)Geldvermögen (GV), das heißt dem Saldo aus Geldforderungen und Verbindlichkeiten, und Sachvermögen (SV):

$$RV = SV + GV$$

Das Konzept des Geldvermögens wird in den gängigen Einführungsbüchern der Makroökonomie übersehen, was zu vielen Verwirrungen führt – nicht zuletzt auch bei Piketty. Piketty versteht unter „Kapital“ in seinen theoretischen Ausführungen Sachvermögen. Das ist zwingend, wenn er von Produktionsfunktionen und Substitutionselastizitäten spricht, da es in der neoklassischen Produktionstheorie neben Humankapital nur Sachvermögen gibt. In seinen empirischen Analysen verwendet er dagegen einen Begriff von Kapital, der neben dem Sachvermögen auch das Nettogeldvermögen umfasst, also im Sinne des Reinvermögens.

Bei einer Strombetrachtung lässt sich die obige Gleichung wie folgt darstellen:

$$\Delta RV = \Delta SV + \Delta GV$$

Dabei entspricht ΔRV , das heißt ein Anstieg des Reinvermögens, dem „Sparen“ oder der Ersparnis. ΔSV , also ein Anstieg des Sachvermögens, entspricht dem Investieren. Für ΔGV , einen Anstieg des Geldvermögens, gibt es in der

Volkswirtschaftslehre bedauerlicherweise keine direkte Bezeichnung. Δ GV entspricht dem Leistungsbilanzsaldo und damit auch dem Netto-Kapitalexport. Es gilt also:

$$S = I + \Delta GV$$

Aufgrund der Vernachlässigung des Geldvermögens wird in der gängigen Wachstumstheorie als selbstverständlich unterstellt, dass die Ersparnis vollständig in Investitionen transformiert wird. Deswegen ist es auch nicht erforderlich, zwischen der privaten Sparquote (S/Y) und der privaten Investitionsquote (I/Y) zu unterscheiden. Dementsprechend geht Piketty davon aus, dass das Verhältnis des Kapitalstocks zum Bruttoinlandsprodukt vom Verhältnis der privaten Sparquote zum realen Wirtschaftswachstum bestimmt wird. Es kommt also zwangsläufig dazu, dass die hohen Unternehmensgewinne und Ersparnisse der Reichen in einen immer größeren Realkapitalstock investiert werden.

Doch das wäre – wie die einfache Simulation in Tabelle 1 verdeutlicht – eine paradoxe Entwicklung. Warum sollte ein im Vergleich zum Volkseinkommen immer größerer Realkapitalstock aufgebaut werden, mit dem immer mehr Güter produziert werden können, wenn die große Masse der Bevölkerung über einen immer geringeren Anteil am Volkseinkommen verfügt und somit immer weniger in der Lage ist, eine kaufkräftige Nachfrage zu entfalten? Da Piketty – wie die meisten neoklassischen Ökonomen – glaubt, die Nachfrageseite bei einer langfristigen Betrachtung vernachlässigen zu können, stellt er sich diese Frage nicht.

Man könnte alternativ argumentieren, dass Piketty unter

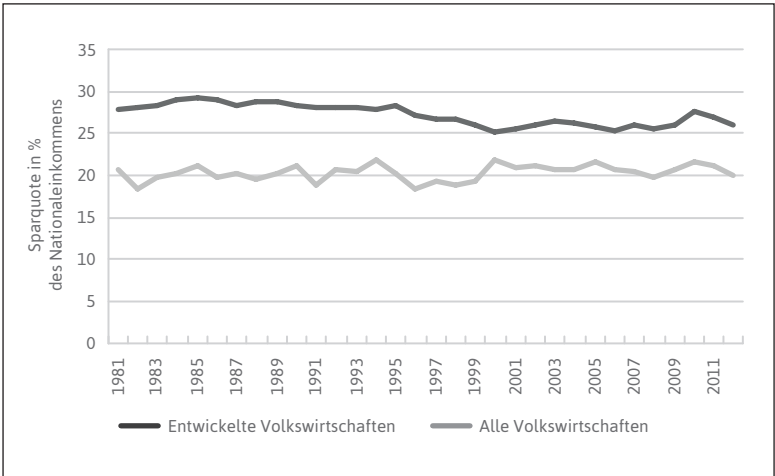
Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

„Kapital“ das gesamte private Vermögen im Sinne des *Reinvermögens* versteht, sodass dazu also auch Geldvermögen in der Form von Staatsanleihen zählen würde.⁹ Damit könnte ein Anstieg von K/Y auch bei einer zunehmenden Verelendung der breiten Bevölkerung plausibel sein. In diesem Fall wären aber sämtliche über kapitaltheoretische Zusammenhänge abgeleiteten Prognosen für r und α unzulässig, da das „Kapital“ der Privaten auch Staatsanleihen enthält, deren Rendite anders bestimmt werden muss. Insbesondere würde sich das Problem stellen, dass die in einigen Ländern seit längerem gegen Null tendierenden Renditen für Staatsanleihen zu einem stark negativen Effekt auf r führen würden.

6.2 Seit Lehman: Private Ersparnis ist höher als die privaten Investitionen

Dass es sich dabei nicht um eine rein akademische Übung handelt, zeigt die Entwicklung der Ersparnis in den hoch entwickelten Ländern in den vergangenen fünfzehn Jahren. Wie Abbildung 6 verdeutlicht, ist die private Ersparnis eine im Verhältnis zum Volkseinkommen sehr stabile Größe.

Abbildung 6: Durchschnittliche private Sparquoten weltweit und in entwickelten Volkswirtschaften.



Quelle: Grigoli/Herman/Schmidt-Hebbel (2014). Daten wurden von diesen Autoren anhand eines Panels aus bis zu 165 Ländern berechnet.

Bei einer Aufgliederung der Reinvermögensänderung in die Komponenten Sachvermögensbildung und Geldvermögensbildung zeigt sich jedoch eine grundlegende Veränderung der Struktur der privaten Ersparnisbildung seit dem Ausbruch der Finanzkrise.

Wie Abbildung 7 zeigt, waren die privaten Finanzierungssalden, das heißt also die Veränderung des privaten Netto-Geldvermögens, bis zum Jahr 2008 vergleichsweise gering. Die Änderung des Geldvermögens (ΔGV) des privaten Sektors (private Haushalte und Unternehmen), also der private Finanzierungssaldo, wird dabei ermittelt als Differenz zwischen dem Leistungsbilanzsaldo der

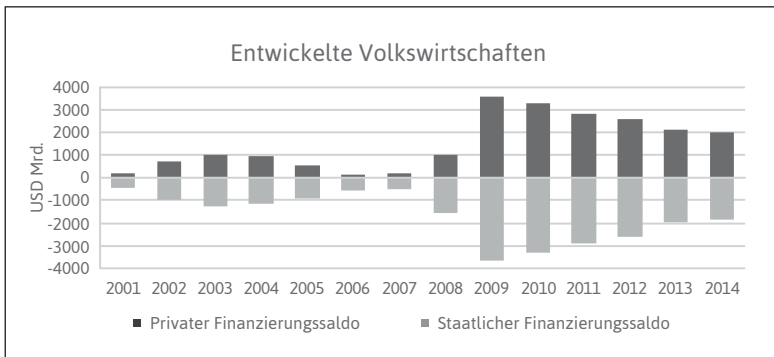
Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Volkswirtschaft und dem Fiskalsaldo, der die Veränderung des Geldvermögens des Staates abbildet:

$$\Delta GV_{privat} = \text{Leistungsbilanzsaldo} - \Delta GV_{Staat} (= \text{Budgetsaldo})$$

Seit dem Jahr 2009 hat sich die Situation jedoch grundlegend geändert. Jetzt ist die private Geldvermögensbildung sehr hoch, wenn auch mit einem abnehmenden Trend. Dieser Befund besagt nichts anderes, als dass die private Ersparnis zu einem beträchtlichen Teil nicht mehr in private Investitionen transformiert wird.

Abbildung 7: Aggregierte Finanzierungssalden in entwickelten Volkswirtschaften.

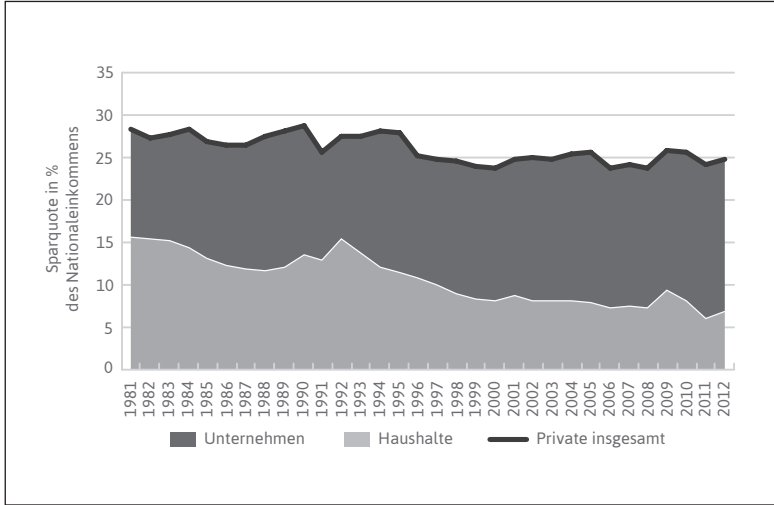


Quelle: IMF World Economic Outlook Database und eigene Berechnungen.

Die stillschweigende Annahme der Wachstumstheoretiker ist also zumindest für eine längere Zeit von der

Empirie widerlegt worden. Interessant ist dabei die von Grigoli et al. (2014) aufgezeigte Entwicklung, dass von der privaten Ersparnis im Trend ein immer größerer Anteil auf die Ersparnis des Unternehmenssektors entfällt. Konkret handelt es sich dabei um Unternehmensgewinne, die nicht ausgeschüttet worden sind. Für die Phase seit dem Jahr 2008 kann man daraus ableiten, dass die Unternehmen die von ihnen erzielten Gewinne nicht mehr investieren, sondern zur Geldvermögensbildung einsetzen. Dies muss nicht nur in der Form geschehen, dass Unternehmen hohe Geldvermögen aufbauen. Wie insbesondere die Entwicklung in Deutschland zeigt, kann die (Netto-)Geldvermögensbildung auch zum Abbau der Verschuldung („*Deleveraging*“) eingesetzt werden.

Abbildung 8: Durchschnittliche Sparquoten von Haushalten, Unternehmen und Privaten insgesamt.

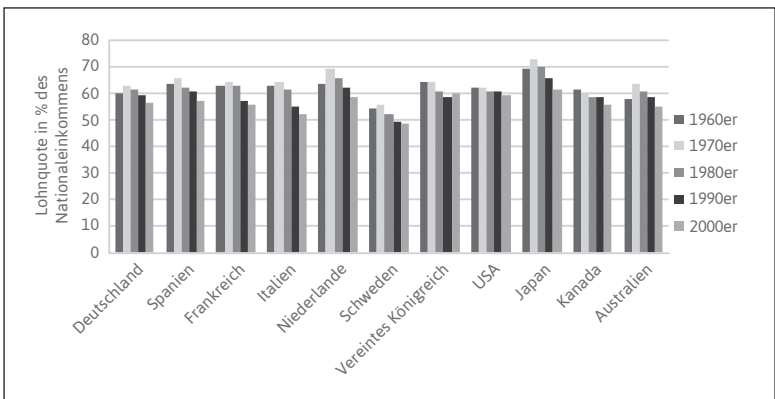


Quelle: Grigoli/Herman/Schmidt-Hebbel (2014). Daten wurden von diesen Autoren anhand eines Panels aus bis zu 48 Ländern berechnet.

Für Pikettys Entwicklungsgesetze bedeutet das, dass die private Sparquote deutlich höher ist als die private Investitionsquote. Die Differenz ergibt sich aus der privaten „Geldvermögensbildungsquote“, das heißt $\Delta GV_{priv}/Y$, die in einer geschlossenen Volkswirtschaft betragsmäßig identisch mit dem Staatsdefizit ist. Solange der Staat nicht investiert, entspricht dann die gesamtwirtschaftliche Sparquote (s) nicht der privaten Sparquote (s_{priv}), sondern der privaten Investitionsquote ($i_{priv} = I/Y$). Es gilt also langfristig nicht $s_{priv}/g = K/Y$, sondern $s/g = i_{priv}/g = K/Y$.

Woran liegt es, dass die Unternehmen ihre Gewinne nicht für neue Investitionen einsetzen, insbesondere in einem Umfeld mit sehr niedrigen Zinsen? An dieser Stelle kommt die wachsende *Ungleichheit der Einkommensverteilung* ins Spiel. Konkret geht es dabei um die funktionelle Einkommensverteilung, also die Aufteilung des Volkseinkommens auf Arbeit und Kapital. Der auf das Kapital entfallende Anteil wurde bereits mit dem Symbol α bezeichnet. Den auf den Faktor Arbeit entfallenden Anteil $(1 - \alpha)$ bezeichnet man als Lohnquote. Seit den 1960er-Jahren ist hier zunächst überwiegend ein im Vergleich zum Volkseinkommen überproportionaler Anstieg der Löhne zu beobachten. Seit den 1980er-Jahren hat sich dann jedoch durchweg ein deutlicher Rückgang der Lohnquote eingestellt: Der Anteil der Arbeitnehmer am gemeinsam erwirtschafteten Sozialprodukt ist gesunken.

Abbildung 9: Anteil der Arbeitseinkommen sinkt global.



Quelle: AMECO Database.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Die von Piketty prognostizierte Zunahme der Kapitalintensität, definiert als realer Kapitalstock (oder Sachvermögen) in Relation zum Volkseinkommen, ist also alles andere als eine zwingende Entwicklungstendenz des Kapitalismus. Vielmehr spricht die Erfahrung der vergangenen Jahre dafür, dass die Unternehmen ihre Gewinne, anstatt sie zu investieren, in Geldvermögen anlegen (oder ihre Schulden abbauen). Es wäre auch schlicht irrational, im Vergleich zum Volkseinkommen immer größere Produktionskapazitäten aufzubauen, wenn es durch die wachsende Ungleichheit immer weniger Kaufkraft in der Breite der Bevölkerung gibt.

Unterstellt man, dass sich die private *Investitionsquote*, die in einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne staatliche Investitionen identisch ist mit der gesamtwirtschaftlichen Sparquote, an die sinkende Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts anpasst, bleibt das Kapital-Einkommens-Verhältnis konstant. Dabei ist Kapital im Sinne von Sachvermögen definiert (Tabelle 2). Ein solches Szenario schließt nicht aus, dass das private Reinvermögen im Verhältnis zum Volkseinkommen zunimmt; das würde aber eine steigende Staatsverschuldung voraussetzen.

Tabelle 2: Szenarien mit sinkender Zuwachsrates des realen Wachstums und sinkender gesamtwirtschaftlicher Sparquote (= Investitionsquote).

Szenario	1	2	3	4	5	6
g	4 %	2 %	1 %	0,5 %	0,25 %	0,125 %
s	10 %	5 %	2,5 %	1,25 %	0,625 %	0,3125 %
r	5 %	5 %	5 %	5 %	5 %	5 %
$s/g = K/Y$	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
$\frac{k}{Y} = r \cdot \left(\frac{s}{g}\right)$	12,5 %	12,5 %	12,5 %	12,5 %	12,5 %	12,5 %

Quelle: Eigene Darstellung.

6.3 Der Staat sorgt für den Ausgleich zwischen Ersparnis und Investitionen

Damit die hohe (Netto-)Geldvermögensbildung des Privatsektors möglich ist, muss es in der Volkswirtschaft natürlich auch einen Akteur geben, der bereit ist, die Position des Netto-Schuldners zu übernehmen. Bei einer Aufteilung der Ökonomie in einen privaten und einen staatlichen Sektor kann dies für die Welt als Ganzes nur der Staat sein. In der Tat waren die Staaten in der Phase nach 2008 bereit, eine teilweise sehr hohe Neuverschuldung einzugehen. Auf diese Weise haben sie einen noch sehr viel stärkeren Einbruch der Wirtschaftstätigkeit in der Welt verhindert.

Bei einem Überschuss der privaten Ersparnispläne über die privaten Investitionspläne würde es ohne staatliches Eingreifen zwangsläufig zu einer rückläufigen

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Wirtschaftstätigkeit kommen. Dies ist damit zu erklären, dass ein solches Ungleichgewicht von Spar- und Investitionsplänen nichts anderes bedeutet als ein Ungleichgewicht von gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage.

Das mit dem gesamtwirtschaftlichen Angebot (Y^n) generierte Einkommen verteilt sich auf Konsum und Ersparnis:

$$Y^n = C + S$$

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (Y^n) setzt sich aus der Nachfrage nach Konsumgütern und Investitionsgütern zusammen:

$$Y^n = C + I$$

Wenn also die geplanten Ersparnisse höher sind als die geplanten Investitionen, bedeutet das nichts anderes, als dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage geringer ist als das gesamtwirtschaftliche Angebot. Dies lässt sich auch so ausdrücken, dass die für die Nachfrage geplanten Ausgaben geringer sind als die geplanten Einnahmen, die aus dem Produktionsprozess resultieren. Da sich in der Marktwirtschaft die Ausgabenpläne gegenüber den Einnahmeplänen durchsetzen, kommt es zu einer Schrumpfung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Dieser simple Mechanismus liegt dem sogenannten Einkommen-Ausgaben-Modell der Makroökonomie zu Grunde. Es bildet den Kern des etwas komplexeren AS-AD-Modells, das heute zum Standard der makroökonomischen Einführungsbücher gehört.

Für die Zukunft des Kapitalismus in einer Welt mit

einer hohen Einkommensungleichheit gibt es daher zwei mögliche Szenarien. Der Staat kann sich weiterhin darum bemühen, das Ungleichgewicht von privater Ersparnis und privaten Investitionen durch eine hohe Neuverschuldung zu kompensieren. Eine solche Entwicklung ist seit mehr als zwei Jahrzehnten in Japan zu beobachten. Es kommt dabei zu einem im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt wachsenden staatlichen Schuldenstand. Japan ist mit einer Schuldenstandsquote von 245 Prozent die mit Abstand am höchsten verschuldete hoch entwickelte Volkswirtschaft.

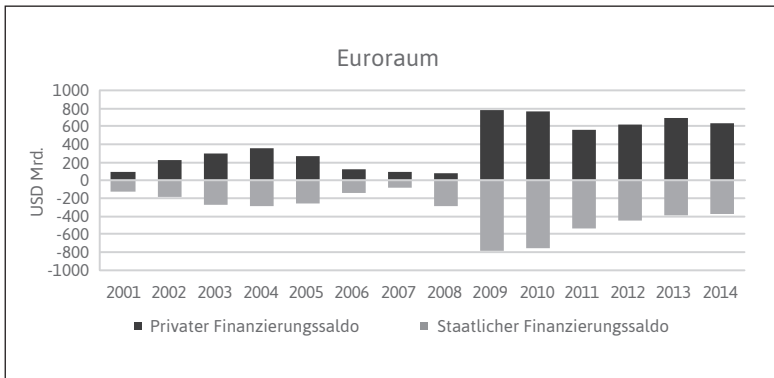
Ein alternatives Szenario besteht darin, dass der Staat nicht bereit oder nicht in der Lage ist, diese kompensierende Funktion wahrzunehmen. Dann kommt es über ein schrumpfendes Einkommen dazu, dass sich die Ersparnis an die zu geringen Investitionspläne angleicht. Der Euroraum bietet hierfür in gewisser Weise ein Anschauungsbeispiel. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 und der danach einsetzenden Eurokrise kam es für den Privatsektor in den Peripherieländern (Spanien, Irland, Griechenland, Portugal) zu einem dramatischen Regimewechsel. Während es dem Privatsektor in diesen Ländern in der Zeit vor der Krise durch die großzügige Kreditvergabe des Bankensystems möglich gewesen war, sehr hohe negative Finanzierungssalden aufzubauen, musste er seitdem nicht nur ohne eine weitere Neuverschuldung auskommen, sondern gleichzeitig seine Kredite abbauen. Die stark steigende private Geldvermögensbildung wurde nur teilweise durch staatliche Defizite ausgeglichen, was sich in einem Anstieg des Leistungsbilanzsaldos des Euroraums manifestiert. Dies führte zu einem Rückgang des Volkseinkommens im Euroraum.

Piketty geht jedoch bei seinen Szenarien nicht von einem absoluten Rückgang des Einkommens, sondern lediglich

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

von einem Rückgang der Zuwachsrates des Einkommens aus. Bei einem Rückgang des Einkommens würde K/Y zwar steigen, allerdings müsste man schon von einer sehr massiven dauerhaften Rezession ausgehen, damit sich die von Piketty prognostizierten sehr hohen Kapital-Einkommens-Verhältnisse ergeben.

Abbildung 10: Aggregierte Finanzierungssalden im Euroraum.

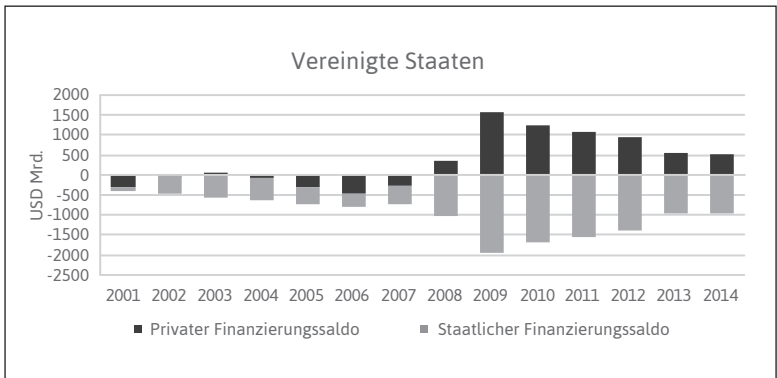


Quelle: IMF World Economic Outlook Database und eigene Berechnungen.

Die Entwicklung des Euroraums steht in einem deutlichen Kontrast zur Situation in den Vereinigten Staaten. Hier ist ebenfalls ein Umschwung des privaten Finanzierungssaldos zu beobachten. Der private Saldo war jedoch betragsmäßig stets geringer als der staatliche Finanzierungssaldo, sodass es zu einer vollständigen Kompensation durch die Fiskalpolitik gekommen ist. Im Ergebnis konnte

die US-amerikanische Volkswirtschaft den Schock der Großen Rezession sehr viel besser bewältigen als der Euroraum.

Abbildung 11: Finanzierungssalden in den Vereinigten Staaten.



Quelle: IMF World Economic Outlook Database und eigene Berechnungen.

7. Zusammenfassung

Abgesehen von Pikettys unbestreitbarem Verdienst, das Problem der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt zu haben, können die im Buch dargestellten zentralen Triebkräfte des Kapitalismus nur einen begrenzten Beitrag zur Erklärung der steigenden Ungleichheit leisten. Es stellt sich das Problem, dass die von Piketty identi-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

fizierte Ungleichung $r > g$ für den Gesamtzeitraum der letzten hundert Jahre anhand der im Buch dargestellten Daten nicht zu erkennen ist. Dementsprechend lässt sich zwar der Rückgang der Vermögensungleichheit bis zu den 1980er-Jahren erklären, eine Begründung für den leichten Anstieg der Vermögenskonzentration in der Phase von 1980 bis 2010 findet aber nur, wer bereit ist, tief in Pikettys Datenanhang zu wühlen oder in anderen Publikationen nachzulesen. Nur am Rande sei erwähnt, dass Pikettys Prognose über $r > g$ im 21. Jahrhundert nicht unerheblich auf der düsteren Annahme eines schrittweisen Wegfalls aller Kapitalertragssteuern beruht.

Problematisch ist zudem, dass Piketty den Begriff „Kapital“ unterschiedlich verwendet: In seinen statistischen Analysen versteht er darunter das Reinvermögen, in seinen kapitaltheoretischen Analysen muss er jedoch das Sachvermögen damit meinen. Das lässt im Prinzip offen, ob er bei dem von ihm prognostizierten Anstieg von K/Y unter K das Konzept des Sachvermögens oder das des Reinvermögens versteht. Für eine Welt mit einer immer größeren Konzentration von Einkommen und Vermögen bei einer immer schlechteren Einkommensposition der breiten Massen erscheint ein im Vergleich zum Volkseinkommen stark zunehmendes Sachvermögen wenig plausibel. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass sich die Unternehmen in Zeiten einer schwachen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bei Investitionen stark zurückhalten, stattdessen Geldvermögen aufbauen und ihre Verschuldung reduzieren. Die private Sparquote ist also deutlich höher als die private Investitionsquote.

Der von Piketty prognostizierte Anstieg von K/Y ist

plausibler, wenn man K im Sinne des Reinvermögens der Privaten interpretiert, da dann auch ein Szenario mit einer hohen Geldvermögensbildung abgebildet werden kann. Dies setzt allerdings voraus, dass die Staaten dauerhaft bereit sind, mehr auszugeben als sie einnehmen, um so das Defizit an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage zu kompensieren. Allerdings stellt sich bei dieser Interpretation von Kapital das fundamentale Problem, dass sich darauf die produktionstheoretischen Überlegungen Pikettys, die nur für Sachvermögen gelten, nicht mehr anwenden lassen.

Die Zukunft des Kapitalismus wird also entscheidend davon abhängen, ob das durch zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung entstehende Nachfragedefizit weiterhin durch Staatsdefizite ausgeglichen werden kann. Das Beispiel Japans verdeutlicht, dass das über Jahrzehnte hinweg möglich ist. Das Beispiel des Euroraums zeigt, dass es bei einem Rückzug des Staates zu einem Einbruch der Wirtschaftstätigkeit kommen kann.

Diese zentrale Rolle des Staates als Ausgleichsfaktor für fehlende private Nachfrage in einer Welt zunehmender Ungleichheit bleibt bei Piketty ausgeblendet, der wie die meisten Wachstumstheoretiker stillschweigend davon ausgeht, dass sich das Angebot, das durch zusätzliche Investitionen generiert wird, schon seine Nachfrage schaffen wird.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Endnoten

- 1 Eine hilfreiche Kurzzusammenfassung der in „Capital in the Twenty-First Century“ beschriebenen Zusammenhänge findet sich in Piketty/Saez (2014).
- 2 Paqué (2014) zeigt, dass $r > g$ im neoklassischen Wachstumsmodell eine logische Notwendigkeit wäre.
- 3 In der deutschen Übersetzung heißt es auf Seite 786 etwas umständlich: „Die Ungleichung $r > g$ sorgt dafür, dass Vermögen die aus der Vergangenheit stammen, sich schneller rekapitalisieren als Produktion und Löhne wachsen.“
- 4 Die deutsche Übersetzung ist hier wenig gelungen. Im Original heißt es: „In any event is important to point out that no self-corrective mechanism exists to prevent a steady increase of the capital/income ratio β , together with a rise in capital's share of national income α .“ (Piketty 2014b: 222).
- 5 Siehe hierzu George Cooper: The magical mathematics of Mr. Piketty, <http://georgecooper.org/2014/04/29/does-pikettrys-r-g-hold-in-a-low-growth-world/>
- 6 In Tabelle TS6.2 des Data Appendix findet man die Datenbasis für die Entwicklung der Kapitalrendite in Frankreich, die Piketty dann für die Tabelle TS10.3 und die dazugehörigen Grafiken 10.9 bis 10.11 über große Zeiträume aggregiert und als „weltweite Kapitalrendite“ bezeichnet. Zieht man von den disaggregierten Daten Kapitalertragssteuern und Abschreibungen ab, so wie es Piketty für die Berechnung der oben dargestellten Kapitalrendite macht, so kann r für die einzelnen Zehnjahres-Perioden seit 1820 berechnet werden. Vergleicht man diese mit der Wachstumsrate des Nationaleinkommens in Frankreich, so gilt ab den 1980er-Jahren $r > g$. Stellt man der Kapitalrendite jedoch wie Piketty die weltweite Wachstumsrate aus Tabelle TS2.4 gegenüber, so scheint nur in den 1990er-Jahren

$r > g$ gegolten zu haben, während sich das Verhältnis danach wieder umgekehrt hat.

- 7 Piketty zieht von der Vorsteuerrendite in der Phase von 1913 bis 2012 einen Steuersatz von 30 Prozent ab. In der Phase von 2012 bis 2050 unterstellt er einen Steuersatz von 10 Prozent, der sich ab 2050 auf 0 Prozent reduziert. Geht man davon aus, dass der internationale Steuerwettbewerb in Zukunft nicht zu einer Reduktion der Kapitalertragsteuer führt, so würde $g > r$ laut Pikettys Daten noch bis zum Jahr 2050 gelten.
- 8 Siehe Fußnote 6.
- 9 Bei einer offenen Volkswirtschaft sind im Geldvermögen auch die sich aus den Leistungsbilanzsalden ergebenden Netto-Auslandspositionen enthalten. Da Piketty aber den Anspruch hat, globale Entwicklungen zu erklären, saldieren sich diese für die Welt als Ganzes auf Null. Die Welt als Ganzes entspricht damit einer geschlossenen Volkswirtschaft, in der Geldvermögensbildung für den Privatsektor nur in Form von Staatsanleihen möglich ist. Für die Volkswirtschaft als Ganzes saldiert sich das Geldvermögen in einer geschlossenen Volkswirtschaft wiederum auf Null, da die Verbindlichkeiten des Staates den Forderungen des Privatsektors entsprechen.

Literatur

- Grigoli, F./Herman, A./Schmidt-Hebbel, K. (2014): World Saving. *IMF Working Paper* 14/204.
- Kamps, C. (2006): New Estimates of Government Net Capital Stocks for 22 OECD Countries, 1960–2001. *IMF Staff Papers*, Palgrave Macmillan, vol. 53(1), 120–150.
- Paqué, K.-H.(2014): Der Historizismus des Jakobiners. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 15(3), 271–287.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Piketty, T. (2014a): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. 3. Auflage. München: C.H. Beck.

Piketty, T. (2014b): *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge, MA/ London: The Belknap Press of Harvard University Press.

Piketty, T. (2014c): *Capital in the 21st Century*. Präsentation zum Buch, abrufbar unter: <http://piketty.pse.ens.fr/en/capital21c2>

Piketty, T./Saez, E. (2014): Inequality in the long run. *Science* vol. 344, no. 6186, 838–844.

Piketty, T./Zucman, G. (2014): Capital Is Back: Wealth-Income Ratios in Rich Countries, 1700–2010. *Quarterly Journal of Economics* vol. 129, no. 3, 1155–1210.

5

Kapital und Sparen bei Piketty: Einige saldenmechanische Anmerkungen¹

Johannes Schmidt

1. Einführung

Die Reaktion auf Thomas Pikettys Werk ist zweigeteilt: Während ihm für seine empirische Leistung – eine detaillierte Darstellung der Entwicklung der Einkommensverteilung – Anerkennung gezollt wird, fällt der Kommentar zur theoretischen Analyse der Ursachen dieser Entwicklung deutlich kritischer aus. Dabei richtet sich die entsprechende Kritik einerseits gegen Pikettys mehr oder weniger unreflektierte Verwendung der neoklassischen Produktions- und Kapitaltheorie, andererseits gegen seinen

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Kapitalbegriff – beides ist für die Gültigkeit seiner theoretischen Überlegungen bedeutsam.

In diesem Beitrag wird das Instrumentarium der Saldenmechanik verwendet, wie sie insbesondere Wolfgang Stützel entwickelt hat (Stützel 1978, 1979), um einerseits Pikettys Kapitalbegriff und andererseits seine Analyse der Spartätigkeit näher zu untersuchen. Die Klärung saldenmechanischer Zusammenhänge ist dabei ein wichtiges Hilfsmittel, um die interne Konsistenz von Theorien zu prüfen. Sie ist zwar selbst keine voll entwickelte Theorie, da sie sich nur mit den logischen oder – wie Stützel sie nannte – „trivial-arithmetische[n] Zusammenhängen“ (Stützel 1978: 2) beschäftigt, aber sie kann durch die Klärung dieser Zusammenhänge dazu verhelfen, die Tragfähigkeit theoretischer Ansätze näher zu beleuchten.² Dazu werden im nächsten Abschnitt die wesentlichen Teile von Pikettys Argumentation kurz rekapituliert, soweit sie für die saldenmechanischen Überlegungen wesentlich sind. Im dritten Abschnitt wird dann zunächst der Kapitalbegriff bei Piketty etwas näher betrachtet; mit Hilfe der Unterscheidung zwischen Geld- und Sachvermögen lässt sich ganz einfach zeigen, wann gesamtwirtschaftlich von Kapitalakkumulation gesprochen werden kann und wann nicht – und an einigen Stellen scheint Piketty diesbezüglich nicht ganz eindeutig zu argumentieren. Der vierte Abschnitt analysiert das Sparen, das bei Piketty in der längerfristigen Analyse eine wichtige Rolle spielt. Es zeigt sich dabei, dass Piketty mehrere ganz unterschiedliche Bedeutungen des Sparbegriffes miteinander vermischt; hält man diese strikt auseinander, kommt man zu einem etwas anderen Ergebnis als Piketty. Dabei geht es weniger um eine Widerlegung

Pikettys – was, wie sich zeigen wird, auch gar nicht so ohne weiteres möglich ist, weil er die Mechanismen insbesondere der Koordination zwischen Sparen und Investieren, die seinen Überlegungen zu Grunde liegen, nicht mit letzter Klarheit beschreibt –, sondern um eine Ergänzung. Diese Ergänzung allerdings kann seiner wirtschaftspolitischen Kernforderung, der stärkeren Besteuerung von Kapital, eine zusätzliche Stütze verleihen.

2. Pikettys Argumentationsgang

Piketty konstatiert als Ergebnis seiner empirischen Untersuchungen eine Zunahme der Ungleichheit in der Einkommensverteilung – sowohl der funktionalen (sinkende Lohnquote) als auch der personellen (Anstieg des Einkommensanteils der obersten zehn Prozent beziehungsweise des obersten Prozents der Einkommensbezieher). Während die stärkere Ungleichheit in der personellen Einkommensverteilung bisher – vor allem in den USA – durch eine stärkere Lohnspreizung und den Anstieg der Einkommen von Topmanagern zu erklären sei, ist die „Rückkehr des Kapitals“ (Piketty 2014: 220) nach Piketty wesentlich verursacht durch ein steigendes Kapital-Einkommens-Verhältnis, gemäß dem von ihm so genannten ersten grundlegenden Gesetz des Kapitalismus $\alpha = r \times \beta$ (Piketty 2014: 78 ff.). Dies ist zwar zunächst einfach eine Tautologie, da die Höhe des Anteils der Kapitaleinkommen am Gesamteinkommen (α) sich ja *per definitionem* als Produkt der Ertragsrate des Kapitals (r) und des Kapital-Einkommens-Verhältnisses (β) ergibt.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Allerdings sieht Piketty β zumindest längerfristig bestimmt durch die Höhe der Sparquote (s) sowie der Wachstumsrate des Einkommens (g): $\beta = \frac{s}{g}$ – sein zweites fundamentales Gesetz des Kapitalismus (Piketty 2014: 219 f.). Die Brisanz dieses Zusammenhangs für die Einkommens- und Vermögensverteilung ergibt sich für Piketty aus seiner Prognose, dass die Wachstumsrate des Einkommens in Zukunft vor allem wegen des nachlassenden Bevölkerungswachstums und einer bestenfalls gleichbleibenden Rate des technischen Fortschritts niedriger sein werde als in der Vergangenheit. Daraus ergebe sich – bei gegebener gesamtwirtschaftlicher Sparquote – eine steigende Kapital-Einkommens-Relation und damit – bei gegebener oder zumindest nicht zu stark sinkender Kapitalrendite – ein steigender Anteil der Kapitaleinkommen.³

Niedrige Wachstumsrate und eine über der Wachstumsrate liegende Kapitalrendite führten darüber hinaus (zumindest tendenziell) dazu, dass dem ererbten Vermögen eine wachsende Bedeutung zukomme, da „[d]ie Erben [...] nur einen kleinen Teil ihrer Kapitaleinkommen sparen [müssen], damit ihr Kapital schneller wächst als die Gesamtwirtschaft“ (Piketty 2014: 46). Daraus ergebe sich die Gefahr einer Kapitalakkumulation, die mit den Grundlagen einer auf dem Leistungsprinzip beruhenden Gesellschaft nicht mehr vereinbar sei. Dem Einwand, dass eine übermäßige Kapitalakkumulation die Grenzproduktivität und damit auch die Kapitalrendite sinken lasse, begegnet Piketty mit dem Hinweis, dass die Substitutionselastizität zwischen Kapital und Arbeit größer als 1 sei (Piketty 2014: 293 ff.); dadurch werde mit steigendem Kapi-

tal-Einkommens-Verhältnis zwar die Kapitalrendite sinken, aber nicht im gleichen Ausmaß wie das Kapital-Einkommens-Verhältnis steigt, sodass im Ergebnis ein steigender Kapitaleinkommensanteil resultiere.

3. Kapital bei Piketty

Kapital setzt Piketty mit Vermögen gleich, wobei er die Betrachtung einerseits auf handelbare Vermögenswerte beschränkt – und somit das Humankapital ausschließt –, andererseits aber langlebige Gebrauchsgüter im Besitz der Haushalte nicht mitzählt; Letzteres geschieht deswegen, weil sie auch innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) keine Berücksichtigung finden und außerdem keinen bedeutsamen Posten im Gesamtvermögen ausmachen (Piketty 2014: 236 ff.). Kapital beziehungsweise Vermögen ist daher

die Gesamtheit der nicht-humanen Aktiva [...], die auf einem Markt besessen und ausgetauscht werden können. Das Kapital umfasst insbesondere die Gesamtheit des Immobilienkapitals (Grundstücke, Häuser), das Wohnzwecken dient, und des Geld- und gewerblichen Kapitals (Gebäude, Ausrüstungen, Maschinen, Patente usw.), das von den Unternehmen und der öffentlichen Hand genutzt wird (Piketty 2014: 70).

Da Piketty aber nicht bei einer bloßen Aufzählung der Kapital-/Vermögensgegenstände stehen bleiben, sondern sie in Relation zum Einkommen setzen will, muss er die Vermögensbestandteile bewerten. Drei Seiten später

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

(Piketty 2014: 73 f.) definiert er deshalb

das „nationale Kapital“ als den (in Marktpreisen berechneten) Gesamtwert all dessen [...], was die Inländer und die öffentliche Hand eines Landes zu einem bestimmten Zeitpunkt besitzen und was auf einem Markt getauscht werden kann. Es handelt sich um die Summe der nicht-finanziellen Aktiva (Wohnungen, Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Ausrüstungen, Patente und andere gewerbliche Aktiva in direktem Besitz) und der finanziellen Aktiva (Bankguthaben, Sparpläne, Obligationen, Aktien und andere Geschäftsanteile, alle Formen von Kapitalanlagen, Lebensversicherungsverträge, Pensionsfonds usw.), verringert um Verbindlichkeiten (das heißt um sämtliche Schulden).

Prinzipiell ist Pikettys Unterscheidung zwischen finanziellen und nicht-finanziellen Aktiva dieselbe wie die zwischen Geldvermögen und Sachvermögen, die im Folgenden verwendet werden soll. Der entscheidende Punkt in diesem Zusammenhang ist, dass einzelwirtschaftlich zwar die Vermögensbildung in Form von Geld- und/oder Sachvermögensbildung erfolgen kann, gesamtwirtschaftlich aber nur in Form von Sachvermögen – denn jeder Forderung steht notwendigerweise eine gleich große Verbindlichkeit gegenüber, sodass das Geldvermögen gesamtwirtschaftlich (das heißt in der Welt) zwingend gleich Null sein muss.⁴ Für ein einzelnes Land ist durch Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber dem Rest der Welt ein Geldvermögensaufbau möglich – dem natürlich ein Geldvermögensabbau im Rest der Welt gegenübersteht.

Kapital und Sparen bei Piketty: Einige saldenmechanische Anmerkungen

Neben der Erhöhung des Sachvermögens durch (Netto-) Investitionen (die von Piketty so genannten Mengeneffekte) kann der gemessene Kapital-/Vermögenswert sich auch durch Bewertungsänderungen nach oben oder nach unten entwickeln (die von Piketty so genannten Preiseffekte). Besteht etwa kollektiv der Wunsch, bestimmte Aktiva abzustößen, kann das einfach zur Senkung der Marktwerte führen.

An manchen Stellen ist nicht ganz klar, ob Piketty alle Konsequenzen dieser saldenmechanischen Zusammenhänge sieht: So taucht beispielsweise einerseits in der Darstellung der Entwicklung des nationalen Kapitals/Vermögens in einzelnen Ländern Geldvermögen richtigerweise nur in Gestalt des Nettoauslandsvermögens auf, da sich Geldvermögenspositionen zwischen inländischen Sektoren gegenseitig aufheben; das sonstige inländische Kapital besteht daher nur aus Sachvermögen. Andererseits aber scheint Pikettys Erklärung für den starken Rückgang des Vermögens zwischen 1914 und 1945 in dieser Hinsicht unscharf: So spricht er (neben der Wirkung von Enteignungen und kriegsbedingten Zerstörungen) davon, dass nach dem Ersten Weltkrieg das Auslandsvermögen vieler Länder stark zurückgegangen sei, unter anderem wegen der gesunkenen Sparquote. So habe in den europäischen Ländern die zwischen 1914 und 1945 niedrige Sparquote dazu geführt,

dass die britischen und französischen (in geringerem Maße die deutschen) Sparer nach und nach ihre Auslandsaktiva auflösten. [...] Die private Sparquote ist relativ niedrig (vor allem, wenn man die Reparationszahlungen und die Behebung der Kriegsschäden abzieht), und um ihren Lebensstandard

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

aufrechtzuerhalten, verkaufen manche nach und nach ihre Aktiva. (Piketty 2014: 197)

Das Problem dieser Argumentation besteht darin, dass durch Verkauf von Aktiva und anschließenden Konsum zwar einzelwirtschaftlich der Vermögensbestand reduziert werden kann, gesamtwirtschaftlich jedoch nicht. Eine Reduktion des Auslandsvermögens ist auf nationaler Ebene nur möglich, wenn die Nettoimporte eines Landes zunehmen beziehungsweise ein Land fortgesetzt Leistungsbilanzdefizite hat. Denkbar ist darüber hinaus natürlich, dass den Abschreibungen des Sachvermögens keine entsprechenden Ersatzinvestitionen gegenüberstehen; außerdem können – wie oben angedeutet – die Marktwerte von Sachvermögen in einer Krise plötzlich sinken, sodass ein Kapital-/Vermögensverlust eintritt. Auch kann auf nationaler Ebene ein Geldvermögensverlust eintreten, wenn etwa ausländische Forderungen durch Insolvenz oder Zahlungsverweigerung des Schuldners uneinbringlich werden; dagegen kann bei rein inländischen Geldvermögenspositionen ein Kapitalverlust durch Unternehmenszusammenbrüche – von Piketty (2014: 197) als wesentlicher Faktor in den 1930er-Jahren angesprochen – nur dadurch entstehen, dass die Forderungsseite eines Geldvermögenstitels mit dem (über dem Nominalwert liegenden) Marktwert angegeben wird, während für die Verbindlichkeitsseite der Nominalwert zu Grunde gelegt wird. Ansonsten führt eine Insolvenz nur dazu, dass das Geldvermögen des Gläubigers im gleichen Maße sinkt wie das des Schuldners steigt; die Wirkung ist daher allenfalls auf der Ebene der einzelnen Sektoren zu sehen, nicht jedoch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene.

Betrachtet man die Tabellen, die Pikettys Ausführungen zu Grunde liegen,⁵ so sieht man für den fraglichen Zeitraum zwischen 1914 und 1945, dass sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien die in manchen Jahren negative Sparquote zu einem großen Teil einfach das Ergebnis hoher Nettoimporte ist; hinzu kamen kriegsbedingte Zerstörungen und Verluste durch Bewertungsänderungen.

Allerdings ist nach Pikettys Ansicht in der längerfristigen Betrachtung für die Entwicklung der Kapital-Einkommens-Relation bei unveränderter oder gar sinkender Wachstumsrate des Outputs die Sparquote entscheidend – gemäß dem zweiten fundamentalen Gesetz. Piketty spricht davon, dass längerfristig die Mengeneffekte deutlich wichtiger seien als die Preiseffekte (zum Beispiel Piketty 2014: 223 f., wo die kurzfristigen bewertungsbedingten Schwankungen die Mengeneffekte dominieren können, oder S. 232, wo die Mengeneffekte langfristig ausschlaggebend sind). Wenn Piketty von Mengeneffekten spricht, dann meint er die weitere Akkumulation von Kapital durch Ersparnis. Allerdings wird nicht immer ganz deutlich, was Piketty genau meint, wenn er von Ersparnis spricht, weshalb es lohnend ist, seine Analyse des Sparens etwas genauer zu beleuchten.

4. Sparen bei Piketty

„Sparen“ ist einer der unklarsten Begriffe in der Ökonomie, der je nach Kontext sehr unterschiedliche Bedeutungen haben kann:⁶

- *Reinvermögensbildung*: Meint man mit ‚Sparen‘ die Rein-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

vermögensbildung, so ist dies auf der Ebene der privaten Haushalte oder auch des Staates die *Differenz zwischen Einkommen einer Periode und dem Konsum derselben Periode*. Bei den Unternehmen handelt es sich einfach um die unverteiltten Gewinne, das heißt der Teil der *Differenz zwischen Ertrag und Aufwand derselben Periode, der nicht an die Eigentümer ausgeschüttet wird*.

- *Geldvermögensbildung*: Verwendet man ‚Sparen‘ im Sinne von Geldvermögensbildung, so bezeichnet es die *Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben derselben Periode*. Hat ein Wirtschaftssubjekt weniger ausgegeben als eingenommen, so hat sich sein Geldvermögen vergrößert – nicht zwingend dagegen sein Reinvermögen, denn das Geldvermögen kann ja auch aufgrund des Verkaufs von Sachvermögensgütern gestiegen sein.
- *Konsumeinschränkung*: ‚Sparen‘ im Sinne von Konsumeinschränkung bedeutet, dass ein Wirtschaftssubjekt seine *Konsumausgaben verringert im Vergleich zu den Konsumausgaben in der vorherigen Periode*. Diese Bedeutung ist nur für private Haushalte und den Staat relevant, da Unternehmen *per definitionem* nicht konsumieren.⁷
- *Langfristige Anlage*: Häufig wird unter ‚Sparen‘ auch keine *Vermögensbildung* verstanden, sondern eine *Vermögensumschichtung*, insbesondere innerhalb des Geldvermögensbestandes. Sparen in diesem Sinne liegt etwa dann vor, wenn vorhandene Mittel (Zahlungsmittel oder Beträge auf einem Sparkonto oder Tagesgeldkonto) längerfristig angelegt werden, etwa durch den Kauf von längerlaufenden Anleihen oder Aktien oder auch in Sachvermögen. Der *Vermögensbestand* ändert sich in diesem Falle nicht, nur die *Zusammensetzung* des Vermögens –

nämlich in Richtung einer weniger liquiden Anlageform, die aber in aller Regel eine höhere Rendite ermöglicht.

Die von Piketty angeführten Daten (Piketty 2014: 229 ff.) beziehen sich auf die Reinvermögensbildung (in erster Linie des privaten Sektors). Dabei kann sich die Reinvermögensbildung jedes Sektors zusammensetzen aus Sachvermögensbildung (= Nettoinvestitionen) und Geldvermögensbildung. Soweit sich die Geldvermögensänderungen der inländischen Akteure nicht gegenseitig aufheben, kann ein Land als Ganzes durch Leistungsbilanzüberschüsse sein Geldvermögen erhöhen beziehungsweise durch Leistungsbilanzdefizite sein Geldvermögen reduzieren. Die von Piketty angeführten Werte geben also die *realisierte* Reinvermögensbildung der Länder in Prozent des (Netto-)Nationaleinkommens (NNE) an. Gesamtwirtschaftlich entspricht das der *realisierten* Sachvermögensbildung aller inländischen Sektoren plus der *realisierten* Geldvermögensbildung durch Leistungsbilanzsalden.

Die traditionelle neoklassische Theorie geht davon aus, dass die realisierte Reinvermögensänderung eines Landes stets das Ergebnis entsprechender „Spar“-Entscheidungen der inländischen Sektoren sei – sich also die *realisierten* Vermögensänderungen aus dem *geplanten* „Sparen“ der Sektoren ergeben – und dass sie mit einer entsprechenden Investition, das heißt Sachvermögenserhöhung, verbunden sei. Dies ist aber auf der Ebene der Haushalte sicherlich nicht zutreffend. Entscheidet sich ein Haushalt zur Reinvermögensbildung, so findet diese in der Regel in Form von Geldvermögensbildung statt. Damit aber ist die Entscheidung der Haushalte, ihr Rein-/

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Geldvermögen zu erhöhen, keineswegs identisch mit einer gesamtwirtschaftlichen Reinvermögensbildung, da die Geldvermögenserhöhung der Haushalte zwingend mit einer Geldvermögensminderung eines anderen Sektors verbunden ist – das Geldvermögen wird also lediglich umgeschichtet.⁸

Piketty beschreibt an keiner Stelle des Buches explizit, wie er sich den Koordinationsmechanismus zwischen „Sparen“ und Investieren vorstellt. Liest man allerdings mehrere Stellen in Kombination, so zeigt sich meines Erachtens, dass er diesem neoklassischen Theorieaufriß – Ersparnis als Ursache oder Voraussetzung für Investitionen – zumindest sehr nahesteht:

- Er erwähnt China, Japan, Südkorea und Taiwan, die „ihre Investitionen mit ihrer eigenen Ersparnis finanziert“ hätten und nicht auf internationalen Kapitalverkehr angewiesen seien (Piketty 2014: 103).
- Die hohe Staatsverschuldung in Großbritannien zwischen 1770 und 1810 „wurde im Wesentlichen durch eine entsprechende Erhöhung der privaten Spartätigkeit finanziert“ (Piketty 2014: 173). Generell sei eine Wirkung hoher Staatsverschuldung, „dass der Staat durch seine Defizite die Gesamtnachfrage nach Kapital in die Höhe treibt und dass dies zwangsläufig zu einer Erhöhung der Kapitalrendite führt“ (Piketty 2014: 174).
- Die von ihm genannten Motive der Vermögensbildung beziehungsweise Kapitalakkumulation – Altersvorsorge, Konsumvergrößerung in der Zukunft, Erbe für die nächste Generation – (Piketty 2014: 224 und 231) beziehen sich stark auf die Geldvermögensbildung; da Piketty aber eine gesamtwirtschaftliche Vermögensver-

größerung im Auge hat, muss er davon ausgehen, dass diese Geldvermögensbildung zu einer entsprechenden Sachvermögensbildung führt. Ähnliches gilt, wenn er schreibt: „Allein die Nettoersparnis *ermöglicht* die Vergrößerung des Kapitalstocks.“ (Piketty 2014: 236, kursive Hervorhebung durch den Verfasser)

Piketty geht darüber hinaus auf die Ersparnis (im Sinne der Reinvermögensbildung) der Unternehmen ein, die im Wesentlichen den einbehaltenen Gewinnen entspricht. Er bezeichnet diese aber – seiner Ansicht nach synonym – als reinvestierte Gewinne (Piketty 2014: 233); damit suggeriert er, dass ein einbehaltener Gewinn investiert, das heißt zur Sachvermögensbildung verwendet wird. Dies ist aber nicht zutreffend: Zwar mag einzelwirtschaftlich gelten, dass die Höhe des Gewinns die Höhe der betrieblichen Investitionen beeinflusst, gesamtwirtschaftlich ergibt sich aber genau der gegenteilige Zusammenhang.⁹

Für die Reinvermögensänderung (ΔRV) des Unternehmenssektors gilt:

$$\Delta RV_U = Q_U - Q_H$$

Das heißt, das Reinvermögen der Unternehmen erhöht sich entsprechend ihren Gewinnen (Q_U) abzüglich der Gewinnausschüttungen an die Unternehmensbesitzer beziehungsweise Gewinneinkommensbezieher (Q_H).

Zugleich lässt sich die Reinvermögensänderung des Unternehmenssektors auch ausdrücken als:

$$\Delta RV_U = \Delta SV_U + \Delta GV_U$$

Das heißt, die Reinvermögensänderung der Unter-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

nehmen ergibt sich als Änderung des Sachvermögens (ΔSV_U , also der Nettoinvestitionen I_U^n) plus Änderung des Geldvermögens der Unternehmen (ΔGV_U).

Somit haben wir zwei Ausdrücke für die Reinvermögensänderung eines Unternehmens, die gleichgesetzt werden können:

$$Q_U - Q_H = I_U^n + \Delta GV_U$$

Durch Umstellung der Gleichung kommt man zu:

$$Q_U = I_U^n + Q_H + \Delta GV_U$$

Die ausgeschütteten Gewinne können nun von den Gewinneinkommensbeziehern entweder für den Konsum (C_Q) oder für die Reinvermögensbildung verwendet werden – die aber bei einem Haushalt in Form von Geldvermögensbildung (ΔGV_Q) geschieht.¹⁰ Das führt zu:

$$Q_U = I_U^n + C_Q + \Delta GV_Q + \Delta GV_U$$

Der Gewinn des Unternehmenssektors als Ganzes ergibt sich daher als Summe der Nettoinvestitionen aller Unternehmen, des Konsums der Gewinneinkommensbezieher, der Geldvermögensänderung der Gewinneinkommensbezieher und der Geldvermögensänderung der Unternehmen. Die Geldvermögensänderung der Unternehmen ist aber nun betragsmäßig zwingend gleich der Geldvermögensänderung der Nichtunternehmen, jedoch mit umgekehrtem Vorzeichen, also der Geldvermögensänderung der Haushalte (ΔGV_H), des Staates (ΔGV_{st}) und des Auslandes ($\Delta GV_{Ausl.}$):

Kapital und Sparen bei Piketty: Einige saldenmechanische Anmerkungen

$$Q_U = I_U^n + (C_Q + \Delta GV_Q) - (\Delta GV_H + \Delta GV_{St} + \Delta GV_{Ausl.})$$

Die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte besteht aus der Geldvermögensbildung der Gewinnbezieher (ΔGV_Q) und der Geldvermögensbildung der Bezieher von Kontrakteinkommen (ΔGV_Y). Die Geldvermögensbildung des Staates ist die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates (Nettosteureinnahmen T abzüglich Ausgaben für Güter und Dienstleistungen G). Die Geldvermögensbildung des Auslandes ist einfach die Differenz von Importen und Exporten ($M - X$).

Für den Gewinn des Unternehmenssektors erhält man also:

$$Q_U = I_U^n + (C_Q + \Delta GV_Q) - ([\Delta GV_Q + \Delta GV_Y] + [T - G] + [M - X])$$
$$Q_U = I_U^n + C_Q - \Delta GV_Y + (G - T) + (X - M)$$

Der Unternehmensgewinn ist also gesamtwirtschaftlich *ceteris paribus* umso größer,

- je größer die Nettoinvestitionen,
- je höher die Konsumausgaben der Gewinnbezieher,
- je geringer die Geldvermögensbildung der Bezieher von Kontrakteinkommen,
- je geringer die Geldvermögensbildung des Staates, das heißt je höher das staatliche Haushaltsdefizit (beziehungsweise je geringer der staatliche Haushaltsüberschuss),
- je höher der Außenhandelsüberschuss.

Intuitiv lässt sich diese Gleichung folgendermaßen verstehen: Investitionsausgaben erhöhen den Gewinn des Unternehmenssektors unmittelbar, da sie für das erwerbende Unternehmen eine Ausgabe, aber kein Aufwand

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

sind, während sie für das herstellende Unternehmen einen Ertrag darstellen. Der Konsum der Gewinnbezieher erhöht ebenfalls unmittelbar den Gewinn, da ja diesen Ausgaben (die für den Unternehmenssektor einen Ertrag darstellen) kein Aufwand der Unternehmen gegenübersteht – die Gewinnausschüttung ist für den Unternehmenssektor eine Ausgabe, aber kein Aufwand. Aus dem gleichen Grund tauchen hier die Konsumausgaben der Bezieher von vertraglich vorbestimmten Einkommen nicht auf: denn diese können ja nur aus dem Einkommen bestritten werden, das die Unternehmen an die privaten Haushalte ausgezahlt haben und das für jene einen Aufwand darstellt. Daher führt jede positive Differenz zwischen den gezahlten Kontrakteinkommen und den Konsumausgaben der privaten (Nichtunternehmer-)Haushalte, das heißt jede Geldvermögensbildung auf Seiten der privaten (Nichtunternehmer-)Haushalte, für sich genommen zu einer Verringerung der Unternehmensgewinne. In gleicher Weise muss eine Verringerung des Geldvermögens des Staatssektors und des Auslandes sich positiv auf die Geldvermögensbildung der anderen Sektoren auswirken.

Die Profitgleichung liefert darüber hinaus auch eine makroökonomische Erklärung dafür, warum es plausibel ist anzunehmen, dass die Kapitalrendite r höher ist als die Wachstumsrate des Outputs g : Dividiert man beide Seiten der Profitgleichung durch den Kapitalstock K , so erhält man auf der linken Seite die Kapitalrendite ($\frac{QU}{K}$) und auf der rechten Seite steht mit $\frac{I}{K}$ die Akkumulationsbeziehungsweise Wachstumsrate g . Ist nun die Summe aus dem Konsum der Gewinnbezieher, dem Leistungsbilanzüberschuss und dem Staatsdefizit größer als die

Geldvermögensbildung der Bezieher von Kontrakteinkommen, dann ist $r > g$.

Der Gewinn des Unternehmenssektors als Ganzes (der dann ganz oder teilweise einbehalten wird) muss also keineswegs nur aus Investitionen resultieren, sondern kann ebenso gut von einem hohen Staatsdefizit und/oder einem hohen Leistungsbilanzüberschuss herrühren. Umgekehrt ist es keineswegs zwingend, dass die entstandenen Gewinne für die Sachvermögensbildung verwendet werden.

Die Zahlen für Deutschland (Abbildung 1 und 2) sind hier ein gutes Anschauungsmaterial: Gerade in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren ist sowohl die nationale Ersparnis als auch die Unternehmensersparnis deutlich angestiegen – das hatte jedoch nichts mit Investitionen zu tun, sondern mit dem hohen Leistungsbilanzüberschuss und somit der starken Geldvermögensbildung Deutschlands gegenüber dem Rest der Welt; übermäßige Kapitalbildung im Sinne von Sach- beziehungsweise Produktivkapital fand gerade nicht statt. Gerade wenn man die Daten für den Unternehmenssektor betrachtet, sieht es so aus, als ob in Zeiten einer hohen Unternehmensersparnis (wie im letzten Jahrzehnt) die Sachvermögensbildung eher gering ist, während in den 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts eine geringe Unternehmensersparnis mit hohen Nettoinvestitionen einherging. Daher ist die von Piketty angeführte Unterscheidung zwischen einem Mengen- und einem Preiseffekt hier nicht sinnvoll. Er schreibt (Piketty 2014: 233):

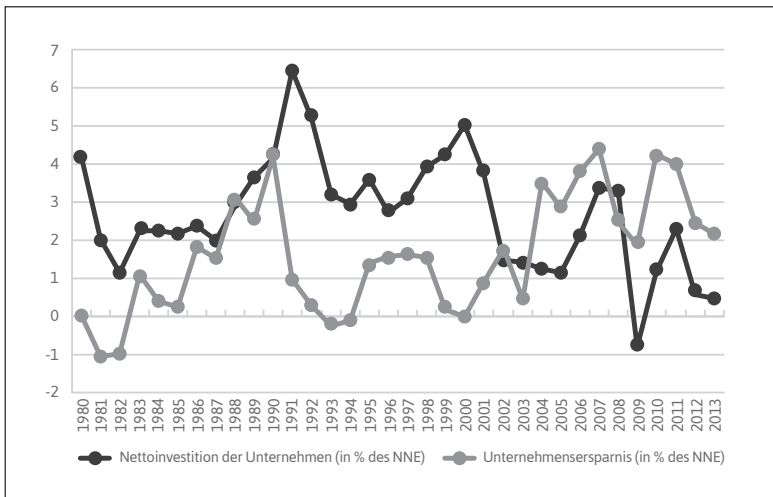
Es trifft zu, dass die Aktienpreise langfristig tendenziell schneller steigen als die Verbraucherpreise, aber das liegt hauptsächlich daran, dass die reinvestierten Gewinne es

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

den betreffenden Unternehmen erlauben, ihre Größe und ihr Kapital zu erhöhen (es handelt sich folglich um einen Mengeneffekt und nicht um einen Preiseffekt). Wenn man die reinvestierten Gewinne zur privaten Ersparnis hinzurechnet, verschwindet dieser Effekt weitgehend.

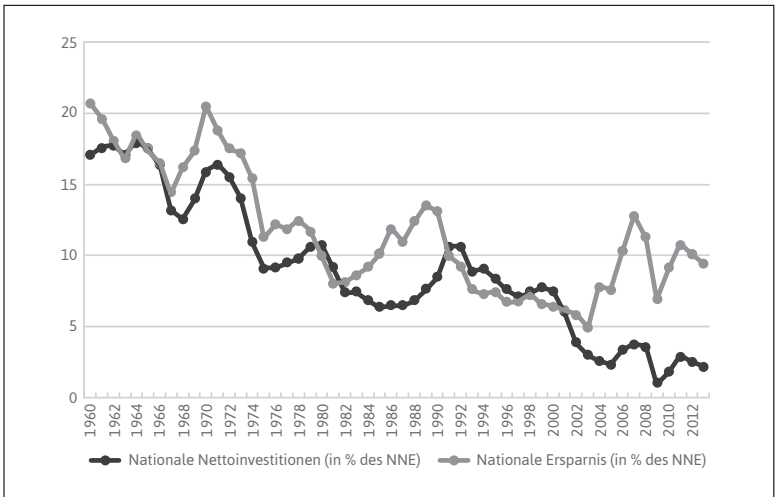
Hier scheint Piketty nun das Bestreben der privaten Haushalte und der Unternehmen, Geldvermögen zu bilden, mit einer echten gesamtwirtschaftlichen Reinvermögensbildung gleichzusetzen, die ja nur in Form von Sachvermögensbildung möglich ist (sofern Leistungsbilanzsalden außer Betracht bleiben). Das aber wäre ein Trugschluss.

Abbildung 1: Unternehmerische Investition und Ersparnis in Deutschland.



Quelle: AMECO-Datenbank, eigene Berechnungen.

Abbildung 2: Nationale Investition und Ersparnis in Deutschland.



Quelle: AMECO-Datenbank, eigene Berechnungen.

5. Schlussfolgerungen

Piketty muss in seinen Überlegungen eine niedrige Wachstumsrate (die er auf niedriges Bevölkerungswachstum und nicht näher erklärten geringen Produktivitätszuwachs zurückführt) und andererseits eine Substitutionselastizität zwischen Kapital und Arbeit von größer als eins annehmen, um die größere Bedeutung und Macht des Kapitals zu erklären. Was er dabei übersieht, ist, dass ein Anstieg der geplanten Ersparnis zu einem Rückgang der Rendite und des Wachstums führen kann – für ihn scheinen diese Größen weitgehend unabhängig voneinander zu sein.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Berücksichtigt man aber die dargestellten saldenmechanischen Überlegungen, so lässt sich folgender Zusammenhang finden: Die steigende Bedeutung des Kapitals¹¹ hat dazu geführt, dass viele Wirtschaftssubjekte versuchen, ihr Geldvermögen zu erhöhen, was zu einer Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage führt. Das Keynes'sche Sparparadoxon ist dann nicht mehr nur ein Problem der kurzen Frist, sondern hat eine längerfristige Bedeutung, die sich in einer sinkenden Wachstumsrate des Outputs niederschlägt. Dies lässt dann auch die Sachvermögensbildung (= Nettoinvestition) sinken – mit dem Resultat, dass das Produktionspotenzial beziehungsweise dessen Wachstum sich vermindert.¹² Man muss daher deutlich unterscheiden zwischen dem Versuch einer Reinvermögensbildung durch Geldvermögensbildung (die gesamtwirtschaftlich nicht gelingen kann respektive für das einzelne Land nur über Leistungsbilanzüberschüsse möglich ist) und einer Ersparnis, die mit einer Neubildung von Sachvermögen verbunden ist (beziehungsweise aus dieser hervorgeht): Letzteres könnte dann dazu führen, dass die Wachstumsrate des Outputs steigt und somit auch die Kapital-Einkommens-Relation zurückgeht.¹³

Derartige Überlegungen sind keine eigentliche Widerlegung Pikettys – dazu ist der Koordinationsmechanismus zwischen Sparen und Investieren von ihm nicht explizit genug ausgeführt –, sondern vielmehr eine Ergänzung. Eine Ergänzung, die aber seine wirtschaftspolitischen Vorschläge sogar stärken würden, da so einer stärkeren Besteuerung von Kapital nicht mehr ohne weiteres mit dem Verweis auf mögliche Wachstumseinbußen begegnet werden kann – jedenfalls dann nicht, wenn die Besteuerung

so gestaltet wird, dass die Förderung von Geldvermögensbildung reduziert und dafür die Sachvermögensbildung (das heißt die wachstumsrelevanten Nettoinvestitionen) gestärkt wird.

Endnoten

- 1 Für wertvolle Hinweise danke ich Hagen Krämer und Till van Treeck. Alle verbliebenen Fehler und Unzulänglichkeiten gehen selbstverständlich zu meinen Lasten.
- 2 Zwei Beispiele dafür sind die Untersuchung des makroökonomischen Modells im Lehrbuch von Barro (2008: 122–168) durch Schmidt (2011: 123–138) und die Analyse der „Saving-glut“-Hypothese durch Lindner (2014).
- 3 Allerdings verwendet Piketty das Gesetz nicht nur für die Prognose der künftigen Entwicklung von β , sondern auch für die Erklärung des Anstiegs in den letzten Jahrzehnten: „Es erklärt vor allem, warum das Kapital-Einkommens-Verhältnis nach den Schocks in der Zeit von 1914 bis 1945 und nach dem außerordentlich raschen Wachstum in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts heute wieder ein sehr hohes Niveau zu erreichen scheint.“ (Piketty 2014: 222)
- 4 Denkbar ist natürlich, dass der Inhaber einer Forderung diese anders bewertet als der Inhaber der entsprechenden Verbindlichkeit, sodass bei Addition dieser bewerteten Titel eine von Null verschiedene Summe resultiert; aber spätestens bei Fälligkeit einer Forderung/ Verbindlichkeit erweist sich (mindestens) eine der Bewertungen als falsch.
- 5 Die Daten für Großbritannien sind zu finden unter: <http://piketty.pse.ens.fr/files/capitalisback/UK.xls> (insbesondere die Tabellen Table UK5b und Table UK12b), die Daten für Frankreich unter

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

<http://piketty.pse.ens.fr/files/capitalisback/France.xls> (insbesondere die Tabellen Table FR.5b und Table FR.12b).

- 6 Die Unterscheidung geht wieder auf Stützel zurück. Vgl. zum Folgenden Grass/Stützel (1988), S. 365, sowie für eine ausführlichere Analyse des Sparens aus saldenmechanischer Sicht Schmidt (2012).
- 7 Beim Staat ist der Begriff des „Staatskonsums“ im Grunde auch unglücklich, da er ja eigentlich die staatlichen Leistungen bezeichnet, die der Staat den Bürgern zur Verfügung stellt. Dies geschieht in der Regel kostenlos, da die staatlichen Leistungen nicht auf dem Markt verkauft, sondern indirekt über Steuern finanziert werden.
- 8 Es sei denn, die Geldvermögensbildung ergibt sich aus dem verringerten Konsum von Importgütern; dann würde sich das Rein- und Geldvermögen des Inlandes erhöhen.
- 9 Die folgenden Überlegungen gehen im Kern auf Kalecki (1935 [1987]) zurück.
- 10 Der wichtigste Fall von Sachvermögensbildung, der im Haushaltssektor anzusiedeln wäre, nämlich der Erwerb von (neu gebauten) Immobilien, wird in der VGR im Unternehmenssektor als Bauinvestition verbucht und gehört damit zur Größe I_U^n . Obwohl das auf den ersten Blick den tatsächlichen Verhältnissen zu widersprechen scheint, lässt sich dieses Vorgehen durchaus rechtfertigen, wenn man sich vor Augen hält, dass in der VGR nur Stromgrößen betrachtet werden. Es dürfte jedoch kaum einen Haushalt geben, der den Kauf einer Immobilie zur Gänze aus seinem laufenden Einkommen bestreiten kann – nur dann aber wäre es korrekt, den Immobilienerwerb als Sachvermögensbildung (Stromgröße) anzusehen. Tatsächlich aber ist der Immobilienerwerb für die meisten Haushalte eine Transaktion, in der sie ihr Vermögen *umschichten*: Der Kauf einer Immobilie wird aus dem vorhandenen Geldvermögensbestand sowie einem aufgenommenen Kredit bestritten. In diesem Fall führt

Kapital und Sparen bei Piketty: Einige saldenmechanische Anmerkungen

der Kauf einer Immobilie zur Erhöhung des Sachvermögens und einer gleich großen Verringerung des Geldvermögens, das Reinvermögen des Haushaltes ändert sich nicht. Erst wenn der Haushalt im Laufe der folgenden Perioden den aufgenommenen Kredit zurückzahlt, kann man von Vermögensbildung sprechen: denn die allmähliche Rückzahlung des Kredits aus dem laufenden Einkommen bedeutet eine Verringerung der Verbindlichkeiten des Haushaltes und damit eine Geldvermögenserhöhung. Es ist daher nicht nur eine Vereinfachung, sondern im Wesentlichen tatsächlich zutreffend, wenn man davon ausgeht, dass die Vermögensbildung der Haushalte in erster Linie Geldvermögensbildung ist.

- 11 Diese größere Bedeutung ist dann nicht das Ergebnis geringeren Wachstums, sondern kann auch auf andere wirtschaftspolitische Rahmensetzung zurückzuführen sein, wie etwa Schulmeister (2013) mit seiner Unterscheidung von realkapitalistischer und finanzkapitalistischer „Spielanordnung“ betont – und hat dann negative Auswirkungen auf das Wachstum.
- 12 In zugespitzter Form findet sich diese Kritik bei Flassbeck/Spiecker (2014, 2014a) – wobei die Autoren den theoretischen Gegensatz zu Piketty vielleicht etwas zu stark betonen.
- 13 Vgl. dazu auch Fullbrook (2014), S. 156.

Literatur

Barro, R. J. (2008): Macroeconomics: A Modern Approach. Mason: Thomson South-Western.

Flassbeck, H./Spiecker, F. (2014): Thomas Piketty und die Kapital-Einkommens-Relation: Much ado about nothing, <http://www.flassbeck-economics.de/thomas-piketty-und-die-kapital-einkommens-relation-much-ado-about-nothing/>, Artikel vom 29.4.2014,

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

letzter Zugriff am 21.11.2014.

Flassbeck, H./Spiecker, F. (2014a): Unser Geldsystem XIX – Der Zins (4), <http://www.flassbeck-economics.de/?s=Geldsystem+XIX>, Artikel vom 10.6.2014, letzter Zugriff am 21.11.2014.

Fullbrook, E. (2014): Capital and capital: The second most fundamental confusion. *Real-World Economics Review* 69, 149–160.

Grass, R.-D./Stützel, W. (1988): Volkswirtschaftslehre: eine Einführung auch für Fachfremde. 2. Auflage München: Vahlen.

Kalecki, M. (1935 [1987]): Die Bestimmungsgrößen der Profite. In: Kalecki, M.: Krise und Prosperität im Kapitalismus. Ausgewählte Essays 1933–1971. Postkeynesianische Ökonomie, Bd. 2. Marburg: Metropolis.

Lindner, F. (2014): Haben die knappen Weltersparnisse die US-Immobilienblase finanziert? Bemerkungen zur ‚Global Saving Glut‘-These aus saldenmechanischer Sicht. In: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. 40, Nr. 1, 33–61.

Piketty, T. (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H. Beck.

Schmidt, J. (2011): „Die Bedeutung der Saldenmechanik für die makroökonomische Theoriebildung“. In: Hagemann, H./Krämer, H. (Hrsg.): *Keynes 2.0: Perspektiven einer modernen keynesianischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*. Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft, Bd. 23. Marburg: Metropolis, 111–147.

Schmidt, J. (2012): Sparen – Fluch oder Segen? Anmerkungen zu einem alten Problem aus Sicht der Saldenmechanik. In: Held, M./Kubon-Gilke, G./Sturm, R. (Hrsg.): *Lehren aus der Krise für die Makroökonomik. Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik*, Bd. 11. Marburg: Metropolis, 61–85.

Schulmeister, S. (2013): Realkapitalismus und Finanzkapitalismus – zwei ‚Spielanordnungen‘ und zwei Phasen des ‚langen Zyklus‘. In: Kromphardt, J. (Hrsg.): *Weiterentwicklung der Keynes’schen Theorie und empirische Analysen*. Schriften der Keynes-Gesellschaft, Bd. 7. Marburg: Metropolis, 115–169.

Kapital und Sparen bei Piketty: Einige saldenmechanische Anmerkungen

Stützel, W. (1978): Volkswirtschaftliche Saldenmechanik: ein Beitrag zur Geldtheorie. 2. Auflage Tübingen: Mohr.

Stützel, W. (1979): Paradoxa der Geld- und Konkurrenzwirtschaft. Aalen: Scientia.

6

Die statistische Erfassung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften in Deutschland

Charlotte Bartels und Timm Bönke¹

1. Einleitung

Die Dokumentation der Einkommens- und Vermögenskonzentration im internationalen Vergleich ist ein zentraler Beitrag von „Das Kapital im 21. Jahrhundert“. Thomas Piketty stützt seine Aussagen auf Zeitreihen, die teilweise mehr als hundert Jahre zurückgehen. Auch Kritiker, die die Schlussfolgerungen Pikettys nicht teilen, heben hervor, dass die akribische Datenarbeit einen herausragenden Dienst für die Wissenschaft darstellt. In diesem Kapitel gehen wir daher auf genau diese Daten ein, die die Grundlage für die

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

im neunten Kapitel aufgezeigte Entwicklung der Einkommenskonzentration in Deutschland bilden. Außerdem diskutieren wir alternative Datenquellen für hohe Einkommen in Deutschland.

Die Entwicklung der Einkommenskonzentration in Deutschland in Pikettys Buch basiert auf den Statistiken der preußischen und deutschen Einkommensteuer. Schon seit ungefähr einem Jahrhundert untersuchen Ökonomen auf Grundlage dieser Daten die Entwicklung der Einkommenskonzentration in Deutschland mit unterschiedlich ausgereiften Methoden. Diese sogenannten administrativen Daten bieten eine einzigartige Quelle für die langfristige Erfassung von hohem Einkommen, aber auch von Vermögen und Erbschaften. Mit der Einführung von Einkommen-, Erbschaft- und Vermögensteuern veröffentlichten zur Jahrhundertwende fast alle statistischen Ämter der deutschen Einzelstaaten dazu auch zunehmend detaillierte Statistiken.

Mit der Schätzung von Aggregaten für Einkommen und Vermögen über die gesamte Bevölkerung beschäftigten sich Wissenschaftler jedoch schon vor der Einführung moderner Steuersysteme. Insbesondere für die Schätzung von privat gehaltenem Vermögen in der Volkswirtschaft interessierten sich deutsche Wissenschaftler bereits vor über zweihundert Jahren. Erste Studien, die zum Ziel hatten, ein Vermögensaggregat für einen oder mehrere deutsche Einzelstaaten zu schätzen, stammen aus dem frühen 19. Jahrhundert. Mangels Datenquellen gelang es diesen Studien nicht, ein präzises Vermögensaggregat aufzustellen (s. Krug 1805, Dieterici 1846). Mit der Entwicklung eines besseren statistischen Berichtswesens und zusätzlichen Informationsquellen² waren zum Beispiel Rümelin (1863)

und Schall (1884) schon in der Lage, für das Königreich Württemberg Vermögens- und Einkommensaggregate zu berechnen. Aber erst mit der zunehmenden Verfügbarkeit von Steuerstatistiken gegen Ende des 19. Jahrhunderts konnten genauere Schätzungen durchgeführt und schließlich nicht nur Aggregate, sondern auch die Verteilung von Einkommen und Vermögen untersucht werden. Darüber hinaus veröffentlichen offizielle Stellen Informationen zu geschätzten Aggregaten, zum Beispiel im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Da sich die Aggregate selber nicht für die Analyse der Verteilung eignen, werden sie in diesem Kapitel nicht näher betrachtet.

Die Aggregate von Einkommen und Vermögen stellen in der aktuellen Forschung im Wesentlichen ein Hilfsmittel dar, um das Ausmaß von Vermögen und Einkommen der besonders Reichen zu messen. Auch in den von Piketty diskutierten Zeitreihen wird beispielsweise die Vermögenskonzentration gemessen, indem das Vermögen bestimmter Vermögensklassen in Bezug zum gesamtgesellschaftlichen Vermögen gesetzt wird. Mit dem Aggregat lässt sich außerdem bestimmen, welcher Anteil des Einkommens oder Vermögens von Steuerdaten erfasst wird.³

Alternative Datenquellen zur Erfassung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften finden sich in Befragungsdaten, die seit den 1960er-Jahren in Deutschland vermehrt erhoben werden. Da Befragungsdaten aber besonders reiche Individuen seltener erfassen, stellen diese Daten eher eine zusätzliche Informationsquelle zu den administrativen Daten dar.

Das zweite Kapitel dieses Beitrags widmet sich zunächst der Verfügbarkeit und Eignung der administrativen Daten

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

für die Messung von Einkommens- und Vermögenskonzentration. Neben den schon erwähnten Steuerdaten werden wir hier auch auf administrative Daten der Sozialversicherung eingehen. Anschließend diskutieren wir in Kapitel 3 alternative Datenquellen – in Form von Befragungsdaten – und beschreiben, welche zusätzlichen Informationen über hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften diese Daten zur Verfügung stellen. Im vierten Kapitel ziehen wir ein Fazit, indem wir die Datenlage für Deutschland bewerten und erörtern, inwiefern die von Piketty diskutierten Trends mit anderen Datenquellen besser erfassbar sind und welche zusätzlichen Aspekte mit anderen Daten beleuchtet werden könnten.

2. Administrative Daten

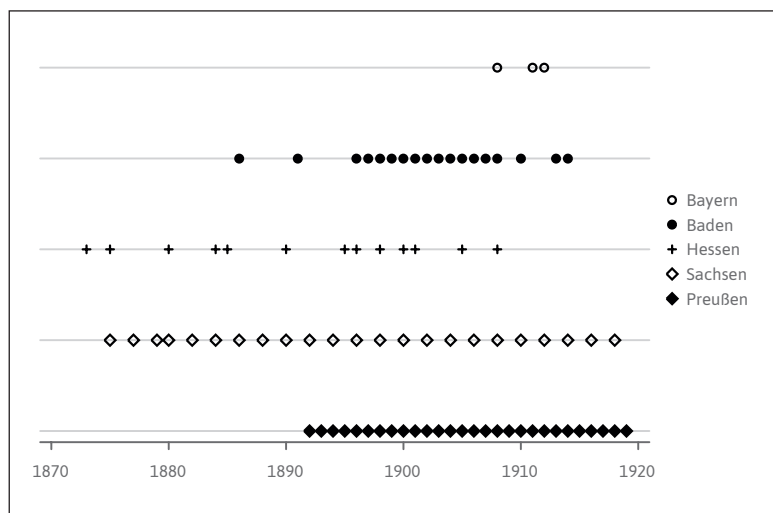
2.1 Einkommensteuerdaten

Zum Ende des 19. Jahrhunderts führten deutsche Länder nach und nach eine moderne Einkommensteuer ein, bei der die Steuerschuld nicht mehr von der Klassenzugehörigkeit abhing, sondern von der Höhe des Einkommens.⁴ Die statistischen Bureaus der Länder veröffentlichten die Ergebnisse der Einkommensteuererhebung in Form von Tabellen, in denen die Zahl der Steuerpflichtigen innerhalb bestimmter Einkommensgrenzen angegeben war und meist auch die Summe der Einkommen der Gruppe. Da diese Daten Informationen nach Einkommensklassen darstellen, bezeichnen wir sie im Folgenden als klassierte Daten. Ausgehend von der Annahme, dass hohe

Einkommen der Pareto-Verteilung⁵ folgen, lassen sich die Einkommensgrenzen statistischer Gruppen, wie der Gruppe der reichsten zehn Prozent der Einkommensverteilung, schätzen und ihr aggregiertes Einkommen berechnen. Setzt man das aggregierte Einkommen der reichsten zehn Prozent nun in Bezug zur Gesamtzahl der Steuerpflichtigen und zum Gesamteinkommen, kann der Einkommensanteil des reichsten Dezils bestimmt werden. Diese Methode wurde zuerst von Pareto und Kuznets benutzt und von Piketty (2001 und 2003) wiederentdeckt. Wie Abbildung 1 zeigt, gibt es seit Ende des 19. Jahrhunderts für Bayern, Baden, Hessen, Sachsen und Preußen klassierte Daten der Einkommensteuerstatistik.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

**Abbildung 1: Einkommensteuerstatistiken
in deutschen Ländern, 1874–1919.**



Quelle: Statistisches Handbuch für das Großherzogtum Hessen, Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen, Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Bureaus, Statistisches Jahrbuch für das Großherzogtum Baden, Zeitschrift des Königlich bayerischen statistischen Bureaus, Zeitschrift des Königlich baye-rischen Statistischen Landesamtes, Statistisches Handbuch für den preußischen Staat, Statistisches Jahrbuch für Preußen, diverse Jahrgänge, eigene Darstellung.

Anmerkungen: Jahre beziehen sich auf das Jahr der Steuererhebung.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde 1920 eine einheitliche deutsche Einkommensteuer eingeführt. Für die Jahre 1920, 1925, 1926, 1927, 1928, 1929 und 1932 bis 1938 finden sich klassierte Daten in der „Statistik des Deutschen Reichs“. Seit dem Zweiten Weltkrieg veröffentlicht das Statistische Bundesamt alle drei Jahre klassierte Daten der Lohn- und Einkommensteuerstatistik. Seit 2001 werden zudem jährlich klassierte Daten der Einkommensteuerstatistik publiziert, in denen alle enthalten sind, die eine Einkommensteuererklärung abgegeben haben. Die allein Lohnsteuerpflichtigen, die keine Einkommensteuererklärung abgegeben haben, sind nicht enthalten.

Dell hat in seinem Beitrag zum von Piketty und Atkinson im Jahr 2007 herausgegeben Sammelband die Daten von Preußen seit 1891 ausgewertet und in seiner unveröffentlichten Dissertation die Daten der anderen Länder (s. Dell 2007 und 2008). Die von Piketty im neunten Kapitel von „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ dargestellte Zeitreihe für Deutschland beginnt mit Daten aus Preußen, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts gut 60 Prozent der deutschen Bevölkerung umfasste, und basiert nach dem Ersten Weltkrieg auf gesamtdeutschen Daten. Bartels und Jenderny (2014) setzen die von Dell begonnene Zeitreihe mit den neuesten momentan erhältlichen Daten bis zum Jahr 2010 fort.

Seit 1992 stellt das Statistische Bundesamt außerdem Mikrodaten der Einkommensteuer zur Verfügung, in denen die Einkommensteuererklärungen aller Steuerzahler enthalten sind. Da es sich um eine Vollerhebung der oberen Einkommen handelt, können die Einkommen statistischer Gruppen, wie der reichsten zehn Prozent, direkt aus den Daten abgelesen werden. Im Gegensatz zu den klassierten

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Daten sind hier also keine komplizierteren Schätzungen zur Bestimmung der Einkommenskonzentration nötig. Die Möglichkeiten, mit Hilfe der Einkommensteuerstatistik hohe Einkommen zu erforschen, haben sich mit dem Zugang zu den Mikrodaten erheblich verbessert.

Es bestehen aber auch Einschränkungen. Daten aus der Erhebung der Einkommensteuer enthalten *per definitionem* nur das deklarierte, steuerpflichtige Einkommen. Erstens hängt das Einkommen also davon ab, welcher Anteil des im Laufe eines Jahres generierten Einkommens letztendlich steuerpflichtig ist. Der zu versteuernde Anteil von Dividenden, Zinsen und Kapitalveräußerungsgewinnen hat sich in Deutschland über die vergangenen Jahrzehnte stark verändert (s. Bartels/Jenderny 2014). Wenn solche Ausnahmen insbesondere für Einkommensquellen, die am oberen Rand konzentriert sind, gelten – und das ist bei den erwähnten Beispielen der Fall –, wird die Einkommenskonzentration anhand von Einkommensteuerdaten unterschätzt. Zweitens lohnt es sich gerade für reiche Steuerpflichtige, Steuern zu vermeiden oder zu hinterziehen und dadurch ihr deklariertes Einkommen zu reduzieren. Auch diese Reaktion führt dazu, dass Einkommen am oberen Rand unterschätzt werden – und damit die Einkommenskonzentration. Die von Piketty dargestellten Zeitreihen stellen daher vermutlich eher eine untere Grenze der tatsächlichen Einkommenskonzentration in den verschiedenen Ländern dar. Das Ausmaß der Steuerhinterziehung variiert wahrscheinlich über die Zeit und steigt insbesondere in Zeiten hoher Spitzensteuersätze. In der Folge sind die anhand von Einkommensteuerdaten beobachteten Trends in der Einkommenskonzentration teilweise

auf gesetzliche Änderungen bezüglich des steuerpflichtigen Einkommens und Möglichkeiten der Steuerhinterziehung zurückzuführen. Gerade in Deutschland war das 20. Jahrhundert durch massive institutionelle Änderungen und durch große Veränderungen bei den von der Einkommensteuer erfassten Gebieten und Bevölkerungskreisen gekennzeichnet. Das erschwert die Vergleichbarkeit dieser Zeitreihen und erfordert zusätzliche Annahmen für eine zeitliche Harmonisierung der Daten. Schließlich fehlen in den Einkommensteuerdaten all diejenigen, die nicht steuerpflichtig sind oder deren Einkommen unterhalb des Freibetrages liegt. Dadurch wird der untere Rand der Einkommensverteilung nur unzureichend erfasst,⁶ was allerdings die Untersuchung der hohen Einkommen nicht einschränkt.

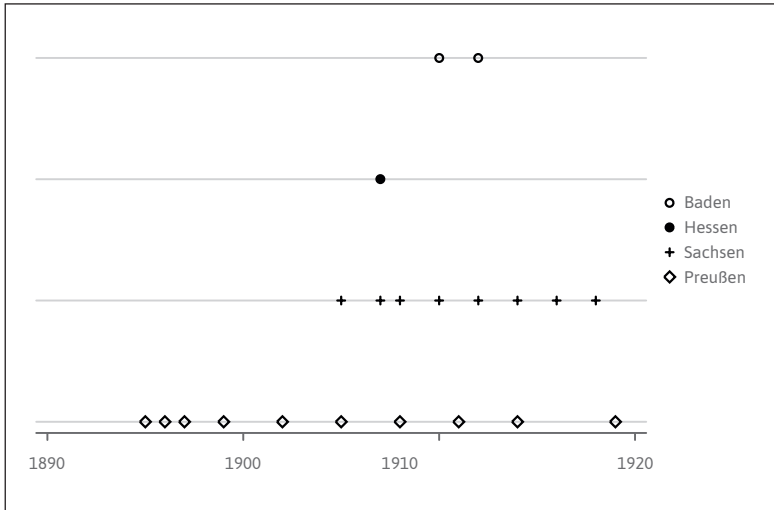
2.2 Vermögensteuerdaten

Analog zur Einkommensteuerstatistik ist die Schätzung der Vermögenskonzentration mit klassierten Daten der Vermögensteuerstatistik unter der Annahme der Pareto-Verteilung möglich (s. Fußnote 5 zur Pareto-Verteilung). Für verschiedene deutsche Länder liegen seit Ende des 19. Jahrhunderts klassierte Daten der Vermögensteuer vor. Preußen führte beispielsweise 1893 eine Vermögensteuer (*Ergänzungssteuer*) ein, deren Steuerschuld in Abhängigkeit von der Vermögenshöhe bestimmt war. Andere deutsche Einzelstaaten folgten. Das Vermögen wurde damals zum Veranlagungszeitpunkt bewertet. Der Steuersatz lag in den meisten Ländern bei etwa 0,5 Prozent. Abbildung 2

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

zeigt, für welche Jahre Vermögensteuerstatistiken in Baden, Hessen, Sachsen und Preußen vor dem Ersten Weltkrieg verfügbar sind.

Abbildung 2: Vermögensteuerstatistiken in deutschen Ländern, 1895–1919.



Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Großherzogtum Baden, Statistisches Handbuch für das Großherzogtum Hessen, Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen, Statistisches Jahrbuch für Preußen, diverse Jahrgänge, eigene Darstellung.

Anmerkungen: Jahre beziehen sich auf das Jahr der Steuererhebung.

Die statistische Erfassung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften in Deutschland

Eine Reihe von einmaligen Vermögensabgaben stellt zudem eine mögliche Datenquelle für die Vermögenskonzentration in Deutschland kurz vor und kurz nach dem Ersten Weltkrieg dar. Dazu zählen die deutsche Besitzsteuer auf Vermögenszuwachs von 1913, der Wehrbeitrag von 1913, das Reichsnotopfer 1919, die außerordentliche Kriegsabgabe 1918 und die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs 1919. Deutschlandweit wurde 1922 erstmals eine Vermögensteuer (*Reichsvermögensteuer*) eingeführt. Die klassierte Statistik für die Jahre 1924, 1925, 1927, 1928, 1931 und 1935 wurde im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ veröffentlicht. Nach Gründung der Bundesrepublik wurde die Vermögensteuer erstmals 1954 wieder erhoben, das Statistische Bundesamt veröffentlichte die klassierten Daten in Drei-Jahres-Abständen. Während in der Zwischenkriegszeit auch die Verteilung von Vermögensarten, wie Betriebsvermögen und Grundvermögen, erfasst wurde, ist eine Differenzierung nach Vermögensarten mit den Statistiken nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr möglich. Krelle et al. (1968) berechnen auf Basis der Vermögensteuerdaten für das Jahr 1960 einen *Gini-Koeffizienten* von 0,543, während Siebke (1971) diesen für 1966 auf 0,527 beziffert. Laut den Schätzungen von Krelle et al. (1968) hält der vermögensteuerpflichtige Teil der Bevölkerung 1960 rund 37 Prozent des Gesamtvermögens, während Siebke (1971) für 1966 auf 33 Prozent kommt. Mit der Aussetzung der Vermögensteuer seit 1997 entfällt die Möglichkeit, Vermögen mit Hilfe dieser administrativen Daten zu erfassen.

Daten der Vermögensteuer bergen zunächst ähnliche Probleme wie Einkommensteuerdaten: Steuerhinterziehung und Definition des steuerpflichtigen Vermögens

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

führen dazu, dass insbesondere hohe Vermögen von den Daten unterschätzt werden. Eine wichtige Einschränkung der Vermögensdaten aus Steuerstatistiken sind die hohen Freibeträge, die vor dem Ersten Weltkrieg zudem stark zwischen den Ländern variierten. In Preußen war nur Vermögen oberhalb von 6000 Mark steuerpflichtig, in Hessen hingegen lag der Freibetrag der 1899 eingeführten Vermögensteuer bei 3000 Mark und in Sachsen, wo die Vermögensteuer 1902 eingeführt wurde, bei 10.000 Mark. In Preußen war das gesamte Vermögen nach Abzug der Schulden oberhalb des Freibetrags steuerpflichtig und somit in den Steuerdaten dokumentiert. In Sachsen war das von der Grundsteuer betroffene Vermögen ausgenommen und somit ein zentraler Vermögensbestandteil der Vermögenden dieser Zeit – der Grundbesitz – nicht in den Steuerdaten enthalten. Das preußische Königshaus war von der Steuer befreit, was ebenfalls zu einer Unterschätzung der Vermögensspitze führt. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Freibeträge der Vermögensteuer so hoch, dass nur zwei Prozent (Roberts/Stiepelmann 1983) der privaten Haushalte steuerpflichtig und somit in der Statistik erfasst waren.

Zentral für Vermögensteuerdaten ist außerdem die Bewertung des Vermögens. Verschiedene Vermögensarten werden in der Regel nicht einheitlich mit einem Marktwert bewertet. Während der Marktwert von Geldvermögen offensichtlich ist, wird für Immobilien der Einheitswert herangezogen. Die Einheitswerte zur Bewertung von Immobilien wurden jedoch nur 1935 und 1964 angepasst und der Wert dieser Vermögensart im Laufe der Jahre vermutlich zunehmend unterschätzt. Anders stellt sich die

Bewertung von Betriebsvermögen dar. Hier wird häufig auf vereinfachte Ertragswertverfahren zurückgegriffen.

Analog zur Berechnung der Einkommensanteile auf Basis von Einkommensteuerdaten muss das Vermögen der reichsten Gruppen, das sich aus den klassierten Vermögenssteuerdaten ergibt, in Bezug zu einem Vermögensaggregat gesetzt werden. Die Erfassung des Gesamtvermögens stellt sich allerdings schwieriger dar als die Erfassung des Gesamteinkommens. Denn erstens unterliegen Vermögensarten unterschiedlichen Bewertungen. Zweitens setzt eine lückenlose Erfassung des Vermögens eine umfassende Inventarisierung aller Vermögensarten aller Vermögenden in Deutschland voraus.

2.3 Erbschaftsteuerdaten

Die Erbschaftsteuer von 1906 stellt die erste deutschlandweit erhobene direkte Steuer dar. In den meisten Einzelstaaten gab es bis dahin keine oder nur unvollkommene Erbschaftsteuern. Die Reichserbschaftsteuer erfasste auch Schenkungen unter Lebenden und unterteilte nach Verwandtschaftsgrad in vier Steuerklassen. Kinder und Ehegatten waren von der Erbschaftsteuer befreit. Die Erbschaftsteuer wird bis heute nach Verwandtschaftsgrad veranlagt, sodass es mehrere Steuerklassen mit unterschiedlichen Freibeträgen und Steuersätzen gibt. Klassierte Daten der Erbschaftsteuer für die Veranlagungsjahre 1927, 1928, 1930 bis 34 und 1937 bis 38 finden sich im „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“. In den meisten Jahren sortieren die klassierten Daten die Werte der Erbschaften und Schenkungen gemeinsam für

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

alle Steuerklassen, denen allerdings unterschiedlich hohe Freibeträge zu Grunde liegen.⁷

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind klassierte Erbschaftsteuerdaten für die Jahre von 1953 bis 1978 verfügbar. Von 1979 bis 2002 wurde keine Erbschaftsteuerstatistik erstellt. Für das Jahr 2002 gibt es Mikrodaten. Seit 2005 wird jährlich eine klassierte Statistik nach Steuerklassen veröffentlicht. Die Problematik des Informationsgehalts der Erbschaftsteuer ist zunächst mit der der Vermögensteuer vergleichbar: Der Erfassungsgrad der Erbschaften ist aufgrund hoher Freibeträge für Familienangehörige sehr gering. Erbschaften und Schenkungen sind insbesondere im Fall von Immobilien stark unterbewertet, und auch andere Vermögensarten gelten als marktfern bewertet. Ein zusätzlicher Nachteil der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik ist, dass in Deutschland der Vermögensübergang besteuert wird und nicht (wie zum Beispiel in den USA) das vererbte Vermögen als Gesamtheit. Infolgedessen ist die Höhe des tatsächlich vererbten Vermögens nicht direkt aus der Statistik ablesbar.

Erbschaften und Schenkungen aus der Erbschaftsteuerstatistik summieren sich zum Beispiel im Jahr 2012 auf weniger als 30 Milliarden Euro. Aktuelle Studien kommen hingegen auf Grundlage von verschiedenen Datenquellen für die letzten Jahre zu dem Ergebnis, dass das jährliche vererbte Vermögen in Deutschland zwischen 64 Milliarden Euro (Bach et al. 2014) und circa 300 Milliarden Euro (Braun et al. 2011) liegt. Dazwischen liegt Schinke (2012) mit seiner Schätzung von 220 Milliarden Euro. Die Erbschaftsteuerstatistik kann somit nicht zu einer verlässlichen Schätzung von Erbschaften herangezogen werden, da sowohl unterschiedliche Vermögensarten unterschiedlich bewertet werden als

auch die nach Verwandtschaftsgrad variierenden Freibeträge den Anteil der dokumentierten Erbschaft schwanken lassen. Der Großteil der Erbschaften ist ohnehin von der Erbschaftsteuer ausgenommen und folglich nicht in der Statistik dokumentiert. Die Erbschaftsteuerstatistik eignet sich schließlich weder besonders gut für gesamtgesellschaftliche Verteilungsanalysen noch für eine umfassende Analyse von Vermögenstransfers.

2.4 Administrative Mikrodaten der Sozialversicherung

Seit der Einführung der Bismarck'schen Rentenversicherung wurden individuelle Arbeitsentgelte regelmäßig erfasst, um auf Basis dieser Daten beitragsäquivalente Versicherungsleistungen auszahlen zu können. Prinzipiell existieren mit diesen Daten seit Ende des 19. Jahrhunderts individuelle Erwerbseinkommen für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, allerdings sind diese weit zurückliegenden Daten nicht digital verfügbar. Individuelle Erwerbseinkommen liegen für wissenschaftliche Untersuchungen frühestens für die im Jahr 1935 Geborenen vor. Zurzeit werden die Daten der Sozialversicherung von der Agentur für Arbeit und der Deutschen Rentenversicherung Bund bereitgestellt. Während sich die erfassten Daten wenig unterscheiden, bereiten die beiden Institutionen ihre Daten jedoch unterschiedlich auf. So stellt das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) der Agentur für Arbeit insbesondere die Integrierten Erwerbsbiografien (IEB) zur Verfügung. In diesen sind neben den Erwerbseinkommen weitere Merkmale der Erwerbsbiografie wie

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Zeiten der Arbeitslosigkeit und Informationen zum Arbeitgeber erfasst. Der Datensatz wird seit 1975 erhoben (für Westdeutschland) und bildet einen Querschnitt der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer ab.

Das Forschungsdatenzentrum der Deutschen Rentenversicherung Bund bereitet mehrere potenziell interessante Datensätze für die langfristige Erforschung von Erwerbseinkommen auf. In den Biografiedaten der Rentenversicherung – wie zum Beispiel der Versichertenkontenstichprobe – sind die sozialversicherungsrelevanten Einkommen und Tatbestände von Individuen zwischen dem 14. und dem 66. Lebensjahr dokumentiert. Daher bieten sie die für Deutschland einzigartige Möglichkeit, vollständige Erwerbsbiografien über den Lebenszyklus untersuchen zu können.⁸

Alle Datensätze der Sozialversicherung weisen einige gravierende Einschränkungen auf. Erstens bilden die Daten nur einen Teil der Bevölkerung ab, nämlich mehr oder weniger die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner. Andere Personengruppen wie Beamte oder Selbstständige sind entsprechend nicht erfasst.⁹ Zweitens sind die Einkommen nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze erfasst. Eine Imputation von Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze ist zwar ausgehend von einigen Annahmen möglich, insbesondere zur Untersuchung von hohen Einkommen sind die Daten daher aber nicht geeignet.¹⁰ Weiterhin sind neben den sozialversicherungspflichtigen Einkommen (beziehungsweise Auszahlungen der Sozialversicherung wie Renten) keine weiteren Einkommen, wie beispielsweise Kapitaleinkommen, erfasst. Dies macht eine umfassende Einkommensanalyse unmöglich. Als letzte Einschränkung sind die unzureichenden Informa-

tionen bezüglich der Haushalts- und Familiensituation zu nennen. Die Daten sind somit eher für spezielle Fragestellungen geeignet – wie zum Beispiel die Untersuchung von Lebenseinkommen (Bönke et al. 2015) –, die dennoch eng mit Themen wie langfristiger Einkommenskonzentration, Vererbungsmöglichkeiten, Vermögensakkumulation und dynastischer Vermögenskonzentration verbunden sind.

3. Befragungsdaten

Seit den 1960er-Jahren gibt es in Deutschland immer mehr Befragungsdaten, die Einkommen, Vermögen und Erbschaften erfassen. Gegenüber den bisher vorgestellten administrativen Steuerdaten haben Befragungsdaten generell den Vorteil, dass ihnen umfassendere Einkommens- und Vermögenskonzepte zu Grunde liegen als das jeweils nach aktuellem Gesetz steuerpflichtige Einkommen oder Vermögen. Weiterhin werden soziodemografische Informationen auf Haushalts- und Personenebene dokumentiert. Im Folgenden beschränken wir uns auf drei Befragungsdaten:¹¹ die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und „Private Haushalte und ihre Finanzen“ (PHF).

3.1 Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) bietet einen Haushaltsdatensatz, der seit 1964 in den alten Bundesländern erhoben wird und mit der Welle

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

von 1993 auf Gesamtdeutschland ausgedehnt wurde. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist Teil der amtlichen Statistik und wird in der Regel alle fünf Jahre durchgeführt.¹² Der Schwerpunkt der Erhebung liegt dabei auf den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Deutschland, daneben werden aber auch Informationen zu Vermögen und Vermögensbildung (auf Haushaltsebene) erfragt. Erbschaften werden nicht erfasst. An der EVS 2008 nahmen rund 60.000 Haushalte teil (Statistisches Bundesamt 2010). Im Gegensatz zu anderen Befragungsdaten, wie zum Beispiel SOEP und PHF, beruht die EVS auf einer Quoten- und nicht auf einer Zufallsstichprobe.¹³

Aufgrund der langen Laufzeit wurde die EVS seit der ersten Welle mehrfach verändert. So wurden inhaltliche Fragen überarbeitet, der Befragungszeitraum verkürzt und der Personenkreis erweitert (Bönke et al. 2013; Statistisches Bundesamt 2003). Weiterhin ist die EVS für die Analyse sehr armer und sehr reicher Haushalte nicht geeignet. Laut Stein (2004) weist die EVS einen „Mittelschichtsbias“ auf – das heißt, Bevölkerungsgruppen mit mittlerem Einkommen haben eine größere Wahrscheinlichkeit, in der Stichprobe enthalten zu sein, als Randgruppen. Außerdem ist zu beachten, dass in der EVS nur Personen mit einem Einkommen bis zu einer festgesetzten Obergrenze erfasst werden. Aktuell liegt diese Obergrenze bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18.000 Euro (Statistisches Bundesamt 2003).

Die Erfassung der Haushaltsvermögen ist detailliert und wurde seit der ersten Erhebung deutlich verbessert. Ab 1973 wurde die Höhe des Vermögens nach Haushalten ausgewiesen. Über die Zeit vergleichende Analysen sind mit

der EVS ab 1978 möglich. Außerdem sind ab der Welle 1993 Immobilien mit dem Verkehrswert anstelle des Einheitswertes erfasst. Neben dem Immobilienvermögen werden auch das Geldvermögen und Verbindlichkeiten erfragt. Nicht erfasst werden das Betriebs- und Gebrauchsvermögen sowie Vermögenstransfers.¹⁴ Insgesamt liefert die EVS wichtige Daten für Vermögen und Einkommen für einen Zeitraum von 35 Jahren. Hohe Einkommen werden in der EVS allerdings nicht erfasst und die dokumentierten Vermögen sind unvollständig. Weiterhin dürften analog zu den hohen Einkommen auch die hohen Vermögen untererfasst sein, wenn man den positiven Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen eines Haushalts (Frick et al. 2010) berücksichtigt.

3.2 Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)

Die wohl prominenteste Haushaltsbefragung für Deutschland stellt das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW) dar. Das SOEP startete im Jahr 1984 und wird seit 1990 für Gesamtdeutschland erhoben. Derzeit werden jährlich rund 20.000 Personen in 11.000 Haushalten zu Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung, Gesundheit und Lebenszufriedenheit befragt.

Die Erfassung von Einkommen auf Individual- und Haushaltsebene ist umfassend und mit der EVS vergleichbar. Gegenüber der EVS bietet das SOEP den Vorteil, dass durch das Paneldesign eine bessere Vergleichbarkeit über die Zeit gewährleistet ist und die Stichprobenziehung für eine Über-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

repräsentation von verschiedenen Randgruppen gesorgt hat. Eine Überrepräsentation von vermögenden Haushalten stellt in diesem Fall sicher, dass genügend Informationen vorhanden sind, um den oberen Rand der Verteilung präzise abzubilden.¹⁵ Beginnend im Jahr 2002 wird eine spezielle „Reichenstichprobe“ erhoben, wodurch hohe Einkommen überrepräsentiert sind (Frick et al. 2007). Interessanterweise weist das SOEP dadurch für das reichste Dezil ähnliche Einkommensanteile wie die Einkommensteuerstatistik aus. Für das reichste Perzentil liegt der Anteil, der sich aus der Einkommensteuerstatistik ergibt, schon deutlich höher als auf Basis der SOEP-Daten. Das deutet darauf hin, dass das 90. bis 95. Perzentil mit dem SOEP noch recht gut abgebildet werden kann, aber ab dem 95. Perzentil die Einkommenshöhe zunehmend unterschätzt wird.¹⁶

Über die Kernfragen zur Einkommens- und Familiensituation des Haushalts hinaus erfragt das SOEP in unregelmäßigen Abständen zusätzliche Informationen, zum Beispiel über Vermögen und Erbschaften. 1988 wurde erstmals Vermögen auf Haushaltsebene abgefragt und seit der Welle 2002 wird in Fünf-Jahres-Intervallen eine Vermögensbefragung durchgeführt, die folgende Vermögenskomponenten dokumentiert: Immobilienvermögen (zu Marktpreisen), Geldvermögen, Betriebsvermögen (Eigentum oder Anteil an einem gewerblichen Betrieb), Sachvermögen und Verbindlichkeiten. Nicht erfasst werden das Gebrauchsvermögen, Bargeld und – analog zur EVS – das Sozialversicherungsvermögen, das beispielsweise zukünftige Ansprüche gegenüber der Rentenversicherung umfasst. Insbesondere Letzteres stellt eine wichtige Komponente im Vermögen von abhängig Beschäftigten

in Deutschland dar. Die Überrepräsentation von hohen Einkommen durch die „Reichenstichprobe“ führt aufgrund der bestehenden Korrelation zwischen Einkommen und Vermögen (Frick et al. 2010) und der empirisch belegten starken Konzentration von Vermögen zu einer besseren Erfassung hoher Vermögen im SOEP als in der EVS.

Ein mit der Vermögensbefragung vergleichbarer Fragebogen fehlt für Erbschaften im SOEP. Retrospektiv wurden persönliche Erbschaften nur in den Jahren 1988 und 2001 abgefragt. 1988 sollten nur Erbschaften ab 1960 angegeben werden, 2001 nur Geldbeträge und Sachwerte ab 2500 Euro, aber ohne zeitliche Begrenzung des Erbschaftszeitraums. Ab 2001 wurde nicht mehr retrospektiv nach Erbschaften und Schenkungen gefragt, sondern im Haushaltsfragebogen jährlich um Angaben zu Erbschaften des vergangenen Jahres gebeten. Die Erhebung von Erbschaften im SOEP ist folglich mit mehreren Problemen verbunden. Erstens ist die retrospektive Betrachtung 1988 und 2001 für lang zurückliegende Erbschaften mit einer relativ hohen Unsicherheit in den Angaben verbunden. Zweitens bedeutet die jährliche Frage nach einer erhaltenen Erbschaft oder Schenkung im jeweils vergangenen Jahr im Fall von Panelmortalität, dass Erbschaften tendenziell untererfasst werden und die Bedeutung von Vermögenstransfers für die Vermögensakkumulation mit den neueren SOEP-Wellen nicht mehr befriedigend erforscht werden kann.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

3.3 Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF)

Die insgesamt wenig zufriedenstellende Datensituation für die Erfassung von Vermögen und Erbschaften in Deutschland hat mit dazu geführt, dass im Rahmen einer europaweiten Initiative 2010 ein neues Panel mit genau diesem Schwerpunkt gestartet wurde. Als Teil des internationalen Projekts entstand für Deutschland der Datensatz „Private Haushalte und ihre Finanzen“ (PHF), der unter Federführung der Deutschen Bundesbank erhoben wurde und Teil des *Household Finance and Consumption Survey* (HFCS) ist. Der Datensatz wurde im Verbund mit anderen Ländern der Eurozone mit der Zielsetzung erhoben, eine Harmonisierung und Verbesserung der Datenlage zur Finanz- und Vermögenssituation der privaten Haushalte im Euroraum herbeizuführen (Europäische Zentralbank 2013a und 2013b). Die Befragung für Deutschland soll im Drei-Jahres-Rhythmus durchgeführt werden. In Deutschland wurden insgesamt 3565 Haushalte befragt.

Innerhalb des Fragebogens nimmt neben den Einkommen die aktuelle Vermögensposition des Haushalts eine zentrale Rolle ein. Zusätzlich werden in einem separaten Teil Angaben zu jenen Erbschaften abgefragt, die dem Vermögen des Haushalts bis zum Befragungszeitpunkt zugeflossen sind. Darüber hinaus sind wie im SOEP die reichen Haushalte überrepräsentiert. Während die Erfassung der Einkommen und die Probleme bei der retrospektiven Erfragung von Erbschaften mit dem SOEP vergleichbar sind, stellt sich die Situation für Vermögen anders dar.

Im PHF ist neben dem Geld-, Sach-, Betriebs- und Immobilienvermögen auch das Gebrauchsvermögen aufgeführt.

Die Erfassung der höchsten Vermögen durch die PHF-Daten ist allerdings lückenhaft. Mit Hilfe externer Daten errechnet Vermeulen (2014), dass in Deutschland der Anteil des reichsten Perzentils am Gesamtvermögen bei etwa 32 bis 33 Prozent liegt. Laut der PHF-Daten hingegen liegt dieser Anteil bei nur etwa 24 Prozent. Die Vermögensmasse der reichsten Haushalte scheint also vom PHF substanziell unterschätzt zu werden.

Einen weiteren Hinweis darauf, dass die Spitze der Vermögensverteilung im PHF nicht akkurat abgebildet wird, liefert der Vergleich mit der journalistischen Quelle im Manager Magazin. Laut Ausgabe vom 10. Oktober 2010 beläuft sich das Nettovermögen der 500 reichsten Deutschen auf insgesamt etwa 455,5 Milliarden Euro. Dabei besitzt der reichste Deutsche circa 17,1 Milliarden Euro. Das Schlusslicht der Liste bilden etwa 45 Personen, die jeweils ein Nettovermögen von geschätzt 200 Millionen Euro halten. Im Gegensatz dazu beträgt das höchste festgestellte Vermögen im PHF nur circa 76 Millionen Euro. Offenkundig ist die Gruppe der sehr Reichen in Wirklichkeit eine sehr heterogene Gruppe – noch viel heterogener, als sie bereits im PHF erscheint.

Zur Einordnung der Datenqualität können die Aggregatswerte der PHF-Studie mit den Vermögensbilanzen der Deutschen Bundesbank verglichen werden. So beläuft sich das Bruttogeldvermögen im PHF auf etwa 3131 Milliarden Euro, in der Vermögensbilanz werden 4370 Milliarden Euro zum Stichtag 31.12.2010 ausgewiesen. Die Abdeckungsquote ist damit bei dem mit Umfrageinstrumenten im Allgemeinen schwer zu erhebenden Geldvermögen vergleichsweise hoch (72 Prozent). Bei den Bruttoimmo-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

bilienvermögen wird sogar eine Abdeckungsquote von 95 Prozent erzielt. Insgesamt liegt die Quote für das Nettovermögen bei 89 Prozent (Deutsche Bundesbank 2013).

Im Vergleich mit dem SOEP zeigt sich, dass die Vermögenskomponenten im PHF detaillierter erfragt werden und so zum Beispiel auch der Wert von Gebrauchsvermögen wie Fahrzeugen Berücksichtigung findet. Das Pro-Kopf-Nettovermögen liegt 2010/11 laut PHF bei etwa 95.000 Euro, während das SOEP etwa 86.000 Euro für das Erhebungsjahr 2012 misst und den Wert somit geringer schätzt (Grabka/Westermeier 2014).

Insgesamt sind die PHF-Daten gegenwärtig die beste existierende Datenquelle, um die aktuelle Vermögensverteilung in Deutschland zu untersuchen. Dennoch unterschätzt PHF die Vermögensmasse der reichsten Haushalte.

4. Fazit

Dieser Beitrag hat verschiedene Datenquellen für hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften vorgestellt und diskutiert, inwiefern Trends in der Konzentration von Einkommen und Vermögen mit diesen Daten statistisch erfassbar sind. Wir haben administrative Daten und Befragungsdaten beschrieben, die jeweils ihre Stärken und Schwächen aufweisen.

Daten der Steuerverwaltung sind über einen sehr langen Zeitraum von mehr als hundert Jahren verfügbar und eignen sich insbesondere zur Erforschung hoher Einkommen. Befragungsdaten erfassen hohe Einkommen

in der Regel weniger präzise, auch wenn SOEP und PHF versuchen, dem mit einer Überrepräsentation von sehr reichen Haushalten entgegenzuwirken. Um die gesamte Einkommensverteilung in Deutschland abzubilden, ist eine Kombination von Steuer- und Befragungsdaten notwendig, wie Bach et al. (2009, 2013) sie vornehmen. Im internationalen Vergleich sind sowohl die Länge des durch Steuerdaten dokumentierten Zeitraums in Deutschland hervorzuheben als auch die zahlreichen Ergänzungsmöglichkeiten durch Befragungsdaten seit Mitte der 1960er-Jahre. Diese Daten liefern zusätzlich auch steuerlich nicht relevante Einkommen sowie umfangreiche Haushaltsinformationen und nicht zuletzt Einkommen von ärmeren, nichtsteuerpflichtigen Haushalten. Administrative Daten der Sozialversicherung sind nur für speziellere Fragestellungen geeignet, da sie lediglich einen Teil der Bevölkerung abdecken und weder Informationen über hohe Einkommen noch über Einkommens- und Familiensituation insgesamt bieten.

Befragungsdaten spielen für die Erfassung von Vermögen eine wichtige Rolle. Individualdaten zum Vermögen für die unmittelbare Nachkriegszeit fehlen für Deutschland. Aggregierte Werte können hingegen verschiedenen Publikationen entnommen werden, so bieten Engels et al. (1974) eine harmonisierte Reihe bis 1970. Die Zeitreihe ermöglicht immerhin eine Unterscheidung des Haushaltssektors in selbstständige und unselbstständige Arbeitnehmer. Die wichtigsten Befragungsdaten für Vermögen sind die EVS und das SOEP. Relativ detaillierte Individualdaten zum Vermögen stehen erst mit den SOEP-Wellen von 2002, 2007 und 2012 zur Verfügung. Allerdings werden

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

einige Vermögensbestandteile, wie etwa der Marktwert des Hausrates inklusive Fahrzeugen, nicht erfragt, und bei anderen erweist sich ihre Erfassung als problematisch. Einigen Unzulänglichkeiten des SOEPs kann hier durch die neuen PHF-Daten begegnet werden. Weiterhin gilt für Vermögensdaten aus Befragungen, dass beispielsweise die Schätzungen des Verkehrswerts von Immobilien von den Befragten schwierig zu leisten sind, insbesondere wenn ihr Erwerb bereits länger zurückliegt. Ein Vergleich des Aggregats aus Befragungen mit dem volkswirtschaftlichen Vermögensaggregat ist aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen und Definitionen kaum möglich.

Erbschaften waren in Deutschland für die statistische Analyse lange nur unzureichend dokumentiert. Da Erbschaften der Steuerpflicht unterliegen, stellt die Steuerstatistik eine mögliche Quelle dar. Mit vielen Lücken publiziert die Steuerverwaltung Informationen über die steuerlich relevanten vererbten Vermögen (Reinnachlass). Die im Reinnachlass erfassten vererbten und verschenkten Vermögen stellen aber nur einen Bruchteil des tatsächlich übertragenen Vermögens dar, da die Bewertung stark von realwirtschaftlichen Marktwerten abweicht und nur geerbte Vermögen über recht hohen Freibeträgen berücksichtigt werden. Aktuelle Studien kommen somit auf Grundlage von verschiedenen Datenquellen für die letzten Jahre zu dem Ergebnis, dass das jährliche vererbte Vermögen in Deutschland zwischen 64 Milliarden Euro (Bach et al. 2014) und circa 300 Milliarden Euro (Braun et al. 2011) liegt. Die enorme Bandbreite der Schätzungen spiegelt eine offenkundige Lücke in der Datenlage wider, die durch die PHF-Studie geschlossen werden könnte.

Für die langfristige Analyse von Einkommens- und Vermögenskonzentration sind die Steuerdaten, auf denen die von Piketty diskutierten Zeitreihen basieren, am besten geeignet. Befragungsdaten können in diesem Zusammenhang dazu dienen, nicht nur die Konzentration von Einkommen, sondern die komplette Verteilung abzubilden und Maße für Ungleichheit zu berechnen (s. Bach et al. 2009 und 2013). Da in Deutschland mit der Aussetzung der Vermögensteuer seit 1997 keine Steuerdaten für Vermögen mehr produziert werden, stellen Befragungsdaten wie EVS, SOEP und PHF die einzige Quelle zur Vermögensverteilung in Deutschland dar. Mit Befragungsdaten lassen sich außerdem mögliche Determinanten von hohem Einkommen und Vermögen bestimmen sowie der Beitrag von Erbschaften zur Vermögensungleichheit. Für den von Piketty beabsichtigten langfristigen, internationalen Vergleich von Trends gibt es also keine alternative Datenquelle. Wissenschaftler, die die treibenden Kräfte dieser Trends und andere sich daraus ergebende Fragen untersuchen möchten, finden für die jüngere Vergangenheit in Befragungsdaten eine wichtige Datenquelle.

Endnoten

- 1 Wir danken Nadine Schmid-Greifeneder und Patrick Richter für die Unterstützung bei der Datenrecherche.
- 2 Schall (1884) nutzte zur Vermögensschätzung unter anderem die Statistiken der Feuerversicherung.
- 3 Aggregate zu (Volks-)Einkommen und Vermögen werden unter anderem in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung von statistischen Ämtern oder Zentralbanken veröffentlicht. Quellen

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

für Vermögensaggregate sind die Geldvermögensrechnung (Bestand finanzieller Aktiva und Passiva) oder die Finanzierungsrechnung (finanzielle Transaktionen) der Deutschen Bundesbank von 1960 bis 1992. Ab 1992 liegen mit der Harmonisierung der Vermögensrechnung von Statistischem Bundesamt (Sach- und Gebrauchsvermögen) und Bundesbank (Geldvermögen) kompatible Zeitreihen vor, die weitgehend den Vermögensbestand der privaten Haushalte (inklusive Organisationen ohne Erwerbszweck) erfassen (Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt 2012). Vermögensaggregate für die Zeit vor 1960 können Engels et al. (1974) entnommen werden.

- 4 Einkommensteuergesetze wurden in deutschen Einzelstaaten in folgender Reihenfolge erlassen: 1864 in Oldenburg, 1868 in Sachsen-Altenburg, 1868/69 in Hessen-Darmstadt, 1874 in Bremen, 1874 in Sachsen, 1881 in Hamburg, 1883 in Sachsen-Weimar, 1884 in Baden, 1886 in Anhalt-Dessau, 1889 in Lübeck, 1890 in Sachsen-Meiningen, 1891 in Preußen, 1903 in Württemberg und 1910 in Bayern.
- 5 Die Pareto-Verteilung geht auf Vilfredo Pareto zurück, der 1896 entdeckte, dass die hohen Einkommen in einer Gesellschaft einen typischen Verlauf aufweisen: Ab einem gewissen Einkommen (Schwellenwert) nimmt die Wahrscheinlichkeit, eine Person mit einem noch höheren Einkommen zu beobachten, bis zur Person mit dem höchsten Einkommen kontinuierlich ab. Die Einkommensverteilung ist also rechtsschief. Diese Eigenschaft von Einkommensverteilungen wurde häufig empirisch bestätigt und kann verwendet werden, um unvollständige Einkommensverteilungen mit wenigen Annahmen zu rekonstruieren.
- 6 Bach et al. (2009 und 2013) erweitern die Einkommensteuerdaten um den fehlenden unteren und mittleren Einkommensbereich und können daher Aussagen über die gesamte Einkommensverteilung in Deutschland treffen.

Die statistische Erfassung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften in Deutschland

- 7 Für die Veranlagungsjahre 1927 und 1928 gibt es klassierte Erbschafts- und Schenkungsdaten für die Steuerklasse I und auch klassierte Daten für den steuerfreien Ehegattenerwerb, aber keine Informationen über die Verteilung der Erbschaften und Schenkungen über die anderen vier Steuerklassen. 1929 bietet klassierte Daten zum steuerfreien Ehegattenerwerb und innerhalb der Steuerklassen I und II bis V. 1930 bietet klassierte Daten zum steuerfreien Ehegattenerwerb und innerhalb der Steuerklasse I sowie innerhalb der Steuerklassen insgesamt.
- 8 Bönke et al. (2015) nutzen die Daten, um Erwerbslebenseinkommen zu konstruieren und damit die Ungleichheit von Lebenseinkommen zu bestimmen. Erwerbslebenseinkommen summieren die Einkommen über ein ganzes Berufsleben und bieten im Gegensatz zu einer Querschnittbetrachtung von Jahreseinkommen die Möglichkeit, die Verteilung von Einkommen und Chancen innerhalb eines Geburtsjahrgangs über den Lebenszyklus zu untersuchen.
- 9 Insgesamt sind circa 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung erfasst (Bönke et al. 2015).
- 10 Auch hier können fehlende Einkommen am oberen Rand unter Annahme der Pareto-Verteilung geschätzt werden (s. Bönke et al. 2015 und Fußnote 5).
- 11 Die Auswahl erfolgt aufgrund der Relevanz für die Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsforschung. Weitere Datensätze, die potenziell für die Vermögens- und/oder Erbschaftsforschung genutzt werden könnten, aber zu starke Einschränkungen bezüglich Fallzahl, Erhebungszeitraum oder Personengruppen aufweisen, sind SAVE (Börsch-Supan et al. 2009) und der Deutsche Alterssurvey (Motel-Klin- gebiel et al. 2010).
- 12 Es existieren Erhebungen für 1964, 1969, 1973, 1978, 1983, 1988, 1993 (ab diesem Erhebungsjahr für Gesamtdeutschland), 1998, 2003, 2008 und 2013. Ein aktueller Überblick findet sich in Statistisches Bundesamt (2014).

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

- 13 Die Grundgesamtheit der Haushalte wird dabei für jedes der 16 Bundesländer nach vorgegebenen Quotierungsmerkmalen, wie Haushaltstyp, soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers und Haushaltsnettoeinkommen, gegliedert.
- 14 Stein (2004) bietet einen guten Überblick über vorhandene Studien auf Basis der EVS zum privaten Gesamtvermögen und seiner Verteilung in Deutschland seit Anfang der 1970er-Jahre.
- 15 Die Überrepräsentation bestimmter Gruppen wird mit Gewichten, die die Stichprobenziehung berücksichtigen, korrigiert, um damit eine repräsentative Abbildung der Bevölkerung sicherzustellen.
- 16 Siehe Bartels und Jenderny (2014) für eine Zeitreihe der Einkommenskonzentration mit SOEP-Daten im Vergleich zu Steuerdaten von 2001 bis 2010.

Literatur

- Bach, S./Corneo, G./Steiner, V. (2009): From bottom to top: The entire income distribution in Germany, 1992–2003. *Review of Income and Wealth* 55, 303–330.
- Bach, S./Corneo, G./Steiner, V. (2013): Effective taxation of top incomes in Germany. *German Economic Review* 14, 115–137.
- Bach, S./Houben, H./Maiterth, R./Ochmann, R. (2014): Aufkommens- und Verteilungswirkungen von Reformalternativen für die Erbschaft- und Schenkungsteuer. *DIW Politikberatung kompakt* 83.
- Bartels, C./Jenderny, K. (2014): The Role of Capital Income for Top Income Shares in Germany, Diskussionspapier 32, Freie Universität Berlin, School of Business & Economics.
- Bönke, T./Schröder, C./Werdt, C. (2013): Compiling a Harmonized Database from Germany's 1978 to 2003 Sample Surveys of Income and Expenditure. *ASTA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv* 7, 135–168.

Die statistische Erfassung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften in Deutschland

- Bönke, T./Corneo, G./Lüthen, H. (2015): Lifetime earnings inequality in Germany. *Journal of Labor Economics* 33/1.
- Börsch-Supan, A./Coppola, M./Essig, L./Eymann, A./Schunk, D. (2009): The German SAVE study. Design and results. Mannheim Research Institute for the Economics of Aging.
- Braun, R./Pfeiffer, U./Thomschke, L. (2011): Erben in Deutschland – Volumen, Verteilung und Verwendung. Deutsches Institut für Altersvorsorge, Köln.
- Dell, F. (2007): Top Incomes in Germany Throughout the Twentieth Century 1891–1998. In: Atkinson, A. B./Piketty, T. (Hg.): Top Incomes over the Twentieth Century. A Contrast Between Continental European and English-Speaking Countries. Oxford: Oxford University Press, 365–425.
- Dell, F. (2008): L'Allemagne inégale. Inégalités de revenus et de patrimoine en Allemagne, dynamique d'accumulation du capital et taxation de Bismarck à Schröder: 1870–2005. Thèse de Doctorat de l'EHESS, unveröffentlicht.
- Deutsche Bundesbank (2013): Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Bundesbankstudie. *Deutsche Bundesbank Monatsbericht* Juni, 25–51.
- Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt (2012): Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen 1991–2011.
- Dieterici, K. (1846): Der Volkswohlstand im Preussischen Staate. Berlin: Mittler.
- Engels, W./Sablorny, H./Zickler, D. (1974): Das Volksvermögen. Seine verteilungs- und wohlstandspolitische Bedeutung. Edition Gesellschaft + Unternehmen. Frankfurt a. M.: Herder.
- Europäische Zentralbank (2013a): Results from the First Wave. *European Central Bank Statistics Paper Series* No. 2.
- Europäische Zentralbank (2013b): Methodological Report for the First Wave. *European Central Bank Statistics Paper Series* No. 1.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

- Frick, J./Goebel, J./Grabka, M./Groh-Samberg, O./Wagner G. (2007): Zur Erfassung von Einkommen und Vermögen in Haushaltssurveys: Hocheinkommensstichprobe und Vermögensbilanz im SOEP. SOEPpapers 19.
- Frick, J./Grabka, M./Hauser, R. (2010): Die Verteilung der Vermögen in Deutschland. Empirische Analysen für Personen und Haushalte. Berlin: Edition Sigma.
- Grabka, M./Westermeier, C. (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. *DIW Wochenbericht* 9, 151–164.
- Krelle, W./Schunck, J./Siebke, J. (1968): Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer. Tübingen: Mohr.
- Krug, L. (1805): Betrachtungen über den Nationalreichtum des preussischen Staates und über den Wohlstand seiner Bewohner. Berlin: Johann Friedrich Unger.
- Motel-Klingebiel, A./Wurm, S./Tesch-Römer, C. (Hg.) (2010): Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys. Stuttgart: Kohlhammer.
- Piketty, T. (2001): Les hauts revenus en France au 20^{ème} siècle: inégalités et redistributions, 1901–1998. Paris: B. Grasset.
- Piketty, T. (2003): Income inequality in France, 1901–1998. *Journal of Political Economy* 111(5), 1004–1042.
- Piketty, T. (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H. Beck.
- Roberts, C./Stiepelmann, H. (1983): Überprüfung der verschiedenen Schätzungen der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker und Humblot.
- Rümelin, G. (1863): Beiträge zur Ermittlung des Volksvermögens und Volkseinkommens. In: Statistisches-Topographisches Bureau Württemberg (Hg.): Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung von Land, Volk und Staat.
- Schall (1884): Das Königreich Württemberg: Eine Beschreibung von Land, Volk und Staat, 2. Band, 1. Abtheilung. In: Statistisches-Topographisches Bureau Württemberg (Hg.): Das Königreich

Die statistische Erfassung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften in Deutschland

- Württemberg. Eine Beschreibung von Land, Volk und Staat, <https://archive.org/stream/dasknigreichwrt00landgoog#page/n12/mode/2up>
- Schinke, C. (2012): Inheritance in Germany 1911 to 2009: A mortality multiplier approach. SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research, DIW Berlin.
- Siebke, J. (1971): Die Vermögensbildung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung.
- Statistisches Bundesamt (2003): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Heft 7, Einkommens und Verbrauchsstichprobe – Aufgabe, Methode und Durchführung der EVS.
- Statistisches Bundesamt (2010): Wo bleibt mein Geld? Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008.
- Statistisches Bundesamt (2013): Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen 1991–2012, http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Gesamtwirtschaftliche_Rechenwerke/Vermoegensbilanzen/vermoegensbilanzen.html
- Statistisches Bundesamt (2014): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte 2013. Statistisches Bundesamt Fachserie 15, Heft 2.
- Stein, H. (2004): Anatomie der Vermögensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983–1998. Berlin: Edition Sigma.
- Vermeulen, P. (2014): How fat is the top tail of the wealth distribution? *European Central Bank Working Paper Series No. 1692.*

Persönliche Vermögensteuern in Deutschland: Entwicklung und Perspektiven

Stefan Bach

1. Einleitung

Seit einigen Jahren steht die Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen wieder auf der steuerpolitischen Agenda. Die Einkommens- und Vermögensverteilung ist in den meisten Ländern spürbar ungleicher geworden, insbesondere im obersten Bereich (OECD 2008, 2014, Atkinson/Piketty/Saez 2011, Alvaredo/Atkinson/Piketty/Saez 2013). Auch für Deutschland lässt sich diese Entwicklung seit Mitte der 90er-Jahre beobachten (Grabka/Goebel 2013, Bach/Corneo/Steiner 2009, 2013). Die Diskussion um die

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Studie von Thomas Piketty (2014) hat breite Aufmerksamkeit auf diese Entwicklungen gelenkt. Ferner hat die Umverteilungswirkung der Steuersysteme über die letzten Jahrzehnte abgenommen. Einkommensteuer-Spitzensätze, Unternehmensteuern und Kapitaleinkommensteuern wurden gesenkt, persönliche Vermögensteuern abgeschafft, und die Erbschaftsteuer fristet in den meisten Ländern nur ein Schattendasein.

Vor diesem Hintergrund gibt es eine Renaissance der Vermögensbesteuerung. In einigen Ländern wurden Vermögensteuern erhöht oder wiederbelebt. Auch in Deutschland haben Vermögensteuern und andere „Reichensteuern“ in den steuerpolitischen Diskussionen der letzten Jahre eine Rolle gespielt, insbesondere im Bundestagswahlkampf 2013. Diese Steuerpläne trafen auf heftigen Widerstand der Wirtschaft und lösten in den Mittelschichten keine große politische Mobilisierungswirkung aus. In der politischen Agenda der Großen Koalition wird die Steuerpolitik weitgehend ausgeblendet.

In diesem Beitrag werden die Möglichkeiten einer stärkeren Besteuerung hoher persönlicher Vermögen in Deutschland diskutiert. Im Vordergrund stehen dabei die Wiedererhebung der Vermögensteuer, wie sie bis 1996 in Deutschland bestand, sowie die Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe, die in den letzten Jahren vor dem Hintergrund der steigenden Staatsverschuldung nach der Finanzkrise diskutiert wurde. Ferner wird auf die aktuelle Diskussion zur Erbschaftsteuer eingegangen.

Kapitel 2 zeichnet Begründung und Entwicklung der persönlichen Vermögensteuern in Deutschland nach. Analysen zu den Aufkommens- und Verteilungswirkungen

einer laufenden Vermögensteuer oder einer einmaligen Vermögensabgabe zeigen ein beträchtliches Aufkommenspotenzial, selbst wenn man diese Steuern mit hohen persönlichen Freibeträgen auf das oberste Prozent der Bevölkerung konzentriert (Kapitel 3). Voraussetzung ist allerdings, dass Steuervermeidung und Steuerflucht begrenzt werden können und keine zu breiten Steuerergünstigungen für Betriebsvermögen oder Immobilien gewährt werden. Auch die Erbschaftsteuer kann in ihrer Aufkommens- und Umverteilungswirkung gestärkt werden (Kapitel 4). Dazu müssen die überzogenen Steuerergünstigungen für Betriebsvermögen zurückgeführt werden.

2. Konzept, Begründung und Entwicklung

2.1 Persönliche Vermögensteuern: Vermögensteuer, Vermögensabgabe, Erbschaft- und Schenkungsteuer

Als persönliche Vermögensteuern werden hier die Steuern auf hohe persönliche Vermögen oder auf unentgeltliche Vermögenstransfers betrachtet. Dies sind zum einen die laufende Vermögensteuer auf den jeweils aktuellen Vermögensbestand oder eine einmalige Vermögensabgabe auf den bestehenden Vermögensbestand. Zum anderen fällt darunter die Erbschaft- und Schenkungsteuer auf unentgeltliche Übertragungen. Gemeinsam ist diesen Steuern, dass sie das bestehende oder transferierte Vermögen möglichst umfassend ermitteln, mit höheren persönlichen Freibeträgen die „Normalvermögen“ freistellen und auch

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

persönliche Merkmale wie familiäre Beziehungen berücksichtigen.

Eine laufende Vermögensteuer, wie sie bis 1996 in Deutschland erhoben wurde, oder eine einmalige Vermögensabgabe, die auf eine ähnliche Bemessungsgrundlage erhoben werden kann, besteuern das gesamte Sach- und Finanzvermögen der Steuerpflichtigen, abzüglich der Verbindlichkeiten. Üblicherweise erfassen die Vermögensteuern auch das selbst genutzte Wohneigentum und das Betriebsvermögen, also eigene Firmen oder Beteiligungen an Personen- und Kapitalgesellschaften, gegebenenfalls nach Abzug besonderer Freibeträge für das Betriebsvermögen. Zumeist werden auch wertvolle Sammlungen oder besonders hochwertige Luxusgüter besteuert. Vorsorgevermögen für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung im Rahmen von Sozialversicherungsansprüchen oder privaten Versicherungsverträgen sowie üblicher Hausrat einschließlich Pkw bleiben meist steuerfrei. Bei der Erbschaftsteuer werden sämtliche transferierten Vermögenswerte abzüglich darauf lastender Schulden, Nachlassverbindlichkeiten oder Auflagen bei Schenkungen beim Empfänger belastet.

Charakteristisch für diese allgemeinen Vermögensteuern sind höhere persönliche Freibeträge. Diese sollen die Steuerbelastung auf die wohlhabenden Teile der Bevölkerung konzentrieren. Grob gesprochen geht es hierbei um die reichsten 10 bis 0,5 Prozent der Bevölkerung sowohl beim Vermögensbestand als auch beim Vermögenstransfer – je nachdem, welche Aufkommens- und Umverteilungsziele die Politik verfolgt und wie viele Steuerpflichtige von der Vermögensbesteuerung erfasst werden sollen. Neben

dem Freibetrag können steigende Steuersätze bei höheren steuerpflichtigen Vermögen die Progressionswirkung der Steuerbelastung verstärken. Bei laufender Vermögensteuer oder einmaliger Vermögensabgabe können Personen, Ehepaare oder Familien besteuert werden. Bei einer Ehepaar- oder Familienbesteuerung können nicht ausgeschöpfte Freibeträge oder negative und positive Vermögen zwischen den Ehepartnern oder Familienmitgliedern verrechnet werden. Bei der Erbschaftsteuer wird die Steuerbelastung nach dem Verwandtschaftsgrad zum Erblasser oder Schenker differenziert. Bei Transfers zwischen nahen Verwandten gibt es in Deutschland deutlich höhere persönliche Freibeträge und niedrigere Steuersätze. In vielen Ländern sind Transfers zwischen Ehegatten steuerfrei, dies galt früher auch in Deutschland.

2.2 Steuerpolitische Ziele

Als während des Kaiserreichs in den meisten deutschen Ländern laufende Vermögensteuern eingeführt wurden, ging es um eine Ergänzung der Einkommens- und Ertragsbesteuerung. Die „Ergänzungsteuer“, die in Preußen von 1895 an galt, brachte diese Funktion in ihrem Titel zum Ausdruck (Mann 1928). Sie sollte Erfassungslücken der Einkommensteuer schließen, etwa bei Veräußerungsgewinnen aus privater Vermögensverwaltung oder bei ertragslosen Vermögensgegenständen der gehobenen Lebensführung wie etwa „Landhäusern und Parkanlagen“. Prägend war dabei ferner der Gedanke, die „gesicherten“ und „mühelosen“, nicht auf menschlicher Arbeit beru-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

henden Kapitalerträge höher zu belasten („fundiertes“ Einkommen, „Fundustheorie“) (Thier 1999: 593 ff.).

Daraus entwickelte sich die Idee einer besonderen steuerlichen Leistungsfähigkeit des Vermögens, die an Vermögensfunktionen wie Sicherheit, Unabhängigkeit, wirtschaftlichen und politischen Einfluss anknüpfe, unabhängig von den erzielten Einkünften (vgl. dazu etwa Tipke 1993: 775 ff., Haller 1981: 43, Fecher 1980: 472). Diese Rechtfertigungslehre war in Deutschland bis in die 1980er-Jahre weit verbreitet, der Gesetzgeber hat sie bei der letzten größeren Vermögensteuerreform von 1974 ausdrücklich betont (Bundestagsdrucksache VI/3418: 51). In den letzten Jahren werden diese Aspekte wieder stärker wahrgenommen, angesichts der gestiegenen Konzentration von Einkommen und Vermögen im obersten Bereich der Verteilung.

Auch der Gedanke einer Kontroll- und Ergänzungsfunktion der Vermögensbesteuerung zieht sich bis heute durch die steuerpolitischen Diskurse. Die Vermögensbesteuerung kann die Gewinn- und Kapitaleinkommensbesteuerung ergänzen, insoweit sie dort unter- oder nichterfasste Kapitalerträge belastet. Bei der Gewinnermittlung der Unternehmen oder der Ermittlung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung gibt es viele Regelungen und Gestaltungsmöglichkeiten, die das steuerpflichtige Einkommen deutlich niedriger ausfallen lassen als das tatsächliche „ökonomische“ Einkommen. Bei der Erfassung und Besteuerung von Kapitalerträgen privater Haushalte gibt es zudem Vollzugsdefizite. Hinzu kommt, dass Veräußerungsgewinne bei Immobilien oder Kapitalgesellschaften in Deutschland weitgehend steu-

erfrei bleiben und der Nutzungswert des selbst genutzten Wohneigentums nicht einkommensteuerpflichtig ist. Insofern könnte eine laufende Vermögensteuer als Soll-Ertragsteuer tatsächlich eine Korrekturfunktion ausüben, etwa im Sinne einer Mindestbesteuerung oder als Ersatz der Ertragsbesteuerung (vgl. Jarass/Obermair 2002: 133 ff.).

Bei der Begründung der persönlichen Vermögensbesteuerung spielen Gesichtspunkte des sozialen Ausgleichs und der Umverteilung eine wesentlich stärkere Rolle als bei der Einkommensbesteuerung. Besonders die Erbschaft- und Schenkungsteuer soll den „leistungslosen“ Zufluss von Vermögen abschöpfen, damit die Chancengleichheit in der Leistungsgesellschaft verbessern und zur Dekonzentration des Vermögens beitragen (Oberhauser 1980).

Einmalige Vermögensabgaben zielen explizit auf eine Abschöpfung oder Umverteilung des vorhandenen Vermögensbestands ab. Anlass sind zumeist fiskalische Notsituationen oder der Ausgleich größerer Belastungen von Teilen der Bevölkerung, etwa nach Kriegen, Naturkatastrophen oder gravierenden Wirtschaftskrisen.

2.3 Entwicklung in Deutschland

Die allgemeine Vermögensteuer wurde in Deutschland ab 1923 auf Reichsebene erhoben (Mann 1928). Seitdem waren auch juristische Personen vermögensteuerpflichtig. Es galten progressive Steuersätze von 0,5 Prozent bis 0,75 Prozent. Die Erbschaftsteuer wurde bereits seit 1906 auf Reichsebene als Erbanfallsteuer erhoben, dabei erhielten die Länder Ertragsanteile und durften Zuschläge

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

erheben (Troll/Gebel/Jülicher 2008). Ab 1919 ging sie ganz auf das Reich über, wobei bis 1922 noch eine Nachlasssteuer erhoben wurde. Die Erbschaftsteuersätze stiegen in den 20er-Jahren zunächst bis auf 35 Prozent bei nahen Verwandten und auf bis zu 70 Prozent bei übrigen Personen. Ab 1925 wurden die Erbschaftsteuersätze dann aber auf maximal 15 Prozent beziehungsweise 60 Prozent reduziert. Mit der Einführung des Reichsbewertungsgesetzes 1925 entstanden für alle vermögensbezogenen Steuern (Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer) einheitliche Regelungen zu Vermögensbegriff und Bewertung („Einheitsbewertung“).

Nach 1945 wurde das Aufkommen der Vermögensteuer und der Erbschaftsteuer den Ländern zugewiesen, die Besteuerungsgrundlagen blieben bundeseinheitlich geregelt. Der Vermögensteuersatz betrug seit Anfang der 50er-Jahre 0,75 Prozent, eine Tarifprogression gab es seitdem nicht mehr. Anfang der 70er-Jahre wurde der Vermögensteuersatz auf 1 Prozent erhöht. Im Zuge der Reform von 1974 wurde die Abziehbarkeit der Vermögensteuer von der Einkommen- und Körperschaftsteuer beseitigt. Dies sollte die Eigenständigkeit der Vermögensteuer unterstreichen, im Gegenzug wurden der Steuersatz auf 0,7 Prozent gesenkt und die Freibeträge deutlich erhöht. Ab 1978 betrug der Steuersatz für natürliche Personen 0,5 Prozent und für juristische Personen 0,7 Prozent (0,6 Prozent ab 1984). Eine Milderung oder Beseitigung der Doppelbelastung des Eigenkapitals von Kapitalgesellschaften gab es bis zur Aufhebung der Vermögensteuer nicht. Nach der Wiedervereinigung wurde die Vermögensteuer in den neuen Bundesländern nicht erhoben. Ab

1995 stieg der Vermögensteuersatz für natürliche Personen von 0,5 auf 1 Prozent. Die Erbschaftsteuersätze wurden nach 1945 von der alliierten Militärregierung deutlich angehoben und ab 1954 wieder auf das Niveau von 1925 gesenkt. Seit 1955 sind auch Übertragungen auf Ehegatten steuerpflichtig, allerdings bei hohen Freibeträgen. Ab 1974 wurden die Steuersätze wieder deutlich angehoben auf bis zu 35 Prozent bei nahen Verwandten und bis auf 70 Prozent bei übrigen Personen.

Die Vermögensteuer hatte über die Jahrzehnte eine moderate, aber spürbare Bedeutung für die öffentlichen Haushalte (Abbildung 1). In den späten 20er-Jahren erzielte sie Steuereinnahmen in Größenordnungen von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Auch in den 50er- und 60er-Jahren lag ihr Aufkommen um die 0,4 Prozent des BIP. In den 80er-Jahren sank das Vermögensteueraufkommen auf 0,3 Prozent des BIP, in den 90er-Jahren auf 0,2 Prozent des BIP. Das Erbschaftsteueraufkommen stieg in den 30er-Jahren auf gut 0,1 Prozent des BIP, hatte aber in den 50er- und 60er-Jahren ein ungleich niedrigeres Aufkommensniveau, auch die deutliche Anhebung der Steuersätze ab Mitte der 70er-Jahre erhöhte das Aufkommen nur auf knapp 0,1 Prozent des BIP.

Der Hauptgrund für die schwache Aufkommensentwicklung von Vermögensteuer und Erbschaftsteuer in den 80er- und 90er-Jahren lag vor allem in den Einheitswerten des Grundvermögens. Diese waren seit der Hauptfeststellung 1964 nicht mehr erneuert worden. Anfang der 90er-Jahre machten sie im Mittel nur noch etwa 10 bis 20 Prozent der Verkehrswerte aus. Die damit verbundene Privilegierung des Grundvermögens erklärte dann das

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Bundesverfassungsgericht 1995 für verfassungswidrig. Die damalige schwarz-gelbe Bundestagsmehrheit wollte die Vermögensteuer abschaffen und verhinderte eine generelle Neuregelung der Grundbesitzbewertung. Daher wird die Vermögensteuer seit 1997 nicht mehr erhoben. Das Vermögensteuergesetz ist jedoch weiterhin in Kraft.¹ Die Bewertung für die Erbschaftsteuer wurde separat neu geregelt („Bedarfsbewertung“), was das Aufkommen aber nur moderat auf knapp 0,2 Prozent des BIP erhöhte, da zugleich auch die persönlichen Freibeträge ausgeweitet wurden. Weil Grund- und Betriebsvermögen weiterhin systematisch unterbewertet wurden, kassierte das Bundesverfassungsgericht 2006 auch die erneuerten Bewertungsvorschriften und verlangte vom Gesetzgeber eine systematisch verkehrswertorientierte Bewertung für die Erbschaftsteuer, die ab 2009 umgesetzt wurde. Zugleich wurden die persönlichen Freibeträge angehoben und die Begünstigungen für Betriebsvermögen erheblich ausgeweitet. Seitdem ist das Aufkommen in Relation zum BIP wieder leicht rückläufig.

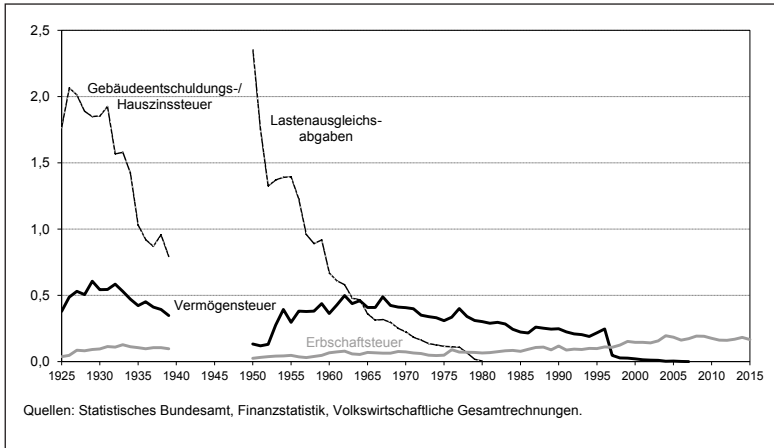
Einmalige Vermögensabgaben wurden in Deutschland vor und nach dem Ersten Weltkrieg eingeführt (Bach 2012). Die Hyperinflation von 1923 machte die ausstehenden Zahlungen dann obsolet. Ab 1924 durften die Länder Abgaben auf Erträge oder Mieten der bestehenden Gebäude erheben, wodurch Inflationsgewinne der Hypothekenschuldner abgeschöpft werden sollten (Witt 1979). Diese als „Gebäudeentschuldungssteuer“ oder nach dem preußischen Modell als „Hauszinssteuer“ bezeichneten Abgaben erzielten in den Folgejahren ein beträchtliches Aufkommen in Größenordnungen von bis zu zwei Prozent

des BIP im Jahr (Abbildung 1), das überwiegend für die Wohnungsbau- und Städtebauförderung verwendet wurde und eine erhebliche Steigerung der Wohnungsproduktion ermöglichte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden von 1949 an Vermögensabgaben erhoben, die ab 1952 im Rahmen des „Lastenausgleichs“ abschließend geregelt wurden (Hauser 2011, Bach 2012). In Anlehnung an die Bemessungsgrundlage der Vermögensteuer wurde das gesamte Vermögen abzüglich der Schulden belastet. Finanzvermögen, die durch die Währungsreform 1948 stark abgewertet worden waren, wurden durch hohe Freigrenzen begünstigt. Die persönlichen Freibeträge waren relativ niedrig. Der Abgabesatz der Vermögensabgabe betrug 50 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens. Daneben wurden auch Hypothekengewinn- und Kreditgewinnabgaben erhoben. Die Abgaben wurden in vierteljährlichen Teilbeträgen bis 1979 abgezahlt oder konnten durch vorzeitige Zahlung abgelöst werden. Die Lastenausgleichsabgaben hatten in den 50er-Jahren ein erhebliches Aufkommen (Abbildung 1). Die Mittel wurden für den Wiederaufbau und die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge verwendet. Durch vorzeitige Ablösungen sowie die nominale Fixierung entsprechend der Veranlagung Anfang der 50er-Jahre reduzierte sich ihre wirtschaftliche Bedeutung in den folgenden Jahrzehnten deutlich.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Abbildung 1: Aufkommen vermögensbezogener Steuern 1925–2015 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).



Seit den 80er-Jahren setzte sich in den steuer- und wirtschaftspolitischen Diskussionen eine skeptische Haltung gegenüber der laufenden Vermögensteuer durch, die in den meisten Ländern abgeschafft wurde.² Auch die Erbschaftsteuer wurde in einigen Ländern abgeschafft, in anderen Ländern wurden die persönlichen Freibeträge erhöht oder Steuervergünstigungen ausgeweitet, sodass trotz steigender Vermögenskonzentration und Vermögensübertragungen das Aufkommen der Erbschaftsteuer in den meisten Ländern nicht ansteigt oder sogar rückläufig ist (Schratzenstaller 2011, IMF 2013).

Als steuertechnische und -politische Achillesferse der persönlichen Vermögensteuern galten lange Zeit die erforderliche Neubewertung von Immobilien sowie das Problem der Steuerflucht von Kapitalanlagen in das Ausland. Im Hinblick auf diese Problemfelder haben sich in

den letzten Jahren neue Perspektiven für die Vermögensbesteuerung ergeben. Zum einen ist das erbschaftsteuerliche Bewertungsverfahren für Grund- und Betriebsvermögen ab 2009 neu geregelt worden. Dabei wurden hinreichend sachgerechte und zugleich praktikable Bewertungsverfahren eingeführt, auf die man auch für Vermögensteuer oder Vermögensabgabe zurückgreifen kann. Zum anderen gehen internationale Steuerflucht und Steuervermeidung bei Unternehmen und Kapitalanlagen zurück, da internationale Vereinbarungen und gegenseitiger Informationsaustausch dies zunehmend unterbinden. Im Bundestagswahlkampf 2013 schlugen die damaligen Oppositionsparteien eine Wiedererhebung der Vermögensteuer (SPD und Linke), die Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe (Grüne und Linke) sowie Erhöhungen bei der Erbschaftsteuer (Grüne und Linke) vor.³ Die nach der Wahl gebildete Große Koalition hat die Steuerpolitik weitgehend ausgeblendet, da die Vorstellungen der Regierungsparteien zu weit auseinanderliegen.

3. Vermögensabgabe und Vermögensteuer

3.1 Konzepte

In diesem Kapitel werden zwei konkrete Vorschläge für persönliche Vermögensteuern der letzten Jahre dargestellt, die in der Steuerpolitik eine Rolle gespielt haben: zum einen das Konzept einer einmaligen Vermögensabgabe von Bündnis 90/Die Grünen (2011, Bundestagsdrucksache 17/10770), zum anderen der Vorschlag mehrerer rot-grün

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

regierter Bundesländer, die Vermögensteuer wieder zu erheben (vgl. dazu Institut der deutschen Wirtschaft 2013, Hey/Maiterth/Houben 2012: 61 ff.). Das DIW Berlin hat in Studien die Aufkommens- und Verteilungswirkungen beider Vorschläge untersucht (Bach et al. 2010, 2011, 2014, Bach/Beznoska 2012).

Die Vermögensabgabe der Grünen soll auf das individuelle Nettovermögen der natürlichen Personen erhoben werden, ermittelt aus den abgabepflichtigen Vermögenswerten abzüglich darauf lastender Verbindlichkeiten. Davon soll ein persönlicher Freibetrag von einer Million Euro abgezogen werden. Eltern erhalten einen zusätzlichen Kinderfreibetrag in Höhe von 250.000 Euro je Kind. Alternativ werden auch Szenarien mit niedrigeren persönlichen Freibeträgen von 250.000 oder 500.000 Euro untersucht. Eine Zusammenveranlagung von Ehepartnern oder die Zusammenveranlagung mit Kindern ist nicht vorgesehen. Für Betriebsvermögen soll ein besonderer Freibetrag in Höhe von fünf Millionen Euro gewährt werden. Ferner wird die jährliche Abgabenbelastung des Betriebsvermögens auf 35 Prozent des Ertrags im Sinne des Betriebsergebnisses begrenzt. Juristische Personen sollen nicht besteuert werden, Anteile an Kapitalgesellschaften sind bei den inländischen natürlichen Personen steuerpflichtig. Angestrebt wird ein Aufkommen von 100 Milliarden Euro, das zur Tilgung von Schulden verwendet werden soll, die der Bund in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise aufgenommen hat.

Der Vorschlag der rot-grünen Länder zur Wiedererhebung der Vermögensteuer orientiert sich grundsätzlich an der Vermögensteuer, die bis 1996 erhoben wurde. Neben

natürlichen Personen sollen auch juristische Personen eigenständig der Vermögensteuer unterliegen. Um Doppelbelastungen zu vermeiden, sollen Beteiligungen von juristischen Personen an anderen juristischen Personen steuerfrei bleiben sowie die steuerpflichtigen Vermögen der juristischen Personen sowie die Anteile von natürlichen Personen an Kapitalgesellschaften nur zur Hälfte steuerpflichtig sein (Halbvermögensverfahren). In der untersuchten Basisvariante sind keine gesonderten sachlichen Freibeträge für das Betriebsvermögen oder andere Vermögensarten vorgesehen. Der persönliche Freibetrag soll zwei Millionen Euro betragen und in Fällen der Zusammenveranlagung von Ehegatten oder Lebenspartnern verdoppelt werden. Kinderfreibeträge sowie eine Zusammenveranlagung mit Kindern sind nicht vorgesehen. Für juristische Personen soll eine Freigrenze für steuerpflichtige Vermögen bis 200.000 Euro gelten. Der Steuersatz soll einheitlich ein Prozent betragen, sowohl für natürliche als auch für juristische Personen.

3.2 Vermögenserfassung und -bewertung

Bei beiden Vorschlägen soll das Vermögen verkehrswertnah bewertet werden. Für die Bewertung von Grund- und Betriebsvermögen soll im Wesentlichen auf die neuen verkehrswertorientierten Bewertungsvorschriften zurückgegriffen werden, die seit 2009 für die Erbschaftsteuer gelten.

Empirische Studien zur neuen erbschaftsteuerlichen Immobilienbewertung deuten an, dass im Durchschnitt

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

die Verkehrswerte gut getroffen werden dürften, jedoch in vielen Fällen erhebliche Über- oder Unterbewertungen entstehen können (Broekelschen/Maiterth 2008, 2009, 2010, vgl. dazu auch: Senatorin für Finanzen Bremen 2010). Bei vielen Eigenheimen oder auch bei bestimmten Gewerbeimmobilien dürfte allerdings ein beträchtlicher Teil der geschätzten steuerlichen Werte außerhalb der Streubreite von +/-20 Prozent der Verkehrswerte liegen, die das Bundesverfassungsgericht (2006: Absatz-Nr. 137) für die Erbschaftsteuer als noch vertretbar angesehen hat. Eine gesonderte gutachterliche Bewertung durch Experten, die der Steuerpflichtige einbringen darf („Öffnungsklausel“, § 198 BewG) kann das Bewertungsergebnis verbessern. Dies bedeutet aber Zusatzaufwand für die Steuerpflichtigen und auch für die Finanzverwaltung (vgl. dazu auch die Analysen des Nationalen Normenkontrollrats 2009: 22 ff. sowie Bach et al. 2010: 69 ff.).

Bei der Neuregelung der erbschaftsteuerlichen Bewertung von Betriebsvermögen wurde ebenfalls grundsätzlich auf die in der Bewertungspraxis üblichen Verfahren abgestellt. Für nicht börsennotierte Anteile an Kapitalgesellschaften und Betriebsvermögen, für die kein geeigneter Markt- oder Kurswert festgestellt werden kann, sollen ertragswertbezogene Vermögensbewertungen nach anerkannten marktüblichen Verfahren vorgenommen werden (§ 11 Abs. 2 BewG), zum Beispiel „discounted cash flow“-(-DCF)-Verfahren, andere Ertragswertverfahren oder Multiplikatormethoden. Diese Verfahren sind aufwendiger und lösen höhere Verwaltungs- und Befolgungskosten aus. Andernfalls kann das vereinfachte Ertragswertverfahren nach § 200 BewG angewendet werden, „wenn dieses nicht

zu offensichtlich unzutreffenden Ergebnissen führt“ (§ 199 Abs. 1 und 2 BewG). Dieses erscheint grundsätzlich als ein sinnvoller Kompromiss zwischen dem Wünschenswerten, also die perspektivischen Ertragspotenziale der Unternehmen zu bestimmen, und dem Machbaren mit Blick auf den Befolgungsaufwand und auf die Vermeidung von subjektiven Ermessensentscheidungen.

Beim Geld- und Wertpapiervermögen bestehen in der Regel keine besonderen Bewertungsprobleme. Geldforderungen wie Sparkonten, festverzinsliche Wertpapiere, Darlehen etc. können nach ihrem Nominalwert angesetzt werden, für Aktien oder Fondsanteile gibt es in der Regel Marktwerte. Für nicht börsennotierte Anteile an Kapitalgesellschaften müssen Unternehmensbewertungen durchgeführt werden (vgl. oben). Größere Probleme kann die Erfassung von Sparguthaben und Wertpapieranlagen bereiten. Allgemeine steuerliche Überwachungsverfahren bei den Finanzdienstleistern, wie sie für die Erbschaftsteuer bestehen, müssten auch für die Vermögensteuer eingeführt werden, um die Besteuerungsgrundlagen wirksam ermitteln zu können.

Die Ermittlung von Auslandsanlagen der steuerpflichtigen Inländer ist für die Finanzverwaltung schwieriger. Hier ist sie auf die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Behörden angewiesen. In der Vergangenheit haben sich dabei viele Länder verweigert, insbesondere kleinere Länder mit spezialisierten Finanzplätzen für die Vermögensverwaltung. Durch erhöhten Fahndungsdruck sowie den Trend zum internationalen Informationsaustausch bei Kapitalanlagen (BMF 2014b) wird jedoch die internationale Steuerflucht bei Privatanlegern zunehmend erschwert und

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

bisher unbesteuertes Auslandsvermögen von der inländischen Besteuerung immer stärker erfasst werden können.

3.3 Aufkommens- und Verteilungswirkungen

Für die Analyse der Aufkommens- und Verteilungswirkungen der Vermögensabgabe und der Vermögensteuer der natürlichen Personen wird ein Mikrosimulationsmodell verwendet, das auf der Vermögensbefragung im Rahmen der Erhebungswelle 2007 des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) basiert. In dieser Erhebung sind die Vermögen der sehr wohlhabenden Haushalte allerdings nicht hinreichend erfasst. Dazu wird die Liste der 300 reichsten Deutschen laut „manager magazin“ (2007) in den Modelldatensatz integriert und unter Verwendung der Pareto-Verteilung⁴ das Vermögen und die Vermögensverteilung der Personen mit einem Nettovermögen über zwei Millionen Euro geschätzt. Dabei wird unterstellt, dass die geschätzten Top-Vermögen im Wesentlichen aus Betriebsvermögen bestehen, also eigene Unternehmen oder Beteiligungen an Personen- oder Kapitalgesellschaften (Bach et al. 2010, 2014). Durch die entsprechende Aufstockung der Vermögensverteilung im obersten Bereich sind die Berechnungen mit den gesamtwirtschaftlichen Vermögensaggregaten für private Haushalte kompatibel. Die Ergebnisse unterliegen jedoch einer relativ großen Schätzunsicherheit. Im Folgenden werden für die wesentlichen Ergebnisse 95-Prozent-Konfidenzintervalle angegeben (Tabelle 1).

Nach den Schätzungen zur Vermögensverteilung auf Ebene der privaten Haushalte einschließlich der sehr hohen

Vermögen entfallen auf die reichsten zehn Prozent der erwachsenen Bevölkerung zwei Drittel des gesamten Nettovermögens, auf das reichste Prozent der Bevölkerung 36 Prozent des Vermögens und auf die reichsten 0,1 Prozent der Bevölkerung immer noch 22 Prozent des Vermögens (Bach et al. 2010, 2014). Daher kann eine Steuer auf das Vermögen natürlicher Personen auch bei hohen Freibeträgen ein beträchtliches Aufkommen erzielen, sofern die Vermögenswerte vollständig erfasst und marktnah bewertet werden, breite Steuervergünstigungen für Betriebsvermögen oder Immobilien vermieden werden und die Ausweichreaktionen der Steuerpflichtigen nicht zu hoch ausfallen.

Vermögensabgabe

Tabelle 1 stellt die Ergebnisse zur Bemessungsgrundlage der Vermögensabgabe nach dem Konzept der Grünen für verschiedene Szenarien von persönlichen Freibeträgen, Kinderfreibeträgen und Sonderfreibeträgen für das Betriebsvermögen dar. Anpassungsreaktionen der Steuerpflichtigen werden dabei vernachlässigt. Diese sind bei einer unerwarteten Vermögensabgabe, die auf den Vermögensbestand in der Vergangenheit erhoben wird, auch nur begrenzt möglich (vgl. dazu unten, Kapitel 3.4).

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Tabelle 1: Bemessungsgrundlage der Vermögensabgabe für verschiedene persönliche Freibeträge, Kinderfreibeträge und gesonderte Freibeträge für das Betriebsvermögen.

	Persönlicher Freibetrag: 250.000 Euro		Persönlicher Freibetrag: 500.000 Euro		Persönlicher Freibetrag: 1 Mio. Euro		Netto- vermögen insgesamt
	Kinderfreibetrag: 100.000 Euro		Kinderfreibetrag: 250.000 Euro		Kinderfreibetrag: 250.000 Euro		
	Freibetrag für das Betriebsvermögen						
	ohne	5 Mio. Euro	ohne	5 Mio. Euro	ohne	5 Mio. Euro	
Bemessungsgrund- lage in Mrd. Euro	2941	2303	2234	1694	1864	1398	7215
<i>KI¹⁾ untere Grenze</i>	2551	2024	1855	1426	1500	1144	6739
<i>KI¹⁾ obere Grenze</i>	3332	2582	2613	1962	2229	1653	7691
Bemessungsgrund- lage in % BIP 2011	118 %	92 %	89 %	68 %	75 %	56 %	289 %
<i>KI¹⁾ untere Grenze</i>	102 %	81 %	74 %	57 %	60 %	46 %	270 %
<i>KI¹⁾ obere Grenze</i>	133 %	103 %	105 %	78 %	89 %	66 %	308 %
Abgabepfl. in Tsd. Perzentil ²⁾ Beginn	4787	4384	1394	1162	414	332	
Abgabebelastung	92,3	92,3	97,7	97,7	99,4	99,4	

1) 95%-Konfidenzintervall, robuste Standardfehler.
2) Perzentile der Nettovermögensverteilung der Personen in privaten Haushalten ab 17 Jahren.
Quelle: Bach u. a. (2010, 2011, 2014).

Für die Vermögensabgabe nach dem Vorschlag der Grünen (persönlicher Freibetrag eine Million Euro, Kinderfreibetrag 250.000 Euro) ergibt sich eine potenzielle Bemessungsgrundlage in Höhe von 1860 Milliarden Euro, das entspricht 75 Prozent des BIP 2011. Eine einmalige Vermögensabgabe von zum Beispiel 5 Prozent könnte somit ein einmaliges Aufkommen von 93 Milliarden Euro oder 3,8 Prozent des BIP erzielen. Entsprechend könnte eine laufende Vermögensteuer mit einem Steuersatz von zum Beispiel 1 Prozent auf diese Bemessungsgrundlage ein jährliches Steueraufkommen von 18,6 Milliarden Euro oder 0,75 Prozent des BIP erzielen. Steuerpflichtig wären gut 400.000 Personen, das entspricht den reichsten 0,6 Prozent der Bevölkerung. Wenn man einen Freibetrag für das Betriebs-

vermögen in Höhe von 5 Millionen Euro berücksichtigt, um die kleinen und mittleren Unternehmen zu schonen, sinkt die Bemessungsgrundlage auf 1410 Milliarden Euro oder 56 Prozent des BIP. Die Zahl der potenziellen Steuerpflichtigen sinkt auf 330.000 Personen.

Bei niedrigeren persönlichen Freibeträgen erhöht sich das Aufkommenspotenzial deutlich, gleichzeitig steigt die Zahl der potenziellen Steuerpflichtigen erheblich. Bei einem persönlichen Freibetrag von 500.000 Euro erhöht sich die potenzielle Bemessungsgrundlage auf 2230 Milliarden Euro beziehungsweise 1690 Milliarden Euro bei einem gesonderten Freibetrag für das Betriebsvermögen von 5 Millionen Euro. Die Zahl der potenziellen Steuerpflichtigen steigt auf 1,4 Millionen beziehungsweise 1,2 Millionen. Reduziert man den persönlichen Freibetrag auf 250.000 Euro und den Kinderfreibetrag auf 100.000 Euro, steigt die Bemessungsgrundlage sogar auf 2940 Milliarden Euro (ohne gesonderten Freibetrag für das Betriebsvermögen), das sind 118 Prozent des BIP. Auf dieser Grundlage könnte bereits eine laufende Vermögensteuer mit einem Steuersatz von zum Beispiel 0,5 Prozent ein jährliches Steueraufkommen von 14,7 Milliarden Euro oder 0,59 Prozent des BIP erzielen. Allerdings steigt die Zahl der potenziellen Steuerpflichtigen auf 4,8 Millionen, das sind die reichsten 7,7 Prozent der Bevölkerung.

Vermögensteuer

Für die Vermögensteuer nach dem Vorschlag der rot-grünen Länder wurde für die natürlichen Personen

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

eine Bemessungsgrundlage in Höhe von 890 Milliarden Euro geschätzt (Tabelle 2). Dabei sind das Halbvermögensverfahren, also nur der hälftige Ansatz der Aktien und weiterer Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, sowie ein abschmelzender persönlicher Freibetrag von zwei Millionen Euro berücksichtigt. Gesonderte Freibeträge oder andere Vergünstigungen für Betriebsvermögen sind nicht vorgesehen. Bei einem Steuersatz von einem Prozent könnte damit ein jährliches Steueraufkommen von 8,9 Milliarden Euro erzielt werden. Steuerpflichtig wären 143.000 Personen, das entspricht den reichsten 0,2 Prozent der erwachsenen Bevölkerung. Für die juristischen Personen ergibt sich eine Bemessungsgrundlage von 760 Milliarden Euro (Tabelle 2). Daraus würde beim Steuersatz von einem Prozent ein jährliches Steueraufkommen von 7,6 Milliarden Euro entstehen. Steuerbelastet wären 164.000 Unternehmen.

Tabelle 2: Bemessungsgrundlagen, Steueraufkommen und Erhebungskosten der Vermögensteuer für ein Basisszenario (ohne Vergünstigungen für Betriebsvermögen), Steuersatz 1 Prozent.

	Vermögensteuer		
	Natürliche Personen	Juristische Personen	Insgesamt
Bemessungsgrundlage (nach Halbvermögensverfahren)			
Mrd. Euro	890	760	1650
% BIP	35 %	30 %	64 %
Steueraufkommen			
Mrd. Euro	8,9	7,6	16,5
% BIP	0,35 %	0,30 %	0,64 %
Steuerpflichtige	143.000	164.000	307.000
Erhebungskosten in % des jeweiligen Steueraufkommens			
Befolgungskosten ¹⁾	0,8 %	0,9 %	0,9 %
Verwaltungskosten ²⁾	0,5 %	0,5 %	0,5 %
Minderaufk. Wertkorrekturen Immobilien ³⁾	0,7 %		0,4 %
Insgesamt	2,1 %	1,4 %	1,8 %
1) Befolgungskosten der Steuerpflichtigen. - 2) Kosten der Finanzverwaltung. 3) Wirkung der Korrekturen für überbewertete Immobilien. Quelle: Bach/Beznoska (2012).			

Insgesamt würde eine reaktivierte Vermögensteuer nach dem Basisszenario der rot-grünen Länder bei einem Steuersatz von einem Prozent ein zusätzliches Steueraufkommen von 16,5 Milliarden Euro pro Jahr versprechen. Dies entspricht 0,64 Prozent des BIP im Jahre 2011. Dabei sind mögliche Anpassungsreaktionen der Steuerpflichtigen noch nicht berücksichtigt (vgl. dazu unten, Kapitel 3.4). Ferner würden Vergünstigungen für Betriebsvermögen das Aufkommen mindern, da etwa 75 Prozent der Bemessungsgrundlage auf Betriebsvermögen entfallen.

Die Erhebungskosten der Vermögensteuer, also die Befolgungskosten der Steuerpflichtigen und die Verwaltungskosten der Finanzbehörden einschließlich des

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Minderaufkommens für korrigierte Fehler bei der Immobilienbewertung der privaten Vermögensteuer, werden auf insgesamt 1,8 Prozent des Aufkommens geschätzt. Dazu werden fallorientierte Kostensätze nach der Methodik des Standardkosten-Modells und interne Zeitvorgaben aus der Finanzverwaltung für die erbschaftsteuerliche Vermögensbewertung sowie für die Erbschaftsteuer-Veranlagung herangezogen. Ferner wird das Minderaufkommen geschätzt, das durch die Korrektur von überbewerteten Immobilien entstehen dürfte. Auch wenn die dabei getroffenen Annahmen die möglichen Erhebungskosten gegebenenfalls unterschätzen, zeigen die Analysen, dass die Erhebungskosten der Vermögensbesteuerung in einem vernünftigen Rahmen bleiben, wenn die Zahl der Steuerpflichtigen klein gehalten und ein hinreichendes Aufkommen je Fall erzielt werden kann. Weitreichende Steuervergünstigungen für Betriebsvermögen, die das Aufkommen deutlich reduzieren, ohne die Fallzahlen entsprechend zu verkleinern, sind hier kontraproduktiv. Zudem machen sie das Besteuerungsverfahren komplizierter und erhöhen die Erhebungskosten.

3.4 Wirtschaftliche Wirkungen der Vermögensbesteuerung

Da die Vermögensbesteuerung die Vermögenserträge oder Nutzwerte nach Steuern vermindert, beeinflusst sie ähnlich wie die Ertragsteuern wirtschaftliche Entscheidungen. Zu den grundlegenden Wirkungszusammenhängen einer allgemeinen Vermögensteuer auf die nachhaltigen Vermögenserträge lassen sich einfache Relationen ableiten,

wenn man für die Vermögensbewertung gemäß dem Ertragswertverfahren eine Kapitalisierung der nachhaltig zu erzielenden Erträge vornimmt. Die Marktwerte auf den Immobilien- und Kapitalmärkten orientieren sich längerfristig an derartigen Kalkülen. Auch die neue erbschaftsteuerliche Bewertung von Immobilien- und Betriebsvermögen, für die keine geeigneten Marktwerte vorliegen, verwendet solche Ertragswertverfahren (vgl. Abschnitt 3.2).

Die Grenzbelastungswirkung einer laufenden Vermögensteuer auf den Ertrag verschiedener Investitionen ist in Tabelle 3 für verschiedene Kapitalisierungszinssätze dargestellt. Dabei wird ein Vermögensteuersatz von einem Prozent unterstellt. Bei niedrigeren oder höheren Steuersätzen würden sich die Ergebnisse für die Vermögensteuerbelastung proportional ändern, allerdings wäre auch das Steueraufkommen entsprechend niedriger oder höher. Ferner wird die Gesamtbelastung einschließlich der Ertragsteuerbelastungen dargestellt und dabei angenommen, dass es keine Verrechnungs- oder Abzugsmöglichkeiten zwischen Ertragsteuern und Vermögensteuern gibt. Investitionen in eine inländische Kapitalgesellschaft oder in eine inländische Personengesellschaft werden unterschieden und dabei verschiedene Finanzierungs- und Gewinnverwendungsalternativen berücksichtigt, die zu unterschiedlichen Ertragsteuerbelastungen führen (Fremdfinanzierung, Gewinnthesaurierung und Gewinnausschüttung). Bei den privaten Kapitalanlagen werden Finanzanlagen betrachtet, die der Abgeltungsteuer unterliegen, sowie Vermietungsinvestitionen, die mit dem persönlichen

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Einkommensteuersatz belastet werden. Die Ertragsteuerbelastungen unterscheiden sich erheblich: Die Fremdfinanzierung in Kapitalgesellschaften, Finanzanlagen oder die Gewinnthesaurierung werden etwa niedriger belastet als die Gewinnausschüttung oder Vermietungseinkünfte. Für die Besteuerung thesaurierter Gewinne ist zu berücksichtigen, dass bei Ausschüttung eine zusätzliche Steuerbelastung entsteht (Abgeltungssteuer, Nachversteuerung bei Personenunternehmen). Die hier dargestellten Belastungen gelten also nur, wenn langfristig thesauriert wird. Hier werden die Grenzbelastungen dargestellt, die für die Anpassungs- und Ausweichreaktionen („Substitutionseffekte“) relevant sind. Vergünstigungen für Betriebsvermögen würden die Effekte entsprechend verringern. Ferner reduzieren die persönlichen Freibeträge die Durchschnittsbelastungen und damit die Einkommenseffekte der Besteuerung, was etwa für Liquiditätseffekte eine Rolle spielt (vgl. unten).

Tabelle 3: Nominale Grenzsteuerbelastung von Investitionen und Kapitalanlagen von Inländern im Inland durch Ertragsteuern und Vermögensteuer (Steuersatz 1 Prozent) in Prozent des nachhaltigen Jahresertrags.

Investitionen in	Ertragsteuern	Vermögensteuerbelastung bei Rendite/Kapitalisierungszins von				Gesamtbelastung bei Rendite/Kapitalisierungszins von			
		2,0	4,0	7,0	10,0	2,0	4,0	7,0	10,0
Unternehmen im Inland Kapitalgesellschaft¹⁾									
Gewinnthesaurierung	29,8	35,0	17,5	10,0	7,0	64,8	47,3	39,8	36,8
Gewinnausschüttung	48,3	25,8	12,9	7,4	5,2	74,1	61,2	55,7	53,5
Fremdfinanzierung	29,9	35,0	17,5	10,0	7,0	64,9	47,4	39,9	36,9
Personenunternehmen									
Regelbesteuerung	47,4	35,0	17,5	10,0	7,0	82,4	64,9	57,4	54,4
Thesaurierungsbegünst.	36,2	35,0	17,5	10,0	7,0	71,2	53,7	46,2	43,2
Nachverst. Ausschütt.	48,0	35,0	17,5	10,0	7,0	83,0	65,5	58,0	55,0
Private Kapitalanlagen									
Finanzanlagen (Abg.St.)	26,4	50,0	25,0	14,3	10,0	76,4	51,4	40,7	36,4
Vermietung	47,5	50,0	25,0	14,3	10,0	97,5	72,5	61,8	57,5
Annahmen: Gewerbesteuer Hebesatz 400 %, Grenzsteuersatz Einkommensteuer 45 %. Vermögensteuersatz 1 % Keine Steuersatzermäßigungen für Betriebs- oder Immobilienvermögen. Vernachlässigung von sachlichen und persönlichen Freibeträgen sowie Zinsschranke. 1) Kapitalgeber ist steuerpflichtiger Inländer.									

Für die Belastungswirkung der Vermögensteuer bei den Unternehmen ist in Tabelle 3 berücksichtigt, dass bei der Unternehmensbewertung der nachhaltige Ertrag vor Steuern um eine pauschale Ertragsteuerbelastung in Höhe von 30 Prozent reduziert wird. Daher betragen die Belastungen bezogen auf den nachhaltigen Ertrag nur 10 Prozent für einen Kapitalisierungszinssatz von 7 Prozent, der derzeit für die Unternehmensbewertung nach dem vereinfachten Ertragswertverfahren maßgeblich ist.⁵ Bei den privaten Kapitalanlagen beträgt die Ertragsbelastung bei einem Kalkulationszinssatz von 7 Prozent

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

dagegen 14,3 Prozent, entsprechend der Relation von Vermögensteuersatz zum Kalkulationszinssatz. Bei der Gewinnausschüttung von Kapitalgesellschaften reduziert sich die Belastung auf 7,4 Prozent, da die Vermögensteuerbelastung die Ausschüttung vermindert und damit das Aufkommen der Abgeltungsteuer reduziert. Unterstellt ist hier, dass die Investoren steuerpflichtige Inländer sind. Andernfalls reduziert sich die Steuerbelastung nach dem rot-grünen Vermögensteuervorschlag auf die Hälfte, da nach dem Halbeinkünfteverfahren nur die halbe Belastung auf Ebene der Kapitalgesellschaft einschlägig ist.

Entsprechend der Relation von Vermögensteuersatz zu Kapitalisierungszinssatz sinkt die implizite Ertragsteuerbelastung der Vermögensteuer bei höheren Kapitalisierungszinssätzen. Höher sind die impliziten Ertragsbelastungen bei Vermögensanlagen, für deren Bewertung niedrigere Kapitalisierungszinssätze veranschlagt werden. So wird bei der Ertragsbewertung von Immobilien in den letzten Jahren mit „Liegenschaftszinsen“ von etwa 4 Prozent bis 6 Prozent gerechnet. Bei sicheren Staatsanleihen, Termingeldern oder anderen sicheren festverzinslichen Anlagen sind die Zinsen momentan sehr niedrig. Selbst wenn hier die Zinsen mittelfristig wieder auf 4 Prozent steigen, kommt man bei einem Vermögensteuersatz von 1 Prozent auf eine implizite Ertragsbelastung von 25 Prozent. Bei Zinsen von 2 Prozent, die derzeit bei sicheren Staatsanleihen kaum noch zu erreichen sind, beträgt die Ertragsbelastung 50 Prozent.

Die laufende Vermögensteuer wirkt also ähnlich wie eine Ertragsteuer, die sich auf die impliziten Sollerträge bezieht. Anders als die Ist-Besteuerung durch die Ertragsteuern

ändern kurzfristige Ertragsschwankungen die Steuerbelastung aber nicht. Dies führt bei höheren Gewinnen zu sinkenden Belastungen bezogen auf den Ertrag, bei niedrigen Gewinnen oder Verlusten zu sehr hohen Ertragsbelastungen. Im Hinblick auf damit verbundene Substanzsteuerbelastungen ist aber zu berücksichtigen, dass dauerhafte Ertragsminderungen bei der laufenden Vermögensbewertung berücksichtigt werden sollten, sodass die Vermögenswerte entsprechend reduziert werden. Eine dauernde Substanzsteuerbelastung wird dadurch tendenziell vermieden, soweit die Renditen nicht sehr niedrig sind oder Mindestwerte greifen, zum Beispiel Bodenwerte bei Immobilien oder Substanzwerte bei Betrieben. Bei höheren Kapitalisierungszinssätzen sind die Belastungen bezogen auf den nachhaltigen Ertrag niedriger.

Insgesamt bedeutet also eine laufende Vermögensbesteuerung von 1 Prozent implizit eine Erhöhung der Unternehmensteuerbelastung um 10 Prozentpunkte bezogen auf den nachhaltigen Ertrag, wenn man sich am aktuellen Kalkulationszinssatz für Betriebsvermögen von etwa 7 Prozent orientiert. Kumuliert mit der Ertragsbesteuerung würde die laufende Vermögensbesteuerung die gesamte Steuerbelastung der Unternehmen in Deutschland wieder auf das Niveau vor der Unternehmensteuerreform 2008 heben. Bei Finanzanlagen oder Vermietungsobjekten liegen die kumulierten Belastungen erheblich höher und reichen bei Immobilien mit hohen Marktwerten und niedrigen Renditen bis zu 100 Prozent und mehr. Wenn man noch die Inflation berücksichtigt, werden hier die Erträge von der Steuerbelastung aufgezehrt und es kann eine systematische Belastung der realen Vermögenssubstanz entstehen.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Auf Grundlage dieser impliziten Ertragsbelastungen einer laufenden Vermögensteuer analysieren Bach und Beznoska (2012: 58 ff.) die Aufkommenswirkungen möglicher Anpassungsreaktionen der Steuerpflichtigen für den Vorschlag der rot-grünen Länder. Hierzu werden Schätzungen zur Elastizität der ertragsteuerlichen Bemessungsgrundlagen für Deutschland herangezogen und eine Bemessungsgrundlagenelastizität bezogen auf die tarifliche Steuerbelastung der Unternehmens- und Kapitalerträge von $-0,25$ unterstellt. Das heißt, wenn die Ertragsteuerbelastung um 1 Prozent (nicht Prozentpunkte) erhöht (oder gesenkt) wird, sinkt (oder steigt) die Bemessungsgrundlage um 0,25 Prozent. Dabei ergibt sich ein mögliches Steuerminderaufkommen von 4,9 Milliarden Euro, das entspricht 30 Prozent des Vermögensteueraufkommens vor Anpassungen in Höhe von 16,5 Milliarden Euro (vgl. Tabelle 3). Mit 3,3 Milliarden Euro ist der größere Teil dieses Effekts auf den Rückgang bei den Ertragsteuern zurückzuführen.

Diese Schätzungen sind allerdings mit großen Unsicherheiten verbunden, da nur schwer vorherzusagen ist, wie die Unternehmen oder Kapitalanleger unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen auf die Wiederbelebung der Vermögensteuer reagieren werden. Die Analyse zeigt, dass mögliche Anpassungsreaktionen der Steuerpflichtigen vor allem durch die „Schattenwirkung“ auf die Ertragsteuern spürbare Aufkommensminderungen auslösen können. Soweit allerdings internationale Steuerflucht und Steuervermeidung bei Unternehmen und Kapitalanlagen zunehmend zurückgedrängt werden, vermindern sich Ausweichreaktionen und Aufkommensminderungen. Ferner ist zu berücksichtigen, dass sich die geschätzten Anpassungsre-

aktionen im Wesentlichen auf Steuergestaltungen beziehen, die nur zum Teil mit realwirtschaftlichen Anpassungen einhergehen. Daher fallen mögliche Wirkungen auf Investitionen und Beschäftigung deutlich geringer aus als die Anpassungsreaktionen bei der Bemessungsgrundlage.

Bei einer einmaligen und unerwarteten Vermögensabgabe, die nach den historischen Verhältnissen des Bewertungsstichtages ermittelt wird, ist die jährliche Abgabebelastung fixiert und damit unabhängig von der weiteren Entwicklung der Vermögenswerte und ihrer Erträge sowie der Vermögensbildung. Dadurch löst die Vermögensabgabe keine unmittelbaren Anpassungsreaktionen aus – anders als die laufende Vermögensteuer oder ertragsabhängige Steuern auf Unternehmensgewinne oder Kapitalerträge. Sofern die Abgabepflichtigen allerdings damit rechnen, dass derartige Vermögensabgaben in regelmäßigen Abständen erhoben werden, können bei längerfristigen Investitions- und Anlageentscheidungen oder bei der Wohnortwahl Ausweichreaktionen entstehen.

Für die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen ist zu berücksichtigen, dass das Aufkommen der Vermögensteuern dazu verwendet wird, andere Steuern und Abgaben zu senken, öffentliche Leistungen auszubauen oder die Staatsverschuldung abzubauen. Dies löst für sich genommen positive wirtschaftliche Wirkungen aus, die möglichen negativen Wirkungen der Vermögensteuer gegenüberstehen. Soweit die starke und zunehmende Vermögenskonzentration mit negativen sozialen oder politischen Externalitäten einhergeht (vgl. dazu Bach 2014), kann eine stärker umverteilende Besteuerung diese abbauen und damit langfristig positiv wirken.

4. Erbschaftsteuer

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer gilt vielen Ökonomen und Steuerfachleuten als die verträglichere Variante der Vermögensbesteuerung im Vergleich zu einer laufenden Vermögensteuer oder einer einmaligen Vermögensabgabe. Sie wird erst bei der Weitergabe der Vermögen erhoben. Da das zumeist erst im Alter geschieht, scheint sie während der aktiven wirtschaftlichen Betätigungen in jüngeren Jahren weniger relevant für die wirtschaftlichen Entscheidungen zu sein. Die Belastung von hohen „leistungslosen“ Zuflüssen beim Begünstigten scheint die Akzeptanz dieser Form der Vermögensbesteuerung zu erhöhen, da dies „meritokratischen“ Vorstellungen Rechnung trägt und die Chancengleichheit zwischen Angehörigen einzelner Generationen fördert (vgl. Piketty/Saez/Zucman 2014). In der breiten Öffentlichkeit ist die Erbschaftsteuer aber unpopulärer als eine laufende Vermögensbesteuerung oder Erhöhungen der Unternehmensteuern. Offenbar stößt die Belastung des Vermögenstransfers im Familienzusammenhang auf Vorbehalte. Ferner gibt es Unsicherheit über die mögliche Betroffenheit von der Steuerbelastung.

Angesichts der gewachsenen Vermögen und der starken Vermögenskonzentration werden seit Jahren für Deutschland erhebliche potenzielle Erbschaftsvolumen in Höhe von jährlich 200 Milliarden Euro und mehr geschätzt, mit steigender Tendenz (vgl. dazu Schinke 2012, Houben/Maiterth 2011). Die Konzentration der Erbschaften und Schenkungen dürfte ähnlich hoch sein wie beim Vermögen. Gemessen daran liegt das Erbschaftsteueraufkommen mit jährlich 4 bis 5 Milliarden Euro recht niedrig, ein Anstieg des Aufkommens ist bisher

nicht erkennbar. Im Gegenteil gibt es Befürchtungen, dass das Aufkommen aufgrund der ausgeweiteten Steuervergünstigungen für Betriebsvermögen mittelfristig eher zurückgeht.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer ist die letzte verbliebene „Reichensteuer“ im deutschen Steuersystem, die gezielt hohe persönliche Vermögen belastet. Sie erfasst den unentgeltlichen Vermögenserwerb von Todes wegen (Erbschaft, Vermächtnis) sowie Erwerbe aus Schenkungen unter Lebenden. Besteuerungsgrundlage ist der Vermögenszuwachs des Erwerbers, also des Begünstigten der Erbschaft oder der Schenkung. Bei den Erbschaften erhebt Deutschland also eine Erbanfallsteuer.⁶ Steuerpflichtig sind sämtliche transferierten Vermögenswerte abzüglich der darauf lastenden Schulden, Nachlassverbindlichkeiten oder Auflagen bei Schenkungen. Mehrfache steuerpflichtige Erwerbe von der gleichen Person werden innerhalb von zehn Jahren zusammengerechnet.

Die Erbschaftsteuerbelastung wird nach dem Verwandtschaftsgrad differenziert (§§ 16, 19 ErbStG). Bei engen Verwandten gelten höhere persönliche Freibeträge und niedrigere Steuersätze. Ehegatten oder Lebenspartner erhalten einen persönlichen Freibetrag von 500.000 Euro, Kinder einen Freibetrag von 400.000 Euro. Die Steuersätze steigen für diese Fälle von 7 Prozent bis auf 30 Prozent. Bei entfernten Verwandten und sonstigen Erwerbern beträgt der persönliche Freibetrag nur 20.000 Euro und die Steuersätze steigen bis auf 50 Prozent.

Die Bewertung der übertragenen Vermögen orientiert sich seit der Erbschaftsteuerreform 2009 konsequent an den Verkehrswerten (vgl. oben, Kapitel 3.2). Dies gilt auch für Grund- und Betriebsvermögen, die früher häufig unter-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

bewertet wurden. Da hierzu erstmalig in Deutschland hinreichend sachgerechte und zugleich praktikable Bewertungsverfahren eingeführt wurden, war diese Reform ein großer Erfolg.

Zugleich wurden mit dieser Reform sehr weitreichende Vergünstigungen für Betriebsvermögen einschließlich wesentlicher Beteiligungen an Kapitalgesellschaften eingeführt, sofern die Begünstigten die Betriebe fortführen und die Beschäftigung erhalten (§§ 13a und 13b ErbStG). Damit sollen bei der Unternehmensnachfolge die dortigen Arbeitsplätze gesichert werden. Für die Vergünstigungen gibt es zwei Varianten:

- Die generell veranlagte „*Regelverschonung*“ stellt das Betriebsvermögen zu 85 Prozent steuerfrei, wenn das *Verwaltungsvermögen*⁷ unter 50 Prozent des gesamten Betriebsvermögens liegt, der Betrieb fünf Jahre fortgeführt wird und dabei die Lohnsumme über diese fünf Jahre zusammengerechnet 400 Prozent der Ausgangslohnsumme nicht unterschreitet.⁸ Vom nicht freigestellten Betriebsvermögen wird zusätzlich ein (abschmelzender) Freibetrag von 150.000 Euro abgezogen.⁹ Der verbleibende steuerpflichtige Teil des Betriebsvermögens unterliegt unabhängig vom Verwandtschaftsverhältnis dem günstigen Tarif der Steuerklasse I.
- Auf Antrag wird Betriebsvermögen vollständig von der Erbschaftsteuer befreit („*Optionsverschonung*“, § 13a Abs. 8 ErbStG). Dazu darf das *Verwaltungsvermögen* nicht mehr als 10 Prozent des gesamten Betriebsvermögens ausmachen. Ferner muss der Betrieb sieben Jahre fortgeführt werden und in diesem Zeitraum 700 Prozent der Ausgangslohnsumme erreicht werden.

Diese Vergünstigungen sind nicht in der Höhe begrenzt. Dadurch können auch hohe dreistellige Millionenvermögen oder sogar Milliardenvermögen weitgehend steuerbegünstigt oder bei Nutzung der „Optionsverschönerung“ vollständig steuerfrei übertragen werden. Tatsächlich wurden die Vergünstigungen in den letzten Jahren intensiv genutzt. Die Steuerausfälle der Jahre 2009 bis 2012 werden auf 19 Milliarden Euro geschätzt.¹⁰ Auch für 2013 und 2014 kommen vermutlich noch einmal erhebliche Steuerausfälle hinzu. Das Erbschaftsteueraufkommen, das sich bei 4 bis 5 Milliarden Euro im Jahr bewegt, hätte also ohne die Vergünstigungen deutlich höher ausfallen können. Offenbar spielen hier erhebliche Vorzieheffekte im Hinblick auf eine erwartete Verschärfung der Vergünstigungen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (2014) eine Rolle. Insoweit kann das Steueraufkommen in den nächsten Jahren zurückgehen, selbst wenn die Steuervergünstigungen reduziert werden.

Diese Vergünstigungen stellen Belastungskonzeption und Legitimation der Erbschaftsteuer in Frage. Übertragungen von großen und sehr großen Betriebsvermögen werden weitgehend steuerlich begünstigt, während Übertragungen von Immobilien oder Finanzvermögen zwischen engen Verwandten bereits mit Steuersätzen von 11 und 15 Prozent belastet werden, wenn sie beim Empfänger die persönlichen Freibeträge nennenswert übersteigen. Bei entfernteren Verwandten oder Freunden gibt es nur geringe Freibeträge von 20.000 Euro und Steuersätze von 30 bis 50 Prozent. Wer von seiner Erbtante 100.000 Euro bekommt, muss hierauf 24.000 Euro an Steuern zahlen.

Wie erwartet hat das Bundesverfassungsgericht (2014) in seinem Urteil vom 17.12.2014 diese Vergünstigungen für

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

verfassungswidrig erklärt. Vergünstigungen für Betriebsvermögen seien zwar grundsätzlich zulässig, die geltenden Regelungen seien aber unverhältnismäßig und nicht zielgenau. Bis Mitte 2016 muss der Gesetzgeber eine Neuregelung treffen.

Der sinnvolle Kernbereich der Begünstigung von Betriebsvermögen sind Übertragungen von kleinen und mittleren Unternehmen (vgl. Wiss. Beirat BMF 2011). Dies hat das auch Bundesverfassungsgericht (2014) anerkannt. In diesen Fällen können tatsächlich Arbeitsplätze bei der Unternehmensfortführung gefährdet sein, wenn nicht genug liquides Vermögen vorhanden ist. Die Verschuldungsmöglichkeiten sind zumeist begrenzt oder teuer und man kann oder will nicht einfach fremde Gesellschafter in die Firma hineinnehmen. Mittelständische Unternehmen im Wert von zweistelligen Millionenbeträgen können dagegen zumeist von fremden Erwerbern fortgeführt werden oder neue Finanzierungsquellen erschließen, auch wenn kurzfristig Probleme bei hohen Liquiditätsbelastungen entstehen können. Eine empirische Evidenz besonderer erbschaftsteuerbedingter Probleme bei der Nachfolge von größeren Familienunternehmen gibt es für Deutschland nicht (Wiss. Beirat BMF 2011, Bundestagsdrucksache 16/1350), auch wenn betroffene Unternehmen bei Befragungen entsprechende Probleme beklagen (ifo 2014).

Eine massive Begünstigung der Unternehmensfortführung ist insoweit bedenklich, als Familienmitglieder nicht notwendigerweise die erfolgreicherer Unternehmer sind, auch wenn die familiäre Prägung und Verpflichtung ein wichtiges Element bei den Familienunternehmen darstellt. Die Steuervergünstigungen werden selbst

dann gewährt, wenn die Nachfolger bloß die Anteile halten und sich nicht in der Unternehmensführung engagieren. In der letzten Zeit übertragen viele Mittelständler in Torschlusspanik Unternehmensanteile an die nächste Generation, zum Teil auf minderjährige Kinder.¹¹ Die Behaltensfristen und Lohnsummenregelungen der Verschonungsregelungen können zudem sinnvolle Umstrukturierungen und Sanierungen verhindern. Das kann längerfristig die Entwicklung der Unternehmen eher belasten. Schließlich sind die Vergünstigungen für Betriebsvermögen aufwendig für Steuerpflichtige und Finanzverwaltung. Für die Steuerpflichtigen entstehen starke Anreize, sonstige steuerpflichtige Vermögen in den Betrieb einzulegen. Dagegen muss mit komplizierten Regelungen vorgegangen werden.

Insgesamt sind also die weitgehenden Verschonungsregelungen zumindest bei größeren Unternehmen nicht erforderlich und teilweise sogar kontraproduktiv. Sie sollten dringend zurückgeführt werden. Dies hat auch das Bundesverfassungsgericht (2014) so entschieden.

Das Bundesverfassungsgericht fordert für derartige Vergünstigungen, dass ausreichende Sach- und Gemeinwohlgründe vorliegen, etwa die Sicherung von Arbeitsplätzen, und die Vergünstigungen diese Ziele sachgerecht und zweckgenau verfolgen. Vor diesem Hintergrund könnte man einen sachlichen Freibetrag für Betriebsvermögen in Höhe von bis zu zwei Millionen Euro begründen, um die Kleinbetriebe und kleinere Mittelständler bei der Erbschaftsteuer zu begünstigen. Selbst das bedeutet bereits eine deutliche Privilegierung gemessen an der Steuerbelastung, die auf Übertragungen von nicht

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

begünstigtem Vermögen in diesen Größenordnungen entsteht. Gegebenenfalls könnte die Vergünstigung um sonstiges übertragenes Vermögen gekürzt werden, denn aus diesem kann die Steuerbelastung finanziert werden. Ferner könnte man auf das vorhandene Vermögen des Erwerbers abstellen, aus dem dieser die Steuerbelastung tragen kann, bei Schenkungen auch auf das Vermögen des Schenkers.

Zugleich sollte die Erbschaftsteuer die familiengebundene Fortführung von mittelständischen Unternehmen nicht unnötig behindern. Die Mittelständler sind ein tragendes Element der deutschen Wirtschaftsstruktur. Übernahmen durch fremde Investoren sind mit Risiken verbunden. Viele Finanzinvestoren lassen sich zu wenig auf die besonderen Verhältnisse dieser Unternehmen ein und sind mitunter zu wenig am langfristigen Erfolg der Firmen interessiert. Das kann auf lange Sicht volkswirtschaftliche Nachteile auslösen.

Eine pragmatische Lösung besteht darin, die steuerbedingten Liquiditäts- und Finanzierungsbelastungen durch erweiterte Stundungsregelungen zu mildern (Wiss. Beirat BMF 2011). Die Steuerbelastung auf Betriebsvermögen könnte ohne besondere Voraussetzungen über lange Zeiträume verrentet werden, damit die Unternehmensnachfolger sie aus dem laufenden Ertrag abzahlen können. Ferner ließe sich die Steuerforderung anderen Verbindlichkeiten nachordnen oder auch an den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens knüpfen, um die Finanzierungsmöglichkeiten nicht einzuschränken und die Krisenfestigkeit zu stärken. Damit würde der Fiskus zu einer Art stillem Teilhaber der Unternehmen, bis die Steuerschuld abgetragen ist.

Die Mehreinnahmen aus einer Rückführung der

Begünstigungen für Betriebsvermögen können zur breiten Senkung der Steuerbelastungen genutzt werden, soweit kein Mehraufkommen aus der Erbschaftsteuer erzielt werden soll. Ansonsten hat sich die Struktur der nach Verwandtschaftsgrad differenzierten progressiven Erbschaftsbesteuerung durch persönliche Freibeträge und Steuertarife bewährt. Gegebenenfalls könnten die Freibeträge für nahe Verwandte etwas erhöht oder Übertragungen zwischen Ehepartnern und Lebenspartnern vollständig steuerbefreit werden, um den latenten Vorbehalten der oberen Mittelschichten gegenüber der Erbschaftsteuer zu begegnen.

5. Fazit

Die Möglichkeiten zur Besteuerung hoher persönlicher Vermögen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Zum einen ist das erbschaftsteuerliche Bewertungsverfahren für Grund- und Betriebsvermögen ab 2009 neu geregelt worden. Dabei wurden hinreichend sachgerechte und zugleich praktikable Bewertungsverfahren eingeführt, die auch für Vermögensteuer oder Vermögensabgabe verwendet werden können. Zum anderen gehen internationale Steuerflucht und Steuervermeidung bei Unternehmen und Kapitalanlagen zurück, da internationale Vereinbarungen und gegenseitiger Informationsaustausch dies zunehmend bekämpfen. Damit fällt eine wesentliche Begründung für den Abbau der unternehmens- und kapitalbezogenen Besteuerung der letzten Jahrzehnte weg.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Da die Vermögen in Deutschland stark auf das obere Prozent der Bevölkerung konzentriert sind, ergibt sich auch bei hohen persönlichen Freibeträgen ein beträchtliches Einnahmepotenzial für Steuern auf hohe persönliche Vermögen. So könnte eine Vermögensteuer oder -abgabe in Höhe von einem Prozent des steuerpflichtigen Vermögens bei einem persönlichen Freibetrag von einer Million Euro (bei Ehepaaren zwei Millionen Euro) ein jährliches Steueraufkommen von bis zu 19 Milliarden Euro erzielen, das sind 0,75 Prozent des BIP. Steuerpflichtig wären gut 400.000 Personen, das entspricht den reichsten 0,6 Prozent der Bevölkerung. Daher kann die Besteuerung hoher persönlicher Vermögen einen nennenswerten Beitrag zum Steueraufkommen und zur Umverteilung von hohem Einkommen und Vermögen leisten. Breite Steuervergünstigungen für Betriebsvermögen oder Immobilien würden das Steueraufkommen allerdings erheblich reduzieren. Auch die Erbschaftsteuer könnte in ihrer Aufkommens- und Umverteilungswirkung gestärkt werden, wenn die überzogenen Vergünstigungen für Betriebsvermögen zurückgeführt würden.

Die Diskussionen der letzten Jahre um die Vorschläge zur Wiedererhebung der Vermögensteuer oder zur einmaligen Vermögensabgabe zeigen aber, dass solche Vermögensteuern wenig realistisch sind. Aus der Wirtschaft kam massiver Widerstand gegen zusätzliche „Substanzsteuern“. Vor allem die Mittelständler fühlen sich davon bedroht und machten im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 ihren erheblichen Einfluss gegen diese Pläne geltend.¹² Tatsächlich würde eine Vermögensteuerbelastung von einem Prozent bei den betroffenen Steuerzahlern eine deutliche Zusatzbelastung

der Gewinne und Kapitalerträge darstellen, die auch in Verlustphasen anfielen. Deutlich niedrigere Steuersätze würden die Belastungen entsprechend reduzieren, aber auch das Einkommen verringern und damit die Vermögenserfassung und -bewertung relativ verteuern. Ferner können die Belastungen der Unternehmen durch Vergünstigungen für Betriebsvermögen vermindert werden. Weitgehende Vergünstigungen würden das Einkommen aber ebenfalls stark reduzieren, Probleme bei der Gleichbehandlung der Vermögensarten aufwerfen sowie gestaltungsanfällige und komplizierte Regelungen erfordern. Dies zeigen auch die Probleme mit ähnlichen Begünstigungen bei der Erbschaftsteuer. Bei Finanzanlagen entstehen durch die anhaltend niedrigen Zinsen beziehungsweise negativen Realzinsen selbst bei niedrigen Steuersätzen sehr hohe Belastungen bezogen auf die Erträge. Für eine Vermögensabgabe ist die verfassungsrechtliche Anforderung einer fiskalischen Notlage nicht gegeben angesichts der günstigen Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland (Kirchhof 2011), dies vermindert auch die politische Bedeutung dieses Instruments. Für die südeuropäischen Krisenländer werden Vermögensabgaben aber weiterhin als eine Möglichkeit diskutiert, um die hohen Staatsschulden zu reduzieren (IMF 2013).

In den breiten Mittelschichten konnten die Vermögenssteuerpläne bisher keine große politische Mobilisierungswirkung erzielen. Offenbar fühlen sich viele Bürger bereits von der Erbschaftsteuer latent bedroht, obwohl die hohen Freibeträge Übertragungen im engsten Familienkreis fast immer freistellen. Eine wichtige Rolle dürften hier auch die hohen Steuereinnahmen und die ausgeglichenen öffentlichen

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Haushalte spielen. Dies verringert die breite Akzeptanz von Steuererhöhungen, nach dem Motto: „Der Staat hat genug Geld, er soll mehr sparen.“ Vor diesem Hintergrund hatten die rot-grünen Befürworter ihre Vermögensteuerpläne bereits im Bundestagswahlkampf 2013 deutlich abgerüstet. Bei der Bildung der Großen Koalition Ende 2013 hat die SPD auf ihre Steuerpläne zugunsten des Mindestlohns verzichtet. Vermutlich würde die Akzeptanz von „Reichensteuern“ in der breiten Öffentlichkeit steigen, wenn die daraus erzielten Mehreinnahmen nicht für zusätzliche Ausgabenprogramme oder die Rückzahlung von Staatsschulden vorgesehen würden, sondern für den Abbau von Steuerbelastungen, die die Unter- und Mittelschichten relativ stark treffen, also vor allem der Konsumsteuern einschließlich der EEG-Umlage oder der „kalten Progression“ bei der Einkommensteuer.

Die meisten Ziele einer laufenden Vermögensteuer können auch über höhere Unternehmens- und Kapitaleinkommensteuern erreicht werden. Das ist steuertechnisch leichter umzusetzen, da man sich die aufwendige Vermögensveranlagung sparen kann. Vor allem vermeidet man zusätzliche „Substanzsteuereffekte“, die für die Wirtschaft ein rotes Tuch sind und in der steuerpolitischen Diskussion die Vermögensteuerpläne diskreditieren. Durch eine Kombination von höheren Spitzensteuersätzen, höherer Abgeltungsteuer oder progressiver Besteuerung der Kapitaleinkünfte bei der Einkommensteuer-Veranlagung sowie dem Abbau von verbliebenen Steuerbegünstigungen für Gewinn- und Vermietungseinkünfte ließen sich jährliche Mehreinnahmen in Größenordnungen von zehn Milliarden Euro erzielen (Finanzpolitische Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung 2014: 85 ff.), die von den rot-grünen

Ländern durch die Wiedererhebung der Vermögensteuer eingenommen werden sollten. Hinzu kommen längerfristig Mehreinnahmen aus der Erbschaftsteuer, wenn die Begünstigungen für Betriebsvermögen zurückgeführt werden.

Dabei ließen sich Elemente der Vermögensbesteuerung in die Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung integrieren, um diese effektiver zu machen. So kann man aus dem Vermögenswert des selbst genutzten Wohneigentums kalkulatorische Nutzungswerte im Sinne einer *imputed rent* ableiten und mit der Einkommensteuer belasten, wie es früher praktiziert wurde. Bei Unternehmens- oder Vermietungseinkünften könnte man die Vermögensbesteuerung als eine Art Mindestbesteuerung unterlegen, indem man sie auf die Einkommen- und Ertragsbesteuerung anrechnet. Damit würde Unzulänglichkeiten bei der Gewinn- und Einkommensermittlung entgegengewirkt, etwa bei der Erfassung von Wertänderungen oder bei Steuergestaltungen. Gerade bei den sehr wohlhabenden Personen mit hohen Unternehmens- und Kapitaleinkommen sind die effektiven Periodeneinkommen kaum zu messen, während deren Vermögen leichter zu ermitteln sind (vgl. Piketty/Saez/Zucman 2014). Auf diese Weise würde auch die Dualisierung der Einkommensteuersysteme zurückgeführt, durch die Unternehmens- und Kapitaleinkommen zunehmend niedriger besteuert wurden und von der die Reichen und Superreichen profitiert haben, deren Einkommen größtenteils nicht mehr der progressiven Besteuerung unterliegen. Generell sollten solche Steuerregime international abgestimmt werden, um die verbleibenden Möglichkeiten zur Steuervermeidung und Steuerflucht weiter zu verringern (Piketty 2014).

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Endnoten

- 1 Damit entsteht eine Sperrwirkung für Vermögensteuern der Länder, da der Bund weiterhin die konkurrierende Gesetzgebung in diesem Bereich in Anspruch nimmt. Vgl. den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Aufhebung des Vermögensteuergesetzes sowie die ablehnende Stellungnahme der Bundesregierung dazu (Bundestagsdrucksache 15/408).
- 2 Heute wird eine laufende Vermögensteuer nur noch in Frankreich, Spanien, Norwegen und in Schweizer Kantonen und Gemeinden erhoben (BMF 2014a: 47).
- 3 Vgl. dazu die Wahlprogramme der damaligen Oppositionsparteien zur Bundestagswahl 2013 sowie die Zusammenstellung in: Institut der deutschen Wirtschaft (2013).
- 4 Die Pareto-Verteilung ist eine stetige Wahrscheinlichkeitsverteilung auf einem rechtsseitig unendlichen Intervall, die den oberen Bereich der Einkommens- und Vermögensverteilung gut beschreibt.
- 5 Vgl. BMF-Schreiben vom 2.1.2014, IV D 4 – S 3102/07/10001.
- 6 Ein alternatives Konzept ist die Nachlasssteuer, wie sie im angelsächsischen Raum verbreitet ist. Dabei wird das gesamte Nachlassvermögen des Erblassers besteuert, unabhängig von dessen Verteilung auf begünstigte Personen.
- 7 Verwaltungsvermögen sind nach § 13b Abs. 2 ErbStG insbesondere nicht betrieblich genutzte Grundstücke, Finanzanlagen, Kasse, wertvolle Sammlungen etc.
- 8 Eine Veräußerung innerhalb von fünf Jahren nach Vermögensübertragung führt zum zeitanteiligen Wegfall des Verschonungsfreibetrags. Entsprechendes gilt im Fall von Überentnahmen.
- 9 Der Freibetrag in Höhe von 150.000 Euro verringert sich, wenn das nicht steuerfrei gestellte Vermögen 150.000 Euro übersteigt. Der Freibetrag mindert sich um 50 Prozent des übersteigenden Betrags. Das

bedeutet, dass Betriebsvermögen bis zu einem Gesamtwert von einer Million Euro vollständig steuerfrei übertragen werden kann.

- 10 Vgl. dazu die Auswertungen der Erbschaftsteuerstatistik in: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/1516, 23.5.2014: 23 ff.
- 11 Vgl. FAZ vom 28.6.2014: 22.
- 12 Vgl. dazu die Kampagne des Verbandes Die Familienunternehmer – ASU 2013 sowie FAZ vom 15.9.2013.

Literatur

- Alvaredo, Facundo/Atkinson, Anthony B./Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel (2013): The Top 1 Percent in International and Historical Perspective. *Journal of Economic Perspectives* 27, 3–20.
- Atkinson, Anthony B./Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel (2011): Top Incomes in the Long Run of History. *Journal of Economic Literature* 49, 3–71.
- Bach, Stefan (2012): Vermögensabgaben – ein Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen in Europa. *DIW Wochenbericht* 28, 3–11.
- Bach, Stefan (2014): „Reichensteuer“-Diskussion: Hintergrund und Perspektiven. *DIW Roundup* 16.
- Bach, Stefan/Beznoska, Martin (2012): Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Wiederbelebung der Vermögensteuer. DIW Berlin: *Politikberatung kompakt* 68; vgl. dazu auch *DIW Wochenbericht* 42.
- Bach, Stefan/Beznoska, Martin/Steiner, Viktor (2010): Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Grünen Vermögensabgabe. DIW Berlin: *Politikberatung kompakt* 59.
- Bach, Stefan/Beznoska, Martin/Steiner, Viktor (2011) (2014): A Wealth Tax on the Rich to Bring Down Public Debt? Revenue and Distributional Effects of a Capital Levy in Germany. *DIW Berlin Discussion Paper* 1137 (2011), *Fiscal Studies* 35 (2014).

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

- Bach, Stefan/Corneo, Giacomo/Steiner, Viktor (2009): From Bottom to Top. The Entire Income Distribution in Germany, 1992–2003. *Review of Income and Wealth* 55, 331–359.
- Bach, Stefan/Corneo, Giacomo/Steiner, Viktor (2013): Effective taxation of top incomes in Germany. *German Economic Review* 14, 115–137.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2014a): Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2013. Ausgabe 2014.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2014b): Internationale Standards beim steuerlichen Informationsaustausch. Monatsbericht 8.
- Boadway, Robin/Chamberlain, Emma/Emmerson, Carl (2010): Taxation of Wealth and Wealth Transfers. In: Dimensions of Tax Design. The Mirrlees Review. Institute for Fiscal Studies. Oxford: Oxford University Press, 737–824.
- Broekelschen, Wiebke/Maiterth, Ralf (2008): Die geplante erbschaftsteuerliche Bewertung bebauter Grundstücke in Anlehnung an die WertV. *Finanz-Rundschau* 15, 698–709.
- Broekelschen, Wiebke/Maiterth, Ralf (2009): Gleichmäßige Bewertung von Mietwohngrundstücken durch das neue steuerliche Ertragswertverfahren? Eine empirische Analyse. *arqus Diskussionsbeiträge zur Quantitativen Steuerlehre* 85. September.
- Broekelschen, Wiebke/Maiterth, Ralf (2010): Bewertung von Ein- und Zweifamilienhäusern nach der Erbschaftsteuerreform 2006. Eine empirische Analyse. *Steuer und Wirtschaft* 1, 33–43.
- Bundesverfassungsgericht (2006): Beschluss des Ersten Senats vom 7. November 2006. 1 BvL 10/02.
- Bundesverfassungsgericht (2014): Urteil des Ersten Senats vom 17. Dezember 2014. BvL 21/12.
- Bündnis 90/Die Grünen (2011): Die grüne Vermögensabgabe. Autoren-papier. 14. Januar 2011.
- Fecher, Hans (1980): Persönliche allgemeine Vermögensteuer. In: Handbuch der Finanzwissenschaft. Dritte Auflage, Band II. Tübingen: Mohr, 453–485.

Persönliche Vermögensteuern in Deutschland: Entwicklung und Perspektiven

- Finanzpolitische Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung (2014): Nachhaltig aus der Schuldenkrise – für eine finanzpolitische Zeitenwende. Heinrich-Böll-Stiftung, Schriften zu Wirtschaft und Soziales, Band 14.
- Grabka, Markus M./Goebel, Jan (2013): Rückgang der Einkommensungleichheit stockt. *DIW Wochenbericht* 46.
- Haller, Heinz (1981): Die Steuern. Grundlinien eines rationalen Systems öffentlicher Abgaben. 3., überarbeitete Auflage. Tübingen: Mohr.
- Hauser, Richard (2011): Zwei deutsche Lastenausgleiche: Eine kritische Würdigung. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 80, 103–122.
- Hey, Johanna/Maiterth, Ralf/Houben, Henriette (2012): Zukunft der Vermögensbesteuerung. Institut Finanzen und Steuern, *IFSt-Schrift* 483.
- Houben, Henriette/Maiterth, Ralf (2011): Erbschaftsteuer und Erbschaftsteuerreform in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 80, 161–188.
- ifo (2014): Die Auswirkungen der Erbschaftsteuer auf Familienunternehmen. Stiftung Familienunternehmen.
- IMF (International Monetary Fund) (2013): Taxing Times. *Fiscal Monitor*. October.
- Institut der deutschen Wirtschaft (2013): Die Programme zur Bundestagswahl 2013 von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und CDU/CSU. Köln, 10. Juli 2013, sowie *iw-dienst* 8, 21. Februar 2013.
- Jarass, Lorenz/Obermair, Gustav M. (2002): Wer soll das bezahlen? Wege zu einer fairen und sachgerechten Besteuerung: Begrenzung der Belastungen für alle, Mindest-Belastung für die Großen. Marburg: Metropolis.
- Kirchhof, Gregor (2011): Vermögensabgaben aus verfassungsrechtlicher Sicht – grundrechtliche, rechtsstaatliche und finanzverfassungsrechtliche Grenzen der Vermögensbesteuerung. *Steuer und Wirtschaft* 2, 189–203.
- manager magazin (2007): Die 300 reichsten Deutschen. manager magazin spezial Oktober. Vgl. dazu http://de.wikipedia.org/wiki/Chronologie_der_reichsten_Deutschen#M.C3.A4rz_2007.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

- Mann, Fritz Karl (1928): Vermögensteuer. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Auflage. 8. Band. Jena: Fischer, 609–620.
- Nationaler Normenkontrollrat (2009): Gutachten des Nationalen Normenkontrollrates zu den Bürokratiekosten des Gesetzes zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode. Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Ausschussdrucksache 17(9)5. 19. November.
- Oberhauser, Alois (1980): Erbschaft- und Schenkungsteuern. In: Handbuch der Finanzwissenschaft. Dritte Auflage, Band II. Tübingen: Mohr, 487–508.
- OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries. Paris.
- OECD (2014): Rising inequality: youth and poor fall further behind. Insights from the OECD Income Distribution Database, June. Paris.
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H. Beck.
- Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2014): Rethinking Capital and Wealth Taxation. Working paper.
- Schinke, Christoph (2012): Inheritance in Germany 1911 to 2009: A Mortality Multiplier Approach. *SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research* 462.
- Schratzstaller, Margit (2011): Vermögensbesteuerung – Chancen, Risiken und Gestaltungsmöglichkeiten. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. *WISO Diskurs*.
- Senatorin für Finanzen, Freie Hansestadt Bremen (2010): Grundsteuer auf der Basis von Verkehrswerten. Machbarkeitsstudie.
- Thier, Andreas (1999): Steuergesetzgebung und Verfassung in der konstitutionellen Monarchie. Steuerreformen in Preußen 1971–1893. *Ius Commune Sonderheft* 119. Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Tipke, Klaus (1993): Die Steuerrechtsordnung. Band II. Köln: Schmidt.

Persönliche Vermögensteuern in Deutschland: Entwicklung und Perspektiven

- Troll, Max/Gebel, Dieter/Jülicher, Marc (2008): Erbschaftsteuergesetz, 36. EL. Einführung. Geschichte und Entwicklung der Erbschaftsteuer (Tz. 60 ff.).
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2011): Die Begünstigung des Unternehmensvermögens in der Erbschaftsteuer. Gutachten, November.
- Witt, Peter-Christian (1979): Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik. In: Niethammer, Lutz (Hg.): Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft. Wuppertal: Hammer, 385–407.

8

Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

Kai Daniel Schmid und Dorothee Spannagel

1. Einleitung

Thomas Piketty stellt in seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ (Piketty 2014) die zentrale Rolle der Vermögensverteilung für die Entwicklung der Einkommensungleichheit in einer Reihe von Industrienationen heraus. Eine steigende Vermögensungleichheit kann durch die aus Vermögen entstehenden Kapitaleinkommen die Ungleichverteilung der Einkommen erhöhen. Zugleich führt eine Spreizung der Einkommen zu einer zunehmenden Vermögensungleichheit, da reichere Haushalte

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

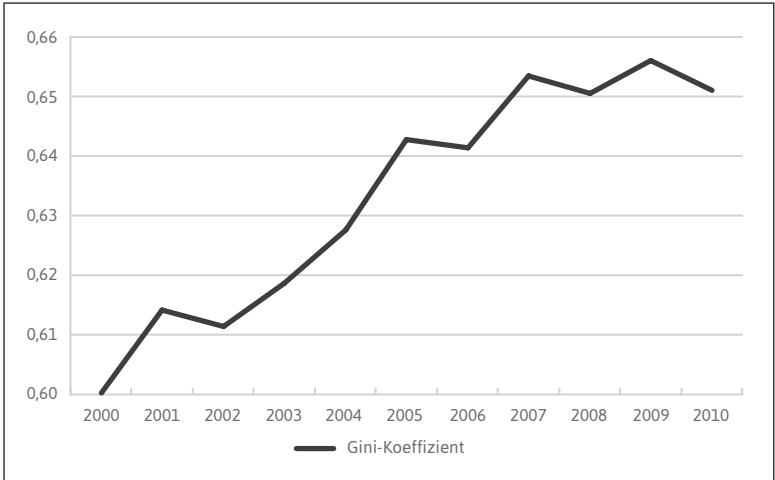
einen größeren Teil ihres Einkommens sparen als ärmere Haushalte. Ohne stabilisierende Korrekturen scheint auf Basis dieser Mechanismen geradezu unausweichlich, dass sich Einkommens- und Vermögensungleichheit wechselseitig verstärken.

In diesem Beitrag wird gezeigt, dass Veränderungen der Kapitaleinkommen den Verlauf der Einkommensungleichheit in Deutschland während der 2000er-Jahre entscheidend beeinflusst haben.¹ Im Hinblick auf Pikettys Botschaft verdeutlichen die Ergebnisse, welche Bedeutung die Verteilung der Vermögen für die Ungleichverteilung der Einkommen hat.²

Seit den 1990er-Jahren zeichnet sich in Deutschland ein Trend zu steigender Einkommensungleichheit ab. Diese Zunahme der Ungleichheit zwischen den Haushalten kam jedoch Mitte der 2000er-Jahre vorübergehend ins Stocken (Grabka et al. 2012, IAW 2011). Abbildung 1 illustriert die Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2010 anhand des *Gini-Koeffizienten* der Haushaltseinkommen. Während die Einkommensungleichheit zwischen 2000 und 2005 noch um 0,04 Punkte stieg, betrug der Anstieg zwischen 2005 und 2010 lediglich 0,01 Punkte.

Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

Abbildung 1: Ungleichheit der Haushaltsmarkteinkommen in Deutschland, 2000–2010.



Quelle: Rehm et al. (2014), Basisdaten: SOEP v28l. 0,025 % Top-Coding. Die Haushaltsmarkteinkommen umfassen die dem Haushalt zufließenden Kapitaleinkommen (Zins- und Gewinneinkommen sowie Einkommen aus Vermietung und Verpachtung) sowie die Erwerbseinkommen der Haushaltsmitglieder aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit.

Der deutliche Anstieg bis zur Mitte der 2000er-Jahre und die Abschwächung der Ungleichheitszunahme in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts sind unabhängig von der Wahl der Einkommensgröße. Sie zeigen sich sogar noch deutlicher, wenn man die Markt- und Nettoeinkommen bedarfsgewichtet³ (IAW 2011, Grabka et al. 2012, Schmid/Stein 2013, Spannagel/Seils 2014). Das mögliche Ende dieses Anstiegstrends Mitte der 2000er-Jahre fand in der

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

wirtschaftspolitischen Diskussion große Beachtung (OECD 2008, IAW 2011, Biewen/Juhasz 2012, IW 2013, Schmid/Stein 2013, Grabka/Goebel 2014).

Als wichtigste Erklärungsansätze für die mittel- bis langfristige Zunahme der Ungleichheit der Markteinkommen in Deutschland werden eine zunehmende Spreizung der Löhne (Fitzenberger 2012) und ein steigender Anteil atypisch beschäftigter Erwerbstätiger (Schmid/Stein 2013) angesehen. Gründe für die Trendwende Mitte der 2000er-Jahre werden in erster Linie ebenfalls mit Veränderungen am Arbeitsmarkt in Verbindung gebracht (Brenke/Grabka 2011, IAW 2011, Fuchs et al. 2012, Kalina/Weinkopf 2012). Demnach haben die sinkende Arbeitslosigkeit und die beachtliche Beschäftigungszunahme insbesondere den unteren Teil der Einkommensverteilung stabilisiert und damit die weitere Zuspitzung der Einkommensungleichheit abgemildert. Positive Impulse auf dem Arbeitsmarkt hätten somit über eine Reduzierung der Ungleichheit der Erwerbseinkommen die Konzentration der Haushaltseinkommen insgesamt verringert (Adam 2014, Grabka et al. 2012, WSI 2013).

2. Kapitaleinkommen und Querverteilung

Über Veränderungen der Verteilung der Erwerbseinkommen hinaus – und ganz im Sinne der Argumentation von Thomas Piketty – scheint es jedoch ebenso denkbar, dass sich Veränderungen in der Verteilung der Kapitaleinkommen der Haushalte auf die Ungleichheit der am Markt erzielten Einkommen insgesamt auswirken. Hinweise

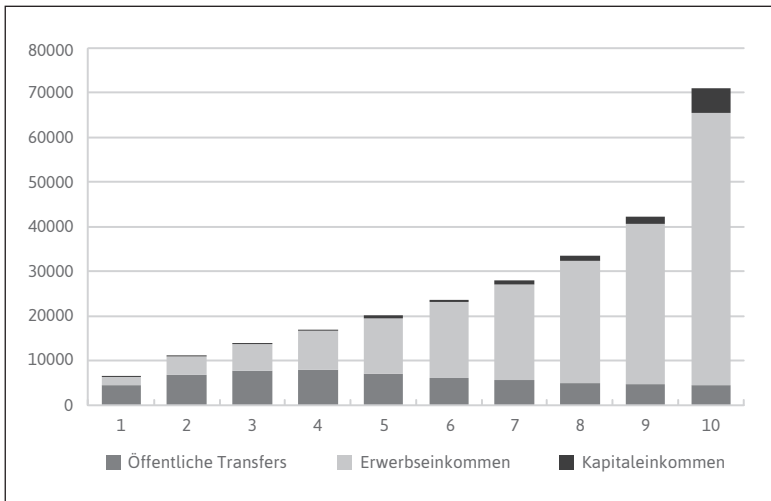
Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

darauf finden sich in einer Reihe von Studien, die auf verschiedenen Haushaltsdatensätzen für Deutschland basieren:⁴

Einen zunehmenden Anteil von Kapitaleinkommen am oberen Rand der Einkommensverteilung und die steigende Relevanz der Verteilung von Kapitaleinkommen für die Einkommensungleichheit bis in die Mitte der 2000er-Jahre hinein konstatieren beispielsweise Becker (2000), Fräßdorf et al. (2011), OECD (2011) oder García-Peñalosa/Orgiazzi (2013). Adler/Schmid (2013) und Schlenker/Schmid (2015) verknüpfen die Verteilung von Faktoreinkommen (Lohneinkommen gegenüber Unternehmens- und Vermögenseinkommen) mit der Entwicklung der personellen Einkommensverteilung und zeigen, dass es einen engen positiven Zusammenhang zwischen dem Anteil der Kapitaleinkommen am Markteinkommen eines Haushalts und der Entwicklung der Einkommensungleichheit gibt.

Ein zentraler Aspekt hierbei ist der Mechanismus der sogenannten Querverteilung, wonach die im Rahmen der funktionalen Einkommensverteilung klassierten Faktoreinkommen nicht gleichmäßig allen Haushalten einer Volkswirtschaft zufallen. Insbesondere Kapitaleinkommen konzentrieren sich bei einkommensreichen Haushalten. Abbildung 2 verdeutlicht dieses Muster anhand der Einkommensstruktur verschiedener Einkommensdezile beispielhaft für das Jahr 2010. Im oberen Einkommensdezil spielen Kapitaleinkommen eine wesentlich gewichtigere Rolle als im Rest der Verteilung.

Abbildung 2: Einkommensstruktur verschiedener Einkommensdezile in Deutschland, 2010.



Quelle: Schmid/Stein (2013), eigene Berechnungen, Basisdaten: SOEP v28l. Berechnung auf der Basis bedarfsgewichteter Einkommen. Ohne Berücksichtigung privater Transfers, privater Pensionen und des Mietwerts selbst genutzten Wohneigentums.

Vor dem Hintergrund, dass die Kapitaleinkommensanteile entlang der Einkommensverteilung, das heißt mit der Höhe des Haushaltseinkommens, ansteigen, kann nicht davon ausgegangen werden, dass Veränderungen der personellen Einkommensverteilung unabhängig vom Verlauf der Faktoreinkommensverteilung auftreten (Atkinson 2000, 2009, Glyn 2009). Tatsächlich hat die Querverteilung im Zuge steigender Profitquoten, die seit den 1980er-Jahren in vielen Industrieländern beobachtet werden (Arpaia et al. 2009, Ellis/Smith 2010, Giovannoni 2010, ILO

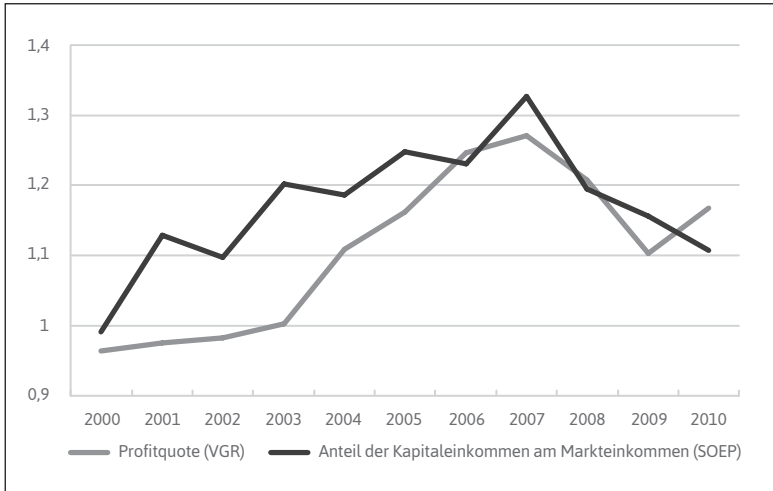
Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

2013), an Relevanz gewonnen. So mehrt sich die Evidenz dafür, dass steigende personale Einkommensungleichheit auch durch eine sinkende Lohnquote verursacht wird (Daudey/García-Peñalosa 2007, Checchi/García-Peñalosa 2008, OECD 2011, Schlenker/Schmid 2015).

Profitquote und Anteil der Kapitaleinkommen am Haushaltseinkommen sind nicht identisch. So umfasst die Profitquote auch Gewinne, die nicht an die Haushalte ausgeschüttet werden, sondern im Unternehmenssektor verbleiben. Daher kann nicht per se davon ausgegangen werden, dass sich die gesamtwirtschaftliche Profitquote und der Anteil der Kapitaleinkommen an den Markteinkommen der Haushalte parallel entwickeln. Abbildung 3 zeigt jedoch, dass für Deutschland in den 2000er-Jahren ein sehr ähnlicher Verlauf der beiden Größen bestand: Sowohl die Profitquote als auch der Anteil der Kapitaleinkommen am Haushaltseinkommen steigen bis zum Jahr 2007 jeweils um etwa 30 Prozent und fallen im Zuge der Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 wieder deutlich.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Abbildung 3: Profitquote und Kapitaleinkommensanteil in Deutschland (1999 = 1).



Quelle: Schmid/Stein (2013), eigene Berechnungen, Basisdaten: Statistisches Bundesamt, SOEP v28l. Berechnung auf der Basis bedarfsgewichteter Einkommen.

Es liegt daher nahe, dass die Einkommensungleichheit in Deutschland auch über Veränderungen in der Verteilung der Kapitaleinkommen vermittelt über den Mechanismus der Querverteilung beeinflusst wird. Im Folgenden wird die Rolle der Kapitaleinkommen für die Veränderungen der Einkommensungleichheit in Deutschland in den 2000er-Jahren untersucht. Hierzu werden die Haushaltsmarkteinkommen in einzelne Einkommensarten zerlegt. Dieses Vorgehen ermöglicht es, die Bedeutung unterschiedlicher Einkommensquellen für die Veränderung der Einkommensungleichheit zu analysieren.

3. Methode und Daten

Die folgenden Darstellungen basieren auf Ergebnissen einer mit SOEP-Daten durchgeführten Analyse von Rehm et al. (2014).⁵ Die dort genutzte Methode der Einkommensdekomposition geht auf Shorrocks (1982) zurück und wurde für Deutschland in ähnlicher Form beispielsweise von Fräßdorf et al. (2011) angewandt.

3.1 Faktorzerlegung

In der Untersuchung von Rehm et al. (2014) wurden die Markteinkommen der Haushalte zunächst in Erwerbseinkommen und Kapitaleinkommen unterteilt.⁶ Um Veränderungen am Arbeitsmarkt differenziert abzubilden und die Relevanz der Entwicklung der atypischen Beschäftigung für die Veränderung der Einkommensungleichheit beurteilen zu können, wurden die Erwerbseinkommen noch einmal unterteilt in solche aus Vollzeitbeschäftigung und solche aus atypischer Beschäftigung.⁷ Als atypisch wird dabei eine Beschäftigung in Teilzeit oder eine geringfügige Beschäftigung bezeichnet. Insgesamt werden also drei Einkommensquellen für die Haushaltsmarkteinkommen unterschieden:

1. Erwerbseinkommen aus Vollzeiterwerbstätigkeit;
2. Einkommen aus atypischer Erwerbstätigkeit;
3. Kapitaleinkommen der Haushalte, die Zinseinkünfte, Dividenden und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung umfassen.

Die Summe der drei Einkommensarten entspricht dem Markteinkommen der Haushalte.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Durch die Zerlegung lässt sich der Einfluss messen, der von Veränderungen in der Verteilung der einzelnen Einkommensarten auf die Ungleichheit der Haushaltseinkommen ausgeht. Gemessen wird dies über die Entwicklung der „Ungleichheits-Beiträge“. Der Beitrag einer Einkommenskomponente zur Ungleichheit der Gesamtverteilung wird durch zwei Faktoren bestimmt:

Zunächst durch den Anteil der Einkommensart am Gesamteinkommen: Je höher der Anteil einer Einkommensart ist, desto stärker machen sich Veränderungen in deren Verteilung auf die Gesamtungleichheit bemerkbar. Die Anteile der drei Einkommensarten und deren Veränderungen im Verlauf der 2000er-Jahre sind in Abschnitt 4.1 dargestellt.

Außerdem ist für den Beitrag einer Einkommensart zur gesamten Ungleichheit ihre Verteilung relativ zur Gesamtverteilung der Haushaltseinkommen von Bedeutung. Ist eine Einkommensart entlang der Verteilung der Markteinkommen gleichmäßig verteilt, das heißt, beziehen sowohl einkommensstarke als auch einkommensschwache Haushalte Einkommen aus dieser Quelle, so ist deren Ungleichheit entlang der Gesamtverteilung gering. Konzentriert sich dagegen die Einkommensart auf den oberen oder den unteren Bereich der Verteilung der Haushaltseinkommen, so ist diese entlang der Verteilung der Haushaltseinkommen ungleich verteilt. Wenn sich beispielsweise die Verteilung einer Einkommensart ändert, die vor allem bei den oberen Einkommensgruppen konzentriert ist, so hat dies eine größere Auswirkung auf die Entwicklung der Gesamtungleichheit, als wenn die Einkommensart gleichmäßig über alle Haushalte verteilt ist. Eine Messgröße für das Ausmaß der Ungleichheit dieser

Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

sogenannten bedingten Verteilung ist der *Pseudo-Gini-Koeffizient*. Er kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen, wobei ein höherer Wert größere Ungleichheit bedeutet.⁸ Eine Diskussion der Entwicklung der Pseudo-Gini-Koeffizienten erfolgt in Abschnitt 4.2.

Die Beiträge einer Einkommensart zur gesamten Ungleichheit entsprechen den mit den Einkommensanteilen gewichteten Pseudo-Gini-Koeffizienten. Diese werden in Abschnitt 4.3 dargestellt. Als Maß für die Höhe der Einkommensungleichheit dient im Folgenden der Gini-Koeffizient der Markteinkommen der Haushalte. Die Summe der Beiträge zur Ungleichheit durch die drei Einkommensarten entspricht dem Niveau des Gini-Koeffizienten für die Gesamtverteilung der Markteinkommen (vgl. Abbildung 1).

3.2 Daten

Die Analyse basiert auf Haushalts- und Individualdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Das SOEP ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte, interviewbasierte und repräsentative Befragung von Haushalten in Deutschland. Es ist die zentrale Datenquelle zur Untersuchung von Einkommensungleichheit in Deutschland.⁹ Das SOEP eignet sich in besonderer Weise zur Analyse der Relevanz von Veränderungen der Kapitaleinkommen für die Entwicklung der Einkommensungleichheit. Es enthält detaillierte Informationen zu verschiedenen Komponenten der Haushaltseinkommen sowie Daten zum Beschäftigungsumfang erwerbstätiger Personen in jährlicher Frequenz. Dadurch lassen sich Veränderungen der Einkommensstruktur der

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Haushalte nachzeichnen und der Einfluss solcher Strukturveränderungen auf die personelle Einkommensverteilung abbilden.

Der Datensatz wurde in der Aufbereitung für die Zerlegungsanalyse durch ein Top-Coding-Verfahren um Ausreißer bereinigt. Um einer potenziellen Verzerrung der Ergebnisse zu begegnen, wurden die obersten 0,025 Prozent der Haushaltseinkommen von der Berechnung ausgeschlossen. Eine detaillierte Beschreibung der Datenaufbereitung sowie grundlegende deskriptive Statistiken der relevanten Variablen finden sich in Rehm et al. (2014).¹⁰

4. Ergebnisse der Faktorzerlegung

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Zerlegung der Ungleichheit der Haushaltseinkommen in die jeweiligen Beiträge der drei erläuterten Einkommensarten dargestellt. Wie beschrieben, ergeben sich die einzelnen Beiträge der Einkommensarten aus ihrem jeweiligen Anteil und ihrem Pseudo-Gini-Koeffizienten. Vor der Diskussion der Ungleichheitsbeiträge werden diese beiden Aspekte zunächst getrennt voneinander betrachtet.

4.1 Einkommensanteile

Abbildung 4 illustriert die Entwicklung der Anteile der drei Einkommensarten am gesamten Haushaltseinkommen in den 2000er-Jahren. Im oberen Teil der Abbildung sind die Niveaus der Einkommensanteile abge-

Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

tragen. Die untere Darstellung zeigt die Veränderungen der Anteile gegenüber dem Jahr 1999. Es wird deutlich, dass Einkommen aus Vollzeitberufstätigkeit mit knapp 80 Prozent den größten Anteil an den Haushaltsmarkt-einkommen haben. Das Gewicht dieser Einkommensart ist jedoch stetig rückläufig. Im Gegensatz dazu gewinnen Erwerbseinkommen aus atypischer Arbeit zunehmend an Bedeutung. Lag ihr Anteil im Jahr 2000 noch bei 12 Prozent, so beläuft er sich im Jahr 2010 auf 16 Prozent. Die Kapitaleinkommen der Haushalte liegen im Mittel der Dekade bei knapp 7 Prozent. Ihr Anteil schwankt jedoch mit der Konjunktur und der Vermögenspreisentwicklung, wodurch es in den Jahren 2001 und 2007 zu zeitweisen Höchstständen kommt. Ab dem Jahr 2008 zeigt sich ein starker Rückgang.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Abbildung 4: Anteile verschiedener Einkommensarten am Haushaltseinkommen, 2000–2010.

4a: Zusammensetzung der Markteinkommen (oben)

4b: Veränderungen gegenüber 1999 (unten)



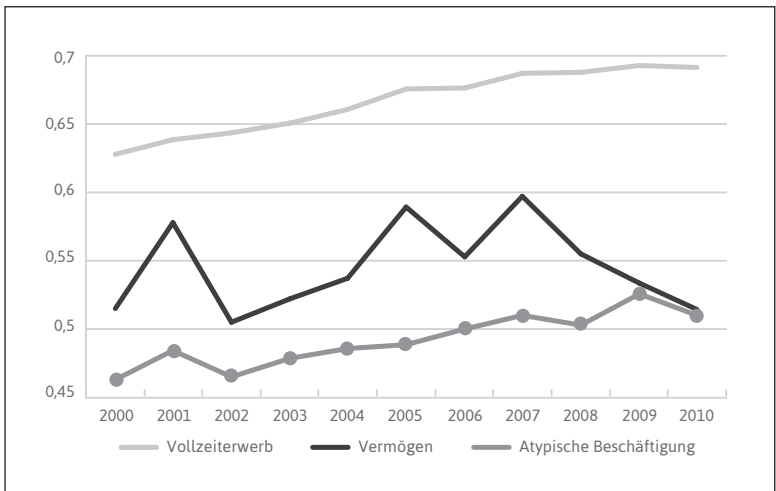
Quelle: Eigene Berechnungen, Basisdaten: SOEP v28l. 0,025 % Top-Coding.

Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

4.2 Pseudo-Gini-Koeffizienten

Neben Variationen der Anteile verschiedener Einkommensarten werden die Beiträge einer Einkommensart zur gesamten Einkommensungleichheit durch die Entwicklung der Ungleichheit der jeweiligen Einkommensarten entlang der Gesamtverteilung bestimmt. Abbildung 5 stellt die in Abschnitt 3.1 erläuterten Pseudo-Gini-Koeffizienten der drei Einkommensarten für die Jahre 2000 bis 2010 vergleichend dar.

Abbildung 5: Pseudo-Gini-Koeffizienten verschiedener Einkommensarten des Haushaltsmarkteinkommens, 2000–2010.



Quelle: Rehm et al. (2014), eigene Darstellung, Basisdaten: SOEP v28l. 0,025 % Top-Coding.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Die stärkste Ungleichheit entlang der Markteinkommensverteilung zeigt sich für die Einkommen aus Vollzeitberufstätigkeit. Obwohl gegenüber den anderen beiden Einkommenskomponenten vergleichsweise viele Haushalte diese Einkommensart beziehen, ist deren Ungleichheit über die Gesamtverteilung hinweg besonders hoch. Im Verlauf der 2000er-Jahre hat diese bedingte Ungleichheit zudem beständig zugenommen. Der relativ hohe Pseudo-Gini-Koeffizient dieser Einkommensart spiegelt die Tatsache wider, dass die Verteilung der Vollzeitberufseinkommen der Verteilung der Markteinkommen vergleichsweise ähnlich ist, das heißt, dass Haushalte mit einem hohen Einkommen aus Vollzeitberufstätigkeit auch in der Verteilung der Markteinkommen relativ weit oben stehen.

Erwerbseinkommen aus atypischer Beschäftigung sind dagegen entlang der Gesamtverteilung der Haushaltsmarkteinkommen deutlich gleichmäßiger verteilt. Grund hierfür ist, dass weite Teile der Verteilung der Markteinkommen (sowohl Haushalte im unteren Bereich der Markteinkommensverteilung als auch Haushalte im mittleren und oberen Einkommensbereich) Einkommen aus atypischer Erwerbstätigkeit beziehen. Die Gesamtverteilung der Markteinkommen beinhaltet einen nicht unwesentlichen Anteil von Rentner- oder Arbeitslosen-Haushalten, die gar kein oder nur ein sehr geringes Markteinkommen beziehen. Neben Transferzahlungen, die nicht zu den Markteinkommen zählen, verdienen diese Haushalte jedoch oftmals kleinere Einkommen aus atypischer Beschäftigung oder erhalten Kapitaleinkünfte. Wie bereits für die Erwerbseinkommen aus Vollzeittätigkeit

Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

zeigt sich auch für die Einkommen aus atypischer Erwerbstätigkeit im betrachteten Zeitraum eine stetige Zunahme des Pseudo-Gini-Koeffizienten. Diese verläuft jedoch ohne ausgeprägte Schwankungen.

Der Pseudo-Gini-Koeffizient der Kapitaleinkommen liegt ebenfalls unterhalb des Koeffizienten der Erwerbseinkommen aus Arbeitstätigkeit in Vollzeit. Dies ist auch hier – neben der Untererfassung sehr vermögender Haushalte im SOEP – darauf zurückzuführen, dass Rentner-Haushalte, die am unteren Ende der Markteinkommensverteilung liegen, neben Transferzahlungen auch Kapitaleinkommen beziehen. Im Gegensatz zu den Erwerbseinkommen weist der Verlauf des Pseudo-Gini-Koeffizienten der Kapitaleinkommen deutliche Schwankungen auf. Die beiden bei den Erwerbseinkommensquellen beobachteten lokalen Hochpunkte der Jahre 2001 und 2007 zeigen sich hier ebenfalls. Mit Einsetzen des Vermögenspreisverfalls ab dem Jahr 2008 zeichnet sich ein deutlicher Rückgang des Pseudo-Gini-Koeffizienten ab.

4.3 Beiträge zur Ungleichheit

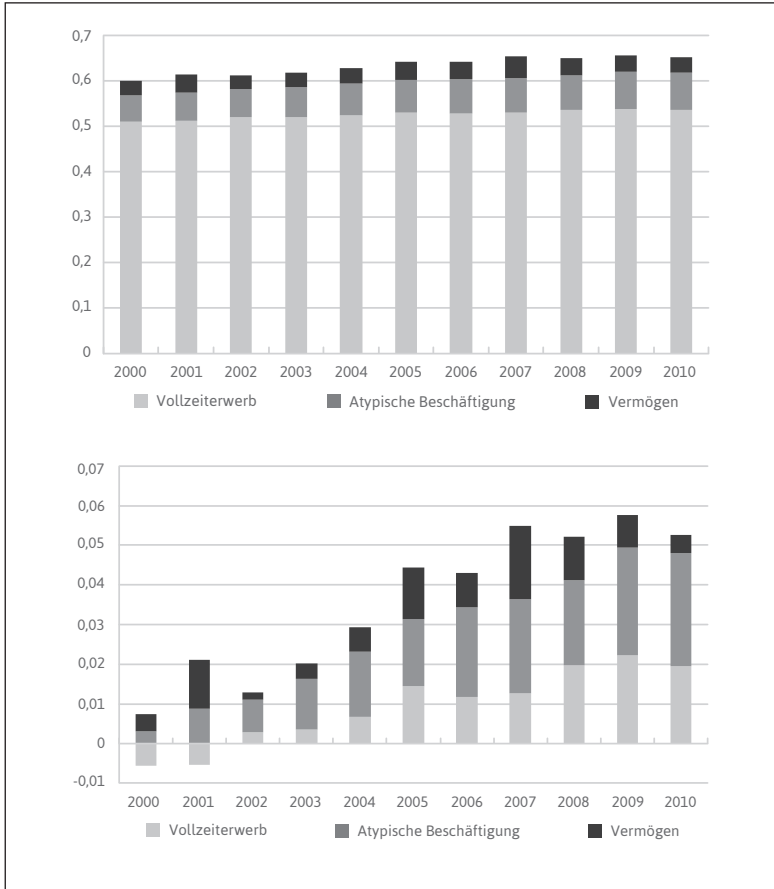
Wie viel erklären nun diese drei Einkommensarten an der wachsenden Ungleichheit der Markteinkommen? Abbildung 6 fasst die Ergebnisse der Zerlegungsanalyse in Form der jeweiligen Beiträge der Einkommensarten zusammen. Im oberen Teil der Abbildung sind Niveaus der Beiträge abgetragen. Die Höhe der Balken entspricht dem in Abbildung 1 gezeigten Gini-Koeffizienten. Die untere Darstellung zeigt Veränderungen der Beiträge gegenüber dem Jahr 1999.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Abbildung 6: Beiträge zur Ungleichheit der Haushaltseinkommen, 2000–2010.

6a: Absolute Beiträge (oben)

6b: Veränderungen gegenüber 1999 (unten)



Quelle: Rehm et al (2014). Eigene Darstellung. Basisdaten: SOEP v28L. 0,025 % Top-Coding.

Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

Aufgrund ihres hohen Anteils liegt der Beitrag der aus Vollzeitberufstätigkeit resultierenden Einkommen deutlich höher als die Beiträge der anderen beiden Einkommensarten. Mit Blick auf die Veränderungen über die Zeit zeigt sich hier eine recht stetige Zunahme. Ein rückläufiger Anteil dieser Einkommensart (Abbildung 3) wird durch einen steigenden Pseudo-Gini-Koeffizienten (Abbildung 4) überkompensiert.

Der Beitrag des Einkommens aus atypischer Erwerbstätigkeit zur Gesamtungleichheit der Markteinkommen liegt entsprechend dem relativ geringen Anteil am Haushaltseinkommen deutlich unterhalb des Beitrags der Vollzeitberufseinkommen. Die Bedeutung der atypischen Einkommen für die Gesamtungleichheit hat jedoch über die 2000er-Jahre hinweg beständig zugenommen.

Im Gegensatz zu den eher gleichmäßigen Verlaufsmustern bei diesen beiden Erwerbseinkommensarten zeigt der Beitrag des Kapitaleinkommens zur Ungleichheit der Haushaltseinkommen wesentlich mehr Variation. Mit Blick auf die zweite Hälfte der 2000er ist wiederum die Veränderung nach 2007 insofern bemerkenswert, als der Beitrag zur Gesamtungleichheit deutlich sinkt. Zwischen den Jahren 2002 und 2005 war der Beitrag der Kapitaleinkommen dagegen stark gestiegen.

5. Schlussfolgerungen

Lange Zeit wurden die Ungleichheit der Vermögen und damit auch die ungleiche Verteilung der Kapitaleinkommen in der Forschung weitgehend ausgeblendet. Wie

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

groß die Bedeutung von Vermögensressourcen ist, wenn es darum geht, ökonomische und soziale Ungleichheiten in einer Gesellschaft zu verstehen und deren Entwicklung zu erklären, wird erst seit kurzem von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen – was nicht zuletzt eine Folge der großen Aufmerksamkeit ist, die Pikettys Werk erlangt hat. Die Ausführungen dieser Analyse leisten einen Beitrag zum besseren Verständnis der Bedeutung von Kapitaleinkommen für die Entwicklung der Einkommensungleichheit. Sie verdeutlichen eine Reihe von Aspekten, die für das Verständnis der Veränderungen der Einkommensungleichheit in Deutschland zentral sind:

a. Wesentliche Rolle der Kapitaleinkommen

Trotz des geringen Anteils am gesamten Haushaltseinkommen schlagen sich Veränderungen in der Verteilung der Kapitaleinkommen stark im Verlauf der Gesamtungleichheit nieder. Die Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland während der 2000er-Jahre ist mithin durch die Dynamik der Kapitaleinkommen getrieben. Der Erklärungsgehalt von Veränderungen der Erwerbseinkommen für den kurz- bis mittelfristigen Verlauf der Einkommensungleichheit erweist sich als eher gering. Im Zuge der beständig wachsenden Erwerbseinkommensspreizung und der steigenden Relevanz atypischer Beschäftigungsverhältnisse sind zwar langfristig stetige Zunahmen der Ungleichheitsbeiträge der beiden Erwerbseinkommensarten zu beobachten. Diese konstituieren jedoch eher den Trendanstieg der Einkommensungleichheit.

Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

In der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre zeigt sich, dass die Wirtschaftskrise durch den Einbruch der Kapitaleinkommen eine Abschwächung des Anstiegs der Einkommensungleichheit mit sich brachte (Horn et al. 2014). Es gibt jedoch keinen Grund anzunehmen, dass die für die 2000er-Jahre gezeigten Zusammenhänge nicht auch für die Jahre nach 2011 gelten sollten. Insbesondere ist für die Jahre 2012 bis 2014 in Anbetracht der vergleichsweise stabilen makroökonomischen Entwicklung davon auszugehen, dass sich die Kapitaleinkommen erholen und damit auch die Einkommensungleichheit weiter ansteigt (Horn et al. 2014, Grabka/Goebel 2014). Dies erscheint umso naheliegender, als die Krise den Einkommen der reichen Haushalte nicht nachhaltig geschadet zu haben scheint (Spannagel/Broschinski 2014). Die Abschwächung des Anstiegstrends der Einkommensungleichheit dürfte daher nur temporär gewesen sein.

b. Relevanz der Vermögensverteilung für die Entwicklung der Einkommensungleichheit

Weiter wird deutlich, dass der Verteilung der Vermögen, welche letztlich ganz wesentlich die Verteilung der Kapitaleinkommen bestimmt, für die Erklärung der Einkommensungleichheit eine Schlüsselrolle zukommt. Die Vermögens- und die Einkommensposition eines Haushalts sind nicht unabhängig voneinander. Vielmehr besteht zwischen diesen Größen ein enger Zusammenhang, der vor allem auf zwei Mechanismen beruht (Spannagel 2013): Zum einen sind Vermögen in Form von Kapitaleinkommen

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

eine eigenständige Einkommensquelle. Zum anderen steigt mit dem relativen Einkommen auch die Sparquote eines Haushalts: Je höher das Einkommen eines Haushalts im Vergleich zu anderen Haushalten ist, desto größer ist der Einkommensbetrag, der angespart wird.

Auch in Deutschland gehen mithin hohe Einkommen im Allgemeinen mit hohem Vermögen einher (IAW 2013). Eine Spreizung der Einkommen entlang der über die Einkommensverteilung steigenden Sparquoten legt eine zunehmende Vermögensungleichheit nahe (Behringer et al. 2014, Brenke/Wagner 2013.) Die aus Vermögen entstehenden Kapitaleinkommen haben wiederum einen ungleichheitserhöhenden Effekt auf die Einkommensverteilung (Piketty 2014). Auf Basis dieser Mechanismen scheint es naheliegend, dass sich Vermögens- und Einkommensungleichheit wechselseitig verstärken.

c. Klarer Einfluss der Kapitaleinkommen trotz eingeschränkter Datenlage

Aus Sicht der Datenqualität ergeben sich für die Interpretation der Ergebnisse zwei Herausforderungen:

1. Zum einen besteht die im Rahmen der Umfragedaten des SOEP auftretende Untererfassung sehr hoher Einkommen (vgl. auch Abschnitt 3). Das damit einhergehende Informationsdefizit ist für die Analyse der Einkommensungleichheit im Allgemeinen und für die Bestimmung der Erklärungskraft von Veränderungen der Kapitaleinkommensverteilung im Speziellen grundsätzlich bedauerlich. Umso bemerkenswerter erscheint

Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

es jedoch, dass sich der Einfluss der Kapitaleinkommen auf die Entwicklung der Ungleichheit klar identifizieren lässt.

2. Zum anderen geht mit der in den 2000er-Jahren verstärkt umgesetzten Praxis der Einbehaltung von Unternehmensgewinnen im Unternehmenssektor eine Untererfassung der von den Haushalten realisierten Kapitaleinkommen einher (Behringer et al. 2014). Dadurch wird die Einkommensentwicklung einkommensstarker Haushalte weiter untererfasst.

Vor diesem Hintergrund ist daher davon auszugehen, dass im Rahmen der vorliegenden Untersuchung sowohl das gezeigte Niveau der Einkommensungleichheit als auch der Beitrag der Kapitaleinkommen noch unterschätzt werden und in der Realität höher sind.

Endnoten

- 1 Die Ausführungen dieses Beitrags fußen auf Rehm et al. (2014). Eine Interpretation der Ergebnisse aus einer makroökonomischen Perspektive findet sich im Beitrag von Horn et al. (2014).
- 2 Veränderungen der Einkommensungleichheit bergen insbesondere deshalb politische Brisanz, da von einem hohen Ungleichheitsniveau zahlreiche negative soziale, politische und ökonomische Folgen ausgehen (Stiglitz 2012, Wilkinson/Pickett 2013). Eng verbunden mit einer hohen Einkommensdisparität ist immer auch eine stark ungleiche Verteilung der gesellschaftlichen Teilhabechancen. Es ist daher äußerst verwunderlich, dass die Triebkräfte, die hinter einer Veränderung der Einkommensungleichheit stehen, bislang nur unzureichend

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

erforscht sind. Dies wurde uns nicht zuletzt durch die enorme Resonanz auf Pikettys Buch vor Augen geführt.

- 3 Die im Rahmen der Armut- und Reichtumsforschung häufig verwendete Bedarfsgewichtung bedeutet, dass die Einkommen der Haushalte in Relation zu Anzahl und Alter der in einem Haushalt lebenden Personen korrigiert werden. Ziel der Bedarfsgewichtung ist es, die Zusammensetzung des Haushalts und die damit verbundene Höhe der Bedarfe der Lebenshaltung (Fixkostendegression) zu berücksichtigen. Dies ermöglicht es, die Einkommenssituation zwischen unterschiedlichen Haushalten zu vergleichen. Die Gewichtung wird meist mit der „neuen OECD-Skala“ durchgeführt. Dabei erhalten Single-Haushalte ein Bedarfsgewicht von 1,0. Für Haushalte mit mehr als einer Person erhöht sich das Gewicht um 0,5 je weitere Person über 14 Jahre und um 0,3 für Kinder im Alter unter 15. Das Äquivalenzeinkommen erhält man, wenn man das gesamte Einkommen eines Haushalts durch die Summe der Bedarfsgewichte seiner Haushaltsmitglieder teilt.
- 4 Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch für andere Länder, wie beispielsweise Großbritannien, die USA oder Kanada (García-Peñalosa/Orgiazzi 2013, Ryan 1996, Schlenker/Schmid 2014).
- 5 Im Gegensatz zu Rehm et al. (2014) soll hier die Unterscheidung von drei Einkommensquellen und eine Zuspitzung der Kernergebnisse auf den Zeitraum der 2000er-Jahre genügen.
- 6 Die Entwicklung der Markteinkommen eignet sich einerseits in besonderem Maße zur Analyse gesamtwirtschaftlicher Auswirkungen auf die Einkommensverteilung, da die im Konjunkturverlauf sich verändernden Umverteilungswirkungen des Steuer- und Transfersystems ausgeblendet werden. Zudem war in den 2000er-Jahren die Entwicklung der Markteinkommensverteilung für Veränderungen der Ungleichheit der Nettoeinkommen maßgeblich. Die staatliche Umverteilung spielte lediglich eine untergeordnete Rolle (IAW 2011, Schmid/Stein 2013).

Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

- 7 Die Erwerbseinkommen umfassen auch die Einkommen aus selbstständiger Beschäftigung.
- 8 Eine formale Darstellung des Pseudo-Gini-Koeffizienten findet sich in Rehm et al. (2006) mit Bezug auf Shorrocks (1982), Lerman/Yitzhaki (1985) und Aaberge et al. (2000).
- 9 Eine detaillierte Beschreibung des SOEP findet sich in Wagner et al. (2007).
- 10 Das SOEP weist – wie im Allgemeinen alle auf Umfragen basierenden Datensätze zum Einkommen von Personen und Haushalten – eine Untererfassung von Haushalten am oberen Ende der Einkommensverteilung auf (Ammermüller et al. 2005, Bach et al. 2009, WSI Verteilungsbericht 2013, Behringer et al. 2014). Die Hauptgründe dafür sind, dass einkommens- oder vermögensreiche Haushalte entweder erst gar nicht Teil der Befragung sind oder dass sie im Rahmen der Befragung lediglich einen Teil ihres tatsächlichen Einkommens oder Vermögens angeben. Die dadurch entstehende Untererfassung ist substanziell und im Rahmen der hier durchgeführten Analyse grundsätzlich relevant. Da Kapitaleinkommen überwiegend am oberen Ende der Einkommensverteilung konzentriert sind, muss davon ausgegangen werden, dass sowohl das Niveau der Ungleichheit als auch die Auswirkungen von Schwankungen der Kapitaleinkommen auf Veränderungen der Einkommensungleichheit unterschätzt werden.

Literatur

- Aaberge, R. et al. (2000): Unemployment Shocks and Income Distribution: How Did the Nordic Countries Fare during Their Crises? *Scandinavian Journal of Economics* 102, 77–99.
- Adam, H. (2014): Die politische Ökonomie wachsender Ungleichverteilung der Einkommen. *Wirtschaftsdienst* 2, 104–111.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

- Adler, M./Schmid, K. (2013): Factor Shares and Income Inequality. Evidence from Germany, 2002–2008. *Journal of Applied Social Science Studies* 2, 121–132.
- Ammermüller, A./Weber, A./Westerheide, P. (2005): Die Entwicklung und Verteilung des Vermögens privater Haushalte unter besonderer Berücksichtigung des Produktivvermögens. ZEW Mannheim.
- Arpaia, A./Pérez, E./Pichelmann, K. (2009): Understanding Labour Income Share Dynamics in Europe. *European Commission Economic Papers*, 379.
- Atkinson, A. (2000): The Changing Distribution of Income: Evidence and Explanations. *German Economic Review* 1, 3–18.
- Atkinson, A. (2009): Factor Shares: The Principal Problem of Political Economy? *Oxford Review of Economic Policy* 25, 3–16.
- Bach, S./Corneo, G./Steiner, V. (2009): From Bottom to Top: The Entire Income Distribution in Germany, 1992–2003. *Review of Income and Wealth* 55, 303–330.
- Becker, I. (2000): The Personal Distribution of Income in Germany – A Decomposition Analysis of Income Sources. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 220, 400–418.
- Behringer, J./Theobald, T./van Treeck, T. (2014): Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht. *IMK Report* 99.
- Biewen, M./Juhasz, A. (2012): Understanding Rising Inequality in Germany, 1999/2000–2005/06. *Review of Income and Wealth* 58, 622–647.
- Brenke, K./Grabka, M. (2011): Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt. *DIW Wochenbericht* 45.
- Brenke, K./Wagner, G. (2013): Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum. *Wirtschaftsdienst* 2, 110–116.
- Checchi, D./García-Peñalosa, C. (2008): Labour market institutions and income inequality. *Economic Policy* 56, 601–649.

Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

- Daudey, E./García-Peñalosa, C. (2007): The Personal and the Factor Distributions of Income in a Cross-section of Countries. *Journal of Development Studies* 43, 812–829.
- Ellis, L./Smith, K. (2010): The Global Upward Trend in the Profit Share. *Applied Economics Quarterly* 56, 231–256.
- Fitzenberger, B. (2012): Expertise zur Entwicklung der Lohnungleichheit in Deutschland. *German Council of Economic Experts Working Papers* 4.
- Fräbärdorf, A./Grabka, M./Schwarze, J. (2011): The Impact of Household Capital Income on Income Inequality – A Factor Decomposition Analysis for the UK, Germany and the USA. *Journal of Economic Inequality* 9, 35–56.
- Fuchs, J. et al. (2012): Neue Herausforderungen für den deutschen Arbeitsmarkt. *IAB-Kurzbericht*.
- García-Peñalosa, C./Orgiazzi, E. (2013): Factor Components of Inequality: A Cross-Country Study. *Review of Income and Wealth* 59, 689–727.
- Giovannoni, O. (2010): Functional Distribution of Income, Inequality and the Incidence of Poverty: Stylized Facts and the Role of Macroeconomic Policy. *University of Texas Inequality Project Working Paper* 58.
- Glyn, A. (2009): Functional Distribution and Inequality. In: Salverda, W./Smeeding, T. (Eds.): *Oxford Handbook of Economic Inequality*. Oxford: Oxford University Press.
- Grabka, M./Goebel, J. (2014): Reduction in Income Inequality Faltering. *DIW Economic Bulletin* 4, 16–25.
- Grabka, M./Goebel, J./Schupp, J. (2012): Has Income Inequality Spiked in Germany? *DIW Economic Bulletin* 2, 3–14.
- Horn, G./Gechert, S./Rehm, M./Schmid, K. (2014): Wirtschaftskrise unterbricht Anstieg der Ungleichheit. *IMK-Report* 97.
- IAW (2011): Aktualisierung der Berichterstattung über die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland für den 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Tübingen.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

- IAW (2013): Bezieher hoher Einkommen sind auch sehr viel vermögiger. *IAW-News* 1.
- IW (2013): Verteilungsdebatte – OECD-Zahlen stützen IW-Ergebnisse, *IW Nachrichten* 15. Mai, Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, <http://www.iwkoeln.de/de/infodienste/iw-nachrichten/beitrag/verteilungsdebatte-oecd-zahlen-stuetzen-iw-ergebnisse-112952>; aufgerufen am 16.9.2014.
- Kalina, T./Weinkopf, C. (2012): Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn. *IAQ Report* 1.
- Lerman, R./Yitzhaki, S. (1985): Income Inequality Effects by Income. *The Review of Economics and Statistics* 67, 151–156.
- OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries – Country Note Germany. OECD Publishing, <http://www.oecd.org/germany/41525386.pdf>
- OECD (2011): Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising – Country Note Germany. OECD Publishing.
- Piketty, T. (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C.H. Beck.
- Rajan, R. (2010): *Fault Lines: How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Rehm, M./Schmid, K./Wang, D. (2014): Why Has Inequality in Germany Not Risen Further After 2005? *ECINEQ Working Paper* 333.
- Ryan, P. (1996): Factor Shares and Inequality in the UK. *Oxford Review of Economic Policy* 12, 106–127.
- Schlenker, E./Schmid, K. (2015): Capital Income Shares in 16 EU Member Countries. *Empirica*, Forthcoming.
- Schmid, K./Stein, U. (2013): Explaining Rising Income Inequality in Germany, 1991–2010. *IMK Study*, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Shorrocks, A. (1982): Inequality Decomposition by Factor Components. *Econometrica* 50, 193–211.
- Spannagel, D. (2013): *Reichtum in Deutschland. Empirische Analysen*. Wiesbaden: Springer VS.

Kapitaleinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland

- Spannagel, D./Broschinski, S. (2014): Reichtum in Deutschland wächst weiter. *WSI-Report* 17.
- Spannagel, D./Seils, E. (2014): Armut in Deutschland wächst – Reichtum auch. *WSI-Verteilungsbericht 2014. WSI-Mitteilungen* 08, 620–627.
- Stiglitz, J. (2012): *Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht*. München: Siedler.
- Wagner, G./Frick, J./Schupp, J. (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancements. *Journal of Applied Social Science Studies* 127, 139–169.
- Wilkinson, R./Pickett, K. (2013): *The Spirit Level. Why Equality is better for Everyone*. London: Penguin.
- WSI (2013): *Verteilungsbericht 2013 – Trendwende noch nicht erreicht. WSI-Report* 10.

Einkommensungleichheit: Das vernachlässigte Problem der steigenden Lohnungleichheit

Ulrike Stein¹

Mit der Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes im Jahr 1967 wurde in Deutschland eine relativ kurze Phase der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik eingeläutet, in deren Mittelpunkt auch eine solidarische Tarifpolitik stand, die darauf abzielte, die Lohnungleichheit zu reduzieren. Nach den Ölkrisen in den 70er-Jahren und dem damit verbundenen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit kam es zu einem Kurswechsel hin zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik – mit den Zielen der Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und des Abbaus der Arbeitslosigkeit. In den Vordergrund rückte die Absenkung der komparativen Arbeitskosten, die mit

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Hilfe von Lohnzurückhaltung, Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Reduktion von Lohnnebenkosten erreicht werden sollte. Tarifpolitische Standards wurden dabei als hemmende Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet (s. Traxler 2002). Bis zum Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise dominierte dieser Ansatz in Politik und Wirtschaft.

Die Auswirkungen dieser Politik zeigen sich in vielen Bereichen. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Schwächung tarifpolitischer Standards haben zur Entstehung eines dualen Arbeitsmarktes geführt. Dieser ist neben einem hohen Anteil an atypischen Beschäftigungsverhältnissen auch durch einen großen Niedriglohnsektor (s. Kalina/Weinkopf 2013) geprägt. Darüber hinaus kam es zu einem starken Anstieg der Ungleichheit. Diese ist durch eine Spreizung der Einkommen gekennzeichnet und geht für Teile der Bevölkerung auch mit erheblichen Reallohnverlusten einher (s. Grabka/Goebel 2013).

1. Ungleichheitsdebatte in Deutschland

Spätestens mit der starken Zunahme der Einkommensungleichheit vor allem in der ersten Hälfte der 2000er-Jahre, dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise, ihren drastischen Folgeerscheinungen und der Aufarbeitung der Krisenursachen wird nun auch in Deutschland die zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit als Problem wahrgenommen und öffentlich thematisiert. Inzwischen hat sich das Thema Ungleichheit als fester Bestandteil in den politischen Debatten etabliert. Im Mittelpunkt steht

Einkommensungleichheit: Das vernachlässigte Problem der steigenden Lohnungleichheit

dabei die Frage, ob die steigende Ungleichheit das Ergebnis oder vielmehr die Ursache der lange anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche und Stagnation war. Für immer mehr Beobachter sind dabei die einseitige Fokussierung auf die deutsche Exportstärke und der damit verbundene Drang zur stetigen Verbesserung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit der Kern des Problems. Die hiermit begründete schwache Lohnentwicklung hat dazu geführt, dass in Deutschland die Lohnstückkostenentwicklung drastisch hinter der anderer Länder des Euroraums zurückgeblieben ist und sich enorme Leistungsbilanzungleichgewichte aufbauen konnten. Hohe Leistungsbilanzungleichgewichte werden inzwischen gemeinhin als eine der wesentlichen Krisenursachen erachtet (s. Stein et al. 2012, Herzog-Stein et al. 2014).

Zur Lösung der gesamten Problematik – die Eurokrise einerseits und die starke Zunahme der Ungleichheit andererseits – bedarf es eines Politikwechsels. Ob es allerdings in Deutschland zu einem allgemeinen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel kommen wird, ist noch offen. Es mehren sich zwar einerseits die kritischen Stimmen, andererseits gibt es aber viele, die immer noch an der gängigen Wirtschaftspolitik festhalten wollen. Sie sehen sich durch die jüngste gute Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt bestätigt und betrachten die Arbeitsmarktreformen der Jahre 2003 bis 2005 (Hartz-Reformen) als Schlüssel für diese Verbesserung. Ebenso verkaufen sie die seit 2005 nicht weiter steigende Einkommensungleichheit als Erfolg.

In dieser turbulenten Zeit trifft das Buch von Piketty (2014) mit seinem anschaulichen empirischen Material zur Ungleichheitsentwicklung und seinen Reformvorschlägen auf fruchtbaren Boden und bietet gleichzeitig neues

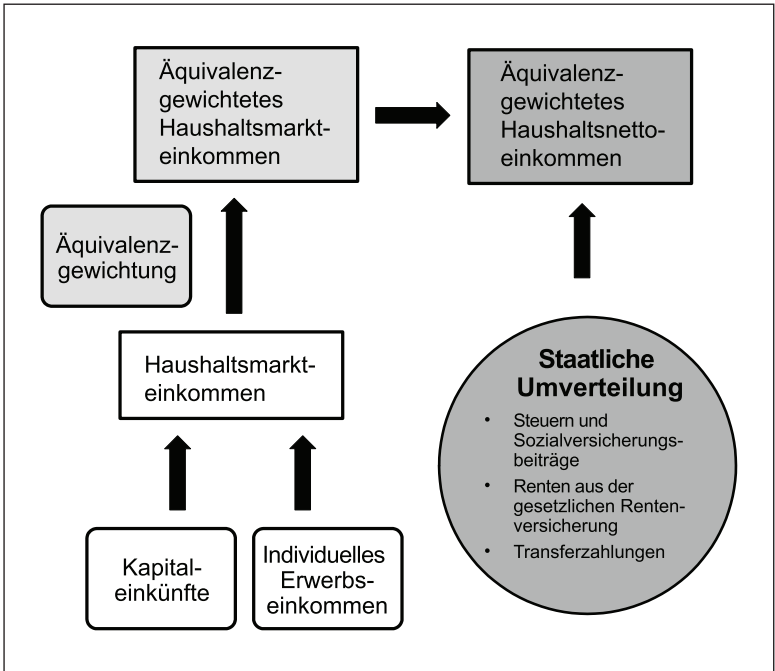
Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Material, um die Ungleichheitsdebatte weiter zu befeuern. Der „Piketty-Effekt“ war dabei schon vor Erscheinen der deutschsprachigen Ausgabe im Oktober 2014 in vielen Bereichen erkennbar. Sowohl Befürworter als auch Gegner von Pikettys Werk und Vertreter unterschiedlichster Denkrichtungen nehmen seine Arbeit als Anstoß, um ihre Argumente zum Thema Ungleichheit in der Öffentlichkeit zu platzieren.

2. Facetten der Einkommensungleichheit in Deutschland

Der Anstieg der Einkommensungleichheit seit der deutschen Vereinigung ist gut belegt und zeigt sich auf allen Ebenen der Einkommensverteilung (s. u. a. Grabka/Goebel 2013, OECD 2008, OECD 2011, Schmid/Stein 2013, Schmid et al. 2013). Allerdings muss man zwischen den verschiedenen Einkommenskonzepten unterscheiden: Bei den äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommen (sowohl Markt- als auch Nettoeinkommen) wird die Umverteilungswirkung innerhalb der Haushalte bereits berücksichtigt,² bei den individuellen Erwerbseinkommen dagegen nicht (Abbildung 1).

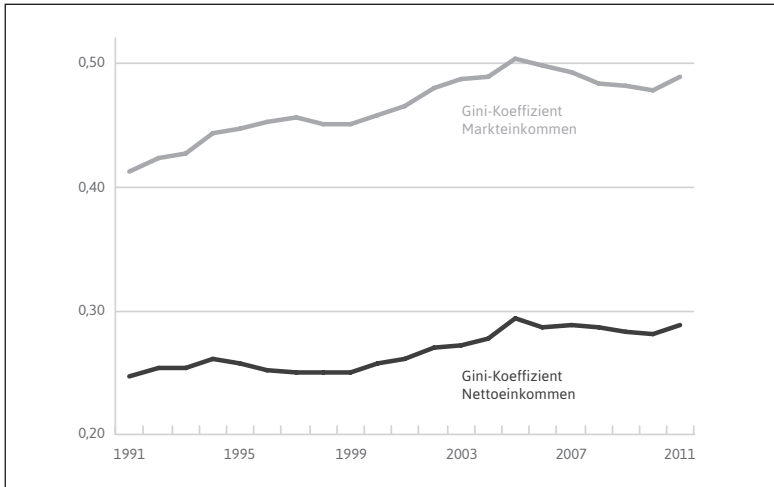
Abbildung 1: Das Konzept der äquivalenzgewichteten Einkommen – Einflussfaktoren der Einkommensverteilung.



Quelle: Stein, U. (2014).

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Abbildung 2: Gini-Koeffizienten der äquivalenzgewichteten Einkommen.



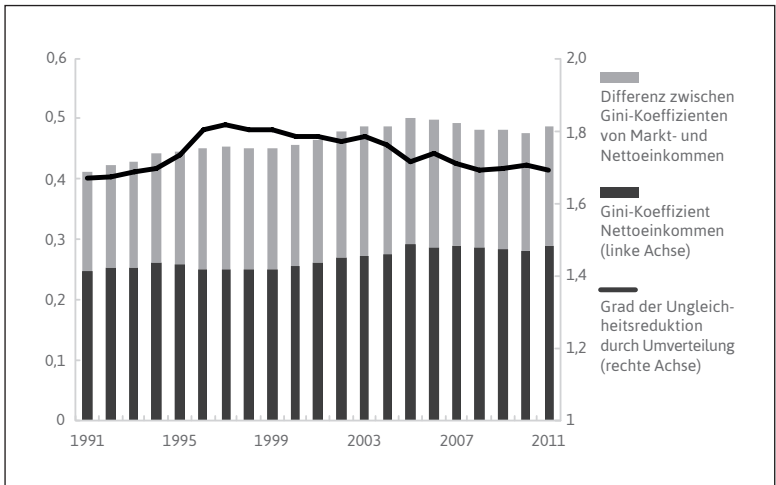
Quelle: SOEP Group (2014), eigene Darstellung.

Während die Ungleichheit der Haushaltseinkommen nach der deutschen Vereinigung bis zum Jahr 2005 stark angestiegen und seither wieder leicht gefallen ist, zeigt sich bei den Haushaltsnettoeinkommen ein anderes Bild (Abbildung 2). Durch eine zunehmende staatliche Umverteilungswirkung konnte in den 1990er-Jahren noch ein Anstieg der Ungleichheit der Nettoeinkommen vermieden werden. In den 2000er-Jahren ließ die staatliche Umverteilungswirkung dann aber sukzessive nach, sodass die Ungleichheit bis 2005 stark zunahm (Abbildung 3). Seither verharrt die Einkommensungleichheit auf hohem Niveau. Für den Rückgang der Ungleichheit der Markteinkommen ab 2005 sind vor allem die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt, Rekordzahlen bei den

Einkommensungleichheit: Das vernachlässigte Problem der steigenden Lohnungleichheit

Erwerbstätigen und ein nicht größer werdender Anteil von atypischer Beschäftigung verantwortlich (s. Schmid/Stein 2013). Allerdings ist auffallend, dass dies trotz der guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht zu einem Rückgang der Ungleichheit der Nettoeinkommen geführt hat.

Abbildung 3: Entwicklung der Einkommenskonzentration und staatliche Umverteilungswirkung, 1991–2011.



Anmerkung: Schaubild entspricht Abbildung 5.1 aus Schmid/Stein (2013). Gini-Koeffizienten auf Basis von Jahreseinkommen, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Skala, erhoben im Folgejahr, inklusive Mietwert selbst genutzten Wohneigentums.

Quelle: Aktualisierte Version von Abbildung 5.1 in Schmid/Stein (2013).

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Zwischen stagnierender Einkommensungleichheit ...

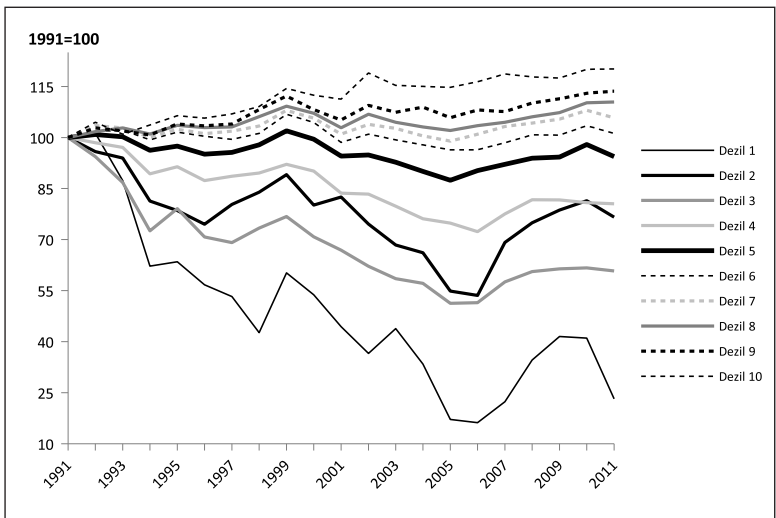
Trotz der Fakten bleibt die Einschätzung darüber, wie schädlich die Ungleichheit für Deutschland ist und welches die genauen Ursachen für den Ungleichheitsanstieg seit 1991 sind, umstritten. Dass die Einkommensungleichheit seit 2005 nicht mehr angestiegen ist, sollte dabei allerdings nicht als Zeichen der Entwarnung verstanden werden, denn die Ungleichheit der Nettoeinkommen ist eben auch nicht spürbar gefallen, obwohl man aufgrund der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt durchaus einen Rückgang hätte erwarten dürfen. Auch deuten die Zeichen am aktuellen Rand eher auf eine Zunahme als auf eine Abnahme der Einkommensungleichheit hin (Grabka/Goebel 2013).

Darüber hinaus bleibt bei der reinen Betrachtung der Ungleichheitsmaße die Entwicklung der Einkommensniveaus unberücksichtigt. Würden alle Personen in der Bevölkerung an den Wohlfahrtsgewinnen teilhaben, wäre ein Ungleichheitsanstieg für alle etwas erträglicher, als wenn nur manche Bevölkerungsschichten zu den Gewinnern gehören und es andererseits eine große Zahl von Verlierern gibt, so wie es in Deutschland der Fall war. Betrachtet man die Markteinkommen, so zeigt sich, dass nur die obersten Einkommensbezieher reale Einkommenszuwächse verzeichnen konnten (Abbildung 4). Viele der unteren Einkommensbezieher hingegen mussten real zum Teil sogar sehr deutliche Einkommensverluste hinnehmen. Bei den Nettoeinkommen war die Entwicklung zumindest in den 1990er-Jahren noch nicht so gravierend, aber auch hier zeigt sich seit Ende der 1990er-Jahre, dass die unteren 40 Prozent der Gesellschaft nicht von den Wohlfahrts-

Einkommensungleichheit: Das vernachlässigte Problem der steigenden Lohnungleichheit

gewinnen profitierten und reale Einkommensverluste hinnehmen mussten (Abbildung 5).

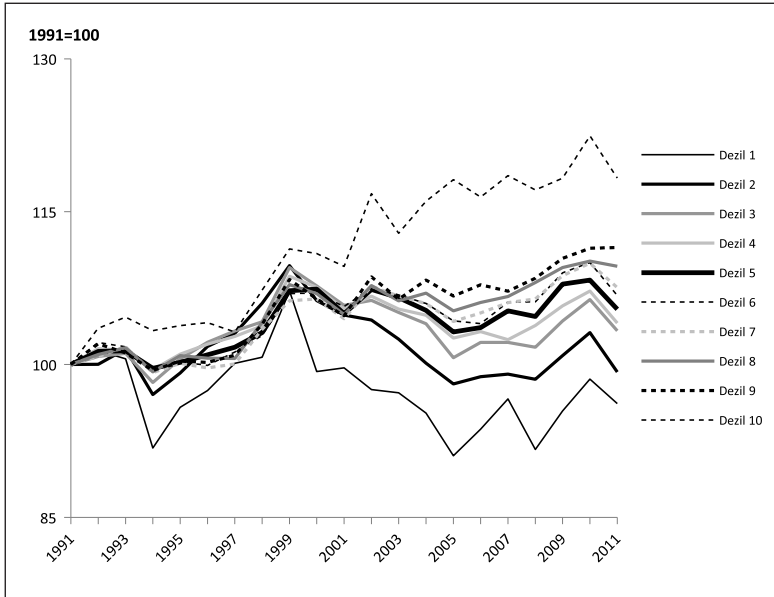
Abbildung 4: Entwicklung Markteinkommen nach Einkommensdezilen.



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Entwicklung der realen äquivalenzgewichteten Haushaltsmarkteinkommen sortiert nach Einkommensdezilen in Deutschland von 1991 bis 2011 in Preisen von 2005 (Verbraucherpreisindex). Die Einkommen beziehen sich auf das Medianeinkommen des jeweiligen Einkommensdezils. Einkommen sind äquivalenzgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quellen: SOEP v29L, eigene Berechnungen.

Abbildung 5: Entwicklung Nettoeinkommen nach Einkommensdezilen.



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Entwicklung der realen äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen sortiert nach Einkommensdezilen in Deutschland von 1991 bis 2011 in Preisen von 2005 (Verbraucherpreisindex). Die Einkommen beziehen sich auf das Medianeinkommen des jeweiligen Einkommensdezils. Einkommen sind äquivalenzgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quellen: SOEP v29l, eigene Berechnungen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Erfassung der Einkommensungleichheit ist das verwendete Einkommens-

Einkommensungleichheit: Das vernachlässigte Problem der steigenden Lohnungleichheit

konzept. Internationalen Standards folgend wird inzwischen auf die äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen zurückgegriffen (s. Stein 2013). Dieses Vorgehen bringt auch einige Nachteile mit sich. Denn dieses Einkommenskonzept erlaubt es zwar, Einkommen auf Personenebene zu vergleichen – auch international –, aber es ist dennoch nur ein rein analytisches Konzept zur Ermittlung der Einkommen, bei dem einige starke Annahmen zu Grunde gelegt werden. Neben allen Markteinkommen aus Kapital und Erwerbstätigkeit fließen auch Steuern und Transferzahlungen in die Berechnung dieses Einkommens mit ein. Darüber hinaus wird es mit einer Äquivalenzskala gewichtet, um das Einkommen von Personen miteinander vergleichbar zu machen. Damit berücksichtigt es neben der staatlichen Umverteilung auch eine Umverteilung innerhalb des Haushaltes. Dabei ist in Deutschland der positive Haushaltseffekt besonders stark ausgeprägt (s. Lohmann/Andrefß 2011).

... und weiter steigender Lohnungleichheit ...

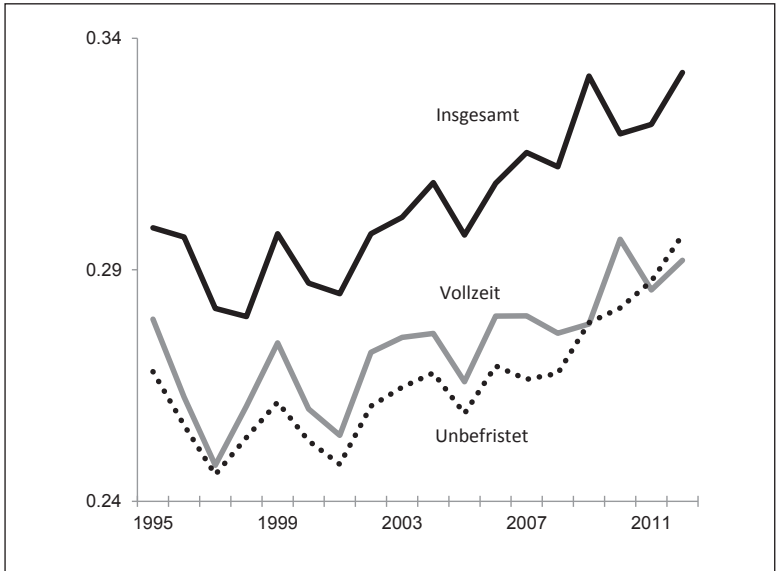
Um ein umfassendes Bild der Einkommensentwicklung zu bekommen, greift die alleinige Betrachtung der Haushaltsnettoeinkommen daher zu kurz. So können kurzfristige gegenläufige Entwicklungen in den unterschiedlichen Komponenten des rein ‚konzeptionellen‘ äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens gegenseitige Ungleichheitsentwicklungen neutralisieren. Konkret wird damit das persistente Problem der zunehmenden Ungleichheit der Erwerbseinkommen in Deutschland, die

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

auch nach 2005 fortgeschritten ist, in den Hintergrund gedrängt. Trotz steigender Erwerbseinkommensungleichheit hat der krisenbedingte Einbruch der Kapitaleinkommen dafür gesorgt, dass die Ungleichheit der Kapitaleinkommen abgenommen hat und somit in der Summe die Einkommensungleichheit seit 2005 nicht weiter angestiegen ist (s. Grabka/Goebel 2013, Horn et al. 2014).

Betrachtet man hingegen allein die Erwerbseinkommen ohne die verschiedenen Umverteilungsmechanismen (einerseits die Umverteilung im Haushaltskontext und andererseits die staatliche Umverteilung durch das Steuer- und Transfersystem), ergibt sich ein besorgniserregendes Bild. Der Anstieg der Lohnungleichheit am oberen Rand der Verteilung hat bereits in den 1980er-Jahren zugenommen. Seit den 1990er-Jahren ist zusätzlich auch noch ein Anstieg der Lohnungleichheit am unteren Rand der Verteilung zu beobachten (s. Fitzenberger 2012). Dieser Ungleichheitsanstieg an beiden Rändern der Lohnverteilung setzt sich kontinuierlich fort, ohne dass es zu einem Stopp nach 2005 gekommen wäre. Selbst bei alleiniger Betrachtung der Vollzeitbeschäftigten belegen Zahlen der Beschäftigungsstatistik eine ungebrochene Zunahme der Entgeltspreizung (s. IAB 2013). Eine eigene Analyse der Lohnungleichheit auf Basis der Bruttostundenlöhne mit Daten des SOEP, des Sozio-oekonomischen Panels, zeigt ebenfalls den Anstieg der Ungleichheit der Erwerbseinkommen (Abbildung 6). Dies trifft selbst für die Gruppe der Arbeitnehmer mit traditionellen Jobcharakteristika zu. So hat die Lohnungleichheit auch innerhalb der Gruppe der Vollzeitbeschäftigten oder der Gruppe der unbefristet Beschäftigten zugenommen, und der trendmäßige Anstieg der Ungleichheit hält auch am aktuellen Rand an.

Abbildung 6: Gini-Koeffizienten (Bruttostundenlöhne).



Quellen: SOEP v29I, eigene Berechnungen.

... offenbart sich enormer Reformbedarf

In letzter Zeit wird nun allerdings auch die Problematik der Lohnentwicklung verstärkt in den Fokus der Debatte gerückt, selbst von Personen und Institutionen, die zuvor Befürworter der Lohnzurückhaltung waren und somit eigentlich nur als Fürsprecher des angebotsorientierten Politikansatzes in Erscheinung traten. So hat sich erst kürzlich die Deutsche Bundesbank für höhere Lohnabschlüsse ausgesprochen (s. Bundesbank 2014). Auch von der OECD gab es zuletzt etwas kritischere Töne. So kommt

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

die OECD (2014) in ihrem letzten Wirtschaftsausblick für Deutschland zu dem Schluss, dass die gestiegene Zahl der Geringverdiener und der Arbeitskräfte in atypischen Beschäftigungsverhältnissen nicht gleichermaßen vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert hätten. Darüber hinaus kritisiert sie das hohe relative Armutsrisiko, das sich trotz guter Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht verringert hat, und prangert an, dass die Aufstiegsmobilität von einkommensschwachen Arbeitskräften zurückgegangen sei. Reformbedarf wird der deutschen Regierung in dieser Frage auch vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR 2013) bescheinigt, der ebenfalls die gefallene und im internationalen Vergleich auch relativ geringe Einkommensmobilität in Deutschland moniert, ansonsten aber das Problem der gestiegenen Ungleichheit verneint.

Ein weiteres Problem, das Piketty (2014) dokumentiert, entsteht dadurch, dass die Gewinne aus Kapital schneller zunehmen als das Nationaleinkommen und die Arbeitseinkommen. Dies allein wäre zunächst kein Grund zur Sorge. Jedoch ist dies der Fall bei gleichzeitig hoher Spreizung der Sparquoten zwischen den Einkommensklassen. Da Kapital extrem ungleich verteilt ist, profitieren einige wenige viel stärker von den steigenden Kapitalerträgen als die breite Masse, die eben kein Kapitaleinkommen besitzt. Damit einhergehend gibt es auch keine Chancen- oder Leistungsgerechtigkeit. Wohlstand in Deutschland hängt zu großen Teilen davon ab, wie reich die Familie ist, in die man geboren wird, was man erbt oder wie reich man heiratet. Die fehlenden Aufstiegschancen zusammen mit einer zunehmenden Ungleichheit bergen enormen sozialen

Sprengstoff. Auch die Tatsache, dass Teile der Bevölkerung über Jahre hinweg reale Einkommensverluste hinnehmen mussten und somit nicht von den Wohlstandsgewinnen profitieren konnten, verschärft die Situation zusätzlich.

Dabei würde die Gesellschaft als Ganze von einer weniger ungleichen Verteilung profitieren, wie interessanterweise ausgerechnet ein Arbeitspapier des Internationalen Währungsfonds (IMF) nahelegt. Ostry et al. (2014) untersuchen den Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und Wirtschaftswachstum und zeigen die Vorteile von stärker egalitär ausgerichteten Gesellschaften auf. Die Analyse belegt, dass es einen negativen Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheit und der Stärke und Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums gibt. Darüber hinaus zeigen Ostry et al. (2014), dass die Politik etwas gegen die Ungleichheit tun kann, denn die staatliche Umverteilung wirkt sich nicht schädlich auf das Wachstum aus.

3. Was kann die Politik tun?

Die angeführten Punkte haben gezeigt, dass ein dringender Reformbedarf besteht. Die aktuelle Debatte hat einige interessante Fakten zu Tage befördert, von denen konkrete Politikempfehlungen für Deutschland abgeleitet werden können. Darüber hinaus sind sie dienlich, das Agenda Setting dahingehend zu gestalten, die soziale Fehlentwicklung der vergangenen Jahrzehnte zu korrigieren. Dabei steht eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verfügung, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Ein Teil der Maßnahmen sollte direkt an der Quelle der Entstehung der Ungleichheit ansetzen, also bei der Reduktion der Ungleichheit der Markteinkommen. Hier stehen gleich zwei Wirkungsmechanismen zur Verfügung:

- Einerseits sind es Maßnahmen, die die Ungleichheit der Kapitaleinkommen und die Vermögenskonzentration reduzieren. Enormen Spielraum gibt es bei den hohen Freibeträgen von Erbschaften und den großzügigen Ausnahmen bei der Vererbung von Unternehmen. Bei den Kapitaleinkünften gilt es, die pauschale Abgeltungsteuer rückgängig zu machen und dafür wieder die Besteuerung von Kapitalerträgen der Besteuerung von Erwerbseinkommen anzugleichen. Darüber hinaus ist die Reaktivierung der Vermögensteuer eine Möglichkeit, die Vermögenskonzentration zu reduzieren – mit dem Vorteil, dass Vermögen in Deutschland zwangsläufig wieder erfasst werden müssten (s. Behringer et al. 2014).
- Andererseits gilt es, die Ungleichheit der Erwerbseinkommen zu verringern. Auch hier gibt es zahlreiche geeignete Mittel. Notwendig sind die Stabilisierung des Tarifsystems, die Reduktion des Niedriglohnssektors und die Stärkung der Erwerbseinkommen. Dazu wird auch der gesetzliche Mindestlohn beitragen, der zumindest ein weiteres Ausfransen der Löhne nach unten verhindert und zu einer Stabilisierung der Löhne am unteren Rand der Verteilung beitragen wird. Die von manchen beschriebene Gefahr hoher Beschäftigungsverluste ist empirisch unbegründet (s. u. a. Schmitt 2013, Reich et al. 2014, Bosch/Weinkopf 2014). Ebenso ist eine Integration in den Arbeitsmarkt der beste Weg, Menschen vor Armut zu schützen. Allerdings müssen menschenwürdige

Einkommensungleichheit: Das vernachlässigte Problem der steigenden Lohnungleichheit

Löhne bezahlt werden und es muss eine echte Chance auf soziale Mobilität geben.

Zudem muss die staatliche Umverteilungswirkung wieder gestärkt werden, denn hierdurch wird bei gegebener Verteilung der Markteinkommen bestimmt, wie die Nettoeinkommen verteilt sind. Die staatliche Umverteilung wird sowohl durch das Steuersystem als auch durch das Transfersystem beeinflusst. Der Staat hat somit einen großen Gestaltungsspielraum, den er zur Ungleichheitsbekämpfung nutzen kann. Allerdings ist jetzt schon absehbar, dass in diesem Bereich im Hinblick auf die gesetzlichen Renten neue Herausforderungen auf Deutschland zukommen werden, da die gesetzlichen Renten in dem gängigen Einkommenskonzept Teil der staatlichen Umverteilung sind. Durch die Absenkung des Rentenniveaus, die starke Ausweitung des Niedriglohnsektors und die vielen durch Arbeitslosigkeit unterbrochenen Erwerbsbiografien zukünftiger Rentner werden sich die Renten immer mehr als Ungleichheitstreiber entpuppen. Ohne ein staatliches Gegenlenken erscheint eine signifikante Reduktion der Einkommensungleichheit eher unwahrscheinlich.

Die vorangegangene Diskussion hat aufgezeigt, wie wichtig es ist, notwendige Reformen in die Wege zu leiten, um aktuelle und (absehbare) zukünftige Probleme anzupacken. Eine zu groß werdende Ungleichheit und weiter auseinanderdriftende Lohn- und Einkommen verursachen hohe gesellschaftliche Kosten, denn sie schaden dem sozialen Zusammenhalt. Eine menschenwürdige Entlohnung und eine echte Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe sind unabdingbar, um der sozialen Spaltung in Deutschland entgegenzuwirken. Darüber hinaus hat eine stei-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

gende Einkommensungleichheit aber auch gravierende makroökonomische Konsequenzen, wie beispielsweise die Veränderung des Sparverhaltens und der Haushaltsverschuldung, die Schwächung des Wachstums oder die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte; dies haben die Analysen von Ostry (2014) und Piketty (2014) aufgezeigt. Auch unter dem Gesichtspunkt makroökonomischer Stabilität besteht dringender Reformbedarf.

Endnoten

- 1 Die Autorin dankt Jan Behringer, Alexander Herzog-Stein, Thomas Theobald und Till van Treeck für hilfreiche Hinweise und Kommentare.
- 2 Zur Berechnung der äquivalenzgewichteten Einkommen werden die Haushaltseinkommen mit Hilfe von Bedarfsgewichten in ein Personeneinkommen umgerechnet. Zur Bestimmung der Bedarfsgewichte wird die modifizierte OECD-Skala verwendet, nach welcher dem Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1, jedem weiteren Haushaltsmitglied im Alter von mindestens 14 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jüngeren Kindern ein Gewicht von 0,3 zugewiesen wird. Durch diese individuellen Gewichte wird zum einen der Tatsache Rechnung getragen, dass es bei einer gemeinsamen Haushaltsführung Kosteneinsparungseffekte gibt (Skaleneffekte), und zum anderen wird berücksichtigt, dass der Bedarf der Haushaltsmitglieder je nach Alter variiert.

Literatur

- Behringer, J./Theobald, T./van Treeck, T. (2014): Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht. *IMK Report 99*, http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_99_2014.pdf
- Bosch, G./Weinkopf, C. (2014): Zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € in Deutschland. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. Arbeitspapier, Arbeit und Soziales, 304, http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_304.pdf
- Bundesbank (2014): Präsident Weidmann ordnet Bundesbank-Position in der Lohndebatte ein, http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Themen/2014/2014_07_30_weidmann_ordnet_bundesbank_position_in_der_lohndebatte_ein.html
- Fitzenberger, B. (2012): Expertise zur Entwicklung der Lohnungleichheit in Deutschland. Arbeitspapier des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 04, http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/publikationen/arbeitspapier_04_2012.pdf
- Grabka, M. M./Goebel, J. (2013): Rückgang der Einkommensungleichheit stockt. *DIW Wochenbericht* 46, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.431412.de/13-46-3.pdf
- Herzog-Stein, A./Stein, U./Zwiener, R. (2014): Deutschlands Lohn- und Arbeitskostenentwicklung wieder zu schwach – Analyse der neuesten, revidierten Eurostat-Daten zur Arbeitskostenentwicklung in der EU für 2013 und das erste Halbjahr 2014. *IMK Report 100*, http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_100_2014.pdf
- Horn, G. A./Gechert, S./Rehm, M./Schmid, K. (2014): Wirtschaftskrise unterbricht Anstieg der Ungleichheit. *IMK Report 97*, http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_97_2014.pdf
- IAB (2013): IAB-Stellungnahme 3/2013 – Lebenslagen in Deutschland – Vierter Armuts- und Reichtumsbericht. Institute for Employment

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Research (IAB), Nürnberg, <http://doku.iab.de/stellungnahme/2013/sn0313.pdf>

Kalina, T./Weinkopf, C. (2013): Niedriglohnbeschäftigung 2011 – Weiterhin arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland für einen Niedriglohn. *IAQ-Report 01*, <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2013/report2013-01.pdf>

Lohmann, H./Andreß, H.-J. (2011): Autonomie oder Armut? Zur Sicherung gleicher Chancen materieller Wohlfahrt durch Erwerbsarbeit. In: *WSI-Mitteilungen* 4, 178–187, http://www.boeckler.de/wsimit_2011_04_Andress.pdf

OECD (2008): Growing Unequal? – Income Distribution and Poverty in OECD Countries, http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/growing-unequal_9789264044197-en

OECD (2011): Divided we Stand – Why Inequality Keeps Rising, http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/the-causes-of-growing-inequalities-in-oecd-countries_9789264119536-en

OECD (2014), OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2014. OECD Publishing, http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-deu-2014-de

Ostry, J. D./Berg, A./Tsangarides, C. G. (2014): Redistribution, Inequality, and Growth. IMF (International Monetary Fund) Staff Discussion Note, February, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2014/sdn1402.pdf>

Piketty, T. (2014): *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Reich, M./Jacobs, K./Bernhardt, A. (2014): Local Minimum Wage Laws: Impacts on Workers, Families and Businesses. *IRLE Working Paper* 104, <http://irle.berkeley.edu/workingpapers/104-14.pdf>

Schmid, K./Stein, U. (2013): Explaining Rising Income Inequality in Germany, 1991–2010. *IMK Study* 32, http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_study_32_2013.pdf

Einkommensungleichheit: Das vernachlässigte Problem der steigenden Lohnungleichheit

- Schmid, K./Stein, U./Zwiener, R. (2013): *IMK-Verteilungsmonitor – Einkommensverteilung in Deutschland, 1991–2010*, http://www.boeckler.de/pdf/imk_pj_verteilungsmonitor.pdf
- Schmitt, J. (2013): *Why Does the Minimum Wage Have No Discernible Effect on Employment?* CEPR: Washington, <http://www.cepr.net/documents/publications/min-wage-2013-02.pdf>
- SOEP Group (2014): *SOEP 2012 – SOEPmonitor Person 1984–2012 (SOEP v29). SOEP Survey Papers 193 – update: Series E*, Berlin: DIW/SOEP, http://panel.gsoep.de/soep-docs/surveyspapers/diw_ssp0193.pdf
- Stein, U. (2014): *Erklärungsansätze für die Ungleichheitsentwicklung in Deutschland. Sozialer Fortschritt 63 (12), 315–321.*
- Stein, U. (2013): *Leitfaden Einkommensverteilung. IMK Praxis Mai*, http://www.boeckler.de/pdf/imk_pj_verteilungsmonitor_leitfaden.pdf
- Stein, U./Stephan, S./Zwiener, R. (2012): *Zu schwache deutsche Arbeitskostenentwicklung belastet Europäische Währungsunion und soziale Sicherung. Arbeits- und Lohnstückkosten in 2011 und im 1. Halbjahr 2012. IMK Report 77*, http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_77_2012.pdf
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2013): *Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik, Jahresgutachten 2013/14*, http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201314/JG13_Ges.pdf
- Traxler, F. (2002): *Tarifpolitik in Europa*. In: *WSI-Mitteilungen 5*, 282–285.

Piketty revisited: Vermögensungleichheit in Europa

Miriam Rehm und Matthias Schnetzer¹

1. Einleitung

Das Ziel dieses Artikels ist es, Pikettys Untersuchung der Vermögensverteilung in modernen europäischen Ländern mit einem unabhängigen Datensatz zu überprüfen. Die Grunderkenntnis Pikettys lautet, dass die Vermögensverteilung heute extrem ungleich ist. Diese Feststellung ergänzt er mit facettenreichen historischen und institutionellen Analysen sowie mit empirischen „Gesetzmäßigkeiten“, die die explosiven Tendenzen untermauern; und er zieht den Schluss, dass diese Entwicklung eine Bedrohung für die

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Demokratie darstelle. Die zentrale Frage für diesen Beitrag ist, ob die starke Konzentration der Vermögen in anderen Daten – konkret Erhebungsdaten im Gegensatz zu Pikettys Steuerdaten – feststellbar ist.

Neue Daten sind eine wichtige Basis für Erkenntnisgewinn. Pikettys Daten aus Steuerdatenbanken bieten einen Blick über einen sehr langen Zeithorizont auf die Vermögens- und Einkommensungleichheit in Hocheinkommensländern. Er weist mit ihrer Hilfe nach, dass es seit den 1980er-Jahren wieder langfristige, strukturelle Verschiebungen hin zu Vermögenden gibt. Seine Schlussfolgerungen sind gerade für europäische Länder – in seiner Datengrundlage sind darunter Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Schweden – besonders relevant. Diese europäischen Länder entwickeln sich zunehmend zu Gesellschaften, die eine Vermögensverteilung aufweisen wie zu Zeiten der Erbaristokratie. Eine winzige Gruppe von Erben und Erbinnen hielt im 19. Jahrhundert extrem hohe Anteile am Vermögen.² Die Einkommen aus Vermögen machten daher einen Großteil der Gesamteinkommen an der Spitze der Einkommensverteilung aus. Zu dieser Zeit konnten selbst die höchsten Einkommen aus Arbeit nicht den Lebensstil garantieren, den geerbtes Vermögen – quasi auf dem Silbertablett serviert – manchen ermöglichte.

Abgesehen von Frankreich, Großbritannien, Deutschland und zum Teil Schweden sind Pikettys Daten jedoch für viele europäische Länder nicht vorhanden. Dagegen stellt der *Household Finance and Consumption Survey* (HFCS, ESCB 2010) erstmals für die meisten Länder der Eurozone vergleichbare Daten zur Vermögensverteilung bereit. Dabei

handelt es sich um Erhebungen, im Gegensatz zu den von Piketty präferierten administrativen Daten. Pikettys reservierte Haltung gegenüber Befragungsdaten beruht auf der Untererfassung sehr einkommens- oder vermögensreicher Haushalte oder Personen. In der Tat zeigen erste Forschungsergebnisse, dass in den HFCS-Daten die Konzentration deutlich unterschätzt wird.³

Der Vorteil von Erhebungsdaten liegt darin, dass sie einen Schatz an zusätzlichen, detaillierten Informationen bieten. Darunter sind zum Beispiel Informationen über die Zusammensetzung des Vermögens (Welche Gruppen besitzen welche Vermögensgüter?), Informationen zur Zusammensetzung von Vermögensgruppen (Wer sind die MillionärInnen? Wieviel Vermögen haben Männer gegenüber Frauen?) oder Informationen über den Vermögensaufbau (Wie wichtig sind Erbschaften gegenüber Leistungseinkommen im Vermögensaufbau?). Diesen Vorteil nutzt dieser Beitrag, um ein genaueres Bild der Vermögenssituation in Europa zu zeichnen. Nach einer Diskussion der Frage, wie Vermögen definiert ist, widmet sich das Kapitel daher insbesondere diesen Zusatzinformationen, welche die Querschnittsanalyse der HFCS-Daten bereitstellt.

Da die Forschung dazu allerdings noch in den Kinderschuhen steckt – die Daten wurden im Herbst 2013 publiziert –, sind Ergebnisse oft nur auf Länderebene und nicht für die Eurozone verfügbar. Insbesondere komplexere Analysen sind daher teilweise auf einzelne Länder beschränkt. Im deutschen Sprachraum ist hier besonders für Österreich eine Fülle von ersten Arbeiten vorhanden, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der Vermögensverteilung beschäftigen.⁴ In Teilbereichen präsentiert dieser

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Beitrag daher länderspezifische Resultate, wenn die euro-paweiten Analysen (noch) nicht verfügbar sind.

Dieser Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Zunächst wird Pikettys Kapitalbegriff diskutiert und dann auf die Vermögensverteilung in Europa eingegangen – sowie auf die Probleme dieser Erhebung. Im Anschluss wird ein erster Überblick über die Partizipation verschiedener Vermögensgruppen an unterschiedlichen Komponenten des Vermögens gegeben. Dem folgen eine detailliertere Analyse der sozioökonomischen Vermögensgruppen in Bezug auf Bildung und Erwerbsstatus und eine Untersuchung der Vermögensschere zwischen Männern und Frauen. In diesem Teil wird außerdem ein genauerer Blick auf die Gruppe der reichsten ÖsterreicherInnen geworfen. Auch zu den Einkommen aus Vermögen liefern die HFCS-Daten ausführliche Informationen; dieser Beitrag fokussiert einerseits auf die Einkommen aus Vermögensbesitz und andererseits auf imputierte Mieten. Schließlich wird die Rolle von Erbschaften im Vermögensaufbau diskutiert.

2. Pikettys Kapitalbegriff und die HFCS-Vermögenserhebung

Thomas Pikettys langfristige Analysen zur Entwicklung der privaten Vermögen beruhen hauptsächlich auf aggregierten Daten. Nur für wenige Länder stehen Piketty zusätzliche Informationen zur Verfügung, die Aussagen über die Verteilung der Vermögen innerhalb eines Landes erlauben. Es sind vor allem Vermögenssteuerdaten, Erbschaftsregister und Nachlassdokumente, die Schlussfolgerungen auf die Vermögenskonzentration in Ländern wie Frankreich,

Großbritannien oder den Vereinigten Staaten zulassen. Mit Hilfe dieser Daten hat der Ökonom Vermögensanteile der obersten zehn Prozent sowie des reichsten Prozents über zwei Jahrhunderte hinweg berechnet. Eine Einschätzung der Vermögensverteilung für die meisten europäischen Länder war aber auch für Piketty mangels verfügbarer Daten nicht möglich. Der im Jahr 2010 durchgeführte HFCS der Europäischen Zentralbank bietet nun eine einmalige Gelegenheit für die Vermögensforschung, denn es werden harmonisierte Informationen zu den Haushaltsvermögen in 17 Staaten der Eurozone erhoben.

Das Ziel der HFCS-Erhebung war vor allem eine Bestandsaufnahme der finanziellen Stabilität privater Haushalte nach Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008. Um verlässliche Informationen zu sammeln, wurde die Erhebung inhaltlich und methodisch mit großer Sorgfalt vorbereitet und durchgeführt, wobei auf die langjährige Erfahrung des US-amerikanischen *Survey of Consumer Finances* (SCF) zurückgegriffen wurde. Dazu zählten beispielsweise eine umfangreiche Erfassung von Metadaten abseits der persönlichen Interviews in den Haushalten oder auch das sorgfältige Training der InterviewerInnen. Die Veröffentlichung der HFCS-Daten hat die Möglichkeiten für die Vermögensforschung in Europa signifikant verbessert und eine Reihe von wissenschaftlichen Publikationen angestoßen. Obwohl eine zeitliche Entwicklung der Vermögenskonzentration erst ab der zweiten Erhebungswelle 2014 sichtbar wird, bietet der HFCS bereits jetzt eine sehr gute Perspektive für zukünftige Ungleichheitsforschung in Europa.

Da der HFCS die Vermögen privater Haushalte erhebt, während Piketty von Kapital spricht, stellt sich die Frage, ob

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

hier von zwei unterschiedlichen Konzepten ausgegangen werden muss. Pikettys Definition von Kapital irritiert ÖkonomInnen, die die Kapitalkontroverse als Nachweis der zirkulären Definition von Kapital verstanden haben (Galbraith 2014). Ebenso sehen ÖkonomInnen, die Kapital seit Smith und Ricardo als Produktionsmittel und seit Marx als Machtverhältnis verstehen, in Pikettys Zugangsweise einen Rückschritt (Harvey 2014, Duménil/Lévy 2014). Daher ist ein weniger missverständlicher Begriff für den untersuchten Gegenstand wohl nicht Kapital, sondern eher Vermögen.

Der HFCS folgt hier – wie Piketty – einer durchaus beschränkten „buchhalterischen“ Definition. Vermögen sind in diesem Sinne wirtschaftliche Güter, die Erträge bringen können. Diese müssen bewertbar, belehnbar, übertragbar, liquidierbar und, im Falle des HFCS, Personen zurechenbar sein. Nicht erfasst sind daher bei Piketty ebenso wie im HFCS Vermögenskategorien wie Sozialvermögen (etwa umlagebasierte Pensionssysteme, Arbeitslosenversicherung, Gesundheitsversicherung), Umweltvermögen (zum Beispiel sauberes Wasser, reine Luft, das Fehlen von Lärmbelastung) und Humankapital (die Menschen innewohnende Fähigkeit, Erträge zu produzieren).

Ein Unterschied zwischen HFCS und Pikettys Daten besteht, wie eben angedeutet, in den Sektoren, deren Vermögen erfasst wird. Der HFCS beschränkt sich auf private Haushalte; das schließt den Unternehmenssektor mittelbar ein, der zum Besitz von Haushalten zählt. Ausgenommen ist hingegen Vermögen, das im Letztbesitz von gewissen juristischen Personen steht; darunter fallen zum Beispiel Privatstiftungen oder Vereine. Piketty dagegen

bezieht in seine Analyse zumindest teilweise – etwa in der Berechnung des Kapitalstocks als Vielfaches des Nationaleinkommens (Piketty 2014: 113 f.) – die Sektoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ein. Somit sind zusätzlich private Organisationen ohne Erwerbszweck sowie der öffentliche Sektor berücksichtigt.

Tabelle 1 zeigt die Haushaltsbilanz einer buchhalterischen Vermögensdefinition, wie sie den HFCS-Daten zu Grunde liegt. Die Aktiva beinhalten Sachvermögen, das etwa den Hauptwohnsitz, weitere Immobilien, Kraftfahrzeuge und Unternehmensbeteiligungen umfasst, sowie Finanzvermögen, zu dem unter anderem Giro- und Sparkonten, Fonds, Aktien und Anleihen und Geld, das andere dem Haushalt schulden, zählen. Die Passivseite besteht aus besicherter und unbesicherter Verschuldung.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Tabelle 1: Haushaltsbilanz (Komponenten des Vermögens privater Haushalte).

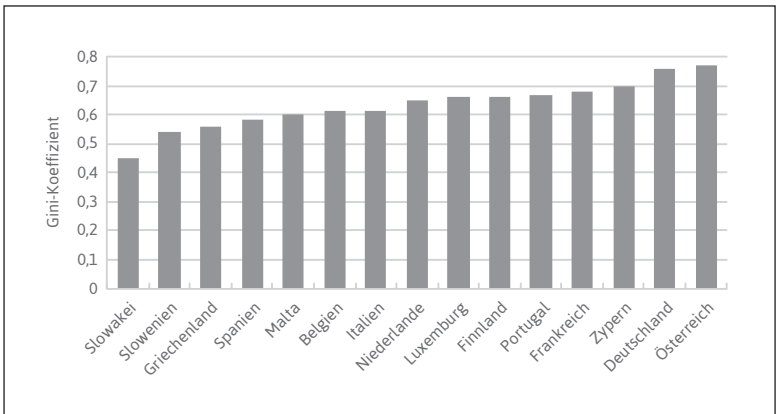
Aktiva		Passiva	
Sachvermögen	Hauptwohnsitz	Besicherte Verschuldung	Mit Hauptwohnsitz besichert
	Weitere Immobilien		Mit weiteren Immobilien besichert
	Unternehmenseigentum		
	Fahrzeuge		
	Wertgegenstände		
Finanzvermögen	Girokonten	Unbesicherte Verschuldung	Überziehungskredite
	Spareinlagen		Kreditkartenschulden
	Bausparverträge		Sonstige unbesicherte Kredite
	Lebensversicherungen		
	Investmentfonds		
	Festverzinsliche Wertpapiere		
	Börsennotierte Aktien		
	Geldschulden gegenüber dem Haushalt		
	Sonstiges		

Quelle: HFCS 2010.

3. Verteilung in Europa und Untererfassung von Top-Vermögen

Dank der *Ex-Ante*-Harmonisierung der Erhebung ist es möglich, die gemeinsam erfassten Daten im gesamten Euroraum zu vergleichen. Allerdings ist der Vergleich der absoluten Vermögenshöhe (insbesondere des Medians, aber auch des Mittelwerts) nicht sinnvoll, da institutionelle Unterschiede zum Beispiel bei Wohnbau- und Pensionssystemen sich auf die Notwendigkeit für private Haushalte auswirken, entsprechendes Vermögen aufzubauen (Fessler et al. 2012). Zielführender ist daher ein Ländervergleich von Verteilungsaspekten, für den die Daten außerordentlich gut geeignet sind.

Abbildung 1: Gini-Koeffizient des privaten Haushaltsvermögens in Ländern der Eurozone.



Quelle: Sierminska/Medgyesi (2013), eigene Darstellung.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

In Abbildung 1 werden die Länder anhand des Gini-Koeffizienten für die Nettovermögen privater Haushalte gereiht. Der Gini-Index liegt zwischen 0 und 1, wobei die Ungleichverteilung immer größer wird, je näher sich der Wert 1 annähert. Gemessen an dieser Maßzahl ist die Vermögensungleichheit in Österreich im Europavergleich am größten. Nach Österreich verzeichnen Deutschland, Zypern und Frankreich die stärkste Ungleichverteilung. Sierminska und Medgyesi (2013) untersuchen die Beiträge der einzelnen Vermögenskategorien zu dieser gesamten Ungleichheit in den einzelnen Ländern des HFCS. Sie stellen fest, dass diese sehr heterogen ausfallen. In Belgien ist etwa die ungleiche Verteilung der finanziellen Vermögen hauptverantwortlich für die Ungleichheit. In Ländern wie Luxemburg, Griechenland oder der Slowakei liegt es hingegen hauptsächlich am Immobilienbesitz. In Deutschland, Österreich, Frankreich und Portugal ist indessen die ungleiche Verteilung der Betriebsvermögen ausschlaggebend (Sierminska/Medgyesi 2013).

Die hohen Gini-Werte von bis zu 0,77 zeigen, dass die Ungleichheit bei Vermögen deutlich größer als bei den Einkommen ist. Beispielsweise beträgt der Gini-Koeffizient für das verfügbare Haushaltseinkommen in Österreich rund 0,34. Das gilt auch für die gesamte Eurozone: Die reichsten 10 Prozent der Haushalte im HFCS besitzen mehr als 50 Prozent des gesamten Nettovermögens. Diese Konzentration ist bei den Haushaltseinkommen deutlich geringer, wo die 10 Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen etwa 31 Prozent des gesamten Einkommens beziehen.

Ein wichtiger Aspekt von Vermögenserhebungen ist die Frage, inwiefern freiwillige Erhebungen – so gut sie

auch methodisch vorbereitet wurden – die tatsächliche Bandbreite der Vermögen abdecken können. Da Piketty meist auf administrative Daten zugreifen kann, besteht die Hoffnung, dass die staatlichen Behörden die gesetzliche Meldepflicht konsequent durchsetzen und somit das gesamte Spektrum der Vermögen erfasst ist.⁵ Bei Vermögenserhebungen mit freiwilliger Teilnahme gibt es aber an unterschiedlichen Positionen der Verteilung unterschiedliche Teilnahme- und Antwortwahrscheinlichkeiten. Dies betrifft erfahrungsgemäß zwar auch den unteren Rand der Verteilung, allerdings ist bei Vermögensdaten aufgrund der hohen Vermögen am oberen Rand diese Teilnahmeverweigerung hier viel relevanter. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit äußerst gering, dass ein sehr reicher Haushalt überhaupt in eine Stichprobe von wenigen Tausend gezogen wird. Das führt zu einer Untererfassung der sehr hohen Vermögen und damit der Gesamtvermögen sowie der Ungleichheit.

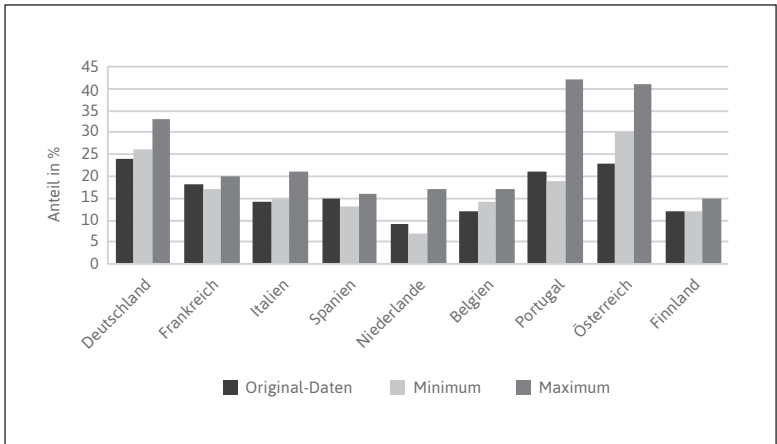
Für einige wenige Berechnungen zieht auch Piketty Survey-Daten heran und betont explizit, dass diese Quellen die großen Vermögen untererfassen. Greifbar wird diese Schwäche durch einen Vergleich der HFCS-Daten mit den Informationen aus der Forbes-Reichenliste (Vermeulen 2014). Der reichste Haushalt in der HFCS-Erhebung für Deutschland besitzt 76 Millionen Euro, während die „Ärmste“ der 52 Deutschen auf der Forbes-Liste ein Vermögen von 818 Millionen Euro aufweist. Noch drastischer ist die Datenlage für Österreich, wo die Lücke zwischen 22 Millionen (HFCS) und 1560 Millionen (Forbes) Euro liegt. Auch Pikettys Daten aus Steuerquellen weisen auf eine Untererfassung hoher Vermögen im HFCS hin. So besitzt das oberste Prozent in

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Frankreich circa 24 Prozent des Gesamtvermögens (Piketty 2014: 340); in den HFCS-Daten liegt dieser Wert dagegen bei 18 Prozent. Somit ist klar, dass die Superreichen tatsächlich nicht in den Daten abgebildet sind und dementsprechende Verzerrungen in den Resultaten unvermeidlich sind.

Aber es gibt auch Möglichkeiten, diese Probleme von Survey-Daten zu reduzieren. Ein Ansatz ist das sogenannte *Oversampling*. Dabei wird von bestimmten Bevölkerungsgruppen (etwa sehr vermögende Haushalte) eine überproportional große Anzahl von Haushalten in die Stichprobe aufgenommen, um präzisere Rückschlüsse auf diese Untergruppen ziehen zu können. Die für ein *Oversampling* von vermögenden Haushalten erforderlichen Informationen sind aber nicht in allen Ländern vorhanden (Albacete et al. 2012).

Abbildung 2: Anteil des Top-1-Prozents am Gesamtvermögen in den Erhebungsdaten und nach Pareto-Schätzung.



Quelle: Vermeulen (2014), eigene Darstellung.

Eine andere Möglichkeit ist eine fundierte Schätzung der fehlenden Vermögen am oberen Rand der Verteilung. Ausgangspunkt für eine solche Schätzung ist die sogenannte Pareto-Verteilung, die die Spitze der Vermögensverteilung sehr gut beschreibt, wie wissenschaftliche Studien zeigen. Die (fehlenden) Vermögen der Reichsten werden durch diese Verteilung annähernd bestimmt. Für Österreich lässt sich dadurch beispielsweise feststellen, dass das gesamte Privatvermögen, das laut Originaldaten des HFCS etwa bei 1000 Milliarden Euro liegt, nach der Korrektur der Untererfassung rund 1250 Milliarden Euro beträgt (Eckerstorfer et al. 2014). Der Vermögensanteil des reichsten Prozents der Haushalte beträgt demzufolge nicht 23 Prozent (Original-

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

daten), sondern 38 Prozent (korrigierte Daten). Vermeulen (2014) hat in einem *Working Paper* der Europäischen Zentralbank solche Berechnungen für ausgewählte Euro-Staaten vorgenommen. Die Korrektur für die Untererfassung der größten Vermögen wird dabei im Rahmen einer Bandbreite angegeben (s. Abbildung 2). Laut den HFCS-Daten besitzt das reichste Prozent in Deutschland einen Anteil von 24 Prozent am gesamten Privatvermögen. Nach der Korrektur für die Untererfassung sind es zwischen 26 und 33 Prozent. Allerdings ist auch die Korrektur noch vorsichtig geschätzt: Der Anteil von Frankreichs oberstem Prozent kommt auch am oberen Ende der Bandbreite nicht an die 24 Prozent aus Pikettys administrativen Daten heran (Piketty 2014: 340).

In einer gemeinsamen Betrachtung mit der von Piketty festgestellten Vermögenskonzentration in europäischen Ländern muss somit festgehalten werden, dass bei Verwendung von Erhebungsdaten die Schiefelage im Vergleich zur tatsächlichen Ungleichheit deutlich unterschätzt wird. Daraus folgt, dass die Summe der privaten Vermögen sowie das mögliche Aufkommen aus vermögensbezogenen Steuern unterschätzt werden. Insgesamt unterstützen die HFCS-Daten jedoch eindeutig Pikettys Ergebnisse: Vermögen sind in den europäischen Hocheinkommensländern sehr stark konzentriert.

4. Sozioökonomische Aspekte

Der Vorteil von Befragungsdaten wie dem HFCS gegenüber den von Piketty favorisierten administrativen Daten liegt in der Möglichkeit, mit Hilfe der Fülle an zusätzlichen sozioökonomischen Charakteristika den

Vermögensbesitz detaillierter abzubilden. Dieser Abschnitt nutzt diese zusätzlichen Informationen über Haushalte im HFCS, um ein facettenreicheres Bild der von Piketty konstatierten Vermögenskonzentration zu zeichnen. Dazu gehört zunächst ein erster Blick auf die Partizipation an Vermögensarten, der grob die unterschiedlichen Vermögensgruppen in Europa umreißt. Sodann folgt eine detailliertere Analyse der Effekte von Bildung und Beschäftigungsstatus, und die Gruppe der MillionärInnen wird näher beleuchtet. Allerdings liegen hierbei erste Ergebnisse nur für Österreich vor.

4.1 Partizipation an verschiedenen Vermögensarten

Eine erste Annäherung an die Frage, wer die Haushalte sind, die wenig oder viel Vermögen besitzen, wird durch eine Übersicht über die Partizipation an Vermögensarten ermöglicht. Die Gruppen in Tabelle 2 folgen Pikettys Einteilung nach dem Bruttovermögen in die untere Hälfte, die „obere Mitte“ der nächsten 45 Prozent und die „Reichen“, die obersten 5 Prozent. In Europa besitzt die untere Hälfte hauptsächlich Kraftfahrzeuge, während das Eigentum am Hauptwohnsitz in der oberen Mitte deutlich an Bedeutung gewinnt. Erst bei den Reichen sind dagegen weiteres Immobilienvermögen („Zinshäuser“) sowie Unternehmensbeteiligungen zentral.

Beim Finanzvermögen besitzen praktisch alle Vermögensgruppen Giro- und Sparkonten. Fonds und Aktien hingegen nehmen ab der oberen Mitte eine etwas wichtigere Rolle ein, während Anleihen und anderes Finanzvermögen

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

erst bei den Reichen stärker verbreitet sind.

Verschuldung ist in der unteren Hälfte am weitesten verbreitet und nimmt mit höheren Vermögensgruppen ab. Das gilt sowohl für die besicherte als auch für die unbesicherte Verschuldung.

Tabelle 2: Partizipation an Vermögensarten in der Eurozone nach Perzentilen des Nettovermögens.

	< 51	51–95	> 95
Auto	61,7	84,7	91,3
Hauptwohnsitz	28,0	92,1	94,1
Wertgegenstände ⁶	36,9	50,7	62,4
Weitere Immobilien	8,0	35,4	78,4
Unternehmen	6,5	14,3	49,7
Girokonto	92,4	96,7	99,1
Sparkonto	56,6	63,4	67,2
Geldforderungen	8,5	6,4	10,2
Anleihen	1,5	7,9	19,6
Aktien	3,9	14,1	35,0
Fonds	6,3	15,5	31,9
Andere Finanzprodukte ⁷	1,6	2,4	7,6
Hypothek Hauptwohnsitz	47,0	28,5	21,4
Hypothek andere Immobilien	28,0	22,1	25,7
Überziehungskredit	30,8	17,4	10,6
Kreditkartenschulden	12,8	8,5	5,2
Unbesicherte Schulden	26,1	18,8	16,4

Quelle: HFCS 2010.

4.2 Wer sind die Vermögenden Österreichs?

Der HFCS bietet eine Vielzahl an sozioökonomischen Variablen, die es zulassen, das abstrakte Konstrukt einer Vermögensverteilung näher zu veranschaulichen. Beispielsweise kann das Vermögen nach Bildungsstufen untersucht werden. Piketty legt in seinem Buch ein starkes

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Augenmerk auf Bildung, allerdings lediglich im Kapitel zur Einkommensungleichheit und im Schlusskapitel mit den politischen Schlussfolgerungen. Der HFCS erlaubt eine Verschränkung von Bildungsabschluss und Haushaltsvermögen unter der Voraussetzung, dass dem Haushalt ein repräsentativer Bildungsabschluss zugesprochen werden kann (Humer et al. 2014b). Hier wird die Ausprägung des sogenannten Kompetenzträgers als repräsentativ für den Haushalt genommen. Die KompetenzträgerInnen sind laut HFCS-Definition jene Personen, die über die Finanzen des Haushaltes am besten Bescheid wissen und mit denen die Befragung durchgeführt wird.

Mit Hilfe dieser Zuschreibung von Personenmerkmalen zu Haushalten zeigt sich, dass das Nettovermögen mit steigendem Bildungsgrad deutlich zunimmt. Mit jeder der vier untersuchten Bildungsstufen steigt das durchschnittliche Nettovermögen, von 60.000 Euro mit einem Pflichtschulabschluss auf 380.000 Euro mit einem akademischen Abschluss. Auch die Unterschiede nach Beschäftigungsstatus sind in Österreich sehr deutlich. So haben Selbstständige fast ein fünfmal so hohes Nettovermögen wie unselbstständig Beschäftigte. UnternehmerInnen mit Angestellten haben im Durchschnitt rund 930.000 Euro, ArbeitnehmerInnen hingegen lediglich 180.000 Euro. Den Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen machen besonders das Betriebsvermögen, aber auch zusätzliche Immobilien neben dem Hauptwohnsitz aus.

Schließlich kann man diese sozioökonomischen Charakteristika der Vermögensverteilung auch heranziehen, um Aussagen über die Zusammensetzung der Millionärshaushalte in Österreich zu treffen. Im Vergleich zur

Gesamtpopulation sind beispielsweise Selbstständige in der Untergruppe der Haushalte mit über einer Million Euro Nettovermögen deutlich überrepräsentiert. Sie machen etwa fünfmal so viele aus, wie es ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung entsprechen würde. Stark überrepräsentiert sind auch große Haushalte mit mehr als fünf Personen sowie Haushalte mit Betriebsvermögen in der Land- und Forstwirtschaft.

Allerdings können sich die sozioökonomischen Charakteristika der reichen Haushalte für die einzelnen europäischen Länder natürlich deutlich von diesem Bild unterscheiden; von diesen Ergebnissen für Österreich kann nicht auf die gesamte Eurozone geschlossen werden. Jedenfalls ist es mit den Haushaltsdaten aus dem HFCS möglich, der von Piketty beschriebenen Vermögenskonzentration ein Gesicht zu geben. Vor allem im Hinblick auf die Treffsicherheit von Umverteilungsmaßnahmen haben diese Erkenntnisse hohe Politikrelevanz.

4.3 Vermögen nach Geschlecht

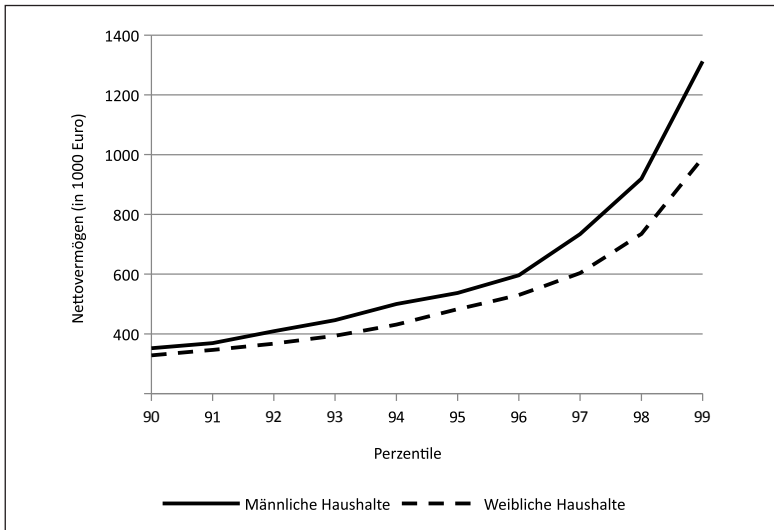
Die personenbezogenen Informationen des HFCS ermöglichen es auch, analog zur Einkommensschere die Vermögensschere zwischen Männern und Frauen (*Gender Wealth Gap*) zu untersuchen. Allerdings ist Vermögen nur auf der Haushaltsebene, nicht auf Personenebene verfügbar. Schneebaum et al. (2014) führten daher diese Analyse für männliche und weibliche Single-Haushalte in der Eurozone durch. Single-Haushalte umfassen dabei sowohl Ein-Personen-Haushalte als auch Haushalte, deren Referenzperson ohne PartnerIn und mit Kindern oder

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Enkeln im Haushalt lebt.

Bei diesen Haushalten besteht ein Gender Wealth Gap zwischen männlichen und weiblichen Haushalten, der in der deskriptiven Analyse hauptsächlich aufgrund einer „gläsernen Vermögensdecke“ zustande kommt. Männliche Single-Haushalte besitzen in den oberen 30 Perzentilen und vor allem in den obersten 10 Prozent ein deutlich höheres Nettovermögen als weibliche Single-Haushalte (s. Abbildung 3).

Abbildung 3: Unbereinigte Vermögensschere zwischen männlichen und weiblichen Single-Haushalten in den europäischen HFCS-Ländern.



Quelle: Schneebaum et al. (2014), HFCS 2010.

In der multivariaten Analyse beziehen Schneebaum et al. (2014) eine Reihe von möglichen Determinanten der Vermögensunterschiede mit ein. Darunter sind personenbezogene Informationen – wie Alter, Ausbildung, Beziehungsstatus, Alter von Kindern, Informationen zu Erbschaften – und arbeitsmarktbezogene Charakteristika, wie Einkommen, Arbeitsmarktstatus und Arbeitshistorie. Diese arbeitsmarktbezogenen Informationen, insbesondere Einkommen und selbstständige Tätigkeit, korrelieren dabei besonders stark mit Vermögensunterschieden – und sie erklären weitgehend den Vermögensunterschied zwischen Männern und Frauen.

Diese Untersuchung stellte somit fest, dass in der Eurozone (ohne Irland und Estland), auch nachdem die messbaren Einflussfaktoren herausgerechnet wurden, ein Gender Wealth Gap besteht, wenn Standardmethoden angewandt werden. Besonders große erklärende Wirkung haben dabei vor allem arbeitsmarktbezogene Faktoren, insbesondere Einkommen und der Anteil des Lebens, der in Erwerbstätigkeit verbracht wurde.

Insgesamt zeichnen die HFCS-Daten somit ein klareres Bild der Vermögensverteilung. Grob gesagt, besitzt die untere Hälfte nach Vermögen hauptsächlich Autos, Girobeziehungsweise Sparkonten und oft auch Schulden, während die obere Mitte häufig einen Hauptwohnsitz und Anleihen ihr Eigen nennt, die oft unbelastet sind. Die obersten fünf Prozent halten zudem insbesondere Zinshäuser, riskantere Finanzvermögen und Unternehmenseigentum. Mit höherer Bildung steigt das Vermögen, zudem besitzen Selbständige deutlich höheres Vermögen. Schließlich besitzen männliche Single-Haushalte ein

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

höheres Vermögen als weibliche. Der nächste Abschnitt geht auf die Einkommen aus diesem Vermögen näher ein.

5. Einkommen aus Vermögen

Eine zentrale Erkenntnis von Piketty sickert, bestärkt durch die HFCS-Daten, auch in Europa zunehmend ins wirtschaftspolitische Bewusstsein: Die Verteilung von Vermögen ist viel ungleicher als die Verteilung vieler anderer Einkommensarten. In direkter Verbindung damit steht die Verteilung von Einkommen aus Vermögen; dieser Beitrag untersucht insbesondere Kapitaleinkommen und imputierte Mieten. Auch hier erlaubt die bessere Erfassung von vermögensbezogenen Einkommensdaten im HFCS, ein detaillierteres Bild der Verteilung zu zeichnen. Entsprechend Pikettys Schlussfolgerungen aus den administrativen Daten zeigt sich auch hier eine starke Konzentration. Dabei sind diese Informationen insbesondere für Länder mit schwacher Datenlage für Kapitaleinkommen relevant. Aus diesem Grund – und weil diese Forschung noch im Anfangsstadium ist – ist sie nur für einzelne Länder, hier Österreich, verfügbar.

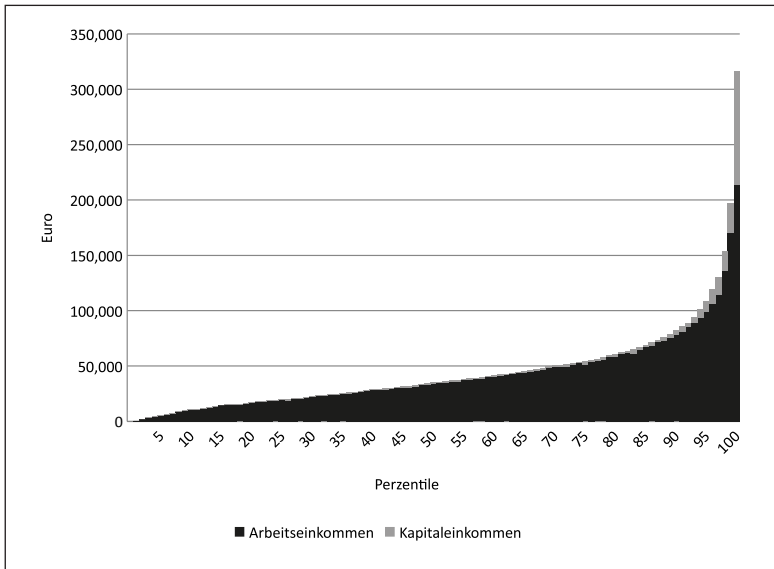
5.1 Kapitaleinkommen

Nahezu alle Untersuchungen zur Einkommensverteilung in Österreich mussten mangels verfügbarer Daten ohne die Berücksichtigung von Kapitaleinkommen durchgeführt werden. Haushaltsdaten zu den Einkommen aus unter-

schiedlichen Vermögenskomponenten gibt es zwar seit einigen Jahren im Datensatz der *European Union Statistics on Income and Living Conditions* (EU-SILC), allerdings ist die Abdeckung vor allem am oberen Rand mangelhaft. In dieser Hinsicht schneidet der HFCS deutlich besser ab. Er erfasst auch höhere Kapitaleinkommen als der EU-SILC, auch wenn beide Erhebungen hinter den administrativen Daten zurückbleiben. In der VGR werden im Jahr 2010 für Österreich etwas mehr als 25 Milliarden Euro Vermögenseinkommen ausgewiesen. Aus den Mikrodaten des EU-SILC ergeben sich lediglich Vermögenseinkommen von weniger als 5 Milliarden Euro und im HFCS immerhin etwas mehr als 9 Milliarden Euro. Dabei sind zwar definitorische Unterschiede zu berücksichtigen – wie oben beschrieben bezieht sich zum Beispiel dieser Wert in der VGR auf den Sektor der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck –, der Erfassungsgrad ist aber dennoch eher gering (Humer et al. 2014a). Bezüglich der Einkommensarten werden in dieser Analyse vorrangig Einkünfte aus Zinsen und Dividenden aus dem Besitz von Bankguthaben und Wertpapieren, Erträge durch Vermietung und Verpachtung von Immobilien sowie Gewinnentnahmen aus Unternehmen berücksichtigt.

Durch die starke Schieflage bei den Vermögen sind auch die Vermögenseinkommen in Österreich stark konzentriert. So ergibt sich bei den HFCS-Vermögenseinkommen ein Gini-Koeffizient von sehr hohen 0,91 Indexpunkten. Dies entspricht einem Anteil von 52 Prozent am Einkommen des obersten Prozents der Haushalte. Jene 10 Prozent mit den höchsten Kapitaleinkommen beziehen zusammen fast 90 Prozent dieser Einkünfte.

Abbildung 4: Verteilung der Kapitaleinkommen (in Euro) nach Vermögensperzentilen.



Quelle: Humer et al. (2014a), HFCS 2010.

In einem weiteren Schritt wurde die Relevanz der Vermögenseinkommen im Vergleich zu den Arbeitseinkommen von Haushalten ermittelt. Abbildung 4 fasst die Einkommen der Haushalte aus unselbstständiger und selbstständiger Erwerbstätigkeit als Arbeitseinkommen zusammen, wobei die oben beschriebenen Vermögenseinkommensarten zu Kapitaleinkommen summiert werden. Die Haushalte sind entlang der Höhe ihrer Gesamteinkommen gereiht. Für die große Mehrheit der Haushalte spielen Vermögenseinkommen gegenüber Arbeitseinkommen kaum eine Rolle. Das ändert sich erst am obersten

Rand der Verteilung, etwa ab dem 95. Perzentil. Das oberste Prozent bezieht ein Einkommen von mehr als 300.000 Euro pro Jahr, wovon etwa ein Drittel aus Kapitaleinkommen stammt. Es sind vor allem Gewinnausschüttungen aus Unternehmensbeteiligungen, die in diesem Bereich der Verteilung dominieren. Die HFCS-Daten bestätigen somit abermals Pikettys Erkenntnis, dass die Einkommen aus Vermögen sehr ungleich verteilt sind.

5.2 Imputierte Mieten

Eine weitere Einkommensart aus Vermögen – aus dem Besitz des Hauptwohnsitzes – sind imputierte Mieten. Diese machen eine der größten geschätzten Komponenten der VGR aus. Dieses Einkommen, das aus selbst genutztem Hauseigentum fiktiv bezogen wird, kann auf drei unterschiedliche Arten berechnet werden: Erstens können Mieten auf dem Privatmarkt über die Quadratmeterpreise und Qualitätsinformationen auf vergleichbare Eigentumshäuser und -wohnungen umgelegt werden. Das ist das Standardverfahren in der Literatur und der VGR. Zweitens können Häuser als Investitionen gesehen und aus den Hauspreisen unter Renditeannahmen hypothetische Mieten errechnet werden. Und drittens können Angaben der EigentümerInnen zu von ihnen erwarteten Mieten verwendet werden.

Fessler et al. (2014) stellen auf Basis von HFCS-Daten fest, dass die Standardmethode dieser drei Berechnungsoptionen zugleich jene ist, die die geringste Ungleichverteilung der imputierten Mieten ergibt. Das deutet darauf hin, dass die Verallgemeinerung der Mieten auf dem Privatmarkt

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

die Ungleichheit unterschätzt beziehungsweise dass das Vermögen am Hauptwohnsitz deutlich ungleicher verteilt ist als die Privatmarktmieten das widerspiegeln können. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, dass diese Verbindung von Vermögens- mit Einkommensdaten unter dem Unterschied in ihrer Verteilung leidet.

Piketty hat die wirtschaftspolitische Diskussion über die Verteilung der Vermögen befeuert; gegenüber der allgemein bekannteren Verteilung der Einkommen war das eine längst überfällige Verbreiterung der Debatte. Wie die beiden diskutierten Fälle der Kapitaleinkommen und der imputierten Mieten zeigen – und wie auch Piketty immer wieder betont –, lassen sich diese beiden Verteilungen nicht völlig voneinander trennen. Insbesondere für Gruppen mit sehr hohem Vermögen, bei denen Unternehmenseigentum weit verbreitet ist, verläuft die Grenze zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen fließend.⁸ Die zentrale Aussage bleibt, dass Vermögen deutlich ungleicher verteilt sind als Einkommen. Zusätzlich sind jedoch vermögensbezogene Einkommen ebenfalls sehr ungleich verteilt.

6. Die Rolle der Erbschaften in der Vermögensverteilung

Eine der zentralen Botschaften Pikettys betrifft die Rolle von Erbschaften bei steigender Vermögenskonzentration. Er stellt fest, dass große Vermögen zu Beginn der 21. Jahrhunderts deutlich wahrscheinlicher durch Erbschaften als durch Arbeit aufgebaut werden können. Dies ist vergleichbar mit der Situation im 19. Jahrhundert, als große Erbschaften einen deutlich höheren Lebensstandard

als die höchsten Einkommen ermöglichten. Andere Untersuchungen bestätigen die Relevanz von Erbschaften. Clark und Cummins (2013) beispielsweise untersuchen Vermögensübertragungen über fünf Generationen in England und Wales. Sie betonen die Beständigkeit von Familiendynastien: Die Familien mit den größten Vermögen in der ersten untersuchten Generation 1858 bis 87 zählten im letzten beobachteten Zeitraum 1999 bis 2012 immer noch zu den Reichsten: Diese Familien besitzen noch fast das vierfache Vermögen einer durchschnittlichen britischen Familie.

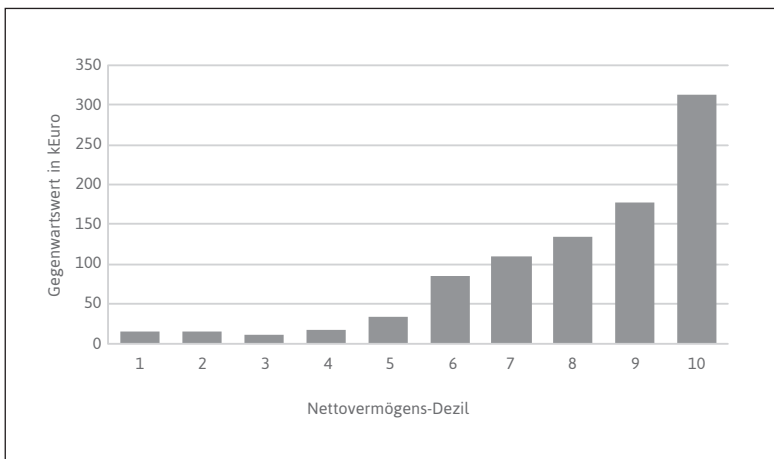
Auch im deutschsprachigen Europa kann die Vererbung von Vermögen für die Reproduktion sozialer Ungleichheit eine große Rolle spielen. Die HFCS-Erbschaftsdaten belegen ihre starke dynastische Bedeutung. Haushalte, die selbst geerbt haben, verfügen über einen deutlich überproportionalen Anteil am Nettovermögen (Fessler/Schürz 2013). Rund ein Drittel der befragten Haushalte hatte zum Zeitpunkt der Erhebung bereits eine Erbschaft erhalten, wobei dieses Drittel über fast zwei Drittel des gesamten Vermögens verfügt. Je vermögender ein Haushalt ist, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, in den Genuss einer Erbschaft zu gelangen: Dabei steigt auch die Höhe der empfangenen Erbschaft (s. Abbildung 8). Unter den reichsten 10 Prozent der österreichischen Haushalte erbten etwa 70 Prozent, unter den ärmsten 10 Prozent nur jeder zehnte Haushalt. Diese Zahlen deuten somit darauf hin, dass entsprechend Pikettys ausgezeichneten Erbschaftsdaten Vermögensübertragungen für die Ungleichheit zentral sind. Wie Piketty betont, zieht das enorme Konsequenzen

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

für Fragen der Leistungsgerechtigkeit und der Chancengleichheit und somit der Legitimierung des politischen und wirtschaftlichen Systems nach sich.

Anhand der HFCS-Daten kann nicht nur die Bedeutung der Erbschaften für die Vermögensverteilung, sondern können auch Einstellungen der Menschen gegenüber Erbschaften untersucht werden (Fessler/Schürz 2013). Ein Großteil der Befragten im österreichischen Datensatz stimmt der Aussage zu, dass Menschen durch Erben reich werden. Zugleich empfinden es viele als ungerecht, wenn den Begünstigten allein aus ihren Erbschaften gesellschaftliche Vorteile erwachsen.

Abbildung 8: Gegenwartswert von Erbschaften (in Euro) nach Vermögensdezil in Österreich.



Quelle: Fessler/Schürz (2013), HFCS 2010.

7. Zusammenfassung

Pikettys Daten zur Vermögens- und Einkommensverteilung bedeuten in der politischen Debatte einen großen Schritt vorwärts. Die zentrale Erkenntnis aus Pikettys Analysen ist, dass sich europäische Länder zunehmend zu Gesellschaften entwickeln, die eine Vermögenskonzentration wie zu Zeiten der Erbaristokratie des 19. Jahrhunderts aufweisen.

Diese empirischen Schlussfolgerungen Pikettys werden durch die unabhängige Datenquelle des HFCS 2010 für 17 Länder der Eurozone gestützt: Die Vermögensverteilung ist viel ungleicher als die Einkommensverteilung. Zugleich sind diese Verteilungen miteinander verbunden; so spielen etwa Kapitaleinkommen im obersten Verteilungsbereich in Österreich eine sehr große Rolle. Zudem können mit Hilfe des HFCS weitere wichtige Aspekte beleuchtet werden; zum Beispiel kann die Partizipation an Vermögensarten ein klareres Bild der unterschiedlichen Vermögensgruppen in Europa zeichnen. Außerdem lassen sich zentrale politikrelevante Fragen in den Blick nehmen. Die HFCS-Daten zeigen zum Beispiel, dass es in Europa auch bei Vermögen eine gläserne Decke gibt, das heißt, dass weibliche Single-Haushalte weniger Vermögen besitzen als männliche.

Aus seinen Daten leitet Piketty die politische Forderung nach Erbschaft- und Vermögensteuern ab. Die von ihm vorgeschlagenen Modelle sind für heutige Verhältnisse durchaus fortschrittlich. Bei der Vermögensteuer schlägt er beispielsweise vor, dass Vermögen bis 200.000 Euro mit 0,1 Prozent besteuert werden und jene von 200.000 bis eine Million Euro mit 0,5 Prozent. Für den Teil des Vermögens über eine Million Euro wäre 1 Prozent fällig, ab fünf

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

Millionen Euro 2 Prozent, und ab einer Milliarde Euro schließlich 5 bis 10 Prozent (Piketty 2014: 527 f.). Indem Piketty – gemeinsam mit anderen SpitzenökonomInnen – dem Verteilungsthema zu einer großen Prominenz in der öffentlichen Debatte verholfen hat, hat er einerseits progressiven ÖkonomInnen einen weitaus größeren Spielraum für ihre wissenschaftliche Forschung verschafft und andererseits der politischen Debatte einen nicht zu unterschätzenden Impuls gegeben: Diese müssen nun genutzt werden.

Endnoten

- 1 Wir bedanken uns bei Kai Daniel Schmid und Christa Schlager für wertvolle Kommentare und bei Andreas Maschke für Forschungsassistenz. Alle verbleibenden Fehler liegen natürlich in unserer Verantwortung.
- 2 In Frankreich etwa besaß das reichste Prozent im Jahrzehnt 1900 bis 1910 circa 60 Prozent des Gesamtvermögens (Piketty 2014: 339).
- 3 Dieses Problem ist in Österreich und Deutschland stärker ausgeprägt als in anderen Ländern, kann aber durch gezielte Korrekturverfahren wie beispielsweise *Oversampling* oder das Schätzen einer Pareto-Verteilung (teilweise) behoben werden, wie weiter unten im Artikel beschrieben wird.
- 4 Diese Forschungen wurden von der Arbeiterkammer angestoßen und gefördert.
- 5 Allerdings besteht auch bei administrativen Daten das Problem der gesetzlich festgelegten – oft weitreichenden – Ausnahmen bei der Definition der Vermögen als Steuerbasis.
- 6 Wertgegenstände umfassen zum Beispiel Schmuck oder Gemälde.

Piketty revisited: Vermögensungleichheit in Europa

- 7 Unter „andere Finanzprodukte“ fallen etwa stille Beteiligungen, ausständige Löhne oder Markenrechte.
- 8 Für die politischen Schlussfolgerungen ergibt sich daraus, dass die Besteuerung hoher Einkommen und von Vermögen in einem Gesamtkonzept betrachtet werden muss.

Literatur

- Albacete, Nicolás/Lindner, Peter/Wagner, Karin/Zottel, Siegfried (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010 – Methodische Grundlagen für Österreich. *Geldpolitik und Wirtschaft* Q3 – Addendum.
- Clark, Gregory/Cummins, Neil (2013): Intergenerational Mobility in England, 1858–2012. Wealth, Surnames, and Social Mobility. *Economic History Working Papers* 180. London School of Economics.
- Duménil, Gérard/Lévy, Dominique (2014): Thomas Piketty's Economics: Modeling Wealth and Wealth Inequality. Unpublished manuscript, <http://www.jourdan.ens.fr/levy/dle2014h.pdf>
- Eckerstorfer, Paul/Halak, Johannes/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Springholz, Florian/Wildauer, Rafael (2014): Vermögen in Österreich – Bestände, Verteilung und Besteuerungsoptionen. *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* 126, AK Wien.
- European System of Central Banks (2010): Household Finance and Consumption Survey (HFCS).
- Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010: Erste Ergebnisse für Österreich. *Geldpolitik und Wirtschaft* Q3, 26–67.
- Fessler, Pirmin/Rehm, Miriam/Tockner, Lukas (2014): The Impact of Housing Non-Cash Income on the Unconditional Distribution of Household Income in Austria. *ECB Working Paper* 1718, August.

Thomas Piketty und die Verteilungsfrage

- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2013): Reich bleiben in Österreich. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 39. Jahrgang, Heft 3, 343–360.
- Galbraith, James (2014): Kapital for the Twenty-First Century? *Dissent Magazine* 2 (Spring).
- Harvey, David (2014): Afterthoughts on Piketty's Capital, Blog <http://davidharvey.org/2014/05/afterthoughts-pikettrys-capital/>
- Humer, Stefan/Moser, Mathias/Schnetzer, Matthias/Ertl, Michael/Kilic, Atila (2014a): Einkommensverteilung in Österreich. *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* 125, AK Wien.
- Humer, Stefan/Moser, Mathias/Schnetzer, Matthias (2014b): Sozioökonomische Charakteristika der Vermögensverteilung in Österreich. *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* 136, AK Wien.
- Piketty, Thomas (2014): *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Schneebaum, Alyssa/Rehm, Miriam/Mader, Katharina/Klopf, Patricia/Hollan, Katharina (2014): The Gender and Wealth Gap in Europe. *WU Working Paper* 186.
- Sierminska, Eva/Medgyesi, Márton (2013): The Distribution of Wealth between Households. *European Commission Research Note* 11.
- Vermeulen, Philip (2014): How fat is the top tail of the wealth distribution? *European Central Bank Working Paper* 1692, July.